

MITTWOCH, 24. MÄRZ 2010

VORSITZ: Jerzy BUZEK

Präsident

(Die Sitzung wird um 15.05 Uhr eröffnet.)

1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

Der Präsident. – Ich erkläre die am Donnerstag, dem 11. März 2010, unterbrochene Sitzungsperiode des Europäischen Parlaments für wieder aufgenommen.

2. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

3. Unterzeichnung von Rechtsakten, die im Mitentscheidungsverfahren angenommen wurden: siehe Protokoll

4. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll

5. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

6. Hinfällige schriftliche Erklärungen: siehe Protokoll

7. Übermittlung von Abkommenstexten durch den Rat: siehe Protokoll

8. Anfragen zur mündlichen Beantwortung und schriftliche Erklärungen (Vorlage): siehe Protokoll

9. Mittelübertragungen: siehe Protokoll

10. Arbeitsplan

Der Präsident. – Der endgültige Entwurf der Tagesordnung, der am 11. März 2010 von der Konferenz der Präsidenten gemäß Artikel 137 der Geschäftsordnung aufgestellt wurde, ist verteilt worden.

In Abstimmung mit den Fraktionen schlage ich folgende Änderungen vor:

Mario Borghezio (EFD). – *(IT)* Ich möchte den Herrn Präsidenten nur darüber in Kenntnis setzen – wie ich es bereits schriftlich getan habe – dass der Sachverständige, der renommierte Demograf Professor Bourcier de Carbon zu Unrecht und ohne Grund vom Sonderausschuss zur Finanzkrise ausgeschlossen und als nicht geeignet bezeichnet wurde.

Meiner Ansicht nach haben wir es hier mit dem äußerst schwerwiegenden Fall zu tun, dass jemand aus ideologischen Gründen von der Position des Sachverständigen in einem der Ausschüsse des Europäischen Parlaments ausgeschlossen wird...

(Der Präsident entzieht dem Redner das Wort.)

Der Präsident. – Herr Borghezio, das ist keine Bemerkung zur Anwendung der Geschäftsordnung, da es sich hier um eine Plenarsitzung handelt. Bitte sprechen Sie solche Themen in den Ausschusssitzungen an, in deren Rahmen diese Angelegenheit geprüft werden kann. In einer Plenarsitzung müssen sich Bemerkungen zur Anwendung der Geschäftsordnung auf unsere Arbeit im Plenum beziehen, und nicht auf die der Ausschüsse.

William (The Earl of) Dartmouth (EFD). – Herr Präsident! Bei der Aussprache am 11. März über die Maßnahmen für die Arktis wurde mein Mikrofon trotz des mir noch verbleibenden Viertels meiner Redezeit von dem Mitglied der ALDE-Fraktion, das den Vorsitz innehatte, ausgeschaltet. Das kennt fast keinen Vergleich.

Herr Präsident, ich habe Ihnen bereits ein Schreiben übermittelt – auf das ich keine Antwort erhalten habe – und möchte Sie fragen, auf Grundlage welcher Bestimmung das Mikrofon abgeschaltet wurde und weshalb sie angewandt werden musste. Ich habe lediglich legitime – und tatsächlich zutreffende – politische Bemerkungen vorgebracht, mit denen der ALDE-Vorsitz nicht übereinstimmte. Deshalb wurde das Mikrofon abgeschaltet. Wenn das Europäische Parlament politische Bemerkungen zensiert, ist es kein Parlament mehr.

Der Präsident. – Die Vizepräsidentin des Parlaments, die die Sitzung zu diesem Zeitpunkt leitete, ist gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Geschäftsordnung korrekt vorgegangen. Ich werde Ihr Schreiben schriftlich beantworten.

Donnerstag

Die Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) hat die Vertagung der Abstimmung über den Entschließungsantrag der Konferenz der Präsidenten zu den Auswirkungen des Inkrafttretens des Vertrages von Lissabon auf laufende interinstitutionelle Beschlussfassungsverfahren auf die nächste Sitzung beantragt. Es geht nun also um die Vertagung der Abstimmung.

József Szájer (PPE). – Herr Präsident! Wir haben im Interesse des Parlaments eine Vertagung der Abstimmung über diesen Entschließungsantrag beantragt. Wir hatten – in der Annahme, dass alles seine Richtigkeit habe – ursprünglich zugestimmt, diesen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Es war jedoch ein schnelles Verfahren und wir haben inzwischen festgestellt, dass nicht alle Ausschüsse angemessen zu diesem Thema gehört worden sind. Es handelt sich um einen Antrag der PPE-Fraktion, jedoch benötigen einige Ausschüsse für dieses sehr wichtige und komplizierte Thema, wie dringend es auch sein möge, mehr Zeit. Ich bitte Sie daher, die Abstimmung über diesen Punkt zu vertagen.

(Das Parlament gibt dem Antrag statt.)

(Die Tagesordnung wird angenommen) ⁽¹⁾

11. Begrüßung

Der Präsident. – Ich habe eine besondere Information für Sie. Ich möchte die Delegation des Panafrikanischen Parlaments unter der Leitung seiner Vizepräsidentin, Frau Mary Mugenyi, herzlich begrüßen. Sie nehmen an unserer heutigen Sitzung teil. Wir heißen Sie herzlich willkommen.

(Beifall)

Die zweite Vizepräsidentin des Panafrikanischen Parlaments sowie Vorsitzende der Delegation für die Beziehungen zum Europäischen Parlament. Unsere Parlamente arbeiten eng zusammen und Ihre heutige Anwesenheit erfüllt uns mit großer Freude.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen und Ihnen für die Einladung danken, im Rahmen der in drei Wochen stattfindenden Sitzung des Panafrikanischen Parlaments eine Rede zu halten. Leider wird mir die Teilnahme nicht möglich sein, aber ich werde Ihnen zu diesem Anlass ein Schreiben übermitteln. Ich bin mir sicher, dass wir die Gelegenheit haben werden, erneut zusammenzutreffen.

Ich möchte Sie alle noch einmal herzlich willkommen heißen.

12. Vorbereitung des Europäischen Rates (25.-26. März 2010) (Aussprache)

Der Präsident. – Nach der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärung des Rates und der Kommission zur Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates (25.-26. März 2010).

⁽¹⁾ Weitere Änderungen der Tagesordnung: siehe das Sitzungsprotokoll.

Diego López Garrido, *amtierender Präsident des Rates*. – (ES) Herr Präsident! Inmitten der schwersten Wirtschaftskrise seit 80 Jahren erleben wir in diesen ersten Monaten des Jahres 2010 in der Europäischen Union eine außerordentlich starke Dynamik. Wir setzen gleichzeitig einen neuen Vertrag um, den Vertrag von Lissabon, bringen neue Institutionen auf den Weg und führen eine umfassende Neuordnung der Regulierung unserer Wirtschaftssysteme durch.

Dies geschieht zuweilen in ungeordneter Art und Weise, was den großen Herausforderungen geschuldet ist, denen wir gegenüberstehen – wie gegenwärtig zum Beispiel angesichts der Situation des griechischen Finanzsystems. Europa begegnet dieser Situation jedoch mit neuen wirtschaftspolitischen Werkzeugen in allen Bereichen.

Manchmal mag man daher den Wald vor lauter Bäumen nicht sehen, aber hier wird im Umgang mit der äußerst komplexen Wirtschaft des 21. Jahrhunderts gerade ein völlig neuer Weg geschaffen, und dies geschieht im Rahmen eines europäischen Ansatzes.

Auf diese Art und Weise wurde es gemacht, als der schwerwiegenden Krise begegnet wurde und es eine sofortige Reaktion in Form von öffentlichen Geldspritzen in die Volkswirtschaften Europas gab, was hohe Defizite zur Folge hatte.

Auf diese Art und Weise wurde es gemacht, indem eine umfassende Reform der Überwachung unseres Finanzsystems unternommen wurde – und wir sind heute hier im Parlament, um sie zu billigen.

Auf diese Art und Weise wird es gemacht, indem die Wirtschaftspolitik koordiniert wird. Die Kommission hat einen entsprechenden Vorschlag zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik angekündigt, vor allem im Euroraum. Darüber hinaus erleben wir insbesondere auch ein sehr entschlossenes und klares Vorgehen der Europäischen Union bei der Unterstützung der Finanzstabilität im Euroraum. Diese politische Verpflichtung wurde am 11. Februar übernommen, um die Finanzstabilität des Euroraums zu festigen und aufrechtzuerhalten.

Es gibt eine weitere Initiative, die sich hier zweifellos einreicht: die Verpflichtung zu einer neuen Strategie für Wachstum und die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze. Das ist der Schwerpunkt des Europäischen Rates an diesem Wochenende; eine Strategie, die von der Europäischen Kommission in dem Dokument vom 3. März formuliert und erweitert wurde, und die im Rahmen der Frühjahrstagung des Rates hauptsächlich durch die Staats- und Regierungschefs vor allem in Bezug auf die so genannten strategischen Ziele geprüft wird. Dabei handelt es sich um die strategischen Ziele, die die Europäische Kommission in ihrem Papier dargelegt hat, so etwa in den Bereichen Beschäftigung, Investition in Forschung und Entwicklung, Klimawandel und Energie, Schulabbruch, Bildungswesen im Allgemeinen und Armut. Ferner wird sich der Europäische Rat mit der Frage der Governance befassen, die unserer Auffassung nach eine der Unzulänglichkeiten der so genannten Strategie von Lissabon darstellt. Der Rat möchte diese Governance auf seine eigene politische Führungsrolle gründen sowie auf die Maßnahmen der Kommission zur Überwachung der Erfüllung der von den Mitgliedstaaten eingegangenen Verpflichtungen. Dies erfolgt selbstverständlich in enger Zusammenarbeit und unter umfassender Kontrolle des Europäischen Parlaments und selbstverständlich der Institutionen der Union insgesamt.

Das wird im Wesentlichen das Ziel der Tagungen des Europäischen Rates an diesem Wochenende sein, einschließlich des ebenso wichtigen Bereiches des Kampfes gegen den Klimawandel, in dem die EU weiterhin eine Führungsposition einnimmt. Die Europäische Union behält ihre weltweit führende Stellung im Kampf gegen den Klimawandel; sie muss es tun, sie muss an ihrer Führungsposition festhalten. Darüber hinaus gibt es eine quantifizierte Verpflichtung zum so genannten Schnellstart. Lassen Sie uns daher hoffen, dass der Europäische Rat diese Verpflichtung quantifiziert und bekräftigt, um die Entwicklungsländer auch in den kommenden Jahren bei der Bekämpfung des Klimawandels zu unterstützen. Eine Verpflichtung der Entwicklungsländer zur generellen Zusammenarbeit mit jenen Ländern, die noch wenig entwickelt sind, so dass wir unter bestmöglichen Voraussetzungen bei der sehr wichtigen Konferenz in Cancún zusammenkommen. Auf dieser Konferenz muss die Europäische Union – und ich möchte es wiederholen – an ihrer jetzigen Führungsposition festhalten, ohne die die Vereinbarungen von Kopenhagen, die unserer Ansicht nach unzureichend sind, sicher nicht erreicht worden wären.

Sämtliche Mitgliedstaaten haben ihre völlige Übereinstimmung mit diesen Zielen bestätigt und bekräftigt, dass sie auf der Cancún-Konferenz in Mexiko eindeutig rechtsverbindliche Verpflichtungen anstreben.

Die Staats- und Regierungschefs werden sich überwiegend mit diesen Themen befassen. Es ist auch möglich, dass sie – je nachdem was genau jetzt geschieht, während die europäischen Institutionen insgesamt Wege

zur Bewältigung der Krise in Bezug auf den so genannten Fall Griechenland suchen – auch die Frage der Finanzsituation in Griechenland sowie die Refinanzierung der Staatsschulden des Landes erörtern werden. Auch diese Frage wird dort zweifellos aufkommen, da sie Teil der politischen Verpflichtung ist, die die Europäische Union auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 11. Februar eingegangen ist. Das war eine politische Verpflichtung zur Unterstützung der Finanzstabilität im Euroraum in dem Sinne, dass, sofern konkrete Maßnahmen zur Erhaltung der Finanzstabilität erforderlich sind, diese Maßnahmen auch ergriffen werden.

Das ist in jedem Fall der Grundsatz, der auf der Tagung des Europäischen Rates an diesem Wochenende von besonderer Bedeutung sein wird.

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – Herr Präsident! Es ist für uns tatsächlich eine sehr gute und günstige Gelegenheit, heute hier zusammenzukommen – einen Tag vor der wichtigen Frühjahrstagung des Europäischen Rates. Vor uns liegen schwierige Aufgaben. Für die Bewältigung dieser Aufgaben ist die neue und entschiedene Unterstützung des Europäischen Parlaments von großer Bedeutung. Ich möchte dem Parlament in diesem Sinne danken und zu seiner Entschließung zur Europa 2020-Strategie gratulieren, die vor zwei Wochen in Straßburg mit einer breiten Unterstützung der Parteien angenommen wurde.

Ich möchte auch die Gelegenheit ergreifen und dem spanischen Ratsvorsitz für die Unterstützung der Europa 2020-Strategie danken. Diese Unterstützung wurde in verschiedenen Zusammensetzungen des Ministerrates deutlich zum Ausdruck gebracht.

Nun aber zum Europäischen Rat: Ich glaube, jeder Europäische Rat muss zwei Dinge tun. Er muss zum einen zeigen, dass er den aktuellen Bedürfnissen und Erfordernissen Rechnung trägt und zum anderen an einem langfristigen strategischen Rahmen sowie an langfristigen strategischen Zielen Europas arbeiten.

Die Krise bringt einige dringliche Probleme für Gemeinden, Arbeitnehmer und Unternehmen in ganz Europa mit sich. Und wie wir wissen, stehen die öffentlichen Finanzen auf nationaler Ebene unter nie dagewesenem Druck. Die Europäische Union muss diese Probleme, auch was die Finanzstabilität betrifft, natürlich angehen. Ich werde später noch einmal darauf zurückkommen.

Europa darf nicht den Fehler machen und die Notwendigkeit eines schnellen Handelns unterschätzen, um langfristige Veränderungen herbeizuführen. Aus diesem Grund wird sich der Europäische Rat mit zwei unserer deutlichsten langfristigen Herausforderungen befassen: unserer wirtschaftlichen Zukunft und dem Klimawandel.

Wir haben die Europa 2020-Strategie bereits gemeinsam mit diesem Parlament erörtert. Ihr Beitrag und Ihr Engagement sind für die Umsetzung unserer Ziele für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum unerlässlich. So auch der Beitrag des Europäischen Rates.

Die Intensität unserer Bestrebungen muss dem Ausmaß der vor uns liegenden Aufgaben entsprechen. Wir müssen zeigen, dass wir die Vision und Kohärenz haben, um zu handeln. Und wir müssen in der Lage sein, dies zu kommunizieren und den Menschen zu zeigen, dass unsere Maßnahmen dort etwas bewegen werden, wo es darauf ankommt. Aus diesem Grund ist es meiner Ansicht nach so wichtig, dass der Europäische Rat diese Woche klare Ziele festlegt.

Die Ziele, die die Kommission auf den Tisch gelegt hat, wurden sorgfältig ausgewählt. Sie tragen der Notwendigkeit Rechnung, die Beschäftigungsquote zu steigern, zunehmend in Forschung und Innovationen zu investieren, unsere Klimaschutz- und Energieziele für 2020 zu erfüllen, die Leistungsfähigkeit im Bildungsbereich zu verbessern und die Armut zu bekämpfen.

Diese fünf Kernziele beziehen sich genau auf jene Bereiche, die für die Menschen greifbar sind und zeigen, dass die Europäische Union auf den Gebieten Reformen ansetzt, von denen jeder weiß, dass sie wichtig sind. Hier geht es auch um den politischen Willen, schwierige Probleme anzugehen.

Natürlich müssen die Ziele erreichbar sein. Sie verlangen auch eine zusätzliche Anstrengung im Vergleich zum Status quo, nämlich die Anerkennung durch unsere Mitgliedstaaten, dass eine Veränderung notwendig ist. Ich werde versuchen, dem Europäischen Rat die Dringlichkeit der wirtschaftlichen Situation in Europa und die Notwendigkeit von Reformen für eine nachhaltigere, integrativere Wirtschaft und Gesellschaft in Europa zu vermitteln.

Was wirklich zählt, sind die Maßnahmen, die jeder einzelne Mitgliedstaat ergreifen wird, um seine Wachstumsrate zu steigern und die uns allen bekannten Missstände anzugehen. Zur Bewältigung

einzelstaatlicher Probleme brauchen wir einzelstaatliche Maßnahmen, die sich unter Wahrung des Subsidiaritätsprinzips an den einzelstaatlichen Gegebenheiten ausrichten und sich dabei jedoch in einen gemeinsamen europäischen Rahmen fügen.

Wenn es eine Lehre gibt, die wir aus der Finanzkrise ziehen können, dann die, dass wir uns alle in der Welt wechselseitig bedingen. Wir können die Grundsätze der gegenseitigen Abhängigkeit also nicht auf globaler Ebene anerkennen und sie dann auf europäischer Ebene ablehnen.

Wir brauchen einen gemeinsamen Rahmen, der durch bestimmte Maßnahmen der Europäischen Union unterstützt und angeregt werden sollte, die wir in unserem Dokument „Leitinitiativen“ nennen.

Diese Vorschläge im Rahmen der Leitinitiativen werden auf Ebene der Europäischen Union das Vorgehen in entscheidenden Bereichen zeigen, wie etwa der digitalen Agenda, Innovation, Ressourceneffizienz und Industriepolitik. Natürlich werden sie in einigen Fällen auch dabei helfen, Ziele auf einzelstaatlicher Ebene zu erreichen.

Was wir hier vorschlagen, ist ein neuer Ansatzpunkt. Der Vertrag von Lissabon ermöglicht uns einen neuen Ansatz zur wirtschaftlichen Koordinierung, einer verstärkten wirtschaftlichen Governance Europas, die auf einzelstaatlicher Ebene den nötigen Freiraum lässt, zugleich aber eine starke europäische Dimension aufweist und auf europäischer Ebene sämtliche Instrumente nutzt, um die Wirtschaft anzukurbeln. Die Akzeptanz dieses Ansatzes wird der wahre Prüfstein für den Europäischen Rat sein.

Die Ergebnisse des informellen Europäischen Rates haben mich ermutigt. Ich hoffe, dass die politischen Entscheidungsträger Europas anwesend sein werden und „Ja“ sagen, wenn es gilt, diesen Herausforderungen gemeinsam zu begegnen.

Ich weiß, dass dieses Parlament in Bezug auf den Klimawandel meine Überzeugung teilt, dass dies kein Thema ist, das zurückgestellt werden kann. Es muss weiterhin ganz oben auf unserer Tagesordnung stehen.

Die Europäische Union nimmt in dieser Hinsicht nach wie vor eine Führungsposition ein – wir allein können die Verpflichtungen zur Emissionsbegrenzung auch mit den entsprechenden Mechanismen unterstützen; wir sind der Hauptgeber für Entwicklungsländer wenn es um den Klimaschutz geht. Lassen Sie uns also vom Nachdenken über Kopenhagen wieder zu konkreten Initiativen übergehen.

Wir brauchen eine klare, einheitliche und ehrgeizige Position. Aus diesem Grund hat die Kommission eine Mitteilung über die erforderlichen Maßnahmen zur Wiederbelebung der internationalen Verhandlungen vorgelegt. Gleichzeitig hat Kommissarin Hedegaard Konsultationen mit unseren wichtigsten Partnern aufgenommen.

Wir sollten uns also ernsthaft bemühen, in Cancún voranzukommen und dabei auf den wesentlichen Kernpunkten der Kopenhagener Vereinbarung aufbauen. Wir sollten Kyoto auf der Agenda behalten, jedoch deutlich machen, dass es erst in Anbetracht eines globalen Übereinkommens bewertet werden kann, und nicht vorher. Wir sollten Maßnahmen zur Kontaktaufnahme verstärken und Vertrauen schaffen – und dies besonders in Bezug auf die Entwicklungsländer. Deshalb ist es so wichtig, dass wir unsere Verpflichtungen zur Schnellstartfinanzierung einhalten.

Gleichzeitig werden wir selbstverständlich an der Umsetzung unseres Pakets „20-20-20“ festhalten und dabei insbesondere zeigen, wie es mit der in der 2020-Strategie dargelegten wirtschaftlichen Modernisierung und Reform vereinbar ist.--

Diese zwei Bereiche zeigen deutlich, dass die Europäer von der politischen Führung der Europäischen Union Maßnahmen erwarten. Ich bin überzeugt, dass wir, wenn wir gewillt sind, den nötigen Mut aufzubringen, zeigen können, dass Europa bei der Gestaltung der richtigen Zukunft für unsere Bürgerinnen und Bürger den entscheidenden Impuls setzt.

In eben diesem Geiste werden ich dem Europäischen Rat einige der größten Herausforderungen für das G20-Gipfeltreffen vorstellen, das im Juni in Kanada stattfinden wird. Tatsächlich sollten wir niemals vergessen, dass einige dieser Fragen zwar europäischer Natur sind, sie jedoch auch auf globaler Ebene in Angriff genommen werden sollten.

Die Finanzstabilität sowie die wirtschaftliche und finanzielle Situation in Griechenland stehen nicht auf der offiziellen Tagesordnung dieses Europäischen Rates. Dennoch kann ich mir offen gesagt nicht vorstellen, wie es möglich sein soll, dass die Staats- und Regierungschefs – insbesondere die der Eurozone – diese Problematik nicht erörtern. Lassen Sie mich aus diesem Grund unseren Standpunkt dazu darlegen.

Griechenland ist derzeit dabei, sein übermäßiges öffentliches Defizit zu korrigieren. Eine kräftige Reduzierung des Defizits ist von entscheidender Bedeutung und Griechenland hat entsprechende Maßnahmen ergriffen. Griechenland setzt insbesondere auf Maßnahmen, die in diesem Jahr zu einem Abbau des Defizits um 4 Prozentpunkte des BIP führen sollen. Solche finanzpolitischen Anstrengungen entsprechen der von Kommission und Rat vorgeschlagenen Vorgehensweise, wie der Rat am 16. März anerkannt hat. Natürlich müssen Griechenlands finanzpolitischen Anstrengungen fortgesetzt werden; nur so kann eine nachhaltige Senkung der Kosten der Fremdfinanzierung sichergestellt werden.

Angesichts der Wirtschafts- und Finanzlage in Griechenland haben die Staats- und Regierungschef auf ihrem informellen Treffen am 11. Februar erklärt, dass die Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets bei Bedarf entschieden und koordiniert handeln, um die finanzielle Stabilität im gesamten Euro-Währungsgebiet zu sichern.

Nach Ansicht der Kommission ist es nun angezeigt, innerhalb des Euroraums ein Instrument für koordiniertes Handeln zu schaffen, mit dem Griechenland im Notfall unterstützt werden könnte. Es sollte klar sein, dass die Einführung eines solchen Mechanismus nicht seine automatische Aktivierung impliziert. Die Schaffung eines solchen Mechanismus ist auch eine Frage von Verantwortung und Solidarität.

Solidarität ist keine Einbahnstraße. Griechenland unternimmt hier wirtschaftliche Anstrengungen, und indem wir diese unterstützen, helfen wir nicht nur Griechenland, sondern der Stabilität der gesamten Eurozone. Der Rahmen für ein koordiniertes Vorgehen sollte als Sicherheitsnetz verstanden werden, das nur dann zum Einsatz kommt, wenn alle anderen Mittel zur Abwendung einer Krise ausgeschöpft wurden, darunter vor allem das politische Handlungspotential auf einzelstaatlicher Ebene.

Abgesehen von den technischen Aspekten muss jede etwaige Lösung die Einheit und Kohärenz der Eurozone sowie deren Lenkung festigen und stärken. Die Weltwirtschaft braucht Stabilität. Die Eurozone ist ein Stabilitätspol und es ist wichtig, ihre Fähigkeit, Stabilität zu gewährleisten, weiter auszubauen. Möglicherweise müssen wir in einigen Bereichen auf zwischenstaatliche Instrumente zurückgreifen, jedoch müssen sie in einen gemeinsamen europäischen Rahmen eingebettet sein.

Ich bin der festen Überzeugung, dass die Reaktion auf die spezifischen Herausforderungen auch eine Prüfung für die Entscheidungsträger Europas und ihr Engagement für die Europäische Währungsunion darstellen wird. Es geht um den Grundsatz der Finanzstabilität, der für den Euro von zentraler Bedeutung ist; und der Euro ist eine der wichtigsten Errungenschaften des europäischen Projektes und des bisherigen europäischen Einigungsprozesses.

Ich hoffe, dass die Lösung dieses Problems von Verantwortung und Solidarität geprägt sein wird. Denn das ist der europäische Weg.

(Beifall)

Joseph Daul, im Namen der PPE-Fraktion. – (FR) Herr Präsident, Herr López Garrido, Herr Kommissionspräsident, meine Damen und Herren! Die Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) erwartet vom Europäischen Rat, dass er die europäische Solidarität eindeutig bekräftigt und gleichzeitig dafür Sorge trägt, dass sich jeder Einzelne seiner Verantwortung stellt.

Die PPE-Fraktion erwartet von den Staats- und Regierungschefs auch die Festlegung ihres Fahrplans, um Europa aus der Krise zu führen. Inwieweit sind sie zu einer Zusammenarbeit bereit und wo verläuft die Linie, die sie nicht gewillt sind, zu überschreiten? Sind sie der Ansicht, dass die Wiederbelebung des Wachstums und der Beschäftigungsaufschwung auf einem echten gemeinsamen Vorgehen und den dafür erforderlichen Mitteln beruhen? Oder bevorzugen sie eigenverantwortliches Handeln in den Bereichen Innovation, Ausbildung, Weiterbildung, Unterstützung der KMU und Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Armut – mit den allzu bekannten Folgen?

Ich möchte Sie daran erinnern, dass sich all unsere Mitgliedstaaten 2000 den Prioritäten der Strategie von Lissabon verpflichtet haben. Da sie jedoch nicht von den erforderlichen Mitteln Gebrauch gemacht und die Ziele nicht ernst genommen haben, hinken wir nun viele Jahre hinterher, und all das, was wir immer vorausgesagt haben, ist nun eingetreten, aber außerhalb Europas.

Meine Fraktion erwartet deshalb vom Europäischen Rat, über bloße Worte hinauszugehen und sich ernsthaft mit unseren gemeinsamen wirtschaftlichen Zielen auf Grundlage der 2020-Vorschläge der Kommission zu befassen, deren geänderte Fassung das Parlament im Juni vorschlagen wird.

Ich komme auf die Solidarität zurück, eine Solidarität, über die bereits seit einigen Wochen sehr viel gesagt wurde, und die in der Tat das A und O der europäischen Integration ist, von der Schaffung des gemeinsamen Marktes über den Euro bis hin zu einer gemeinsamen Verteidigung. Diese Solidarität wird seit Beginn der Finanzkrise gezeigt und sie darf unseren griechischen Freunden oder jedem anderen EU-Staat, der den gleichen Schwierigkeiten gegenübersteht, nicht verwehrt werden.

Es muss diese Woche unbedingt eine europäische Lösung für die Krise gefunden werden, und es muss eine gemeinschaftliche Lösung sein – ich wiederhole, eine gemeinschaftliche Lösung – die den europäischen Rechtsvorschriften entspricht und in den Rahmen europäischer Finanzhilfemechanismen eingebettet ist. Sofern wir wollen, können wir darüber hinaus auch den Internationalen Währungsfonds in den Rahmen einbeziehen, jedoch stets in Übereinstimmung mit den europäischen Vorschriften. Die Gewährleistung der Stabilität Europas und des Europäischen Währungssystems ist in unser aller Interesse.

Meine Damen und Herren, auf der Rückseite Europas steht Solidarität, und auf der Vorderseite Verantwortung. Im Rahmen dieser Verantwortung müssen sämtliche Mitgliedstaaten korrekte und zuverlässige Haushalte sicherstellen. Es ist auch die Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger der Staaten, die vorübergehenden Zahlungsproblemen gegenüberstehen, Opfer zu bringen und sich an der gemeinsamen Anstrengung zu beteiligen, um die öffentlichen Finanzen wieder auf den Kurs zu bringen und die dafür erforderlichen Reformen zu akzeptieren, so hart sie auch sein mögen.

In anderen Worten „Ja“, Europa muss Solidarität mit Griechenland zeigen. Es muss sicherstellen, dass Griechenland diese schwierige Phase übersteht. Aber auch Griechenland muss die kurz- und langfristig erforderlichen internen Reformen durchführen – und das auch, um eben diese Solidarität zu gewährleisten. Tatsächlich hat es dem Parlament gestern entsprechende Vorschläge vorgelegt. Es ist nun an Griechenland, sie umzusetzen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, die Krise zwingt uns zu Änderungen. Die erste Änderung betrifft die Kommission, die ich auffordere, ihre Rolle als Hüterin der Verträge uneingeschränkt und bestimmt auszuüben. Die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts müssen erfüllt werden, und die Kommission muss dafür Sorge tragen. Das Parlament wird die Kommission bei dieser schwierigen Aufgabe unterstützen.

Die zweite Änderung betrifft die Regelung unserer öffentlichen Finanzen. In Zeiten des Wachstums herrscht die allgemeine Auffassung, dass jeder das Recht hat, seine Haushalts-, Steuer- und Sozialpolitik selbst zu regeln, ohne sich dabei wirklich um Andere zu sorgen. In Zeiten einer Krise jedoch fordern diejenigen, die am meisten ausgegeben haben, Solidarität von denen, die – sagen wir einmal – vernünftiger waren.

Kann das so weitergehen? Ich glaube nicht. Es ist an der Zeit, dass die Mitgliedstaaten ihre Haushalts-, Steuer- und Sozialpolitik besser koordinieren, und wir sollten uns nicht scheuen, zu sagen: Wir fordern eine stärkere europäische Politikgestaltung! Im Rahmen einer solchen Koordinierung wird die Umsetzung der Grundsätze der Solidarität einfacher, gerechter und neutraler.

Herr Ratspräsident, ich bitte Sie, entsprechende Initiativen zu ergreifen. Wie Sie wissen, verfüge ich über gewisse Erfahrungen: Die Maschine kommt immer in Zeiten von Krisen in Schwung. Wir befinden uns inmitten einer wahren Krise, die Einfluss auf unsere Bürgerinnen und Bürger sowie die Lage vor Ort hat – und wir brauchen politischen Mut.

(Beifall)

Martin Schulz, im Namen der S&D-Fraktion. – Herr Präsident! Der Europäische Gipfel muss und wird sich – das ist ganz klar – mit der Krise in Griechenland befassen. Die *International Herald Tribune* schreibt in ihrem Leitartikel heute einen interessanten Satz: „Griechenland hat versprochen, seine Hausaufgaben zu machen und seinen Haushalt zu sanieren“. Die der Währungszone angehörenden Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben den Griechen abverlangt, dass sie das tun als Voraussetzung für die Solidarität.

Griechenland, so schreibt die *International Herald Tribune*, hat geliefert. Wer nicht liefert, sind die Mitgliedstaaten der Eurozone, allen voran die Bundesrepublik Deutschland, die sich weigert, ihre Zusage einzuhalten. Das ist der erste Punkt.

(Beifall)

Der Präsident der Kommission hat zu Recht von einem Sicherheitsnetz gesprochen. Es geht nicht darum, das Geld von Steuerzahlern der Bundesrepublik, Frankreichs, Italiens oder welchen Landes auch immer in die Kasse Griechenlands zu geben. Das ist nicht das Ziel. Es geht darum, Griechenland in die Lage zu versetzen,

an den internationalen Märkten Geld aufzunehmen, zu Zinsen wie die anderen Länder auch. Normalerweise ist die Verzinsung 2,5 bis 3 %. Durch die Spekulation, die durch das mangelhafte Solidarverhalten ausgelöst wird, zahlt Griechenland 6 %. Das heißt im Klartext, die Effekte der griechischen Haushaltssanierung wandern in die Taschen von Spekulanten an den internationalen Finanzmärkten.

(Beifall)

Das bedeutet eine Ausplünderung der Menschen dort. Und es ist unvernünftig, denn wenn dies Schule macht, wenn die Unsolidarität dazu führt, dass man gegen ein defizitäres Land der Eurozone spekulieren kann und gar noch so spekulieren kann, dass am Ende nicht die interne Solidarität zum Tragen kommt, sondern der Internationale Währungsfonds einschreiten muss, dann ist Griechenland ein Vorspiel, ein Prolog. Dann wird die Spekulation als nächstes Italien, Großbritannien und Spanien treffen. Wer nicht will, dass ein Flächenbrand entsteht, der muss jetzt Solidarität mit Griechenland üben.

Deshalb ist Solidarität mit Griechenland – und das muss man vor allen Dingen der deutschen Bundeskanzlerin sagen – ein Akt der ökonomischen Vernunft und keine Hilfeleistung, die man gerade mal so gibt.

(Beifall)

Deshalb kann man Herrn Barroso nicht aus der Verpflichtung entlassen, indem man sagt, das soll jetzt der Internationale Währungsfonds machen. Die Kommission ist diejenige, die die Vorschläge unterbreiten muss, wie man im Inneren der Eurozone zu einer vernünftigen Stabilisierung kommt. Die Kommission hat gute Vorschläge unterbreitet, und ich finde, der Rat sollte auf die Vorschläge der Kommission eingehen. Dazu gehört nicht, dass der Internationale Währungsfonds angerufen wird. Warum auch? Wir sind in der Lage, das Problem innerhalb der Eurozone zu lösen.

Im Übrigen bin ich erstaunt, dass Angela Merkel den Internationalen Währungsfonds ins Spiel bringt. Die Deutsche Bundesbank – für deutsche Konservative das, was der Vatikan für Katholiken ist – schreibt in ihrem Monatsbericht für den Monat März: „Dagegen ist ein finanzieller Beitrag des Internationalen Währungsfonds bei der Lösung von strukturellen Problemen, etwa der direkten Finanzierung von Budgetdefiziten oder der Finanzierung einer Bankenrekapitalisierung mit seinem monetären Mandat nicht vereinbar“. Das ist ein Zitat der Deutschen Bundesbank. Die deutsche Bundeskanzlerin sagt im Gegensatz zu ihrem Finanzminister, der Internationale Währungsfonds soll das Problem lösen. Das ist der falsche Weg!

Was wir jetzt brauchen, ist das Signal an die internationalen Märkte: Ihr könnt spekulieren so viel wie ihr wollt, ihr werdet die Eurozone nicht auseinanderreiben. Erst wenn dieses Signal gegeben wird, dann wird diese Spekulation aufhören. Und um was für Spekulationen es sich handelt, das muss man noch einmal bei den *Credit Default Swaps*, den CDS, deutlich machen. Dort läuft nichts anderes als das Spiel: Ich schließe eine Versicherung darauf ab, dass das Haus meines Nachbarn abbrennt. Wenn das Haus meines Nachbarn abbrennt, kriege ich die Versicherungssumme. Wenn ich so handle, muss ich geradezu ein Interesse daran haben, dass sein Haus abbrennt.

Aber das Sankt Florian-Prinzip „Sankt Florian, du lieber Mann, verschon mein Haus, zünd andre an“, das geht in der Europäischen Union nicht. Und deshalb ist die Solidarität mit Griechenland ein Akt der Stabilisierung des Euro in der Eurozone. Man muss sich am Ende entscheiden, ob man europäische Solidarität will oder ob man dem Stammtisch nachgeben will. Ich will mir das nicht zu Eigen machen, aber ich bitte alle, sich folgendes Zitat von Wolfgang Münchau von der *Financial Times Deutschland* – kein sozialistisches Blatt, und dieser Mann ist auch kein Sozialdemokrat – genau anzuhören: „Wir sind in einer Situation, in der europäische Notwendigkeiten und deutschnationaler Populismus gegeneinander stehen, entscheiden wir uns für die europäischen Notwendigkeiten“.

(Beifall)

Guy Verhofstadt, im Namen der ALDE-Fraktion. – (FR) Herr Präsident! Ich glaube, wir alle – die Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten), die Grünen, die Sozialisten, die Liberalen und all die anderen Fraktionen bis auf die Euroskeptiker, die möglicherweise erfreut sind über die derzeitige Situation in Europa – gelangen zu dem Schluss, dass im Europäischen Rat mehr Klarheit gefordert ist.

Seit Wochen tobt außerhalb der europäischen Institutionen nunmehr der Kampf um die Frage, was unternommen werden sollte, um Griechenland und dem Euroraum zu helfen. Wir haben so etwas zuvor noch nicht erlebt: Anstatt Entscheidungen zu treffen, wird seit Wochen über die zu ergreifenden Maßnahmen gestritten und alles Mögliche gesagt.

Ich möchte noch weiter gehen, Herr Präsident. Ich habe den Eindruck, dass einige Mitglieder des Rates dem europäischen Projekt in vier Tagen einen größeren Schaden zugefügt haben, als alle Euroskeptiker zusammen in vier Jahren. Das ist der Eindruck, den ich heute habe.

(Beifall)

Der einzige Weg, das zu ändern und aufzuhalten, ist ein eindeutiger Beschluss auf Grundlage eines Kommissionsvorschlags. Ich freue mich, dass Herr Kommissionspräsident Barroso heute angekündigt hat, dem Rat eine Lösung vorzuschlagen, eine Lösung – und ich schließe mich den Ausführungen von Herrn Daul an – die auf einem europäischen und gemeinschaftlichen Ansatz beruhen muss und in der es nicht darum geht, zu fordern, was bereits seit Monaten gefordert wird, nämlich Gelder aus Taschen der Steuerzahler nach Griechenland fließen zu lassen. Darum geht es nicht. Tatsächlich geht es um die Notwendigkeit eines europäischen Instruments, mit dessen Hilfe der Zinssatz für griechische Staatsanleihen gesenkt werden kann. Die beste Methode hierfür ist, dass nicht nur ein Land – Griechenland – diese Staatsanleihen begibt, sondern auf europäischer Ebene Schuldtitel begeben werden, da Europa über Liquidität und Glaubwürdigkeit verfügt.

Beim Zinssatz zählen zwei Einflussfaktoren: Liquidität und Glaubwürdigkeit. Europa verfügt über die notwendige Glaubwürdigkeit und Liquidität, und auf dieser Grundlage wird es möglich sein, Griechenlands Zinssätze zu senken, ohne dass auch nur ein Euro der Steuerzahler an Griechenland geht. Das ist absolut notwendig, Herr Präsident, da die Spanne – das heißt die Differenz zwischen dem in Deutschland geltenden Satz, der heute bei 3,05 % liegt, und dem griechischen, der derzeit bei 6,5 % liegt – heute 350 Basispunkte beträgt. Der einzige Ausweg aus der Situation ist die wirklich notwendige Einführung dieses europäischen Instruments.

Eine zweite Begründung für diese Notwendigkeit ist, dass die Anstrengungen, die Griechenland unternehmen wird – unternehmen muss und verpflichtet ist, zu unternehmen – einem Zweck dienen müssen. Denn wenn nicht auf eine europäische Lösung gesetzt wird und die Zinssätze nicht reduziert werden können, sind es schlussendlich die Kapitalmärkte, die von den Bemühungen Griechenlands profitieren werden. Das wird geschehen, wenn auf dem Ratsgipfel kein entschiedener Beschluss gefasst wird. Die Griechen werden Anstrengungen unternehmen, werden sparen – und wer profitiert davon? Die Spekulanten, die Kapitalmärkte und so weiter, da sie weitaus höherer Zinssätze haben werden.

(Beifall)

Deshalb muss Europa eingreifen. Europa muss eingreifen, um sicherzustellen, dass sich Griechenlands Konsolidierungsmaßnahmen lohnen. Sie sind notwendig, aber sie müssen sich auch lohnen. Aus diesem Grund unterstützen wir, und muss das gesamte Parlament den Vorschlag, den die Kommission vorlegen wird, jetzt unterstützen. Hoffen wir, dass die Mitglieder des Rates still bleiben und zustimmen werden. Darauf müssen wir hoffen.

Rebecca Harms, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Herr Präsident! Ich möchte nochmals kurz daran erinnern, in welcher kurzen Zeit, manchmal geradezu über Nacht, entschieden worden ist, dass wir den Banken in Europa aus der Patsche helfen, als diese Probleme hatten.

Über Bedingungen zur Gewährung dieser Hilfe diskutieren wir übrigens nicht erst seit heute. Weder die Bedingungen für Rückzahlungen und Verantwortlichkeiten noch die Bankenaufsicht haben wir bis heute geklärt. Wenn man sich das vergegenwärtigt und sich klar macht, dass diese griechische Krise, die Krise des Euro, eigentlich eine europäische Krise ist, und dass seit Wochen, seit Monaten darüber diskutiert wird, ohne dass die Europäer sich einen Ruck geben können, die notwendigen Entscheidungen zu treffen, so ist das meiner Ansicht nach nur noch beschämend. Als deutsche Abgeordnete im Europäischen Parlament – Herr Langen, hören sie nur zu – schäme ich mich für meine Bundesregierung.

Denn heute ist zu lesen, dass in Brüssel ein Sondergipfel stattfindet, auf dem nach dem Willen von Frau Merkel für Griechenland das entschieden wird, was sie will und was ihr ermöglicht, als Siegerin aus Brüssel nach Berlin zurückzukehren, ohne mit den anderen tatsächlich über adäquate Lösungen zu diskutieren. Das finde ich beschämend. Da hat der Boulevard, da haben die Stammtische gesiegt, und ich finde, man sollte sich sehr genau überlegen – auch Sie, Herr Langen, in Ihrer deutschen Delegation – ob es angeht, dass Sein oder Nichtsein, Solidarität oder Nichtsolidarität in der Europäischen Union, von Umfrageergebnissen abhängt, die eine deutsche Partei, aus der die Bundeskanzlerin stammt, derzeit für den Wahlausgang in einem Bundesland aufzuweisen hat.

Ich finde, das ist wirklich zuviel des Populismus, und es ist unerträglich, dass bis heute nicht feststeht, dass die Staats- und Regierungschefs im Rahmen des regulären Rates am Donnerstag und am Freitag sich einigen, wie die Eurozone mit der Krise in Griechenland umgehen will.

(Beifall)

Ich habe die Diskussionen in Deutschland genau verfolgt und war letzte Woche auch in Griechenland, und ich möchte für die Bürgerinnen und Bürger in meinem Land, in Griechenland und in der EU nochmals deutlich machen, dass Solidarität an dieser Stelle angezeigt ist, dass die Ermöglichung zinsgünstiger Kredite für Griechenland jedoch über den Tag hinaus nur funktionieren kann, wenn es keine Einbahnstraße ist. Diese Tage, die ich in Griechenland verbracht habe, haben mir gezeigt, dass die Bürgerinnen und Bürger Griechenlands jetzt die Chance haben auf einen besseren Staat. Dieser Staat Griechenland muss die Krise zu tatsächlichen Reformen nutzen. Wir tun uns allen zusammen keinen Gefallen, wenn wir an dieser Stelle Solidarität zeigen, ohne Papandreou zu noch viel weiter gehenden Reformen aufzufordern als er das bisher angekündigt hat. Und wie gesagt: die Griechen haben etwas sehr viel Besseres verdient.

Weil ich diesen Populismus gerade auch in Deutschland so nahe erlebe und als so gefährlich ansehe, möchte ich das noch einmal aus einer anderen Perspektive begründen: Unsere Analyse ist die, dass der Euro, dass eine gemeinsame Währung auf Dauer nur Bestand haben kann, wenn die Europäer sich den Ruck geben zu einer Integration ihrer Wirtschaftspolitik. Die Konkurrenz um die sogenannten harten Interessen führt uns im Zweifelsfall immer wieder in die Schwierigkeiten, die wir im Moment haben. Da ist eine Menge zu tun, und da wird es dann wieder so bitter, Herr Langen. Den Bürgerinnen und Bürgern ist über die Notwendigkeit der Integration noch soviel zu erklären.

Wir haben uns so schwer getan, als wir die Verfassung diskutiert haben. Wir sind so froh, dass Lissabon endlich in Kraft ist, und bei der ersten Herausforderung nach Lissabon, da siegt der Boulevard, da siegt der Stammtisch über die Vernunft. Da wäre Frau Merkel wirklich sehr schlecht beraten – auch von Ihnen, den deutschen Kollegen aus der EVP-Fraktion –, wenn man da nicht bremste. Die Notwendigkeit der Integration der Wirtschaftspolitik, das ist es, was über den Tag hinaus diskutiert werden muss. Transparenz, Vernunft und Argumente gegenüber unseren Bürgern – das muss uns leiten, aber eben nicht die BILD-Zeitung und der Boulevard, sonst kommt Angela Merkel – wie Herr Münchau heute schrieb – demnächst geschlagen aus Brüssel nach Hause. Dann schreibt die BILD-Zeitung: Der Euro muss abgeschafft werden, die D-Mark muss wieder eingeführt werden. Was machen wir dann?

Es ist noch nicht zu spät. Deutschland steht in einer Entscheidungsposition. Ich hoffe, dass Herr Sarkozy nicht nachgibt, sondern vernünftiger ist als Frau Merkel!

Michał Tomasz Kamiński, im Namen der ECR-Fraktion. – (PL) Herr Präsident! Nicht ohne Grund sprechen wir heute hier in diesem Parlament über Griechenland, auch wenn Griechenland leider nicht auf der Tagesordnung des Treffens steht. Ich möchte der griechischen Regierung hier in diesem Plenarsaal Anerkennung aussprechen. Es ist eine Regierung, die heute mit Protesten auf ihren Straßen konfrontiert ist. Die Proteste kommen womöglich von der eigenen sozialistischen Wählerschaft der Regierung, doch es ist eine Regierung, die im Namen einer rationalen Wirtschaft und europäischer Solidarität harte Entscheidungen trifft und sich nicht dem Populismus beugt. Ich bedauere, sagen zu müssen, dass heute nicht alle europäischen Führungspolitiker in der Lage sind, sich solch einem Populismus zu widersetzen.

Ich denke, Griechenland benötigt unsere Hilfe, da Europa auf dem Grundsatz der Solidarität beruht. Aber natürlich dürfen wir nicht zulassen, dass für Politiker egal welchen Landes Wirtschaftspolitik wie Shopping mit Kreditkarte ohne Limit ist, denn das wird die gleichen Folgen haben wie jetzt in Griechenland. In Zukunft sollten wir sehr strenge Bedingungen an die Mitgliedstaaten stellen, um zu gewährleisten, dass sie eine rationale Wirtschaftspolitik verfolgen, weil eine nicht auf rationalen Grundlagen beruhende Politik zu einer Situation führt, wie wir sie jetzt haben.

Leider muss ich sagen, dass wir heute auch einem Problem gegenüberstehen, das in Europa so häufig beobachtet werden kann – nämlich dass Ideologie und Politik einen größeren Stellenwert haben als die Wirtschaft. So endet das leider, und wir hatten solch ein Beispiel bei der Einführung des Euro. Heute können wir sagen, dass Griechenland den Euro vermutlich zu schnell eingeführt hat; da aber die Politik vor der Wirtschaft rangierte, haben wir heute eben genau die Krise, die wir haben. Ich möchte meine Hoffnung zum Ausdruck bringen, dass die Europäische Kommission unter Präsident Barroso über die europäische Solidarität und die europäische wirtschaftliche Vernunft wachen wird, denn diese Vernunft und Solidarität brauchen wir.

Ich möchte auch hervorheben, dass wir angesichts der derzeitigen Krise nicht nach Heilmitteln suchen sollten, die die Situation nur noch verschlimmern. Ich glaube nicht, dass mehr Bürokratie, Integration und Regulierung in Europa dem förderlich ist, was unser größtes Ziel ist und sein sollte: die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit. Wir sollten uns nicht darauf verlassen, dass Beamte in der Lage sind, zu entscheiden, wie eine Verbesserung für unseren Kontinent herbeigeführt werden kann, anstatt dies einer freien Wirtschaft zu überlassen. Wir sollten auch die Unterschiede zwischen den europäischen Ländern im Bereich der Wirtschaft und Sozialpolitik respektieren, die auf die unterschiedliche Geschichte, Kultur und auf andere Faktoren zurückzuführen sind. Wir können und sollten zu europäischer Solidarität für Griechenland aufrufen und ich hoffe, dass ich hier in diesem Plenarsaal Worte der Anerkennung für die griechische Regierung vernehmen werde.

Lothar Bisky, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – Herr Präsident! Es ist selten, dass ich mit Parlamentspräsident und Kommissionspräsident übereinstimme. Aber wenn die Beiden Solidarität mit Griechenland fordern und vor einer Renationalisierung warnen, dann kann ich ihnen nur zustimmen, weil das richtig ist. Herr Barroso hat darüber hinaus vor kurzem in Straßburg laut darüber nachgedacht, ob nicht die schlimmsten Finanzmarktspekulationen schlichtweg verboten werden sollten. Die zunehmende soziale Spaltung der Gesellschaft in der Europäischen Union und innerhalb der Mitgliedstaaten kann nun wirklich niemand mehr übersehen. Die damit verbundenen dringenden Fragen stehen nicht auf der Tagesordnung der Staatschefs auf dem ersten Gipfeltreffen nach Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages.

Die Debatte über die EU-2020-Wirtschaftsstrategie steht natürlich schon auf der Tagesordnung. Wie Sie wissen, ist meine Fraktion von dieser Strategie, so wie sie von der Kommission formuliert wurde, überhaupt nicht begeistert, denn ihr liegt die gescheiterte Wettbewerbsideologie zugrunde, die zur Krise geführt hat. Wir wollen eine Strategie für Europa, die die sozialen und ökologischen Notwendigkeiten über die Wettbewerbsinteressen stellt. Davon ist EU-2020 kilometerweit entfernt. Aber es ist schon ein starkes Stück, wenn sich einzelne Mitglieder der deutschen Bundesregierung dieser Tage hinstellen und gegen die wenigen verbindlichen Ziele der Strategie EU-2020 wettern, z. B. bei der Beschäftigungsquote, bei Forschung und Bildung oder bei der Bekämpfung der Armut – und das im Europäischen Jahr der Bekämpfung der Armut! Ich hoffe, dass sich diese Haltung bei der Mehrheit der europäischen Regierungschefs nicht durchsetzen wird.

Niki Tzavela, im Namen der EFD-Fraktion. – (EL) Herr Präsident! Mein Land – Griechenland – und Kalifornien haben viele Gemeinsamkeiten. Wir haben ein wunderbares Klima, unser Land ist unser Kapital, unsere Wälder haben ebenso gebrannt wie die Wälder in Kalifornien, sie haben ebenso wie wir die Olympischen Spiele ausgetragen, und wir stehen nun vor den gleichen Problemen wie Kalifornien.

Ich frage mich, wenn Kalifornien Kreditprobleme hätte, würde die US-Regierung es dann Spekulanten ausliefern...

(Der Redner wird durch Zwischenrufe unterbrochen.)

Es ist die Wirtschaft, ja. Das weiß ich. Darum habe ich gesagt, was ich gerade gesagt habe.

– (EL)...oder würde die US-Regierung sein Problem lösen? Haben wir solch eine zentrale Regierung in der Europäischen Union oder nicht? Sind wir sicher, dass Griechenland, das 2 % der europäischen Wirtschaft ausmacht, solch eine schwerwiegende Krise des Euro ausgelöst hat? Hat es den Zusammenhalt des Eurogebiets gebrochen und bedroht nun die Einheit der Union?

Es ist deshalb klar, dass wir hier vor einer Bewährungsprobe für die europäische Währung und vor allem für den Willen der Entscheidungsträger der Europäischen Union stehen, sie zu verteidigen. Wenn wir zurückschauen, können wir sehen, was wir erreicht haben (vor 30 Jahren war ich eine junge Mitarbeiterin im Ministerium für Arbeit und wurde hier in Brüssel über den europäischen Binnenmarkt geschult). Den europäischen Binnenmarkt haben wir erreicht. Den Euro haben wir erreicht. Aber ich glaube nicht, dass wir irgendeine andere Gemeinsamkeit erreicht haben. Aus diesem Grund sehen Sie mich auch bei den Euroskeptikern.

Ich hoffe, wir werden morgen beweisen, dass wir wirklich Zusammenhalt und etwas Gemeinsames erreicht haben.

Zoltán Balczó (NI). – (HU) Meine Vorredner haben alle die Lösung für die griechische Krise erwähnt. Indes wurde dieser Punkt, Herr Barroso, nicht einmal auf die Tagesordnung des Gipfels gesetzt. Sehen sie darin keinen Widerspruch, keine Heuchelei? Weil es nicht auf der offiziellen Tagesordnung steht. Natürlich ist

nicht nur Griechenland 2008/2009 in eine schwierige Lage geraten. Ungarn stand kurz vor einem Bankrott, was teilweise den schweren Fehlern seitens der Regierung geschuldet ist. Der Internationale Währungsfonds hat dem Land ein Darlehen gewährt – ein Schritt mit schwerwiegenden Folgen für die Bevölkerung. Wir müssen uns der Frage stellen, welche Lehren wir aus der Finanzkrise ziehen können. Etwa, dass alles miteinander verbunden ist? Nein. Die eigentliche Lehre wurde von Ministerpräsident George Papandreou formuliert, der sagte, dass in den vergangenen 20 Jahren die Berliner Mauer gefallen ist, und die Wall Street gefallen ist. Die „Wall“ Street ist gefallen. Ja, dieses weltweite Finanzsystem, das von der Wirtschaft isoliert wurde, ist der wesentliche Grund, weshalb sich die Länder in dieser Situation befinden.

José Manuel García-Margallo y Marfil (PPE). – (ES) Herr Präsident, Herr Ratspräsident! Sie wissen am Besten, wie sehr meine Fraktion der spanischen Ratspräsidentschaft zum Erfolg verhelfen wollte. Wir wollen dies auch weiterhin tun, doch Sie müssen dafür den Kurs etwas korrigieren und unverzüglich damit fortfahren, die Union zu führen.

Die Union zu führen heißt, eine Lösung für Griechenland zu finden. Alle haben das gesagt und ich werde es nicht wiederholen. Die Union zu führen heißt, die Richtlinie über die Verwalter alternativer Investmentfonds so schnell wie möglich anzunehmen und sie nicht, wie es die spanische Ratspräsidentschaft getan hat, zu verzögern. Die Union zu führen heißt, das Finanzaufsichtspaket so schnell wie möglich zu beschließen und nicht um jeden Preis ein Abkommen des Rates aufrechtzuerhalten, das weitaus konservativer ist als der Kommissionsvorschlag und erst recht als der De Larosièr-Bericht, der ihm zugrunde liegt.

Das Parlament wird dem spanischen Ratsvorsitz ein Aufsichtsabkommen vorlegen, das in zwei Worten zusammengefasst werden kann: mehr Aufsicht und mehr Europa. Ich bin mir sicher, dass die spanische Regierung, die diese Prinzipien stets gepredigt hat, das Parlament unterstützen wird und nicht die Positionen, die von der anderen Seite des Kanals kommen.

Die Union zu führen heißt, die Haushaltsdisziplin zu stärken, und eine Stärkung der Haushaltsdisziplin bedeutet, neue Ideen zu entwickeln, um den präventiven Ansatz zu verstärken. Der spanische Ministerpräsident weiß, dass die Überprüfung der gerade angeführten vierzehn Stabilitätspläne ein rein bürokratisches Verfahren war, da es keine bessere Idee gab.

Der präventive Arm müsste die Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaften berücksichtigen – denn ohne Wohlstand können die Haushalte nicht ausgeglichen werden – und darüber hinaus die Situation der Auslandskonten. Auch müssten schärfere Sanktionen eingeführt werden, so dass der Pakt wirklich einen verbindlichen Charakter hat.

Die Union zu führen heißt, eine neue Idee zur Frage der Governance einzubringen, über die Sie gerade in einer Zeitung geschrieben haben. Der spanische Ministerpräsident hat uns hier mitgeteilt, wie er mehr Governance wolle, nun da Artikel 121 und 136 des Vertrages von Lissabon in Kraft sind, auf die sich die spanische Präsidentschaft jetzt bezieht.

Was beinhaltet es außerdem? Sagen Sie uns, was es beinhaltet und wir werden Ihnen helfen. Damit wir Ihnen helfen können, müssen wir jedoch wissen, was Sie erwarten und wollen, denn vagen, nichtssagenden und leeren Ideen wird in diesem Parlament kurzer Prozess gemacht.

VORSITZ: ROBERTA ANGELILLI

Vizepräsidentin-

Stephen Hughes (S&D). – Frau Präsidentin, wir sind der Auffassung, dass die im Entwurf vorliegenden Schlussfolgerungen des Rates, die wir alle diese Woche durchsickern haben sehen, eine sehr reale Gefahr für die Europäische Union bedeuten könnten.

Die Schlussfolgerungen sprechen von einem rechtzeitigen Ausstieg aus außergewöhnlichen Stützungsmaßnahmen. Was bedeutet das in der Praxis? Wir haben vergangene Woche bei den Schlussfolgerungen des Ecofin-Rates gesehen, dass sie einen Rückzug aus den Stützungsmaßnahmen für den Arbeitsmarkt ab Ende 2010 sehen möchten. Im Dezember hat der Rat für alle Mitgliedstaaten von der Notwendigkeit gesprochen, bis Ende 2013 zu den Kriterien des Stabilitätspaktes zurückzukehren.

Wir sind der Ansicht, dass dieser Zeitplan hoffnungslos optimistisch ist. Wenn wir dieser Rezeptur einer rigiden Rückkehr zu den Kriterien des Stabilitätspaktes bis Ende 2013 folgen, wird dies eine Verordnung für beträchtliche Kürzungen bei den öffentlichen Ausgaben und den öffentlichen Leistungen bedeuten. Die Arbeitslosigkeit wird steigen, der Anteil der Steuern wird verringert und wir werden in eine Phase langsamen

Wachstums eintreten, die zu einer effektiven Verringerung des Wirtschaftspotentials der Europäischen Union über viele Jahre hinweg führen könnte. Es ist ein Rezept für eine Katastrophe.

Was wir stattdessen brauchen, ist eine kluge Balance zwischen einer verantwortlichen Finanzpolitik auf der einen und einer fortgesetzten Unterstützung des Arbeitsmarktes auf der anderen Seite. Wir brauchen eine anhaltende soziale Strategie und eine nachhaltige Ausstiegsstrategie.

Das Danish Labour Institute hat heute Zahlen vorgelegt. Sie besagen, dass wenn den Ausstiegsstrategien für den Ernstfall, die von den 20 Mitgliedstaaten mit der Kommission vereinbart wurden, gefolgt wird, bis Ende 2013 weitere 4,5 Millionen europäische Bürgerinnen und Bürger unnötigerweise in den Arbeitslosenschlangen stehen werden. Das kann vermieden werden. Wir müssen es vermeiden. Eine unserer Forderungen ist daher ein zweijähriges Moratorium für die Rücknahme von Stützungsmaßnahmen.

Übrigens schlagen wir diese Woche auch ein neues europäisches System für die Finanzstabilität vor. Ich hoffte, Herr Präsident Barroso würde noch hier sein, denn ich wollte sagen, dass wir überhaupt nichts dagegen hätten, wenn er unsere Ideen stehlen und sie morgen als eine Empfehlung gegenüber dem Rat präsentieren würde.

Lena Ek (ALDE). – Frau Präsidentin, morgen wird der Rat tagen, um über die Zukunft eines Europas zu diskutieren, welches gewaltigen Herausforderungen gegenübersteht. Gegenwärtig haben wir es mit einer Finanzkrise zu tun, die in Verbindung mit einer Klimakrise zu einer Beschäftigungskrise führt.

Ein auf sozialen und Umweltschutzgründen basierendes Wirtschaftswachstum ist entscheidend für die Ankurbelung von Europa. Aber ich befürchte, dass die Vorschläge des Rates und der Kommission zur Governance – wenngleich begrüßenswert – zu ungenau und nicht hilfreich für das Erreichen der gesetzten Ziele sein werden. Wenn die Umsetzung nach dem Stand der Dinge erfolgt, wird die Strategie Europa 2020 eine weitere Lissabon-Strategie und ein Fehler sein.

Europa sollte stattdessen wagen, diese Herausforderungen gezielt und frontal mit beherzten Regierungsvorschlägen anzugehen.

Zunächst funktioniert die offene Koordinierungsmethode nicht und muss aufgegeben werden. Stattdessen sollten verbindliche Ziele etabliert und durch die Kommission in Übereinstimmung mit den Artikeln des Vertrages von Lissabon verfolgt werden.

Wenn zweitens die Förderung davon abhängig gemacht werden soll, wie gut ein Mitgliedstaat seinen Verpflichtungen gemäß der Strategie Europa 2020 gerecht wird, können wir das Geld der Steuerzahler nicht weiter für Regierungen ausgeben, die lügen und mit Statistiken betrügen – Solidarität, ja, aber eine auf Transparenz beruhende.

Drittens sollte die Kommission ihre Jahresberichte mit Empfehlungen für die Politik im Parlament veröffentlichen, bevor sie im Rat diskutiert werden.

Ein offenes Verfahren würde Transparenz schaffen und die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger gestatten. Als europäische Politikerinnen und Politiker sollten wir immer anstreben, die Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt unserer Politik zu stellen. Lassen Sie uns also dieses Versprechen wahr machen und das Kommissionskätzchen zu einem Tiger – und zwar einem Tiger mit Zähnen – machen.

Roberts Zīle (ECR). – (LV) Vielen Dank, Frau Präsidentin. Wir müssen die Frage der Solidarität nicht nur im Falle Griechenlands thematisieren, sondern auch bei der Gestaltung der langfristigen Politik der Europäischen Union, und ich sage dies im Kontext des Abkommens, welches wir im Rat zu den Zielen der Strategie Europa 2020 erwarten. Was mich im Plan der Kommission beunruhigt, ist, dass es in dieser Strategie keine Akzente auf dem wirtschaftlichen Zusammenhalt neben dem Akzent auf dem sozialen Zusammenhalt gibt. Wenn wir dies im Kontext mit einer Gewichtung auf der Finanziellen Vorausschau für den Zeitraum 2014-2020 betrachten, dann werden diese wirtschaftlichen Kohäsionskonzepte in der Realität finanziell gesehen bedeutend schwächer. Anders gesagt bedeutet dies, dass bis zum Jahr 2020 der Ausgleich von wirtschaftlichen Gefällen weniger dynamisch sein wird. Tatsächlich könnte im Gegenteil eintreten, dass im Jahr 2020 die wirtschaftlichen Unterschiede in der Europäischen Union größer sein könnten als im Jahr 2010. Ist es das, was wir zu sehen wünschen, und ist dies das tatsächliche Solidaritätsverständnis innerhalb der Europäischen Union? Ich möchte den Rat dazu auffordern, ein sehr ernstes Augenmerk auf das Zustandekommen dieses politischen Abkommens zu legen, aber gleichwohl auch das Ziel des wirtschaftlichen Zusammenhalts zu betonen. Vielen Dank.

Takis Hatzigeorgiou (GUE/NGL). – (EL) Frau Präsidentin, ich glaube, wir haben uns ausreichend und angemessen mit der Griechenland-Thematik befasst. Ich möchte eine Frage berühren, die auch andere Länder betrifft. Herr Schulz sagte, dass die Zinssätze in Europa derzeit bei 2-3 % stehen. Ich möchte Ihnen mitteilen, dass der Zinssatz auf Zypern gegenwärtig bei 6 % steht. Alles oberhalb dieses Niveaus würde die Banken in die Knie zwingen, und nichts kann dieses Bild verändern. Wir sind der Ansicht, dass der Rat in Zukunft auch dahingehend tätig werden sollte, sodass wir keine weiteren Länder erleben, die in den gleichen Schlamassel wie Griechenland geraten.

Ich möchte zwei Vorschläge machen:

Wir haben den Banken Milliarden gegeben, um sie auf den Weg zu bringen. Wäre es für den Staat nicht besser gewesen, dieses Geld wie den Zinssatz für ein Hypothekendarlehen eines Hauptwohnsitzes zu verwenden, vorausgesetzt, die Verbraucher gingen zur Bank, um ihre Rate zu bezahlen?

Mein zweiter Vorschlag lautet wie folgt: Könnten wir nicht die Erhebung einer Steuer auf große grenzüberschreitende Transaktionen zwischen den Staaten in Betracht ziehen?

Frau Präsidentin, ich muss eines zu den einminütigen Redebeiträgen sagen. Ich bitte um Entschuldigung, aber ich möchte sagen, dass eine Minute nicht lang genug ist, um eine Auffassung vorzutragen. Letztlich ist es demütigend, auf der Ebene von Schlagworten verbleiben zu müssen.

Die Präsidentin. – Ich verstehe, dass Sie in einer Minute nicht sehr viel sagen können; jedoch erteile ich jetzt Herrn Borghezio für eine weitere Minute das Wort.

Mario Borghezio (EFD). – (IT) Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, es ist für alle deutlich zu sehen, dass der Euroraum von Tag zu Tag zunehmend schwieriger zu beherrschen ist.

Das Risiko des Staatsbankrotts konnte nicht beseitigt werden, und trotz der wöchentlichen Zusammenkünfte und Gipfeltreffen von Staatsoberhäuptern und Finanzministern ist noch keine klare Lösung vorhanden. Ich hoffe, dass wir keine Mission Impossible haben. Die Rettungsaktion eines Mitgliedstaates überlebt vielleicht eine mögliche Verfassungsbeschwerde in Deutschland nicht. Dies sind alles Punkte, die wir bedenken sollten, und die sich meiner Ansicht nach während dieser Debatte nicht ergeben haben.

Ich möchte jedoch die Gelegenheit ergreifen, zu erwähnen, dass die Europäische Union mit ihren finanziellen Maßnahmen eine nachhaltige, praktischen Betonung auf die effektive Erholung des KMU-Sektors legen sollte, der aufgegeben worden ist. -

Welcher Anteil der gewaltigen Summen, die den Banken gegeben wurden, landet zum Beispiel in meinem Land – Italien – wirklich bei den Kleinunternehmen? Wie viel von den Strukturfonds? Laut den Körperschaften, die KMU repräsentieren, wird in einigen Regionen nur zwischen 1 - 2 % für den KMU-Sektor eingesetzt. Dies sind reale Probleme, die die reale Wirtschaft betreffen, und die Europa sehr ernsthaft und dringend ansprechen sollte.-

Werner Langen (PPE). - Frau Präsidentin! Ich möchte zuerst Griechenland ein Lob aussprechen. Der Weg zur Lösung der Griechenlandkrise führt nur über harte Reformmaßnahmen in Griechenland. Das ist der richtige Weg. Alle anderen Dinge, die hier vorgeschlagen wurden, sind gegen die europäischen Verträge, und ich erwarte sowohl vom Kommissionspräsidenten als auch von diesem Parlament, dass es die Verträge einhält und keine Vorschläge unterbreitet, die gegen die Verträge sind.

Zum Kollegen Schulz will ich sagen: Lautstärke ersetzt keine Sachkenntnis. Es sind nicht die Spekulanten, die Griechenland in Schwierigkeiten gebracht haben. Es sind die internen Regeln, die mangelnde Bereitschaft der Mitgliedstaaten, den Stabilitäts- und Wachstumspakt einzuhalten. Deutschland und Frankreich, und nicht Griechenland, waren die bösen Buben, die im Jahre 2003 und 2004 allen anderen Mitgliedstaaten ein negatives Beispiel gegeben haben. Nicht die anderen!

Das soll kein Vorwurf an Griechenland sein, aber wenn wir die Regeln nicht ändern, und wenn die Bereitschaft nicht da ist, dass sich die Mitgliedstaaten an die eigenen Regeln halten, dann wird die Eurozone Probleme bekommen. Nun wird hier behauptet, die Schuld läge bei den Spekulanten. Dabei ist weniger als ein Drittel der griechischen Staatsschuld durch Kreditausfallsicherungen abgesichert. Weniger als ein Promille der weltweiten CDS-Derivate sind auf Griechenland gesetzt. Das ist eine Ausrede!

Solange wir nicht in der Lage sind – und die Finanzminister sind die bösen Buben! –, die Regeln durchzusetzen und uns daran zu halten, werden wir immer wieder in neue Schwierigkeiten geraten. Das ist der Schlüssel, nicht der Vorwurf an irgendeine Regierungschefin, die sich an die europäischen Verträge und an ihre eigene Verfassung hält.

(Beifall)

Hannes Swoboda (S&D). - Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist ganz klar – und, Kollege Langen, das ist ja auch hier gesagt worden –, dass Griechenland selbst seine Hausaufgaben machen muss. Aber es ist aus meiner Sicht auch klar gesagt worden, dass es Solidarität geben muss. Solidarität, die auch hilft, dass Griechenland seine Aufgaben bewältigen kann. Und unabhängig von den Prozentsätzen: Die Spekulation, die nicht schuld ist an der Krise in Griechenland, aber schuld ist an den enormen Schulden, die Griechenland jetzt machen muss, über das hinaus, was notwendig ist, das ist das Entscheidende.

Und, lieber Kollege Langen, eine Zeitung, die Ihnen politisch näher steht als mir, die *Financial Times*, hat klar festgehalten: Das ist der Unterschied zwischen Herrn Kohl und Frau Merkel. Herr Kohl hätte gesagt: Lasst uns das Problem jetzt gemeinsam mit Griechenland lösen. Frau Merkel flieht davor und sagt: Ja, was sagt der Vertrag? Was sagen der Gerichtshof und die Bundesverfassung? Das ist der Unterschied, ob man politisch auf der Ebene der Integration Europas steht oder nur nach Hause schaut, oder einen Außenminister hat, der sagt: Wir werden doch das Geld jetzt nicht in die Auslage legen. Niemand hat gefordert, dass das Geld in die Auslage gelegt wird!

Wenn man nur populistisch agiert und nicht an das gemeinsame zukünftige Europa denkt, dann kommt es zu dieser Kakophonie. Oder wie es in einer anderen Ihnen näher stehenden Zeitung, der *FAZ* heißt: Jeden Tag ein neuer Vorschlag. Das ist nicht nur eine Frage Deutschlands, sondern der ganzen Europäischen Union. Die Antwort bzw. die Nicht-Antwort, die wir jetzt gegeben haben, ist unakzeptabel. Und daher ist beides notwendig: Es bedarf der Maßnahmen in Griechenland, gar keine Frage, und die sind hart, die sind sehr hart. Aber es bedarf auch einer Zusammenarbeit auf europäischer Ebene, vor allem um zu verhindern, dass es zu solchen Problemen kommt. Und das kann nur geschehen – ob nun im Rahmen eines Europäischen Währungsfonds, wie Schäuble vorschlägt, oder auf anderem Wege, wenn es auch gleichzeitig europäische Solidarität gibt. Da erwarte ich mir vom Gipfel europäische Solidarität, um auch die Zukunft besser zu gestalten.

Fiona Hall (ALDE). – Frau Präsidentin, der Frühjahrsgipfel soll der Energiegipfel sein.

Hätte die Konferenz von Kopenhagen mit einem weltweiten Abkommen geendet, würden wir bereits die technischen Details in Richtung einer Emissionsreduktion von 30 % diskutieren, und daran müssen wir auch festhalten.

Erstens, weil das beim Frühjahrsgipfel 2007 vereinbarte Anspruchsniveau unter den gegenwärtigen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen einer viel höheren Reduzierung entspricht als 20 %. Erst in der vergangenen Woche hat Nobuo Tanaka, Direktor der sehr umsichtigen Internationalen Energieagentur (IEA) den Abgeordneten mitgeteilt, dass der Weltenergiebericht 2009 der IEA eine Reduzierung von 23 % bei den EU-Emissionen vorhersagt, und dass 30 % ein gutes Ziel darstellen würden.

Wenn es uns zweitens ernst ist mit dem Erreichen von bis zu 95 % des Zieles bis zum Jahr 2050, dann erfordert der Plan eine Kürzung von mindestens 30 % bis zum Jahr 2020.

Und zu guter Letzt ist es nur die Umwandlung der EU in eine nachhaltige, kohlenstoffarme und ressourceneffiziente Wirtschaft, die eine europäische wirtschaftliche Erholung und die Schaffung von Arbeitsplätzen gewährleisten wird.

Grüne Arbeitsplätze gehören zum Kern der Strategie Europa 2020. Daher sollte der Rat Frau Kommissarin Hedegaard unterstützen und erkennen, dass die Bedingungen jetzt da sind, um sich in Richtung eines 30 %-Ziels zu bewegen. Der Rat sollte ferner sehen, dass der billigste und einfachste Weg für die Umsetzung dieser weiteren Kürzung über die Energieeffizienz und insbesondere über ein verbindliches Energieeffizienzziel erfolgt.

Die EU-Regierungschefs müssen wie im Jahr 2007 auf diesem Frühjahrsgipfel 2010 eine klare Botschaft übermitteln.

Konrad Szymański (ECR). – (PL)Anstatt eine Diskussion über die Umsetzung der Strategie Europa 2020 zu führen, schlage ich vor, dass wir uns auf Bereiche konzentrieren, in denen wir wirklich einen Einfluss

haben. Wir sind sicherlich in der Lage, den Gemeinsamen Markt vor Protektionismus zu schützen. Wir sind sicherlich in der Lage, das europäische Recht für Unternehmer einfacher zu machen, sodass es nicht die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft einschränkt. Eine bessere Gesetzgebung ist sicherlich eine besondere Verantwortung gerade dieses Hauses, dieses Parlaments.

Die Mitgliedstaaten werden, wenn sie dem Druck der Weltwirtschaft ausgesetzt sind, Reformen durchführen. Deshalb ist es so wichtig, den Mitgliedstaaten maximale Freiheit im Bereich der Wettbewerbsfähigkeit der Steuersysteme, der Sozialsysteme und des Wirtschaftsrechts einzuräumen. Durch die zunehmende Harmonisierung in diesen Bereichen bewahren wir lediglich die Übel des europäischen Sozialmodells. Es ist die Freiheit, und es sind nicht aufeinanderfolgende Strategien, die die richtige Antwort auf die Krise sind.

Corien Wortmann-Kool (PPE). – (NL) Frau Präsidentin, bislang gibt es keine Notlösung für Griechenland, und tatsächlich ist dies derzeit kein Problem, da sogar der griechische Ministerpräsident hier im Parlament mitteilte, dass das Land seine eigenen Angelegenheiten in Ordnung bringen möchte. Tatsächlich ist dies nach den Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes die richtige Verfahrensweise und an sich eine Form von Solidarität.

Dennoch haben wir ein Problem. Der Euro stürzt ab, aber dies kann hauptsächlich auf die öffentliche Debatte zwischen den Hauptstädten zurückgeführt werden, die den Eindruck vermittelt, dass wir keine Lösung erzielen können. Wir müssen dem jetzt ein Ende setzen, und hoffentlich werden wir morgen in diesem Sinne aktiv werden. Meiner Ansicht nach brauchen wir eine Notmaßnahme für diesen Fall einer zwingenden Notwendigkeit, die die Europäische Kommission, die Mitgliedstaaten und den Internationalen Währungsfonds (IWF) vereinen sollte. Es sollte Dringlichkeitsdarlehen und nichts anderes geben.

Frau Präsidentin, ich hoffe, dass wir morgen über die Debatte zu dieser Krise hinausblicken. Ich hoffe, wir werden auch mittel- und langfristige Lösungen behandeln. Wir müssen die Präventivkraft des Stabilitäts- und Wachstumspaktes stärken. Darüber hinaus kann, wie auch andere sagten, die neue Strategie Europa 2020 nur dann erfolgreich sein, wenn wir wirklich eine solide europäische wirtschaftliche Governance erreichen. Dies wird nicht nur bedeuten, dass die Mitgliedstaaten gemeinsam zum Gipfel erscheinen, sondern auch, dass die Europäische Kommission alle Vollmachten einsetzt, die ihr durch den Vertrag von Lissabon übertragen wurden; alle Vollmachten für ein wirkliches Handeln und die Durchsetzung von Dingen. Schließlich ist, wie auch Frau Ek bereits sagte, eine Regellosigkeit nicht der Weg zum Erfolg.

Ich hoffe sehr, dass die Notmaßnahme bis zum Beginn des morgigen Gipfels abgestimmt ist, sodass wir uns darauf konzentrieren können, wie der Niederlande mit einer soliden Strategie 2020 aus der Krise herausgeholfen werden kann, und auch darauf, wie man eine Lösung im Hinblick auf das weitere Vorgehen nach Kopenhagen erzielen kann.

Nikolaos Chountis (GUE/NGL). – (EL) Frau Präsidentin, nach den jüngsten Stellungnahmen von Amtsträgern und Pressemeldungen scheint es, dass das wahrscheinlichste „Rettungs“-Szenario für die griechische Wirtschaft eine gemeinsame Anstrengung der Mitgliedstaaten der Europäischen Union und des Internationalen Währungsfonds werden wird. Auch Frau Merkel scheint die Dinge in diese Richtung zu bewegen.

Darf ich sagen, dass dies das schlechteste, das asozialste Szenario sowohl für Griechenland als auch für den Euroraum ist. Für die Europäische Union bedeutet dies, dass eine derartige Möglichkeit die gemeinschaftliche Gesetzgebung verletzt – und ich sage das für jene, die diese verteidigen. Vorausgesetzt, dass kein Vertrag, kein Rechtsdokument bei diesen Verfahren einen Bezug zu einer Intervention des Internationalen Währungsfonds oder einer anderen internationalen Organisation bei diesen Verfahren herstellt. Indem der Stabilitätspakt noch rigider gestaltet wird, schafft das Szenario gleichzeitig einen politischen und rechtlichen Präzedenzfall und lässt die Vereinigten Staaten von Amerika durch die Hintertür in den Euroraum herein.

Soweit es Griechenland betrifft, würde eine solche Wahl sicherlich die seitens der Regierung ergriffenen arbeitnehmerfeindlichen und asozialen Maßnahmen ernsthaft verstärken. Maßnahmen, die Sie energisch nennen und die die Armut und die Arbeitslosigkeit erhöht haben, die die Wachstumsaussichten und jegliche Hoffnung darauf nehmen, dass Griechenland aus der Krise herauskommt.

Dies ist die Aussicht, die andere Länder erwartet, die derartige Maßnahmen möglicherweise unter einem solchen Druck anwenden.

Pervenche Berès (S&D). – (FR) Frau Präsidentin, Herr López Garrido, Herr Kommissar, ist es normal, dass es zwei Europäische Räte dauern sollte, um die Frage der Länder des Euroraumes, die Solidarität mit Griechenland zeigen, zu lösen?

Ich habe Herrn Langens Auslegung des Vertrages gehört. Ja, es gibt den Vertrag, den Buchstaben und den Geist. Wenn man darüber hinaus die Artikel 143 und 122 liest, hatte keiner der Verfasser des Vertrages daran gedacht, dass wir nach der Umstellung auf den Euro mit einem Problem der Art wie dem heutigen konfrontiert sein könnten. Deshalb müssen wir kreativ sein; deshalb müssen wir Solidarität zeigen. Die Idee, Griechenland an den Internationalen Währungsfonds zu verweisen, scheint für uns – für jene von uns, die verantwortungsvolle und konsequente Europäer auf der internationalen Bühne sein wollen – völliger Unsinn zu sein.

Es gibt eine Sache, die wir tun müssen, und wovon wir hoffen müssen, dass sie der Europäische Rat tut – eine Botschaft der Solidarität mit Griechenland und eine Botschaft der Verantwortung bezüglich der Frage der wirtschaftlichen Governance auszusenden. Diese Frage ist jetzt auf dem Tisch; sie ist ernst, sie ist ungelöst. Wir müssen sie ruhig angehen, wir müssen den Druck verringern und wir dürfen nicht mit der Annahme beginnen, dass wir im Prinzip das Instrument – ein bislang ineffizientes Instrument – des Stabilitäts- und Wachstumspaktes stärken müssten, denn es war repressiv bevor es kooperativ war.

Wir müssen Ziele hinsichtlich des öffentlichen Defizits, hinsichtlich der Verschuldung verfolgen, aber wir müssen auch Bedingungen für eine Zusammenarbeit, für einen erheblichen Zugewinn zwischen den Mitgliedern des Euroraumes erfinden. Dies ist die Herausforderung, der der Europäische Rat gegenübersteht, und ich hoffe, dass er sie mit einem Sinn von Verantwortung bewältigt.

Mirosław Piotrowski (ECR). – (PL) Frau Präsidentin, am Vorabend der Tagung des Europäischen Rates, welcher die neue Wirtschaftsstrategie der Union definiert, sollten wir die Lektion des Fiaskos der Lissabon-Strategie lernen und bei der Zusammenarbeit einen fairen Blick auf alle Mitgliedstaaten werfen. Um auf den Weltmärkten wettbewerbsfähig zu sein, müssen wir innovativ sein, aber die Umverteilung des Hauptteils unserer Haushaltsmittel ausschließlich zu diesem Zweck wird viele Länder in Zentral- und Osteuropa einschließlich Polen *de facto* diskriminieren.

Es gibt große Erwartungen, dass man Dank der EU-Fonds – wie es früher in Spanien, Portugal und anderen Ländern der Europäischen Union der Fall gewesen ist – die Luft-, Straßen- und Schienenverkehrsinfrastruktur und auch das Internet erweitern wird. Es sollte eine besondere Priorität sein, den östlichen Grenzregionen der Europäischen Union wie der Region um Lublin in Polen zu helfen, für die eine besondere Haushaltslinie als Teil der Strategie 2020 eingerichtet werden sollte.

Die Tagung des Europäischen Rates darf kein Signal aussenden, wonach arme Regionen der Union Ideen finanzieren, die nur den alten Mitgliedstaaten maximale Vorteile einbringen werden.

Georgios Toussas (GUE/NGL). – (EL) Frau Präsidentin, die EU-Strategie 2020, die auf dem Gipfel diskutiert werden soll und die auf die Lissabon-Strategie folgt, beweist, dass die volksfeindlichen Schrotflintenmaßnahmen, die in unserem Land derzeit durch die PASOK-Regierung mit dem grundsätzlichen Einverständnis aller politischen Kräfte des Kapitals und der Parteien der europäischen Einbahnstraße unterstützt werden, für Griechenland nicht spezifisch ist.

Sie werden im Voraus durch die politische Elite und die Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union entschieden. Sie bilden Teil einer strategischen Gesamtplanung des Kapitals und werden in der gesamten Europäischen Union einheitlich unterstützt, indem der ideologische Terrorismus verstärkt und die Arbeiter- und Volksbewegung irreführt wird. Die Lügen und die demagogischen Äußerungen von Vertretern der bürgerlichen Regierungen, der Kräfte der europäischen Einbahnstraße, wonach die Europäische Union und die EWU als ein Schutzschild gegen die Krise dienen werden, die Märchen über den europäischen Markt von 480 Millionen, die große europäische Familie, die gemeinschaftliche Solidarität und ähnliches idealistisches Gerede sind gescheitert. Die Europäische Union ist eine imperialistische, transnationale Vereinigung zwischen dem Kapital und den Monopolen, die mit einer gemeinsamen Strategie das Volk bekämpfen und die Klingen für einen Anteil an der Beute kreuzen.

Die wirtschaftlichen und politischen Probleme in Griechenland, in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, werden durch den Kampf der Arbeiter- und Volksbewegung, den Kampf und die Solidarität der Völker gelöst werden. Es ist offensichtlich, dass das, was in Griechenland derzeit geschieht, direkt mit dem verschärften Wettbewerb zwischen den imperialistischen Staaten und zwischen der Europäischen Union, den USA, China und weiteren Entwicklungsländern im Zusammenhang steht.

Demnach müssen die Arbeiterklasse und die Volksschichten angesichts der Strategie des Kapitals ihren eigenen strategischen Kampf begründen, um diese volksfeindliche Politik umzustürzen und um den modernen Erfordernissen der Arbeiter- und Volksfamilie gerecht zu werden.

Gunnar Hökmark (PPE). – Frau Präsidentin, zwei Dinge. Das erste betrifft die öffentlichen Finanzen, und das zweite die Wettbewerbsfähigkeit.

Im vergangenen Jahr diskutierten wir zu dieser Zeit in diesem Parlament, wie der Krise zu begegnen ist. Da waren jene, die sagten „lasst uns der Krise dadurch begegnen, dass mehr ausgegeben und größere Defizite akzeptiert werden“, und da waren jene von uns, die sagten „jetzt müssen wir die Kontrolle über die öffentlichen Ausgaben besitzen, um Stabilität für die Zukunft sicherzustellen“.

Jetzt sehen wir die Ergebnisse. Einige Mitgliedstaaten sind der Politik der Ausgaben und der Akzeptanz größerer Defizite gefolgt, und wir alle können die Folgen sehen: eine angestiegene öffentliche Verschuldung und gesteigerte Kosten für die Bedienung der öffentlichen Schulden durch angestiegene Zinssätze. Das ist die Realität, die in vielen Mitgliedstaaten die Sozialkosten und -investitionen herauspresst.

Ich denke, wir müssen daraus lernen: wir müssen uns entsprechend den Regeln, die wir bereits haben, verhalten, wir müssen den Stabilitäts- und Wachstumspakt entwickeln und verbessern, und wir müssen ihn in die Lage versetzen, Krisen in der Zukunft besser zu begegnen.

Aber wir haben jetzt die gleiche Debatte, denn einige sagen jetzt, dass wir die Ausstiegsstrategien und den Ausstieg aus der öffentlichen Verschuldung hinauszögern sollten. Das ist falsch, denn dann werden wir unsere Fähigkeit zur Erholung unterminieren und die Kosten für die Zinssätze in den Mitgliedstaaten erhöhen.

Die zweite Sache ist, dass die Wettbewerbsfähigkeit Hand in Hand mit unserer Fähigkeit einhergeht, stabile öffentliche Finanzen zu haben und die wirklichen Veränderungen, über die wir seit Jahrzehnten sprechen, zu vollziehen. Es liegt bei den Regierungschefs, dies in dieser Woche zu tun.

Udo Bullmann (S&D). – Frau Präsidentin, geschätzter Kollege Hökmark! Ich glaube, dass wir in den letzten Jahren in anderen Parlamenten waren. Weil ich ein anderes Parlament erlebt habe als Sie! Ich habe ein Parlament erlebt, wo die einen gesagt haben, wir müssen bei den Rating-Agenturen genauer hinschauen, wir müssen bei den Hedgefonds und bei den Private-Equity-Unternehmen genauer hinschauen. Wir müssen sie regulieren, wir müssen die kritischen Finanzmarktakteure und die kritischen Produkte überprüfen, damit wir nicht auf ein internationales Fiasko zusteuern. Und ich habe die anderen erlebt, die gesagt haben, lasst doch die Finger davon. Der Markt regelt das selbst, das brauchen wir nicht. Oder wie Herr McCreevy erklärt hat, dort, wo die Politik sich einmischt, wird immer alles schlimmer. Und das Ergebnis haben wir gesehen.

Das internationale Fiasko ist die Ursache für die Überschuldung der Mitgliedstaaten in der Europäischen Union. Es ist doch unsäglich, sich heute hinzustellen und zu sagen, das sei die falsche Orientierung einer beschäftigungs- und wirtschaftsorientierten Wachstumspolitik gewesen. Es ist völlig neben jeder Diskussion, genau wie völlig neben jeder Diskussion ist, wenn Kollege Langen hier ausführt, dass Frau Merkel den europäischen Vertrag verstanden hätte. Mitnichten, sie hat ihn nicht verstanden. Schlimmer, sie ist wahrscheinlich imstande, den Europäischen Vertrag und die Ziele dessen, was Europa jetzt erreichen muss, ihrer Angst unterzuordnen, in Nordrhein-Westfalen eine wichtige Landtagswahl zu verlieren.

Aber das ist nicht die Führungsfähigkeit in der Europäischen Union, die wir brauchen. Wir haben an dieser Stelle der Kommission gesagt, EU-2020 ist zu dünne Suppe. EU-2020, da fehlt das Fleisch. Bitte treten Sie den Beweis an, dass Sie neue Mittel akquirieren können. Bitte kämpfen Sie für eine Finanztransaktionssteuer. Bitte kämpfen Sie für mehr Wirtschaft und mehr Wachstumsperspektiven in der Europäischen Union, damit der Mittelstand und die Arbeitnehmer eine Chance haben! Aber heute müssen wir Ihnen sagen, dass Sie uns fast leid tun, mit solchen Regierungen wie im jetzigen Fall, etwa vertreten durch Frau Merkel die Europäische Union retten zu müssen. Bleiben Sie stark und schaffen Sie europäische Instrumente! Das ist unsere zentrale Botschaft für den Gipfel, weil nur dann die Menschen auch darauf hoffen können, dass wir die richtigen Antworten geben.

Manfred Weber (PPE). – Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Schulz hat ausgeführt, dass Griechenland geliefert hätte und jetzt Europa am Zug sei. Ich stell mir schon die Frage, ob Europa schon danke sagen muss, wenn heute Mitgliedstaaten im Euroraum schlicht die Spielregeln einhalten, nämlich wieder zurückkommen auf das 3 %-Kriterium. Ich stell mir auch die Frage: Was war denn letztes Jahr, als Irland vor der gleichen Situation gestanden ist und harte Sparmaßnahmen durchgeführt hat? Da kam auch niemand auf die Idee, einen Europäischen Währungsfonds einzuziehen.

Verhofstadt sagt, Spekulanten sind am Werk. Natürlich haben wir dort im Moment Druck. Aber Tatsache ist, dass Griechenland durch den Euro-Beitritt riesige Zinsvorteile hatte. Unsere italienischen Kollegen haben

diesen Zinsvorteil durch den Euro-Beitritt in Konsolidierung umgewandelt. Griechenland hat ihn verkonsumiert. Deswegen darf man schon sagen, es ist nicht der ein guter Europäer, der heute Geld auf den Tisch legt, sondern es ist der ein guter Europäer, der die Spielregeln, die alle unterschrieben und akzeptiert haben, auch durchsetzt, damit sie in der Europäischen Union auch eingehalten werden.

Ich möchte als Zweites der Kommission den Rücken stärken, weil die Vorschläge, die für die langfristige Zukunft auf dem Tisch liegen, in die richtige Richtung gehen. Wir haben die 3 % vereinbart und deswegen brauchen wir eine starke Kommission, die zukünftig die 3 % kontrollieren und auch durchsetzen kann. Wir haben doch erlebt, dass es die Mitgliedstaaten im Euroraum nicht schaffen, sich gegenseitig zu kontrollieren und gegenseitig die 3 % einzuhalten. Deswegen ja zu einer starken Kommission, die zukünftig in der Lage ist, die Kriterien einzuhalten.

Ein letzter Gedanke: Wir sollten positiv über den Euro reden. Wir haben keine Währungskrise, wir haben eine Wirtschaftskrise. Der Euro ist ein großer Gewinn für alle Menschen. Wenn unsere Führer in der Europäischen Union das nicht mehr sagen, wenn das im Rat nicht mehr ausgedrückt wird, dann werden die Menschen es auch nicht wissen. Und deswegen ja zu dieser großen, starken Währung.

Jo Leinen (S&D). - Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Griechenlandkrise ist ein aktuelles Problem, die Wachstumskrise und die Umweltkrise sind aber langfristige Probleme, und beides muss mit Beschlüssen des Europäischen Rates tatkräftig angepackt werden.

In der Strategie EU-2020 steht richtigerweise, dass Wachstum intelligent, nachhaltig und integrativ sein soll. Wenn ich aber in die Schlussfolgerungen des Rates schaue, so ist dies viel enger gefasst und reduziert sich auf die klassische Wachstumsstrategie, die ja gescheitert ist und die uns nicht weit gebracht hat. Also Wachstum kann nicht intelligent sein, wenn es nicht nachhaltig ist, und es ist auch nicht intelligent, wenn es nicht integrativ ist. Deshalb meine Bitte an den Rat und die Ratspräsidentschaft: Sorgen Sie dafür, dass dieser Dreiklang, diese drei Pfeiler erhalten bleiben. Das ist das Neue, was jetzt wirklich implementiert werden soll.

Ich bin sehr zufrieden, dass das ressourcen- und energiesparende Wachstum ein Flaggschiff für die EU sein soll. Darüber haben wir ja lange geredet. Das hilft uns in der Tat, Kosten zu sparen, Abhängigkeiten zu reduzieren und eine Reihe von Problemen zu lösen.

Ich erwarte von der Kommission, dass wir dazu im Jahre 2010 einen Fahrplan bekommen, weil es eine gemischte Aufgabe der EU selbst, aber auch der Mitgliedstaaten ist, und vieles ist da butterweich und sehr vage. Wir müssen vor allen Dingen das Ziel, 20 % Energie zu sparen, verbindlich machen. Dieses Effizienzziel muss also rechtlich verbindlich werden, damit man weiß, wo es hingehet und die Industrie auch die entsprechenden Investitionen tätigen kann.

Mario Mauro (PPE). – (IT) Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, wenn ich mir die Frage stellen sollte, die derzeit in der Hälfte der Bars von Italien gestellt wird, würde ich fragen, was der Sinn Europas ist, und ich würde eine aus tiefstem Herzen spontane Antwort geben.

Worin besteht der Sinn Europas, wenn nicht Griechenland jetzt zu helfen? Ich denke nicht, dass diese Idee verrückt ist, denn sie liegt in unserer DNA, in der Natur unseres politischen Projekts: in der Natur unseres politischen Projekts, denn es beinhaltet die Solidarität. Gleichzeitig bin ich jedoch erstaunt, dass jene, die sagen, dass sie die Finanzspekulation bekämpfen möchten, beabsichtigen, die Finanzspekulation durch die politische Spekulation zu ersetzen.

Wie können sie tatsächlich darüber nachdenken, diesen Kampf gegen Bundeskanzlerin Merkel zu führen? Anders gesagt, wie können sie denken, dass das Ziel, Solidarität mit Griechenland zu zeigen, einen Angriff auf einen anderen Mitgliedstaat darstellt, nur weil es uns einfach daran erinnert, dass die Politik der Solidarität Hand in Hand mit einer Politik der Verantwortung gehen muss? Dies ist etwas, woran wir uns selbst immer erinnert haben – mit einer Stimme zu sprechen. Denn wir sind uns dessen bewusst, dass es uns Solidarität und Verantwortung ermöglichen werden, das europäische politische Projekt für jeden durchführbar zu machen.

Wir müssen uns dessen sicher sein, dass das, was uns verbindet, stärker ist als das, was uns teilt. Und in Anbetracht dessen müssen wir die Kommission darum bitten, von morgen an ehrgeizig zu sein und die erforderliche Strenge von den Mitgliedstaaten zu fordern. Um sicherzustellen, dass sie imstande sind, Solidarität mittels eines Projekts zu gewähren, dass auf lange Sicht zur greifbaren Gestaltung unseres europäischen Projekts in der Lage sein wird.

Sergio Gaetano Cofferati (S&D). – (IT) Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, die griechische Krise ist eindeutig das schwerste Problem, dem Europa gegenübersteht, und es wurde zweifellos durch eine fehlende Strenge bei der Verwaltung der öffentlichen Ausgaben hervorgerufen.

Dennoch ist die Verspätung der europäischen Institutionen beim Ergreifen von Maßnahmen, um die schwierige momentane Lage dieses Mitgliedstaats anzugehen, unbegreiflich und untragbar. Darüber hinaus hatte diese Verspätung bereits eine negative Auswirkung: tatsächlich hat sie die Tür für Spekulationen geöffnet; sie hat innerhalb der Union Zweifel im Hinblick auf die Absichten gewisser Mitgliedstaaten bezüglich der Zukunft Europas gestreut (ich möchte nicht, dass wir vergessen, dass dies die erste große Herausforderung ist, mit der wir uns nach dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon befassen müssen); sie hat die Schwierigkeiten der griechischen Regierung akzentuiert, die unpopuläre Maßnahmen – keine trivialen oder kleinen Entscheidungen – durchführen musste, die Millionen Menschen betreffen. Und sie hat es getan, ohne sich dessen sicher zu sein, ob Hilfe unterwegs war.

Darüber hinaus war die Verspätung dem Leitgedanken der Solidarität als dem Eckpfeiler und der Rechtsverbindlichkeit der Vorstellung, die wir alle hinsichtlich der Europäischen Union teilen, eindeutig abträglich. Unsere Intervention muss daher frei von jeglicher Spekulation sein. Ich möchte Herrn Mauro daran erinnern, dass die Bundesrepublik Deutschland zweifellos eines der Länder ist, das am meisten von dem Inkrafttreten des Euros und seinen Auswirkungen auf die Zinssätze profitiert hat.

Wir müssen rasch handeln, um Griechenland zu helfen. Europa muss dies im Interesse Europas tun.

Marian-Jean Marinescu (PPE). – (RO) Der Rat der Europäischen Union hat die Mitteilung der Kommission „Europa 2020“ enthusiastisch begrüßt.

Dieses Dokument ist zugegebenermaßen eine absolute Notwendigkeit, weshalb wir seinen Inhalt genau prüfen müssen. Ich denke, dass es ihm an finanzieller Ausgeglichenheit fehlt.

Es ist die Pflicht des Rates, die Kommission um Klärung der Haushaltsmittel und deren Zuweisung zu den Schlüsselpositionen im Haushalt zu bitten.

Meiner Ansicht nach kann der Haushalt nicht aufgestellt werden, bevor die gemeinsame Agrar- und Kohäsionspolitik nicht reformiert worden ist.

Einer der Schwerpunktbereiche bei der Förderung der Entwicklung und Stabilität der EU fehlt komplett, und zwar die Infrastruktur sowohl für den Verkehr als auch für die Energieversorgung.

Die Entwicklung von Verkehrs- und Energieinfrastrukturen in der Europäischen Union parallel zu ihrer Harmonisierung mit den in den Nachbarländern bestehenden kann eine starke Triebkraft zur Förderung des nachhaltigen Wachstums und der Sicherstellung fester Arbeitsplätze sein. Sie können auch die Europäische Union mit stark nachgefragter Sicherheit sowohl im Energie- als auch Transportbereich versorgen.

Aus diesem Grund fordere ich den Rat dazu auf, die Kommission darum zu bitten, diese Schlüsselbereiche in die Strategie Europa 2020 zugunsten der europäischen Bürgerinnen und Bürger zu integrieren.

Anni Podimata (S&D). – (EL) Frau Präsidentin, der Europäische Gipfel am 11. Februar, der eine Botschaft der Unterstützung nach Griechenland aussenden sollte, damit sich die Märkte beruhigen können, ist wegen der innerhalb der Europäischen Union vorherrschenden Dissonanzen und Unsicherheiten grundsätzlich aufgehoben worden.

Der Europäische Rat, der morgen zu arbeiten beginnt, kann sich den Luxus einer Beibehaltung des gegenwärtigen Klimas von Unsicherheit und Dissonanz nicht leisten. Jeder erkennt jetzt an, dass die griechische Regierung sehr harte Maßnahmen ergriffen hat, von denen man die meisten bereits anzuwenden beginnt – auf Kosten des griechischen Volkes und mit Opfern durch dieses. Gleichzeitig jedoch nimmt Sie Darlehen zu außergewöhnlich hohen Zinssätzen auf, mit dem jüngsten Beispiel vom 5. März. Denn es gibt Spekulanten auf den Märkten, die ein Vermögen damit machen, indem sie auf die Chancen für den Bankrott eines Landes wetten und damit schließlich die Bedingungen und Voraussetzungen dafür schaffen, dass das passiert.

Heute dreht sich die Debatte um Griechenland; morgen wird sie womöglich einen anderen Mitgliedstaat betreffen. Wird der Europäische Rat dem Einhalt gebieten, indem er einen effektiven europäischen Präventivmechanismus schafft, um die Volkswirtschaften und die Stabilität des Euroraumes zu schützen?

Der Präsident der Europäischen Kommission hat von Verantwortung und Solidarität gesprochen. Er hatte Recht. Beides ist vonnöten, wenn man zu einer Familie wie der eines Euroraumes gehört. Ich glaube nicht,

dass nur irgendeiner daran zweifeln kann, dass Griechenland seine Verantwortung voll übernommen hat. Dennoch kann es der Wut des Marktes in dieser schwierigen Phase nicht allein gegenüber treten. Vor achtzehn Monaten drohten die Märkte, die Weltwirtschaft zu Fall zu bringen. Sicherlich wird heute Griechenland bedroht sein.

Da muss das Konzept der Solidarität ansetzen, ein Konzept, welches klar sein und Hand in Hand mit der Euro-Mitgliedschaft gehen sollte.

Andreas Schwab (PPE). - Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu Griechenland ist ja nun schon hinlänglich viel gesagt worden, sodass ich gerne einen Blick in die Zukunft richten möchte. Mit der Strategie EU-2020 hat die Europäische Kommission ja ein wichtiges Dokument in die Diskussion gebracht, das ein Stück weit Leitlinien dazu vorgeben soll, wie die Europäische Union in die Zukunft geführt werden soll.

Ich glaube, dass wir die gemeinsamen Ziele, die wir in der EU-2020-Strategie festlegen, am Ende auch alle erreichen müssen. Das war eines der großen Probleme der Lissabon-Strategie, an der wir am Ende alle zu arbeiten haben. Nur wenn sich wirklich alle Mitgliedstaaten an die dort festgelegten Ziele halten, können wir diese Ziele auch gemeinsam erreichen. Es gelingt aber nicht, indem sich der Europäische Rat als Verwaltungsgremium versteht, indem Dinge in letzter Minute geregelt werden, sondern wenn die politische Führungsaufgabe dieser Institution von den dort Handelnden auch wirklich wahrgenommen wird.

Es gelingt auch nur dann wirklich, wenn das Prinzip der Solidarität in dieser EU-2020-Strategie grundlegend festgelegt wird. Das bedeutet zunächst Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten in allen Bereichen, in denen sie selber Verantwortung tragen. Dazu zählen Reformbemühungen auf dem Arbeitsmarkt, dazu zählen aber auch die nationalen Haushaltspolitiken. Das bedeutet im Umkehrschluss aber natürlich auch eine Beistandsverpflichtung für die anderen Mitgliedstaaten, d. h. dass Mitgliedstaaten, die in Schwierigkeiten geraten sind, die sie unverschuldet erleiden, auch geholfen wird. Und das gelingt nur, wenn die politische Führung auch von der Kommission ausgeübt wird. Das bedeutet, dass wir die Fehler der Lissabon-Strategie unbedingt vermeiden müssen. Es ist vorher schon häufig darauf hingewiesen worden, dass die Strategie der Kooperation, die die Lissabon-Strategie geprägt hat, fehlgeschlagen ist. Wir brauchen klare Ziele von der Europäischen Kommission, und ich glaube, das Parlament wird die Kommission an dieser Stelle unterstützen.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). - (ES) Frau Präsidentin, ich denke, wir alle wissen, dass die fünfhundert Millionen Bürgerinnen und Bürger den Europäischen Rat, der in der kommenden Woche abgehalten wird, mit ungewöhnlicher Aufmerksamkeit verfolgen werden.

Der Grund dafür ist, dass der Europäische Rat die Gelegenheit haben wird, eine Botschaft des Engagements zum Ausstieg aus der Krise zu übermitteln. Das ist es, worauf diejenigen, die am stärksten unter der Krise leiden, verzweifelt warten. Darüber hinaus muss sich der Ausstieg aus der Krise natürlich in dem Bekenntnis zu der Strategie widerspiegeln, er muss bei dem Paradigmenwechsel zum Wachstum und in seiner Betonung von wirtschaftlichen, sozialen und umweltpolitischen Aspekten überzeugend sein.

Aus wirtschaftlicher Sicht muss er sich in dem Bekenntnis zur Governance zeigen. Aus sozialer Sicht muss er sich in dem Bekenntnis zu den Arbeitnehmern und der sozialen Sicherheit – dem Modell, das uns zu Europäern gemacht hat – und insbesondere zur Gleichheit widerspiegeln; ich möchte diese Betonung in einem Dokument unterstreichen, in dem das Engagement für die Gleichheit noch deutlich verbesserungsfähig ist. Darüber hinaus muss es unter Umweltaspekten in dem Bekenntnis zur Erneuerung des Geistes reflektiert werden, der Europa zur treibenden Kraft beim Engagement für die ökologische Nachhaltigkeit und die Verringerung der Treibhausgasemissionen bei der Konferenz von Kopenhagen gemacht hat. Und besonders bei der Anerkennung des zutiefst enttäuschenden Nachgeschmacks, mit dem wir die Konferenz von Kopenhagen verlassen haben.

Jedoch ist das Wichtigste bei der Tagung des Rates, dass es ein klares europäisches Bekenntnis geben muss, um die Währungsunion mit der Koordination der Steuer-, Haushalts- und Wirtschaftsstrategien auf gleicher Höhe mit der Währungsunion zu unterstützen.

Die Botschaft der Solidarität mit Griechenland ist keine Botschaft für Griechenland; es ist eine Botschaft für Europa und die Europäer. Es geht nicht darum, Griechenland zu retten; es geht darum, den Europäern ein Lebenszeichen, ein Zeichen des Bekenntnisses zur echten Wirklichkeit zu geben – mit dem zutiefst historischen Bekenntnis, das die Währungsunion darstellte.

Verstehen sie daher ein für allemal, dass wir nicht über Griechenland reden; wir reden über uns alle.

Es hat Verzögerungen dabei gegeben, die neuen Institutionen in Gang zu bringen; es darf keine Verzögerung dabei geben, die Antworten in Gang zu setzen, die die Europäer vom nächsten Rat erwarten.

Georgios Koumoutsakos (PPE). – (EL) Frau Präsidentin, es trifft zu, dass mein Land Griechenland über Jahre hinweg dabei versagt hat, seine Wirtschaft mit der erforderlichen Mäßigung und Konsequenz zu entwickeln. Jetzt hat es seine Verantwortung jedoch voll übernommen. Das griechische Volk zahlt einen hohen Preis.

Wir dürfen allerdings nicht den Kopf in den Sand stecken. Griechenland ist nicht das einzige Land in der EWU, welches schwerwiegenden Problemen gegenüber steht. Es war nicht das einzige Land, welches auf die toxischen Dienstleistungen gewisser Kreditinstitute zurückgegriffen hat. Griechenland ist nicht das alleinige Ziel von Spekulanten, noch wird es dieses bleiben.

Wir alle wissen – und wir wissen es nur zu gut – dass die griechische Frage eine europäische Frage ist. Der EWU wird ohne eine stärker koordinierte Wirtschafts- und Steuerpolitik und vor allem ohne Solidarität beschädigt bleiben.

Die Krise, jede Krise ist der Ursprung von Veränderung. Die aktuelle Krise kann einem stärkeren Europa zur Geburt verhelfen, und Griechenland kann die Hebamme dieses Wandels sein. Lassen Sie uns demnach Griechenland nicht zunichte machen. Lassen Sie uns gemeinsam die Spekulanten zur Strecke bringen, die den Euro auf den Knien sehen möchten; das ist es, was der Europäische Rat morgen tun sollte.

Csaba Sándor Tabajdi (S&D). – (HU) Frau Präsidentin, ich möchte die Aufmerksamkeit der Kommission und des Rates auf die Tatsache lenken, dass sie bei der Festlegung der neuen Ziele der EU-Strategie 2020 jene Politikbereiche nicht vergessen dürfen, die derzeit gut funktionieren, das sind die Kohäsionspolitik und die gemeinsame Agrarpolitik. Dabei handelt es sich um bewährte Instrumente, die, obgleich reformbedürftig, entscheidend zum Erreichen der neuen EU 2020 Ziele beitragen können. Es ist bedauerlich, dass diese beiden sehr wichtigen Politikbereiche der Gemeinschaft in den zuvor durch die Kommission bereitgestellten Materialien nicht berücksichtigt wurden. Ungarn und die neuen Mitgliedstaaten halten daher die Formulierung dieser Politikbereiche, die rechtliche Harmonisierung des Binnenmarktes und die Beseitigung des Engpasses bei der Infrastruktur- und Energiesicherheit für äußerst wichtig. Schließlich kann diese EU-Strategie keine entsprechende Debatte zur Haushaltsrichtlinie ersetzen, und wir halten es für sehr wichtig, dass der regionalen Dimension der Kohäsionspolitik auch Raum gegeben wird. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Michael Theurer (ALDE). – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Diskussion um den Euro, die Diskussion um Griechenland hat die vergangenen Tage bestimmt. Ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass mich beunruhigt, dass in Deutschland mittlerweile 40% der Deutschen sagen, dass die Einführung des Euro ein Fehler war. Das muss uns beunruhigen, weil die Vergemeinschaftung der Währung keine Einbahnstraße ist. Der Integrationsprozess in Europa ist nicht unumkehrbar. Ich bin der Auffassung, dass wir das Versprechen, das wir bei der Aufgabe der nationalen Währung gegeben haben, nämlich, dass der Euro genauso stabil sein wird wie die D-Mark.

Und ich bin der festen Überzeugung, dass wir in Europa eine Diskussion über die soziale Marktwirtschaft, über den Ordnungsrahmen brauchen. Wir sollten nicht darüber sprechen, wie wir Deutschland weniger wettbewerbsfähig machen, sondern wir sollten darüber sprechen, wie wir ganz Europa wettbewerbsfähig machen können, damit wir auch auf den Weltmärkten erfolgreich sind. Darum muss es gehen, deshalb fordere ich eine Diskussion über die soziale Marktwirtschaft in Europa.

Ulrike Lunacek (Verts/ALE). – Frau Präsidentin! Ich stimme mit all jenen überein, die in diesem Moment eine stärkere europäische Integration gerade im Wirtschaftsbereich brauchen, und ich hoffe, dass das nicht nur bei dem Eurozonen-Gipfel diskutiert wird, sondern tatsächlich auch beim Europäischen Rat.

Es werden jedoch – und das hat mein Kollege gerade angesprochen – in der Bevölkerung auch negative Seiten des Euro gesehen. Es gibt einen Geburtsfehler, was die Währungsunion betrifft, nämlich eine gemeinsame Währung zu haben und nicht gleichzeitig auch die Wirtschaftspolitiken gemeinsamer zu gestalten. Da müssen wir jetzt erkennen, dass das ein großer Fehler war. Die Stimme der Vernunft sagt uns, dass jetzt ein Solidaritätsfonds – auch für Griechenland – eingerichtet werden muss, so dass niedrigere Zinsen für Griechenland möglich sind.

In der jetzigen Debatte wurde jedoch noch zu wenig angesprochen, dass Griechenland selbst auch einiges tun muss. Ein wichtiger Faktor wäre, das Militärbudget zu kürzen. Ein EU-Land, das über 4 % des

Bruttonationaleinkommens ausgibt für Militärausgaben, für Rüstungsprodukte aus Ländern wie Deutschland, Frankreich und anderen, brauchen wir in dieser Europäischen Union nicht, und da gehört auch gespart.

John Bufton (EFD). – Frau Präsidentin, ich möchte bemerken, dass Sie es heute nicht hinbekommen haben. Beinahe jeder Redner hier hat über Griechenland – die Krise in Griechenland – gesprochen, und sogar Herr Barroso sagte eingangs, dass es nicht einmal auf der Tagesordnung für die zwei Tage beim Europäischen Rat ist. Das ist unglaublich. Die ganze Welt beobachtet tagtäglich, was hier vorgeht.

In Wahrheit versuchen Sie die Tatsache zu verbergen, dass dieses Projekt nicht funktioniert. Es missglückt immer mehr. Wir haben bereits gesehen, wie die rechtschaffenen Leute der Bundesrepublik Deutschland gesagt haben, dass sie mit der Situation nicht zufrieden sind. Aber sollte sich nicht das Volk von Griechenland entscheiden können, und nicht die Diktatoren dieses Ortes? Es sollte für die rechtschaffenen Leute von Griechenland sicherlich ein Referendum zur Frage geben, ob sie beim Euro bleiben sollten oder nicht. Es ist ihr Sache. Es ist ihr Anliegen.

Ich bin dessen, was ich heute von Vielen gehört habe, überdrüssig. Es ist eine egozentrische Auffassung für diese anderen Mitgliedstaaten, sich um sich selbst zu kümmern. Griechenland ist derzeit das Problem. Ich habe den Eindruck, dass es von Griechenland zu Spanien und dann zu Portugal und Italien und so weiter gehen wird. Die Achterbahn wird sich in Gang setzen. Merken Sie sich meine Worte: Das Problem wird bleiben.

Andrew Henry William Brons (NI). – Frau Präsidentin, die Probleme Griechenlands und der Eurozone sollten nicht als eine Ausnahme betrachtet werden. Eine einzige Währung für eine derart große, wirtschaftlich heterogene Region der Welt ist offensichtlich problematisch.

Der Wert der Währung sollte den Zustand der Wirtschaft eines Staates widerspiegeln. Wenn die Wirtschaft floriert, wird der Wert der Staatswährung in der Regel ansteigen. Wenn eine Wirtschaft in eine Rezession verfällt, wird der Wert der Währung eher fallen.

Der Zustand der Wirtschaft Griechenlands erfordert eine Abwertung seiner Währung. Wenn es diese Abwertung erfahren hätte, würde es von einem Tourismusboom profitiert haben.

Der Euro ist keine Lösung für die wirtschaftlichen Probleme der Welt. Er ist das Problem.

Die Schwierigkeit für Griechenland ist – wenn es jetzt aus dem Euro herausginge, würde es feststellen, dass der Abfall auf den Wert seiner ursprünglichen Währung seine Auslandsschulden multiplizieren würde. Es ist wahrhaftig in der Eurozone gefangen.

Dies sollte eine Warnung für Länder außerhalb der Eurozone sein. Treten Sie ihr auf eigene Gefahr bei. Einmal in der Eurozone, werden Sie für immer eingeschlossen sein.

Monika Flašíková Beňová (S&D). – (SK) Ich werde mich sehr kurz fassen, denn die meisten Punkte sind natürlich bereits erwähnt worden.

Meine persönliche Ansicht ist, dass die Situation, die wir jetzt seit einigen Monaten in Griechenland bewältigen, keine einmalige ist. Und sie scheint darauf zu verweisen, dass ein neuer Ansatz hinsichtlich des Festhaltens oder gegebenenfalls Nicht-Festhaltens am Stabilitätspakt erforderlich ist. Grundsätzlich haben wir zwei Optionen: Entweder wir bestehen auf dem Festhalten an dem, was gültig ist und in den Verträgen steht und tragen die vollen Konsequenzen dafür, oder wir verstehen, dass der Stabilitätspakt genau wie alles andere von einem gewissen Entwicklungsstandes abhängt und demnach auch bestimmten Veränderungen unterworfen werden muss. Und wir entwerfen diese Änderungen und führen sie auf eine solche Weise durch, dass wir nicht nur unmittelbar in den Staaten, die Mitglieder des Euroraumes sind, tatsächlich Wachstum und wirtschaftliche Stabilität bewahren, sondern wir bereiten auch weitere EU-Mitgliedstaaten, die noch nicht im Euroraum sind, auf den Beitritt vor, die ohne uns die Strukturfonds – beispielsweise in diesen Ländern – in dramatischer Weise in Anspruch nehmen müssten.

Jean-Pierre Audy (PPE). – (FR) Frau Präsidentin, ich habe eine Anmerkung und drei Vorschläge. Zunächst meine Anmerkung: Ich verstehe nicht, warum Herr Präsident Van Rompuy einer derartig wichtigen Sitzung nicht beiwohnt – Herr Minister, Sie sind kein Mitglied des Europäischen Rates – und ich glaube, dass er hätte hier sein können.

Meine drei Vorschläge betreffen Griechenlands Sanierungsplan. Mittelfristig unterstütze ich die Idee von Herrn Cohn-Bendit, die in der Tat gerade erwähnt wurde: Wenn die Europäische Union imstande wäre, einen

Pakt mit der Türkei zur Lösung der Zypernfrage zu schließen, könnten wir Griechenland helfen, zwei Prozent seines BIP zurück zu gewinnen.

Mein zweiter Vorschlag betrifft die Finanzen, da wir keine Instrumente haben. Warum unterstützt die Europäische Union nicht eine Reihe von finanziellen Verpflichtungen, die die Reduzierung von Zinssätzen gestatten würden? Und was stellt ein Ziel dar, bei dem innerhalb des Europäischen Parlaments ein Konsens erreicht worden ist?

Schließlich ist gesagt worden, dass das griechische Buchführungssystem mangelhaft war. Es ist nicht nur in Griechenland so, dass die Buchhaltung fehlerhaft ist. Ich schlage vor, wir richten Rechnungslegungsgrundsätze für den öffentlichen Sektor der gesamten Europäischen Union ein, sodass wir für alle Mitgliedstaaten konsistente, einwandfreie und verlässliche Jahresabschlüsse haben.

Maroš Šefčovič, *Mitglied der Kommission*. – Frau Präsidentin, lassen Sie mich Ihnen zuerst sagen, wie beeindruckt ich von der klaren Demonstration der Solidarität und der Einforderung von Verantwortung durch die meisten Redner war. Dies ist genau das, was wir zu diesem Zeitpunkt brauchen, denn es ist sehr klar, dass ein europäisches Problem eine europäische Lösung erfordert.

Manchmal frage ich mich, ob wir die Lektionen hinsichtlich der Auswirkungen unserer Vorgehensweisen nicht ausreichend gelernt haben, wenn wir europäischen Lösungen auf europäische Probleme nicht folgen und versuchen, etwas Besonderes zu finden, obgleich wir uns insgesamt damit befassen müssen.

Ich denke, es ist sehr klar, dass wir nicht einfach eine Gruppe von Ländern sind. Wir sind eine europäische Familie, und wenn eines unserer Familienmitglieder ein Problem hat, müssen wir definitiv zu Hilfe kommen.

Die Kommission ist daher dazu bereit, ein Instrument für eine koordinierte Hilfe für Griechenland vorzuschlagen, das mit dem europäischen Recht voll im Einklang stehen wird. Und ich bin sicher, dass dies möglich ist.

Ich möchte Ihnen allen für Ihre Unterstützung, was die EU-Strategie 2020 anbelangt, danken. Ich kann nicht genug betonen, wie unsere Bürgerinnen und Bürger in diesem Moment Führung erwarten, wie sie eine Leistungsoptimierung von uns erwarten, und wie sie von uns erwarten, dass wir sie nach der Krise leiten und sehr solide mittelfristiger Strategien festlegen, wie es unsere internationalen Partner wie China, die Vereinigten Staaten, Indien und andere tun.

Die Zeit für eine Entscheidung ist gekommen. Ich habe den Forderungen nach besserer Governance aufmerksam zugehört. Ich habe sehr genau zugehört, als es um eine verbesserten Überwachung von Währung und Wirtschaft ging, und darum, dass wir unsere Aufgabe bei der Stärkung des Stabilitäts- und Wachstumspakts besser erfüllen müssen. Dies ist genau das, was die Kommission ins Auge gefasst hat, und genau diese Vorschläge werden sehr bald kommen.

Ich möchte all jenen von Ihnen danken, die die Kommission dabei unterstützt haben, sehr klare, konkrete Ziele für die morgigen Schlussfolgerungen des Europäischen Rates zu formulieren. Ich denke, es ist sehr wichtig, eine mittelfristige Strategie zu haben, aber wir müssen über sehr klare Indikatoren dahingehend verfügen, in welche Richtung wir gehen und welches unsere Ziele sind. Die Kommission besteht daher darauf, dass der Europäische Rat diese konkreten Planziele nach den morgigen Beratungen und tags darauf annimmt.

Wir brauchen eine höhere Beschäftigung, wir brauchen ein besseres Geschlechterverhältnis und eine stärkere Bildung. Es ist sehr deutlich, dass wir mehr in Forschung und Entwicklung investieren müssen, und es ist absolut klar, dass wir die Armut bekämpfen müssen.

Daher besteht die Kommission auf Solidarität, auf Verantwortung und darauf, über eine konkrete Strategie für Europa und die europäischen Bürgerinnen und Bürger zu verfügen.

Lassen Sie mich meine Hoffnung zum Ausdruck bringen, dass der positive Geist, der hier herrschte, und der Solidarität und Verantwortung klar unterstützt hat, genauso während der morgigen Beratungen unserer Regierungschefs herrschen wird.

Diego López Garrido, *amtierender Präsident des Rates*. – (ES) Frau Präsidentin, ich glaube, dass dies eine sehr wichtige Debatte gewesen ist: eine Debatte zu einem Thema, das momentan im Zentrum der europäischen Sorgen steht – die Griechenland-Frage – aber darüber hinaus war es eine Debatte zur wirtschaftlichen Situation der Europäischen Union insgesamt, eine Debatte, bei der nebenbei gesagt, Herr Audy, der Ratsvorsitz wie im Parlament vereinbart vertreten war: Ich vertrete hier den Ratsvorsitz.

Im Hinblick auf die Griechenland-Frage, zu der am meisten debattiert worden ist, und auf die am meisten Bezug genommen wurde, hat der amtierende Ratsvorsitz sehr klare Vorstellungen. Zunächst ist Europa eine Integration von Wirtschaftspolitiken: Wir haben integrierte Volkswirtschaften. Zweitens beruht Europa auf Solidarität und hat daher einen starken sozialen Inhalt. Drittens verfügt Europa über wirtschaftliche und finanzielle Stabilität.

Diese drei europäischen Merkmale sind in der Griechenland-Frage eindeutig impliziert. Das ist auch der Grund dafür, weshalb die drei Arten, Europa zu betrachten, sich in der sehr wichtigen Stellungnahme, die durch den informellen Europäischen Rat am 11. Februar 2010 abgegeben wurde, wechselseitig berücksichtigen und betonen. Das war, glaube ich, eine der wichtigsten Stellungnahmen, die je im Rat gemacht worden sind. Denn es ist eine Stellungnahme, die sich mit dem Problem Griechenlands befasst, indem sie von Solidarität und dem absoluten politischen Bekenntnis zur finanziellen Stabilität des Euroraumes spricht; vom Bekenntnis, wenn erforderlich zu handeln, um diese Stabilität sicherzustellen.

Ich bin mir sicher, dass der Europäische Rat dieses Wochenendes, bei dem es sich um den gleichen handelt, wie den, der am 11. Februar zusammentraf, diese Stabilität stärken und erhalten wird. Von diesem Europäischen Rat wird eine starke politische Botschaft ausgesandt werden, eine Botschaft der Unterstützung seiner Wirtschaft, der Unterstützung seiner Währung und demnach eine Botschaft der Unterstützung der Solidarität. Denn dies ist es, worauf die Öffentlichkeit hofft, obgleich es zutrifft, dass etliche Euroskeptiker auf einen Misserfolg hoffen. Ein solcher Misserfolg wird sich im Europäischen Rat nicht ereignen. Seien Sie dessen versichert, dass ein solcher Misserfolg nicht geschehen wird, sondern dass das politische Bekenntnis im Herzen der Europäischen Union und im Herzen des Euroraumes bestätigt werden wird.

Außerdem werden wir weiter nach vorn schauen. Wir werden auf die kurzfristige und die langfristige Perspektive schauen. Wir werden darüber sprechen, wie wir einen koordinierten Ausstieg aus der Krise unter Berücksichtigung dessen bewerkstelligen, dass es keinen völligen Rückzug von steuerlichen Anreizen geben kann, bis die wirtschaftliche Erholung eintritt. Wir werden auch über mehr langfristige Ziele sprechen, über Ziele, die ich gern herausgreifen möchte – insbesondere das Element des wirtschaftlichen, territorialen und sozialen Zusammenhalts; im Wesentlichen, das Element der Solidarität. Und wir werden darüber sprechen, wo es eine neue Form der Kontrolle geben wird, die sich von der Lissabon-Strategie unterscheidet. Es wird in dieser Hinsicht sicher Veränderungen geben: Die Führung des Europäischen Rates war nicht in der Lissabon-Strategie.

Die Koordination der Wirtschafts-, Sozial- und Beschäftigungspolitik, die Inhalt des Vertrages von Lissabon ist, war nicht Bestandteil der Lissabon-Strategie. Die Bedeutung der Rolle der Kommission – der Überwachung, der Rückverfolgung, des Monitoring, der Kontrolle, der Festlegung von Anforderungen für das Erreichen der Ziele – war nicht Bestandteil der Lissabon-Strategie. Die Elemente der Schaffung von Anreizen mit den Strukturfonds war nicht Bestandteil der Lissabon-Strategie. Daher müssen eindeutig wichtige Fortschritte gemacht werden.

Abschließend, Frau Präsidentin, möchte ich auf die Rede von Herrn García-Margallo eingehen, die die einzige Rede war, die direkt auf den spanischen Ratsvorsitz abzielte, indem die Art kritisiert wurde, in der die Europäische Union seiner Ansicht nach geführt wird.

Ich muss Ihnen sagen, Herr García-Margallo, dass die spanische Ratspräsidentschaft auf eine koordinierte und enge Weise – mittels der Gemeinschaftsmethode – mit Herrn Van Rompuy, dem Präsidenten des Europäischen Rates, zusammenarbeitet, um die wesentlichen Ziele voranzubringen. Sie arbeitet ferner eng mit der Kommission und dem Parlament zusammen.

Sie sind hauptsächlich auf die wirtschaftliche Frage eingegangen. Ich möchte Sie fragen, ob Sie beispielsweise denken, dass die Annahme einer Entscheidung wie der, die durch den Europäischen Rat zum politischen Bekenntnis Europas zur finanziellen Stabilität des Euroraumes – offensichtlich unter Beteiligung des Ratsvorsitzes – verabschiedet wurde, nicht zur Führung der Europäischen Union beiträgt.

Ich möchte wissen, ob Sie denken, dass die Europäische Union dadurch nicht geführt wird, wenn an diesem Wochenende eine Debatte zu keinem geringeren Thema als der Strategie Europa 2020 geführt wird – in der nebenbei gesagt eine mehrheitliche Unterstützung für die im Parlament gehaltenen Reden im Allgemeinen gewonnen wurde. Die Debatte wurde auch zur Governance als einem in dieser Hinsicht grundlegenden Element geführt.

Ich möchte wissen, ob Sie denken, dass es nicht zur Führung der Europäischen Union beiträgt, laufende Verhandlungen mit diesem Haus zum Vorschlagpaket zum europäischen System der Finanzaufsicht zu

führen. Darüber hinaus möchte ich Sie, Herr García-Margallo, dazu ermuntern, mit diesem Ratsvorsitz zusammenzuarbeiten, sodass wir schnellstmöglich eine Vereinbarung zwischen dem Rat, der eine Position eingenommen hat, und dem Parlament erzielen können. Während der spanischen Präsidentschaft möchten wir übrigens die Richtlinie zu den „Hedge-Fonds“ aus der Europäischen Union entfernen, und wir möchten sie mit so viel Zustimmung und Konsens wie möglich entfernen. Ich denke nicht, dass dies kritisiert werden sollte, ganz im Gegenteil.

Ich denke auch, dass dies die Europäische Union dazu bringt, in einem breiten Konsens und in enger Zusammenarbeit mit der Kommission zu dem Vorschlag zu sein, den die Kommission zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik zur Durchsetzung von Artikel 136 des Vertrages von Lissabon vorbringen wird. Gleichmaßen trägt es zur Führung der Europäischen Union bei, über eine allgemeine Politik zu verfügen, um aus derartigen Schulden herauszukommen. Von Schulden, die für die Europäische Union angesichts der Krise und der sozialen Notwendigkeit, die Krise zu bewältigen und die am meisten betroffenen Menschen zu schützen, grundlegend waren. Dies sind unvermeidbare Schulden, die jetzt angemessen und in Übereinstimmung mit dem Vertrag von Lissabon angegangen werden müssen, um im Hinblick auf die Parameter des Vertrages von Lissabon auf den rechten Pfad zurückkehren.

Dies ist die Führung der Europäischen Union nach der Gemeinschaftsmethode. Dies ist die Führung der Europäischen Union, und die Europäische Union zu führen bedeutet, an diesem Wochenende einen Europäischen Rat abzuhalten, der seine Unterstützung für Griechenland und die griechische Regierung klar zum Ausdruck bringen wird.

Die Präsidentin. – Nein, Sie können das Wort nicht mittels des Verfahrens der Blue Card ergreifen, denn dies ist nur für die Damen und Herren Abgeordneten vorgesehen. Daher beendet die Rede des Ministers die Aussprache.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Elena Băsescu (PPE), schriftlich. – (RO)Eines der wichtigen Themen auf der Tagesordnung des Europäischen Rates bezieht sich auf die EU-Strategie 2020 im Hinblick auf die Schaffung von Arbeitsplätzen und das Wirtschaftswachstum. Wir müssen die europäischen Politiken koordinieren, damit wir für die Herausforderungen und Erfordernisse, denen wir im Augenblick gegenüberstehen, gewappnet sind. Wir müssen auch klare langfristige Ziele festlegen. Der nachhaltigen Entwicklung der europäischen Wirtschaft muss Priorität eingeräumt werden. Die neue Strategie der Kommission für die nächsten 10 Jahre sieht fünf Aktionspläne vor: die Schaffung neuer Arbeitsplätze, den Kampf gegen die Armut, die Reduzierung der Zahl der Schulabbrecher, Investitionen in Forschung und Entwicklung und die Verringerung der Treibhausgasemissionen. Die jüngsten der EU beigetretenen Mitgliedstaaten brauchen, um diese sehr ehrgeizigen Ziele zu erreichen, Mittel und Unterstützung von der Europäischen Union. Rumänien unterstützt das 20-20-20-Ziel, indem Kohlenstoffemissionen um 20 % gekürzt, der Anteil der aus erneuerbaren Energien gewonnenen Energie um 20 % erhöht und die Energieeffizienz um 20 % gesteigert wird. Das ehrgeizigere 30-30-30-Ziel, welches in allen drei Bereichen einen Schwellenwert von 30 % vorsieht, würde definitiv Kosten verursachen, die für mein Land unverhältnismäßig hoch sind. Dies wäre für eine Reihe von europäischen Staaten ein unrealistisches Ziel.

José Manuel Fernandes (PPE), schriftlich. – (PT)Als einem Projekt ging es bei Europa um Frieden, soziales Wohlergehen, Freiheit und Wachstum. Europa hat, was sein Sozialmodell angeht, als Beispiel gedient und auch bei Umweltfragen die Führung übernommen, einem Bereich, in dem es auf globaler Ebene unerreicht ist.

Die wirtschaftliche, finanzielle und soziale Krise, die wir aktuell durchmachen, erfordert auf europäischer Ebene eine konzertierte Reaktion. Die Krise in Griechenland und der Angriff auf den Euro erfordern eine gemeinsame Antwort, aber leider ist dies verzögert worden. Es ist sowohl möglich als auch wünschenswert, eine europäische Lösung zu finden, um diese ständigen spekulativen Angriffe auf den Euro zu vermeiden.

Die EU hat Glaubwürdigkeit und Liquidität. Wenn die erforderliche Koordinierung auf europäischer Ebene etabliert ist, sollte dies ausreichen, um den Markt rasch zu beruhigen und die Kosten der Darlehen, die Griechenland benötigt, zu decken. Dies ist eine Zeit, die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten und den europäischen Institutionen erfordert. Es ist sogar eine Frage der Verpflichtung. Es bleibt zu hoffen, dass der bevorstehende Europäische Rat Schritte unternimmt, um eine integrierte und koordinierte Solidarität zu erreichen. Eine solche Haltung wird gebraucht, wenn das europäische Projekt voranschreiten soll. Lösungen für die Überwachung des Defizits eines jeden Mitgliedstaats müssen später gesucht werden.

Ilda Figueiredo (GUE/NGL), schriftlich. – (PT) Die Ernsthaftigkeit der sozialen Probleme, darunter Arbeitslosigkeit, fehlende Arbeitsplatzsicherheit und Armut, die in verschiedenen EU-Mitgliedstaaten aufgetreten sind, macht es dringend notwendig, dass die Frühjahrstagung des Europäischen Rates eine ernsthafte und sorgfältige Antwort erteilt. Dennoch fürchten wir, dass ihre Antworten hauptsächlich auf die angenommene Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen abzielen, wobei Maßnahmen vernachlässigt werden, die auf die soziale Nachhaltigkeit abzielen.

Die Antwort auf die Lage in Griechenland ist ein wichtiges Thema, besonders weil das, was dort geschieht, allem widerspricht, was über die Vorzüge des Euro und die Segnungen der Zugehörigkeit zum Euroraum hinausposaunt wurde: zur Avantgarde der starken Währung reicher Länder zu gehören. Es wurde gesagt, die Zugehörigkeit zum Euroraum sei eine Schutzeinrichtung gegen Finanzkrisen, da das fragliche Land in der Lage sein würde, Darlehen zu vermeiden und Geld aus dem Internationalen Währungsfonds (IWF) zu erhalten.

Die ursprüngliche Krise hat ausgereicht, um zu zeigen, dass es keine wirkliche Solidarität im Euroraum gibt und dass der so genannte „wirtschaftliche und soziale Zusammenhalt“ nichts weiter als Propaganda ist, die in Wahlkampagnen eingesetzt wird. Jetzt droht Frau Merkel sogar damit, dass Mitgliedstaaten, die die Anforderungen des Stabilitätspaktes nicht erfüllen, wie unter anderem Griechenland, aus dem Euroraum ausgeschlossen werden. Und dabei vergisst sie, dass die Bundesrepublik Deutschland der Hauptnutznießer einer Politik war und ist, die auf einem starken Euro beruht...

(Stimmerklärung gekürzt gemäß Artikel 170 der Geschäftsordnung)

Othmar Karas (PPE), schriftlich. – Wirtschafts- und Finanzkrise sowie Griechenland benötigen europäisches Handeln. Es muss ein Ende haben mit dem öffentlichen Streit. Wir warten auf eine gemeinsame Antwort des Gipfels. Wir sagen JA zum Spar- und Reformprogramm der griechischen Regierung – Griechenland ist fest entschlossen, seine Hausaufgaben zu erfüllen und die europäischen Regeln einzuhalten. Wir sagen auch JA zu Darlehen, wenn der Reformkurs sonst gefährdet wird. Aber wir sagen definitiv NEIN zu Strafzahlungen und zum Ausschluss eines Landes aus der Eurozone. Das würde nur einen Dominoeffekt hervorrufen, der zu einem Vertrauensverlust der Märkte führen würde. Zum Vorschlag von Kommissar Rehn zur Vorabgenehmigung der Budgetentwürfe durch die Kommission sagen wir ebenfalls JA. Die Budget- und Wirtschaftsdaten müssen durch Eurostat und Kommission kontrolliert werden. Ich fordere einen Kassensturz in allen Mitgliedstaaten auf Basis eines gemeinsamen Kriterienkatalogs. Die Steuersysteme und binnenmarktrelevanten Steuersätze müssen harmonisiert, die Wirtschafts-, Budget- und Sozialpolitiken koordiniert werden. Ich fordere einen Planungsausschuss „Europa2020“ zwischen Kommission, Mitgliedstaaten, EIB, EZB und Eurostat. Ich fordere daher die Staats- und Regierungschefs auf, unzweifelhaft einen gemeinsamen europäischen Willen zu dokumentieren. Griechenland ist ein „Lernbeispiel“ für Europa. Die Konsequenzen müssen auf der lokalen, europäischen und globalen Ebene gezogen werden. Mehr europäische Zusammenarbeit und weniger nationaler Egoismus sind das Gebot der Stunde.

Ivari Padar (S&D), schriftlich. – Ich möchte über die Europäische Digitale Agenda sprechen. Die Zahlen der Kommission zeigen, dass Hindernisse für den digitalen Binnenmarkt bestehen: Nur 7 % der Online-Transaktionen sind grenzüberschreitend. Obgleich das Internet und entsprechenden Infrastrukturziele als solide Voraussetzungen für eine Weiterentwicklung dienen, muss die Verbesserung der Infrastruktur durch die Schaffung eines gesamteuropäischen Rechtsrahmens, die Nutzung von Dienstleistungen und die Verbesserung von IKT-Grundkenntnissen erweitert werden. Bis zum Jahr 2020 sollte ein gemeinsamer und sicherer europäischer elektronischer Dienstleistungsraum geschaffen werden. Er würde die Bürgerinnen und Bürger der EU mit einem einfachen und sicheren Zugang zu allen digitalen Dienstleistungen, sowohl öffentlichen als auch kommerziellen, versorgen. Die Mitgliedstaaten sollten nationale Pläne für die Digitalumstellung öffentlicher Dienste entwickeln. Besonderer Fokus sollte auf die Förderung der Beteiligung ärmerer sozialer Schichten gelegt werden, da sie am ehesten von der digitalen Gesellschaft ausgeschlossen werden. Die grenzüberschreitende elektronische Authentifizierung und digitale Signaturen sollten sich durch legale und technische Interoperabilität auszeichnen, sodass die grenzüberschreitende elektronische Authentifizierung durch alle Serviceprovider und Verbraucher in ganz Europa genutzt werden kann. Diese umfassende Herangehensweise an den digitalen Binnenmarkt sollte eine Reduzierung der verbliebenen Zersplitterung bei den Finanzdienstleistungen, der Logistik, dem Verbraucherschutz und dem geistigen Eigentum einschließen. Es sollte ein 100 %-Ziel gesetzt werden, um Bürgerinnen und Bürgern sowohl den Zugang als auch die Fähigkeit zur Inanspruchnahme von elektronischen Dienstleistungen zu ermöglichen.

Georgios Papastamkos (PPE), schriftlich. – (EL) Die furchtbare Finanzkrise in Griechenland und das finanzielle Ungleichgewicht in anderen Mitgliedstaaten des Euroraumes werfen Fragen zur derzeitigen statischen und

dynamischen Belastbarkeit der Struktur des EWF auf. Es kann keinen Zweifel daran geben, dass die Wiederherstellung der öffentlichen Finanzen eines Mitgliedstaates des Euroraumes in seiner Verantwortung liegt. Jedoch hat die Finanzkrise die Korrelation zwischen einer vollen, einheitlichen Währungsunion und der unvollkommenen Wirtschaftsunion der EU an die Oberfläche gebracht. Sie hat die Notwendigkeit der Etablierung einer politisch gelenkten, europäischen wirtschaftlichen Governance, der Europäisierung der Wirtschaftspolitik und wirtschaftlicher Risiken, der Deckung der strukturellen Defizite der EWU, eines Mehr an Europa und einer koordinierten und solidarischen europäischen Handlungsweise eindringlich herausgestellt. Was wir brauchen, ist ein europäischer Unterstützungsmechanismus, ein Europäischer Währungsfonds, der mit den erforderlichen Interventionsmitteln und -einrichtungen ausgestattet ist. Eine koordiniertes rechtliches Einschreiten ist notwendig, um die gemeinsame Währung gegen Spekulationen zu schützen. Erforderlich ist eine detaillierte Prüfung der Funktionsweise des Marktes für Credit Default Swaps. Der Europäische Rat ist aufgerufen, zur Überwindung der Finanzkrise grundsätzliche Antworten auf die Krise im Euroraum zu geben und wirkliche Solidarität mit Griechenland zum Ausdruck zu bringen. Griechenland bittet nicht. Es fordert, dass die knappen Mittel der griechischen Bürgerinnen und Bürger nicht in den Taschen internationaler Spekulanten verschwinden.

Rovana Plumb (S&D), schriftlich. – (RO) Während der aktuellen wirtschaftlichen und sozialen Krise, in Kombination mit der Klimakrise, hat die EU eine neue Strategie für die nächsten 10 Jahre ausgearbeitet. Die EU-Strategie 2020 muss dabei helfen, ein integrativeres Europa zu schaffen, mit einer Wirtschaft, die integriert und umweltfreundlich ist. Die Entwicklung von Forschung und Innovation muss zu einer Priorität werden, damit wir die Auswirkungen des Klimawandels bekämpfen und grüne, „intelligente“ Arbeitsplätze schaffen können. Aus diesem Grund müssen die gesetzten Ziele obligatorisch sein, um ein nachhaltiges Wachstum und die Entwicklung eines integrativeren Arbeitsmarktes sowie menschenwürdiger Lebensbedingungen für alle Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten.

Richard Seeber (PPE), schriftlich. – Die EU kann nur dann Erfolg haben, wenn wir wissen, wohin wir wirtschafts- und sozialpolitisch wollen. Daher ist der Erstellung der 2020 Strategie besonderes Augenmerk zu widmen. Die Mitgliedstaaten müssen mit klaren Konzepten, Vorstellungen und Ideen kommen. Eine Strategie für die nächsten zehn Jahre auszuarbeiten ist sicherlich ein ambitioniertes Unterfangen. Es geht hier aber nicht um die letzten Details. Die EU muss sich fragen, wo sie sich positionieren will und welche Prioritäten sie sich setzt. Ein Ziel, das langfristig auch positive soziale und wirtschaftliche Effekte zeitigen wird, ist einen nachhaltigen Energiemix für Europa zu gestalten. Nicht nur angesichts immer geringer werdender fossiler Brennstoffe und der Klimabelastungen durch nicht erneuerbare Energien ist ein Umdenken nötig. Europa muss die Führungsrolle für umweltfreundliche Technologien übernehmen. Für mich ist Atomkraft als Brückentechnologie allerdings wenig geeignet, Europa in eine nachhaltige Energiezukunft zu führen.

Czesław Adam Siekierski (PPE), schriftlich. – (PL) Der Zweck der Tagung des Europäischen Rates, die morgen beginnt, ist sowohl die grundsätzliche Diskussion des allgemeinen Rahmens der neuen Strategie Europa 2020 der Union als auch die Einschätzung einer Überwindung der Wirtschaftskrise als auch die Situation in Griechenland und in anderen Ländern des Euroraumes. Dies sind eng miteinander verbundene Themen, da die Strategie der Union für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung im Zusammenhang mit diesen Fragen steht. Bei der Einschätzung der gegenwärtigen Situation müssen wir Fragen dahingehend beantworten, wie die Grundsätze des Stabilitäts- und Wachstumspakts in verschiedenen Ländern wahrgenommen werden, und wo die Europäische Kommission bei all dem gewesen ist. Wir können davon ausgehen, dass die Strategie Europa 2020 unter den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten auf verschiedene Weisen betrachtet wird. Dies ist das Ergebnis erheblicher Interessenskonflikte einzelner Länder, die wiederum aus den Unterschieden in den Entwicklungsniveaus herrühren. Aus verständlichen Gründen werden die Länder der letzten beiden Erweiterungen, aber nicht nur diese, für eine stärkere Betonung der Kohäsionspolitik, der Infrastrukturentwicklung und der Landwirtschaft eintreten, ohne dass wir dabei die Innovation und die neuen Technologien außer Acht lassen sollten. Die erfolgreiche Entwicklung Europas und eine Rückkehr auf den Weg zu neuem Wachstum im nächsten Jahrzehnt wird sowohl von der Realisierung der Strategieziele, die Inhalt der Kommissionsvorschläge sind, abhängig sein, als auch von der Fortsetzung der traditionelleren Strategien. Damit die Union die schwierigen Herausforderungen auf globaler Ebene verkraftet, muss sie zuerst die internen Ungleichheiten reduzieren, und das kann ohne die Achtung des Solidaritätsprinzips des Vertrages nicht erreicht werden.

Silvia-Adriana Țicău (S&D), schriftlich. – (RO) Das wichtigste Thema der Frühjahrstagung des Europäischen Rates ist die Strategie Europa 2020. Zu Beginn dieses Jahres hat die Arbeitslosenquote 10 % erreicht, während die Zahlen in Ländern wie Spanien und Lettland fast 20 % erreicht haben. 67 % der europäischen Bürgerinnen

und Bürger empfinden, dass der Verlust des Arbeitsplatzes ihre Hauptsorge ist. Es muss das zentrale Anliegen der führenden Politiker Europas sein, die bestehenden Arbeitsplätze zu bewahren und neue zu schaffen, um den europäischen Bürgerinnen und Bürgern ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Dieses Ziel kann nur durch umfangreiche Investitionen in wirtschaftliche und soziale Entwicklung, Verkehrs- und Energieinfrastruktur, Landwirtschaft, Forschung, Bildung und Gesundheit gewährleistet werden. Dies genau ist der Grund dafür, dass der Europäische Rat besondere Aufmerksamkeit auf die Industriepolitik der EU richten muss. Laut europäischer Statistik fiel im Januar 2010 im Vergleich zum Dezember 2009 die Industrieproduktion im Euroraum um 2 % und auf der Ebene der EU-27 um 0,2 %. Auf Gemeinschaftsebene erzeugt die Industrie 26,4 % des BIP, aber es gibt Mitgliedstaaten, wo die Industrieproduktion nur 14 % des BIP beiträgt. Die Europäische Union muss ihre globale Wettbewerbsfähigkeit beibehalten. Um dies zu erreichen, müssen Arbeitsplätze und die Industrieproduktion in der Europäischen Union gehalten und dürfen nicht in Drittländer verlagert werden.

VORSITZ: Miguel Angel MARTÍNEZ MARTÍNEZ

Vizepräsident

13. Weiterentwicklung der Europäischen Bürgerinitiative auf der Grundlage von Artikel 11 Absatz 4 des Vertrags über die Europäische Union (Aussprache)

Der Präsident. – Der folgende Tagesordnungspunkt ist die Erklärung des Rates und des Entwicklungsausschusses der europäischen Bürgerinitiative basierend auf Artikel 11(4) des Vertrages über die Europäische Union.

Erlauben Sie mir, eine Gruppe von Reportern aus meiner Region Kastilien-La Mancha in Spanien willkommen zu heißen, die auf der Presstribüne waren und derzeit die Institutionen der EU besuchen.

Diego López Garrido, amtierender Ratspräsident. – (ES) Herr Präsident, ich bin dem Parlament dankbar, dass es die Initiative zur Abhaltung dieser Debatte ergriffen hat, die meines Erachtens vom demokratischen Standpunkt aus betrachtet einen der wichtigsten, relevantesten Aspekte behandelt, nämlich die Entwicklung der Europäischen Union und des Europäismus in der europäischen Öffentlichkeit. Die Debatte betrifft ein sehr wichtiges Thema, das eine neue Etappe in der Europäischen Union einleitet; wie Sie natürlich wissen, geht es um die Bürgerinitiative. Mit anderen Worten, die Möglichkeit für mindestens eine Million europäische Bürgerinnen und Bürger aus den verschiedenen Mitgliedstaaten, eine Gesetzesinitiative unterzeichnen zu können.

Diese Gesetzesinitiative wird verständlicherweise an die Kommission gerichtet und vor ihr dargelegt wird, da sie die zuständige EU-Einrichtung für Gesetzesinitiativen ist.

Die Bürgerinitiative ist eine klare Priorität für den Ratsvorsitz. Eine sehr klare. Sie ist eine Priorität, weil wir glauben, dass sie eine Priorität für Europa ist. Wenn ein Land den Ratsvorsitz der Europäischen Union innehat, sollte es unseres Erachtens während dieses Ratsvorsitzes nicht einfach seine eigenen Prioritäten und seine eigenen Ziele als ein Land umsetzen, sondern muss darüber hinaus gehen und die Ziele Europas repräsentieren.

Die Bürgerinitiative, mit all ihren Möglichkeiten und Berechtigungen, die sie den Bürgerinnen und Bürgern - also den ungefähr fünfhundert Millionen europäischen Bürgerinnen und Bürgern - gibt, ist ein wesentliches Ziel Europas und daher eine der Prioritäten des spanischen Ratsvorsitzes, und zwar nicht dadurch, dass sie eine Priorität Spaniens ist, sondern dadurch, dass sie eine Priorität Europas ist.

Die Bürgerinnen und Bürger hoffen, dass der Vertrag von Lissabon so schnell wie möglich umgesetzt wird, nachdem acht Jahre durch institutionelle Unsicherheiten verloren gingen.

Wir müssen die verlorene Zeit aufholen und auf die Bürgerinnen und Bürger eingehen, da sie ein Mitspracherecht wollen. Mit anderen Worten, wir müssen nach und nach eine Neugewichtung zwischen dem Europa, das im 20. Jahrhundert eher von oben nach unten errichtet wurde - aber dennoch ein demokratisches Europa ist - und einem Europa schaffen, das auch von unten nach oben errichtet wird.

Aus diesem Grund glauben wir, dass die Bürgerinitiative so schnell wie möglich anlaufen muss, da es der Beweis des politischen Willens der Mitgliedstaaten, des Parlaments und der Institutionen der Union sein wird, der Öffentlichkeit eine Stimme zu verleihen und die Bürger dazu zu befähigen, am Leben der Union teilzunehmen.

Dadurch wird auch etwas entgegengewirkt, das leider auch in der Europäischen Union passiert: der Tatsache nämlich, dass die politische Debatte größtenteils meistens auf nationaler Ebene stattfindet; eine Inzuchtdebatte. Hier in Brüssel oder im Parlament findet derzeit eine europäische Debatte statt, aber in jedem Land der Europäischen Union dominiert die nationale Debatte, nicht die europäische Debatte.

Die Bürgerinitiative ist ein gewaltiges Mittel für die erfolgreiche Entfesselung einer echten europäischen Debatte in der Zivilgesellschaft. Die von den Bürgerinnen und Bürgern verschiedener Länder vorangebrachten Initiativen werden eine europäische Debatte und nicht nur eine rein nationale Debatte in jedem Land entfesseln.

Aus diesem Grund, Herr Präsident, halten wir die Bürgerinitiative für eine Priorität. Sobald die Kommission ihren Verordnungsentwurf vorlegt - wir würden gerne der Kommission und, das muss ich sagen, besonders Präsident Barroso und Vizepräsident Šefčovič für ihr Engagement danken, mit dem sie dieser Frage in dem Arbeitsplan der Kommission Priorität verliehen haben; wir sind auch dankbar, dass dies sofort und sehr schnell stattfinden wird, wie uns Herr Šefčovič in Kürze mitteilen wird - wir werden einen Text haben, mit dem wir zusammen mit dem Rat und dem Parlament etwas in Bewegung setzen können, auf das die europäischen Bürgerinnen und Bürger zweifellos hoffen, bevor diese sechs Monate vorbei sind.

Wir werden an den verschiedenen komplexen Aspekten arbeiten müssen, von denen einige eher technischer, andere eher politischer Natur sind, aber wir müssen dafür sorgen, dass es geschieht.

Aus diesem Grund warten wir seit dem informellen Treffen der Außenminister in La Granja de San Ildefonso, wie sich Herr Šefčovič und Frau Malmström - die noch immer im Amt sind, weil die neue Kommission ihre Arbeit noch nicht übernommen hat - erinnern werden, bis zum ersten Treffen, das wir mit der Kommission in Madrid abgehalten haben, als das neue Kollegium der Kommissare übernahm, und nun heute Nachmittag im Parlament ungeduldig darauf, diese Initiative voranzubringen. Ich möchte sie bitten - und dies ist die Botschaft, die sie Ihnen, ehrenwerte Abgeordnete, überbringen sollen - diese Initiative mit höchster Priorität zu behandeln.

Ich weiß, dass sie dies tun werden. Darüber hinaus möchte ich sie bitten, diese Angelegenheit mit der größten Dringlichkeit zu behandeln, denn ich glaube, dass sie durch die Diskussionen, die im Rat, der Kommission und dem Parlament über den Ausschuss stattgefunden haben, an dem ich beteiligt war, zum Beispiel dem Ausschuss für institutionelle Angelegenheiten, problemlos zum allgemeinen Konsens in seinen verschiedenen Aspekten führen wird. Daher denke ich, dass wir diese Angelegenheit in die Praxis umsetzen können, da sie einer der Aspekte der neuen Etappe ist, die nun in der Europäischen Union beginnt und die für die Öffentlichkeit von größtem Interesse ist.

Maroš Šefčovič, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, ich möchte dem Parlament vielmals dafür danken, dass es diesen überaus wichtigen Punkt in die Tagesordnung aufgenommen hat. Ich möchte mich persönlich bei meinem geschätzten Freund Diego López Garrido und dem spanischen Ratsvorsitz dafür bedanken, dass sie diesen Punkt ganz oben auf der Tagesordnung des spanischen Ratsvorsitzes halten, weil ich glaube, dass das Instrument, das wir haben werden, die Art und Weise, auf die wir in der Europäischen Union Politik machen, grundlegend verändern wird.

Bislang basierte das europäische Konstrukt auf der repräsentativen Demokratie. Meiner Ansicht nach wurde dies auch im Vertrag von Lissabon gut reflektiert, wo es sehr klar ist, dass die Befugnisse des Parlaments gestärkt werden und wann wir die nationalen Parlamente mehr in den europäischen Rechtsetzungsprozess einbeziehen werden. Wir mussten dies um die größere Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in diesen Prozess ergänzen, und zwar durch dieses Instrument der partizipativen Demokratie.

Unlängst gab es eine Debatte darüber, ob eines das andere aufhebt und ob es ein Nullsummenspiel ist. Ich glaube nicht, dass dem so ist, da ich der Meinung bin, dass sich beide Elemente der repräsentativen und partizipativen Demokratie gegenseitig stärken und beide dazu beitragen, einen echten politischen und öffentlichen europäischen Raum zu schaffen.

Ich glaube auch, dass wir dank dieses Instruments die Bedeutung der europäischen Bürgerschaft für die Europäer noch mehr unterstreichen werden. Wie Diego bereits gesagt hat, bin auch ich davon überzeugt, dass dies zu stärkeren, besseren, grenzüberschreitenden europaweiten Debatten in Europa führen würde, in denen es mehr um europäische Themen geht und nicht nur um nationale Themen, die wir so oft in den Hauptstädten unsere Mitgliedstaaten sehen.

Die Kommission war und ist für die Arbeit, die das Europäische Parlament bereits für die europäische Bürgerinitiative geleistet hat, sehr dankbar. Für uns war die Entschliebung vom 7. Mai letztes Jahr eine sehr wichtige politische Leitlinie und ein sehr wichtiger Wegweiser dafür, wie wir diese Initiative erarbeiten sollten.

Wie Sie wissen, möchte die Kommission bei der Erarbeitung solch wichtiger Rechtsvorschriften wie dieser hier die europäische Öffentlichkeit so weit wie möglich in die Diskussion einbeziehen. Aus diesem Grund haben wir basierend auf dem Grünbuch, das wir im Dezember letzten Jahres herausgegeben haben, eine öffentliche Debatte über dieses Thema angefacht.

Ich muss sagen, dass wir von den Antworten, die wir erhalten haben, sehr positiv überrascht wurden. Wir haben mehr als 300 Antworten von verschiedensten Quellen erhalten: einzelnen Bürgerinnen und Bürgern, Organisationen, öffentlichen Behörden und sogar einigen nationalen Parlamenten.

Wir haben die Antworten ausgewertet und den Konsultationsprozess mit einer öffentlichen Debatte in Brüssel abgeschlossen, an der mehr als 150 Interessenvertreter teilnahmen, darunter die Vertreter des Parlaments.

Zusammenfassend würde ich sagen, dass in dieser Debatte viele innovative, interessante und positive Vorschläge auf den Tisch der Kommission kamen. Wie lauteten die wichtigsten Schlussfolgerungen? Dass die Bürgerinnen und Bürger ein überaus großes Interesse daran haben, dass diese Initiative so bald wie möglich in Angriff genommen wird, dass sie so benutzerfreundlich wie möglich sein sollte und dass sie einfach, überschaubar, verständlich und vor allem zugänglich sein sollte.

Dies sind, wie Sie mir sicherlich beipflichten werden, eindeutige und sehr wichtige Parameter dafür, dass diese Rechtsvorschriften auf diese Weise erarbeitet werden sollten, weil nur diese Parameter garantieren, dass die Bürgerinnen und Bürger dieses Instrument zum Zwecke einer besseren Kommunikation mit der Kommission und mit den europäischen Institutionen benutzen.

Die Kommission greift auf die Ergebnisse der Konsultationen und auch auf die vom Europäischen Parlament gemachten Vorschläge zurück und ist derzeit dabei, ihren Vorschlag fertig zu stellen. Ich hoffe, dass das Kollegium die Vorschläge, an denen wir gerade arbeiten, am 31. März annehmen wird. Ich kann Ihnen auch sagen, dass dies wahrscheinlich nicht ohne die starke Unterstützung seitens des spanischen Ratsvorsitzes möglich wäre. Es ist ganz klar, dass diese oberste Priorität für den Ratsvorsitz respektiert werden muss, und ich weiß, dass von Spanien ein starkes Engagement ausgeht, zu versuchen, diese Initiative innerhalb des Mandats seines Ratsvorsitzes voranzubringen.

Ich bin also sehr zuversichtlich, dass wird dank der konstruktiven Herangehensweise des Ratsvorsitzes, des Rats und des Parlaments dieses neue und überaus wichtige Instrument vor dem ersten Jahrestag des Vertrages von Lissabon eingeführt haben werden.

Íñigo Méndez de Vigo, im Namen der PPE-Fraktion. – (ES) Herr Präsident, hier im Parlament haben wir, die Abgeordneten des europäischen Parlaments, und die Abgeordneten der nationalen Parlamente vor fast sieben Jahren am Ende des Verfassungskonvents erfolgreich einen Vorschlag vorgebracht, der vom Präsidium angenommen wurde. Ich hatte die Ehre, ihn dem Präsidium zu überbringen, und wir haben ihn angenommen. Darüber hinaus möchte ich an dieser Stelle an Herrn Lamassoure und Herrn Mayer erinnern, da sie es waren, die den Vorschlag zur Bürgerinitiative erarbeitet haben, einer Volksinitiative, die heute in die Verträge aufgenommen wird.

Eine Volksinitiative, die ein Beispiel für die partizipative Demokratie – Herr Šefčovič hat dies sehr gut erklärt – und für die europäische Demokratie ist, weil die Themen, die von dieser Initiative abgedeckt werden müssen, europäische Themen und nicht lokale Themen sind. Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger also und die Themen, die auf europäischer Ebene behandelt werden.

Herr Šefčovič, der derzeit diesen Vorschlag erstellt, hat uns nicht gesagt, was er beinhaltet. Er hat uns mit wässrigem Mund warten lassen. Im Namen meiner Fraktion, Herr Šefčovič, möchte ich Sie bitten, dass der Vorschlag mindestens drei Gedanken beinhalten sollte.

Erstens sollte er klar und einfach sein. Mit anderen Worten, lassen Sie uns die Dinge nicht verkomplizieren. Er muss für die Menschen zugänglich sein, so dass sie daran teilhaben können, ohne eine Universität besucht haben zu müssen.

Zweitens sollte er für die Zusammenarbeit zwischen den europäischen Behörden und den nationalen Behörden sorgen, weil die nationalen Behörden meines Erachtens eine wichtige Rolle dabei spielen müssen, wie die Unterschriften organisiert werden.

Drittens sollten wir aufklären, durch die Europäische Kommission und durch das Parlament, indem wir erklären, wie diese Gesetzesinitiative benutzt werden kann, um Enttäuschungen zu vermeiden. Ich werde

Ihnen ein Beispiel geben, das ich im Internet gesehen habe. Es wurde bereits eine Online-Petition eingeführt, um die Volksinitiative dazu zu benutzen, den Sitz des Parlaments so ändern zu können, dass nur noch einer vorhanden ist.

Nun, dies ist unmöglich, und das müssen wir von Anfang an sagen; für diese Änderung ist eine Reform in den Verträgen notwendig, und sie kann nicht durch die Volksinitiative geregelt werden.

Folglich ist noch viel Aufklärungsarbeit zu tun, meine Damen und Herren der Kommission und des Parlaments, in einer Initiative, die die Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) unterstützt, und von der sie hofft, dass sie der Förderung des Zugehörigkeitssinns zur Union und der Beteiligung der Öffentlichkeit an den Angelegenheiten der Union dient.

Ramón Jáuregui Atondo, im Namen der S&D-Fraktion. – (ES) Herr Präsident, Herr Šefčovič, ich habe mich sehr gefreut zu hören, dass die Kommission die Verabschiedung dieses Verordnungsentwurfs bereits für nächste Woche, nämlich den 31. März plant. Dies sind meiner Meinung nach gute Neuigkeiten und ich halte es für angemessen und richtig, der Kommission, Herrn Šefčovič und dem spanischen Ratsvorsitz für den Schub, den sie dieser Initiative gegeben haben, und dafür zu danken, dass sie dem Parlament einen überaus wichtigen Vorschlag unterbreitet haben.

Er ist erstens deshalb wichtig, weil er meines Erachtens die Legitimität des Parlaments stärkt. Dies geschieht dadurch, dass der Öffentlichkeit direkter Zugang zum Parlament gegeben wird, und zwar nicht durch Parteien, sondern in einer Weise, die durch nichts Geringeres als einen Gesetzesentwurf direkten Zugang zu uns hier gibt.

Dieser direkte öffentliche Zugang zum Parlament stärkt mit Recht seine Legitimität. Er stärkt den Begriff der Bürgerschaft, die an der Wurzel des europäischen Projekts liegt. Von Maastricht bis hierher ist es der Bürger, der für das europäische Projekt von zentraler Bedeutung ist, und der hier zur Schlüsselfigur wird.

Drittens würde ich sagen, dass dieser Vorschlag der Verbindung zwischen Institutionen und Bürgerschaft eine außerordentliche Motivation verleiht, etwas also, das wir immer verlangen und nie erreichen. Es ist die Chance für die Menschen, dem Parlament wirklich nahe zu kommen und zu erfahren, wie nützlich es sein kann. Dies veranlasst mich dazu, einige Empfehlungen auszusprechen, die größtenteils mit denjenigen übereinstimmen, die Herr Méndez de Vigo zuvor gemacht hat.

Ich glaube, dass es wichtig ist, einen Text zu erarbeiten, der in erster Linie wirklich flexibel ist. Mit anderen Worten, er muss ermöglichen, dass dieses Recht ausgeübt wird; dass er auf viele Menschen angewendet werden kann, da wir die genaue Anzahl der Länder, die Prozentanteile und die Unterschriftssysteme angeben müssen. Seien sie flexibel, bitte! Geben Sie problemlosen Zugang zu dieser Initiative, aber lassen Sie sie uns verständlich machen und keine Erwartungen enttäuschen.

Im Vorfeld gibt es ein grundlegendes Verfahren, das von der Kommission angewendet wird, um zu bestimmen, ob ein Initiativenentwurf erfolgreich sein wird oder nicht, ob er durchgebracht werden kann oder nicht. Bevor die Unterschriften gesammelt werden, müssen wir „Ja“ oder „Nein“ sagen, um keine Erwartungen zu enttäuschen: Klarheit und Flexibilität in diesem Projekt, meine Damen und Herren, und natürlich gut gemacht.

Anneli Jäätteenmäki, im Namen der ALDE-Fraktion. – (FI) Die europäische Bürgerinitiative ist wichtig, da sie eine dieser seltenen, durch den Vertrag von Lissabon eingeführten Neuerungen ist, die, so könnte man sagen, die realen Chancen für die Öffentlichkeit, einen Beitrag zu leisten, erhöhen wird. Dies ist natürlich nur ein kleiner Schritt nach vorne und es ist viel Arbeit, eine Million Namen zu sammeln; selbst dann können wir lediglich vorschlagen, dass die Kommission etwas tun soll. Die Kommission wird dann in ihrer Weisheit entscheiden, ob sie etwas tut oder nicht.

Wenn das Experiment Bürgerinitiative Erfolg hat, wie ich hoffe, ist es sehr gut möglich, dass wir danach dazu in der Lage sein werden, in dieser Richtung weitere Fortschritte zu machen und direkten Einfluss zu nehmen. Darum ist es nun so wichtig, dass bei der Erstellung eines Rahmenwerks für die Bürgerinitiative dieses Rahmenwerk so definiert wird, dass die Initiative problemlos eingeführt werden kann und dass sie klar und verständlich ist. Wir sollten keine falschen Hoffnungen wecken oder Missverständnisse schaffen.

Ein Verfahren zur Vorabprüfung der Übereinstimmung wurde diskutiert. Meiner Ansicht nach ist dies ein Aspekt, der sorgfältig berücksichtigt werden sollte. Es kann zwar seine guten Seiten haben, aber ich weiß nicht, ob es richtig ist, die Initiativen in dieser Stufe zu beschneiden. Geben wir der Öffentlichkeit die Möglichkeit mitzureden.

Meines Erachtens ist es wichtig, dass der Schwellenwert für die verschiedenen Mitgliedstaaten - die Anzahl der beteiligten Länder - nicht zu hoch sein sollte: ein Viertel würde genügen, um sagen zu können, dass die Initiative vorangegangen ist, und es als wahrscheinlich erscheinen zu lassen, dass sie vorangetrieben wird. Wir müssen gewährleisten, dass die Verordnung keine unnötigen Hindernisse für die Umsetzung der Bürgerinitiative schafft, sondern dass sie sie klar und einfach macht. Hoffen wir, dass es viele Initiativen geben wird und dass die Kommission sie vorantreiben wird.

Gerald Häfner, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Diego López Garrido, lieber Maroš Šefčovič! Ich glaube, wir haben hier gegenwärtig eine große Chance für Europa, dieses gemeinsame Europa, das begonnen hat mit Verträgen zwischen Staaten, d. h. eigentlich mit einem klassischen Instrument der Außenpolitik, bei dem die Bürger mehr oder weniger Zuschauer waren, jetzt mehr und mehr zu einem Europa der Bürger zu machen.

Worüber wir heute hier diskutieren, das ist das erste Instrument einer unmittelbaren Bürgerbeteiligung auf europäischer Ebene. Ich glaube, allen ist deutlich, welche Chance das insbesondere bedeutet für das Kreieren, für das allmähliche Entwickeln von so etwas wie einer europäischen Öffentlichkeit, eines europäischen *demos*, den dieses Europa ja braucht, denn noch immer diskutieren wir in Frankreich, in Italien, in Portugal, in Deutschland usw. im Grunde mehr oder weniger getrennt. Wir haben, was die Bürger betrifft, kaum gemeinsame europäische Diskussionen. Aber eine solche europäische Bürgerinitiative könnte helfen, das voranzubringen, und es könnte helfen, das Gefühl bei den Bürgern ein Stück weit zu überwinden, dass Brüssel weit weg ist und dass sie – die Bürger – in Brüssel nichts zu sagen haben. Wir schaffen hier ein erstes Instrument, das den Bürgern ein Wort mitzureden gibt in Brüssel. Es kommt aber entscheidend darauf an, wie wir es ausgestalten. Ich will sehr deutlich sagen, dass noch nicht entschieden ist, ob es am Ende ein Erfolg wird oder letztlich zu Enttäuschung beiträgt. Das hängt ab von der Ausgestaltung.

Ich kann gut verstehen, lieber Herr Šefčovič, dass Sie uns heute noch nicht Details vorstellen konnten, denn ich weiß, dass Sie noch gar nicht abschließend entschieden haben. Aber wir haben Gelegenheit, ein paar Punkte hier vielleicht gemeinsam kurz festzuhalten. Ich möchte deshalb einen ganz besonders herausgreifen:

Für mich steht und fällt der Erfolg der Sache damit, dass der Vorschlag der Kommission oder zumindest am Ende das, was wir als Legislativvorschlag hier beschließen werden, nicht nur Hürden und Bestimmungen enthält, die die Bürger zu beachten haben, sondern auch Bestimmungen enthält, wie die Kommission eine zustande gekommene Volksinitiative seriös bearbeitet, denn es wäre in meinen Augen außerordentlich frustrierend, wenn eine Million Bürger eine solche Initiative unterzeichnet hätte und am Schluss das Ganze sang- und klanglos im Papierkorb verschwände. Wir brauchen drei Stufen der Zulässigkeitsprüfung. Erstens formal: Sind die Unterschriften zustande gekommen? Dann rechtlich: Ist das im Zuständigkeitsbereich der Europäischen Union, verstößt es nicht gegen geltendes Recht? Und schließlich brauchen wir eine inhaltliche Prüfung. Und hier halte ich für wichtig, dass zu dieser Prüfung die Bürgerinnen und Bürger eingeladen werden, dass ein Hearing stattfindet, dass man sie wertschätzt und ihr Anliegen diskutiert und sie nicht nur *ex cathedra* von oben irgendwann einen Brief erhalten. Dies als Anregung.

Kurz eine zweite Anregung: Ein Drittel oder neun Mitgliedstaaten scheint mir und scheint uns insgesamt in diesem Haus zu hoch, das Parlament hat sich für ein Viertel ausgesprochen, diese Zahl muss man in Verbindung mit der zweiten Hürde, nämlich der Hürde innerhalb der Mitgliedstaaten sehen. Ich habe in den Gesprächen, die wir miteinander führen durften, vorgeschlagen, sie nach der Größe der Mitgliedstaaten zu staffeln, denn es macht einen großen Unterschied, ob ein großer oder ein kleiner Staat beteiligt ist, und ich sehe Offenheit für diesen Vorschlag.

Zu anderen Punkten kann ich aus Zeitgründen nicht mehr Stellung nehmen. Ich wünsche uns, dass wir dieses erste Instrument transnationaler Demokratie miteinander auf den Weg bringen.

Syed Kamall, im Namen der ECR-Fraktion. – Herr Präsident, meiner Ansicht nach sollten viele von uns jede Initiative begrüßen, die der Europäischen Union und anderen politischen Regierungen die Macht nimmt und die Macht näher zu den Bürgerinnen und Bürgern dezentralisiert.

Einerseits möchte ich zu mehr Flexibilität auffordern. Warum sollten wir die Themen im Vorhinein festlegen, für die die Bürgerinnen und Bürger eine Initiative ergreifen können? Wenn sie eine Frage aufwerfen möchten, lassen Sie uns zur Rechenschaft gezogen werden und lassen Sie uns unseren Standpunkt über was auch immer wir denken darlegen. Wenn es zum Beispiel um die Frage geht, wo das Parlament seinen Sitz haben sollte, sollten wir antworten. Warum sollten wir diese Frage meiden? Lassen Sie uns die Fragen in Angriff nehmen, mit denen uns die Bürgerinnen und Bürger konfrontieren.

Ich möchte gerne einen Punkt klarstellen, nämlich die Transparenz. Für eine Einzelperson oder eine Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern wird es schwierig sein, die erforderliche Anzahl an Unterschriften selbst zu sammeln. Daher kann es sein, dass es eine Reihe von Organisationen geben wird, die das Sammeln dieser Unterschriften organisieren. Sie sollten im Hinblick auf ihre Finanzierung transparent sein, so dass kein Raum für Organisationen vorhanden ist, die den Prozess an sich reißen, um im Wesentlichen mehr Finanzierung für Initiativen zu erhalten, an die sie glauben. Lassen Sie dies wirklich eine Initiative der Bürgerinnen und Bürger und nicht von Organisationen der Zivilgesellschaft und NRO sein.

Søren Bo Søndergaard, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – (DA) Herr Präsident, das Misstrauen der Bürgerinnen und Bürger gegenüber der Europäischen Union wächst. Die geringe Beteiligung an den EU-Wahlen spricht Bände. Wenn die europäische Bürgerinitiative so interpretiert wird, dass nur einige wenige einen Vorteil daraus ziehen, wird dies die Situation nur verschärfen. Unsere Fraktion fordert daher, dass die Vorschriften nicht zu streng gemacht werden. Zum Beispiel können bestimmte Fragen für Europa insgesamt relevant sein, obwohl die erste Million Unterschriften aus nur sehr wenigen Ländern kommt. Allerdings können wir als das Europäische Parlament auch etwas tun, um die Bürgerinitiative ernst zu nehmen. Wir können in diesem Plenarsaal beschließen, dass wir uns bei jeder Genehmigung einer Bürgerinitiative dazu verpflichten, hier eine Debatte zu führen - eine Debatte, die zu einer Erklärung über die fragliche Initiative führen kann. Auf diese Weise nehmen wir auch die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger ernst, und ich hoffe, dass die Fraktionen zusammenarbeiten können, um entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, zum Beispiel in Form einer Änderung der Geschäftsordnung.

Frank Vanhecke (NI). – (NL) Herr Präsident, ich habe allem hier bisher Gesagten mit klarem Kopf und somit mit sehr großer Skepsis zugehört. Schließlich hat uns unsere eigene Erfahrung - die wir in den Referenden in den Niederlanden, Frankreich und nicht zuletzt Irland gesammelt haben - gelehrt, wie die Eurokratie auf den Willen der Menschen und die Ausdrucksweisen dieses Willens reagiert. Was ist also die europäische Bürgerinitiative im Wesentlichen? Im Wesentlichen ist sie ein bloßes Linderungsmittel, ein Trugbild, das dazu bestimmt ist, ein Mindestmaß der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an dem Vertrag von Lissabon vorzutäuschen, ohne diese Beteiligung wirklich in den Entscheidungsprozess einzubringen. In der Tat geht dies aus allem, was wir bisher erfahren haben, eindeutig hervor: komplizierte Verfahren, Beschränkungen im Hinblick auf die Themen und, sollte am Ende doch etwas dabei herauskommen, wird darüber in genau den gleichen eurokratischen, eher undemokratischen geschlossenen Kreisen gesprochen und auch entschieden. Wir brauchen in Europa verbindliche Referenden, zum Beispiel über den Beitritt der Türkei. Sie sind notwendig, um die Demokratie wiederherzustellen, aber leider ist die europäische Bürgerinitiative nur eine Art kastrierte Karikatur solcher Dinge.

Carlo Casini (PPE). – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich habe die Erklärungen von Herrn López Garrido und Herrn Šefčovič sehr begrüßt.

Der neue Vertrag von Lissabon zwingt uns, rasch systematische Maßnahmen zu ergreifen, um die Bürgerinitiative zu fördern, die das Zeugnis der Existenz eines europäischen Volkes ist. In der Tat ist es eine wohlbekannte Tatsache, dass einer der schärfsten Kritikpunkte der Union derjenige ist, dass sie keine vollständig demokratische Struktur ist. Im Vertrag von Lissabon hat man angestrebt, das Demokratiedefizit auf verschiedene Arten und Weisen zu verringern, u. a. durch das Treffen von Vorkehrungen für mindestens eine Million europäische Bürgerinnen und Bürger, einen Vorschlag für eine Gesetzesinitiative vorzulegen.

Damit dieses neue Instrument ein ernstzunehmendes Werkzeug sein kann, muss es rechtliche Auswirkungen von gewisser Bedeutung hervorbringen. Es kann natürlich nicht den gleichen Stellenwert haben wie die bereits vorhandenen Petitionen, die von einer Vielzahl von Einzelpersonen unterzeichnet werden - hier muss eine klare Unterscheidung getroffen werden - und es muss daher so geregelt werden, dass sein Missbrauch verhindert und dennoch eine breite Debatte als Ausdruck eines informierten und nachprüfbaren Volkskonsens ermöglicht wird.

Jedoch ist der wichtigste Aspekt der Initiative, der in Artikel 11 des Vertrages von Lissabon niedergeschrieben ist, ihre symbolische Bedeutung: das Demokratiedefizit wird nicht nur durch die Entscheidungsmacht der Volksvertreter in Angriff genommen, sondern vielmehr durch die Existenz eines europäischen Volkes, das nicht nur die mathematische Summe der Bürgerinnen und Bürger der einzelnen Nationen ist.

Daher halte ich im Hinblick auf die Vorschriften, um die es hier geht, die folgenden beiden Aspekte für besonders wichtig: Der erste betrifft das Thema, das - wie bereits gesagt wurde - ein europäisches Thema ist. Der zweite betrifft die Verteilung der Mindestanzahl der Unterzeichner in einer bedeutenden Anzahl von Mitgliedstaaten, die einen angemessenen Prozentanteil im Hinblick auf das Wahlgewicht jedes Landes darstellt.

Ich hoffe, dass die neuen Vorschriften den Bürgerinnen und Bürgern von Frankreich, Italien, Deutschlands, Spanien und so weiter dabei helfen werden, sich in erster Linie als Bürgerinnen und Bürger Europas zu fühlen.

Zita Gurmai (S&D). – Herr Präsident, die europäische Bürgerinitiative ist eine der größten Neuerungen des Vertrages von Lissabon und zielt darauf ab, die direkte Demokratie in der Europäischen Union zu fördern. Dieses neue Werkzeug sollte sachgemäß benutzt werden, indem es voll ausgeschöpft wird. Darüber hinaus muss seine Glaubwürdigkeit gesichert werden.

In dieser Hinsicht müssen ernsthafte Anforderungen erfüllt werden. Lassen Sie mich kurz nur zwei dieser Anforderungen nennen, wenngleich mir bewusst ist, dass es mehrere andere gibt. Die gesammelten Unterschriften müssen angemessen geprüft werden. Dies ist eine entscheidende Frage, die ernste Probleme verursachen kann, da die entsprechende Gesetzgebung in unseren Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich ist. Wir müssen die optimale Lösung finden - das angemessene Gleichgewicht zwischen unterschiedlichen Vorschriften und gemeinsamen Anforderungen.

Das zweite Thema ist die Zulässigkeit der Initiative. Wieder muss jeder Aspekt sorgfältig untersucht werden, um den besten Weg zu finden. Sollte das Thema der öffentlichen Diskussion zur Verteidigung der Werte der Union eingeschränkt werden oder sollte sich die Meinungsfreiheit durchsetzen? Handelt es sich um sich gegenseitig einschließende Prinzipien?

Ich begrüße und bedanke mich für die fortdauernde Arbeit von Vizepräsident Šefčovič und des spanischen Ratsvorsitzes. Ich bin erfreut, dass die Interessenvertreter im Februar die Gelegenheit hatten, die meisten Fragen, die beantwortet werden mussten, zu diskutieren, so dass die Bürgerinitiative einsatzbereit ist.

Ich würde wirklich gerne etwas über das Ergebnis des Treffens erfahren. Wie und in welcher Stufe wird die Kommission die Frage der Nachprüfung und Zulässigkeit einer Initiative behandeln? Natürlich müssen wir uns hier im Europäischen Parlament bei der Erstellung eines Berichts darüber im Klaren sein, mit welchem Ansatz wir es zu tun haben. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir hier sind, um die europäischen Bürgerinnen und Bürger zu vertreten, und wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass wir dazu in der Lage sind, eine starke Botschaft für alle von uns auszusenden.

Ich bin der festen Überzeugung, dass der spanische Ratsvorsitz als ein Mitglied des Trios zusammen mit Belgien und Ungarn, meinen guten Kameraden, eine ausgezeichnete Arbeit geleistet hat. Nochmals vielen Dank, Herr Vizepräsident. Sie haben ausgezeichnete Arbeit geleistet. Weiter so.

Diana Wallis (ALDE). – Herr Präsident, dieses Instrument hat ein enormes Potenzial und könnte ein wichtiges demokratisches Signal an Europa aussenden.

Wenn ich an mein eigenes Land denke, wenn also in Großbritannien eine Gesetzesinitiative vorangetrieben werden soll, muss ein Mitglied des Parlaments gefunden werden, dann muss man Glück genug haben, um einen jährlichen Wahlgang oder im Lotto zu gewinnen, und dann erst ist es wahrscheinlich, dass sie von der gerade amtierenden Regierung besprochen wird.

Ich glaube also, dass wir etwas sehr Wichtiges und sehr Aufregendes in die Hände der Bürgerinnen und Bürger Europas legen. Das macht mich zwar stolz, aber die Initiative muss auch benutzerfreundlich, zugänglich und glaubhaft sein, und das heißt, wir müssen diesbezüglich innerhalb der EU-Zuständigkeit streng genug sein und von vornherein die Menschenrechte achten.

Wir müssen dazu in der Lage sein und den Willen haben, die Projektträger bei der Erfüllung der technischen Anforderungen zu unterstützen. Vor allem sollten die Parlamentarier darauf vorbereitet sein, mit den Initiatoren einer Initiative zusammenzuarbeiten. Dies beeinträchtigt unsere Rechte nicht. Diesbezüglich können wir mit den Bürgerinnen und Bürgern Hand in Hand arbeiten, aber sie müssen ihre Botschaft an die Kommission richten. Wir können helfen, und auf diese Weise können wir zusammen eine echte europäische Demokratie schaffen.

Isabelle Durant (Verts/ALE). – (FR) Herr Präsident, mein Kollege Herr Häfner hat einige der Bedingungen erwähnt, die gewährleisten, dass diese Initiative, wie er sagte, durchführbar, glaubwürdig und legitim ist.

Ich für meinen Teil möchte die Aufmerksamkeit des Parlaments einerseits auf die Meinung des Wirtschafts- und Sozialrates lenken, die sehr interessant ist, und die auch etwas Licht auf die zu treffenden Entscheidungen werfen könnte, und andererseits die Tatsache betonen, dass die partizipative Demokratie funktioniert, wenn jeder - die Abgeordneten, der Rat, Organisationen der Zivilgesellschaft und nicht organisierte Bürgerinnen und Bürger, für die die Bürgerinitiative eine Chance ist - eine Rolle zu spielen hat.

In dieser Hinsicht, Herr Kommissar, möchte ich Sie gemäß Artikel 11 des Vertrages, der auch die Möglichkeit der Einrichtung eines strukturellen und organisierten Dialogs mit der Zivilgesellschaft vorsieht, fragen, welche Art von Initiative Sie sich bezüglich des in den Verträgen vorgesehenen Modells des sozialen Dialogs vorstellen - und wissen, ob Sie, Seite an Seite mit der Bürgerinitiative, die sehr interessant und sehr nützlich ist, vorhaben, den Dialog mit der Zivilgesellschaft in einer strukturellen und interinstitutionellen Weise zu organisieren.

Peter van Dalen (ECR). – (NL) Herr Präsident, nun da der Vertrag von Lissabon in Kraft getreten ist, können die Bürgerinnen und Bürger Bürgerinitiativen ins Leben rufen. Dies stellt einen Fortschritt dar, da die Bürgerinnen und Bürger noch immer zu weit von Europa entfernt sind und es schwierig ist, sie in die Entwicklung der Politik einzubeziehen. Ich sehe, dass die europäische Bürgerinitiative eine gute Chance hat, die Unterstützung für Europa unter den Bürgerinnen und Bürgern zu verbessern.

Herr Präsident, ich möchte Ihre Aufmerksamkeit ausdrücklich auf eine kürzlich ins Leben gerufene Bürgerinitiative lenken. Es handelt sich um eine Initiative von Herrn Kastler, der hier heute anwesend ist, und darin wird gefordert, dass Sonntage als Ruhetage frei gehalten werden, die für Familie und Besinnlichkeit reserviert sind. Ich unterstütze dieses Gesuch voll und ganz und arbeite mit ihm zusammen, um in den Niederlanden so viele Unterschriften wie möglich zu sammeln. Ich appelliere an alle, diese Initiative zu unterstützen und sie bekannt zu machen. Solche Initiativen können darauf hinweisen, was die Bürgerinnen und Bürger für wichtig halten. Ich fordere das Parlament und die Kommission dazu auf, diese Signale sehr ernst zu nehmen, da Europa für die Bürgerinnen und Bürger da ist und nicht umgekehrt.

Lena Kolarska-Bobińska (PPE). – (PL) Herr Präsident, die größere Rolle, die der Vertrag von Lissabon dem Europäischen Parlament gibt, sowie die europäische Bürgerinitiative sind ein wichtiger Schritt zur Stärkung der europäischen Demokratie. Damit die Initiative jedoch ihre Rolle erfüllen kann, muss es Verfahren geben, die ihren demokratischen Charakter von vornherein nicht einschränken.

Das Europäische Parlament spielt derzeit in der Tat gar keine Rolle im Prozess der Bürgerinitiative. Das frühere Parlament hat abgestimmt, dass die Kommission entscheiden solle, welche der vorgelegten Initiativen angenommen und welche abgelehnt werden. Meiner Ansicht nach sollte die Rolle des Europäischen Parlaments hier viel größer sein. Das Parlament sollte mit der Kommission zusammenarbeiten, um die vorgelegten Initiativen zu beurteilen und Stellungnahmen dazu abzugeben. Auf diese Weise würde die Entscheidungen im Hinblick auf die Zulässigkeit von vorgeschlagenen Initiativen gleichermaßen in den Händen der Vertreter der Wählerschaft und nicht nur der Exekutive liegen. Das Parlament ist derzeit die einzige Institution der Europäischen Union, die in freien, demokratischen Wahlen gewählt wird, und bei der Bürgerinitiative geht es in der Tat um die Probleme und Sichtweisen der Menschen. Wenn eine Initiative von der Kommission und somit von der Exekutive, die sie ausführen soll, abgelehnt wird, wird dies manchmal von den Bürgerinnen und Bürgern nicht verstanden.

Es ist auch wichtig, dass die Organisatoren einer Initiative - eine soziale Organisation oder eine Nichtregierungsorganisation - das Thema und Ziel der Initiative klar und deutlich angeben, auch wenn sie nicht unbedingt einen Gesetzesantrag einreichen muss. Ich glaube auch, dass die Verfahren bezüglich der Initiativen in den Mitgliedstaaten harmonisiert werden sollten, weil zu viel Vielfalt es uns erschweren kann, breite Unterstützung für diese Initiativen zu gewinnen.

Monika Flašíková Beňová (S&D). – (SK) Die Bürgerinitiative als eine der Befugnisse der Bürgerinnen und Bürger der EU stellt einen bedeutenden Fortschritt für die Demokratie und für die direkte Beteiligung der breiteren Öffentlichkeit am politischen Leben dar.

Ich würdige und schätze Ihre Herangehensweise in dieser Angelegenheit sehr, Kommissar Šefčovič. Nun möchte ich mich auf die Fragen beziehen, die meine Kollegin Zita Gurmai aufgeworfen hat, weil auch ich es für wichtig halte, auf einige dieser Fragen eine Antwort zu finden. In einer Frage geht es um den Ort und die Methode der Formalisierung, mit anderen Worten, um den Ort, wo die Unterschriften für eine Initiative gesammelt werden, ob in einem Regierungsbüro oder irgendwo auf der Straße. In Verbindung damit besteht auch die Frage, ob es einen Konflikt mit anderen Menschenrechten, zum Beispiel mit dem Recht auf Meinungsfreiheit geben wird.

Die zweite Frage betrifft die Finanzierung des gesamten Prozesses. Wer wird also für die Finanzierung der Bürgerinitiativen verantwortlich sein? Wird es die Europäische Union sein oder die Mitgliedstaaten oder die Bürgerinnen und Bürger selbst, die eine Initiative ins Leben rufen? Im schlimmsten Fall käme es zu einer Verletzung des demokratischen Prinzips, wenn die Zahlungsfähigkeit als eine Bedingung der Beteiligung gestellt würde.

Zu guter Letzt wird es für die Kommission wesentlich sein, eine präzise Frist anzugeben, innerhalb der diese Unterschriften gesammelt werden, oder, je nach Fall, in gültiger Weise gesammelt werden, wobei insbesondere nicht die Notwendigkeit zu vergessen ist, die Offenheit und Transparenz des gesamten Mechanismus derart zu erhalten, dass der Missbrauch durch die Interessengruppen, die in der gesamten EU operieren, verhindert wird.

Ich spreche Ihnen meinen ehrlichen Dank aus, Herr Kommissar, und drücke Ihnen die Daumen dafür, dass Sie in dieser Angelegenheit Erfolg haben.

Marian Harkin (ALDE). – Herr Präsident, als jemand, der zweimal für die Abstimmung mit „Ja“ für Lissabon geworben und die Bürgerinitiative als positiv gefördert hat, widerspreche ich meinem Kollegen. Meiner Meinung nach geht es hier nicht nur um einen Vorwand. Ja, es gibt Beschränkungen, aber die Initiative hat Potenzial und ist ein echter bedeutsamer Schritt in Richtung der partizipativen Demokratie.

Ich habe diese Angelegenheit mit Bürgerinnen und Bürgern diskutiert. Ich habe Bürgerinnen und Bürgern die Gelegenheit gegeben, an der Konsultation der Kommission und an den Anhörungen im Petitionsausschuss teilzunehmen. Wir dürfen uns jedoch nicht nur mit Bürgerinnen und Bürgern beraten: Wir müssen zuhören, was sie zu sagen haben, und wir müssen sicherstellen, dass ihre Sichtweisen in allen Rechtsvorschriften, die wir hervorbringen, berücksichtigt werden.

Dies ist eine Chance für die EU-Institutionen, klar und deutlich zu zeigen, dass die Bürgerinitiative die Sichtweisen der europäischen Bürgerinnen und Bürger vom Anfang bis zum Ende reflektieren wird. Diese Rechtsvorschriften müssen bürgernah und sie müssen stark sichtbar sein. Es muss auch einfach zugängliche Unterstützung und Hilfe für Bürgerinnen und Bürger geben, die eine Petition stellen möchten. Es sollte klar gemacht werden, wo die Kommission handeln kann und wo die Kommission nicht handeln kann. Es würde einfach zu weiteren Anschuldigungen eines Demokratiedefizits und Zynismus und Ärger seitens der Bürgerinnen und Bürger kommen, wenn eine Million Unterschriften für eine Petition gesammelt würden und danach bestimmt wird, dass sie außerhalb der Zuständigkeit der EU liegt.

Daher benötigen wir absolute Klarheit diesbezüglich und wir müssen proaktiv sein. Während wir alle Möglichkeiten aus diesen Rechtsvorschriften herausquetschen müssen, dürfen wir nicht mehr versprechen, als wir bieten können. Die Bürgerinitiative ist wie ein neugeborenes Baby. Sie hat unbegrenztes Potenzial, aber sie muss mit Vorsicht behandelt werden, wenn sie ihre ersten zaghaften Schritte macht.

VORSITZ: Pál SCHMITT

Vizepräsident

Eva Lichtenberger (Verts/ALE). - Herr Präsident! Bei der Ausgestaltung dieses Instruments haben wir enorme Verantwortung zu tragen. Denn die Hoffnung, die von Bürgerinnen und Bürgern, die europäisch denken und europäische Anliegen auf europäischer Ebene forcieren und durchsetzen wollen, sind auf uns gerichtet. Wir müssen um jeden Preis jene Fehler vermeiden, die sich derzeit abzeichnen, wo es um Petitionen geht. Wir müssen nämlich vermeiden, dass die Europäische Bürgerinitiative zu einer reinen Klagemauer wird und dann später keine Konsequenzen folgen. Aktive Bürgerinnen und Bürger warten auf das Ergebnis, warten darauf, wie wir das ausgestalten werden.

Wenn wir die Hürden zu hoch setzen, frustrieren wir ein großes Potential für Europa. Denken Sie daran. Es ist ein enormer Aufwand, für Interessenten eines bestimmten Themas eine Million Unterschriften zu sammeln. Wenn diese dann ohne relevante Behandlung und Folgen im Papierkorb landen, dann haben wir wahrscheinlich der Demokratie in Europa einen Bärendienst erwiesen. Deswegen ist es besonders wichtig, wie die Kommission mit diesem Anliegen umgehen wird. Das steht für mich im Mittelpunkt.

Mariya Nedelcheva (PPE). – (FR) Herr Präsident, Herr Šefčovič, Herr López Garrido, meine Damen und Herren, die Bürgerinitiative ist ein weiterer Stein zum Aufbau einer echten europäischen Zivilgesellschaft. Sie stellt für die europäischen Bürgerinnen und Bürger eine neue Möglichkeit dar, um mehr Mitsprache im Entscheidungsfindungsprozess zu haben. Ich hoffe, dass die Einführung der Bürgerinitiative das Zugehörigkeitsgefühl zu der gleichen Einheit, unserem Europa, stärken wird, da dieses europäische Gefühl leider sehr schwach ausgebildet ist und zuweilen völlig fehlt.

Über die technischen, verwaltungstechnischen und praktischen Aspekte hinaus, die mit der gegenwärtigen Implementierung der Initiative verbunden sind, denke ich, dass unsere Botschaft in erster Linie politisch sein muss. Wir dürfen den Leitsatz nicht aus den Augen verlieren, der die Einführung dieser Initiative untermauert:

den Bürgerinnen und Bürgern die Institutionen näher bringen, ihr Interesse an Europa wecken, ihre Teilnahme fördern und sie zu Akteuren der europäischen Strategien machen. Daran müssen wir jederzeit festhalten.

Ob dies nun die Mindestanzahl von Mitgliedstaaten betrifft, aus denen die Unterschriften stammen, die Erfassung, Überprüfung und Kontrolle dieser Unterschriften oder die Zulässigkeit von Initiativen - wir müssen sicherstellen, dass Bürgerinnen und Bürger nicht daran gehindert werden, eine Initiative zu unterbreiten.

Ich möchte beispielsweise darauf hinweisen, dass die Kosten, die mit der notariellen Beglaubigung der Unterschriften verbunden sind, angemessen sein müssen. Einige Mitgliedstaaten, die diese Art von Initiative bereits auf einzelstaatlicher Ebene eingeführt haben, erheben zuweilen unverhältnismäßige Beträge. Genau diese Art von Hemmnissen müssen hinsichtlich der Bürgerinitiative vermieden werden.

Schließlich dürfen wir die stärkere Rolle unseres Parlaments nicht aus den Augen verlieren. Als Hüter des demokratischen Willens der europäischen Bürgerinnen und Bürger und als Garant für Haushaltstransparenz muss diesem eine größere Beteiligung beim Umsetzungsverfahren der Initiative zukommen. Nur auf diesem Wege können wir aus einem Stück Seele der Union ein echtes demokratisches Herz machen.

Proinsias De Rossa (S&D). – Herr Präsident, dies ist einer der wichtigsten demokratischen Fortschritte für die Europäische Union. Zwei Drittel der Einwohner Irlands stimmten für den Vertrag von Lissabon, und einer der Gründe dafür war die Verfügbarkeit dieser Bürgerinitiative. Zum ersten Mal können Bürgerinnen und Bürger auf transnationaler Grundlage einfordern, dass die Kommission Vorschläge einbringt. Es muss sich hierbei jedoch um ein von Transparenz geprägtes Verfahren handeln. Wir müssen die Organisatoren dieser Initiativen kennen und wir müssen wissen, wer diese Initiativen finanziert. Sie dürfen nicht den Interessen von Unternehmen dienen.

Meiner Ansicht nach darf die Kommission, die den Beschluss fassen muss, ob sie auf einen Vorschlag reagiert oder nicht, nicht das Organ sein, das über die Zulässigkeit des Vorschlags entscheidet. Die Rolle des Bürgerbeauftragten muss meiner Meinung nach ausgeweitet werden, so dass dieser auf zentraleuropäischer Ebene darüber entscheiden kann, was zulässig ist und was nicht.

Die erforderliche Mindestanzahl an Staaten sollte sieben betragen, nicht jedoch neun, wie dies von der Kommission vorgeschlagen oder tatsächlich empfohlen wird. Und ich spreche mich dafür aus und bestehe darauf, dass an der im Vertrag festgelegten Schwelle von einer Million festgehalten werden muss. Sie darf nicht auf einen hohen Anteil an Bürgerinnen und Bürgern in den Mitgliedstaaten und eine hohe Anzahl von Mitgliedstaaten erhöht werden. Es ist äußerst wichtig, dass die Verträge eingehalten werden.

Und zum Schluss erlaube ich mir anzumerken, dass eine Online-Registrierung für Bürgerinnen und Bürger möglich sein muss.

Ulrike Lunacek (Verts/ALE). – (ES) Herr Präsident, ich möchte zunächst auf Spanisch dem spanischen Ratsvorsitz für die Entscheidung danken, die Initiative früher als ursprünglich geplant vorzulegen. Vielen herzlichen Dank dafür.

Ich werde jetzt auf Deutsch fortfahren. Ich möchte der Kommission auch dafür danken, dass sie die Initiative der spanischen Präsidentschaft aufgegriffen und gesagt hat: Ja, wir machen schneller, wir legen den Vorschlag schon nächste Woche vor. Wir hoffen, dass es bis zum Sommer einen fertigen Vorschlag gibt. Das ist wichtig, um die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger zu erfüllen.

Ich halte – wie schon zahlreiche meiner Vorrednerinnen und Vorredner – die Hürde von 9 Ländern, die jetzt geplant ist, einfach für zu hoch. Mein Vorschlag wäre, bei fünf zu beginnen, also ein Fünftel der Länder. Eine Million Unterschriften zu sammeln, ist nicht leicht, auch wenn man es vielleicht über das Internet machen kann. Aber es ist notwendig, den Menschen zu zeigen, dass wir wollen, dass sie an diesem gemeinsamen Europa mitmachen und eine authentische europäische Debatte führen. Ich halte es auch für wichtig, dass die rechtliche, formale und inhaltliche Prüfung des Anliegens schon zu Beginn geschieht, und nicht erst, wenn die Leute schon begonnen haben, Unterschriften zu sammeln. Es sollte auch Unterstützung für die Initiativen geben, z. B. mit Übersetzungen. Wenn das geschieht, können wir es schaffen, die Bürgerinnen und Bürger wieder – und stärker – für dieses gemeinsame Europa zu begeistern.

Anna Záborská (PPE). – (SK) Herr Kommissar, vielen Dank dafür, dass Sie die nächsten Schritte in einer Kurzfassung dargestellt haben. Ausgehend von konzeptuellen Zielsetzungen und verschiedenen Textzeilen im Vertrag von Lissabon haben wir eine Richtlinie zur zukünftigen Regulierung der EU ausgearbeitet.

Die Bürgerinitiative zeigt den Bürgerinnen und Bürgern der EU neue Möglichkeiten für europäische Integration auf. Die Bürgerinnen und Bürger der Mitgliedstaaten haben die Möglichkeit, ihren Einfluss auf die europäischen Institutionen geltend zu machen. Es sollte jedoch darauf hingewiesen werden, dass das Recht auf eine Bürgerinitiative ein demokratisches Instrument darstellen kann, dass es aber auch die Tore für eine föderalistische EU eröffnet. Ich unterstütze die Bürgerinitiative; es wird jedoch notwendig sein, die zuständigen Behörden in den Mitgliedstaaten so weit wie möglich mit einzubeziehen. Dem Schutz einzelstaatlicher Verfassungen muss garantiert Vorrang gegeben werden.

Wie der Kommissar sagte, muss diese Initiative ausgewogen sein, und ich möchte hinzufügen, dass sie unter keinen Umständen als Vorwand dafür dienen darf, das Subsidiaritätsprinzip möglicherweise zu gefährden. Das Rahmenwerk für die Anwendung dieser Maßnahmen muss eindeutig festgelegt werden, so dass keine unrealistischen Erwartungen seitens einiger Institutionen und insbesondere seitens der Bürgerinnen und Bürger der EU aufkommen können.

Judith A. Merkies (S&D). – Herr Präsident, ich bin sehr froh über die Bürgerinitiative. Wenn Sie nichts dagegen haben, werde ich nun auf Niederländisch den Grund meiner Freude erklären!

(NL) Herr Präsident, ich freue mich über die Europäische Bürgerinitiative, weil die Bürgerinnen und Bürger derzeit nur alle fünf Jahre die Gelegenheit haben, ihre Wünsche zu äußern; auf diesem Weg werden sie aber in der Zwischenzeit eine echte Rolle in der Europäischen Union spielen können. Es ist daher zudem wichtig, dass sie wissen, wann sie an unsere Tür klopfen können. Es handelt sich dabei jedoch nicht um unsere, sondern um die Tür der Europäischen Kommission. Weiß der Mann auf der Straße, wann er die Kommission anrufen kann? Eine weitreichende Informationskampagne ist erforderlich, um die Bürgerinnen und Bürger darüber in Kenntnis zu setzen. Ich muss sagen, dass der kritische Punkt diesbezüglich darin besteht, dass die Bürgerinitiative erst wirklich ausgereift sein wird, wenn alle europäischen Institutionen die Stimmen der eine Million Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen. Und auch die Minister und Staats- und Regierungschefs sollten diesen Gehör schenken. Natürlich schließt das mit ein, dass wenn eine Million europäischer Bürgerinnen und Bürger den Wunsch äußern, auf den Straßburger Standort zu verzichten, diesem Wunsch Beachtung geschenkt werden muss.

Fiorello Provera (EFD). – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich bin mir sicher, dass dieses Initiativrecht, das den europäischen Bürgerinnen und Bürgern durch den Vertrag gewährt wird, dazu beitragen wird, den Menschen Europa und die europäischen Institutionen in größerem Maße näher zu bringen als die kostspieligen, von der Union finanzierten Sensibilisierungskampagnen, die bisher lediglich zu bescheidenen Ergebnissen, wie die Beteiligung an Wahlen bestätigt, geführt haben.

Die Initiative trägt sicherlich zur weiteren Stärkung der Demokratie bei, da sie es Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, auf direktem Wege Gesetze vorzuschlagen. Es handelt sich in anderen Worten um eine Form der direkten Demokratie, die die parlamentarische Repräsentation ergänzt.

Wir dürfen uns diese Gelegenheit nicht durch die Finger gehen lassen. Die Kommission muss dieses Initiativrecht einfach, nachvollziehbar und zugänglich gestalten und die Bürgerinnen und Bürger von der Anfangsphase des Verfahrens bis zum Stadium der Unterschriftensammlung betreuen und unterstützen, beispielsweise durch die Feststellung der Zulässigkeit der Vorschläge. Dies ist ein praktischer Beitrag zur europäischen Demokratie.

Georgios Papanikolaou (PPE). – (EL) Herr Präsident, wir weisen häufig darauf hin, dass die Teilnahme der europäischen Bürgerinnen und Bürger gesteigert werden muss, dass wir uns den Institutionen der Union und den Bürgerinnen und Bürgern aller Mitgliedstaaten annähern müssen. Als wir bei den letzten europäischen Wahlen feststellen mussten, dass die Wahlbeteiligung in vielen Mitgliedstaaten sehr niedrig war, wurde dieses Thema besonders intensiv diskutiert.

Ein äußerst wichtiges Ereignis ist seitdem eingetreten, das die Struktur und die Funktionsweise der Union verändert hat. Natürlich spreche ich vom Vertrag von Lissabon, einem sehr wichtigen Vertrag, dessen Epizentrum die Bürgerinnen und Bürger sind, dessen Grundpfeiler darin besteht, wie wir alle, das Parlament, die Kommission und der Rat, bürgernäher werden können. Dieses Prinzip kommt insbesondere in der Bürgerinitiative in Artikel 11 Absatz 4 zum Ausdruck. Es handelt sich hierbei um eine wichtige und einmalige Regelung, die Demokratie, politische Gleichberechtigung und Transparenz fördert.

Natürlich wünschen wir, dass diese Regelung ordnungsgemäß angewandt und in die Praxis umgesetzt wird. Und hier treten die Probleme auf. Während meine Kolleginnen und Kollegen zu Recht die Erfordernisse betonen, dass dieses Verfahren glaubwürdig sein muss, dass die Rolle der Kommission und die Rolle des Parlaments

festgelegt werden muss, muss für uns die Möglichkeit der Zusammenarbeit bestehen, damit diese wichtige Bürgerinitiative nach dem Sammeln der Unterschriften nicht ungenutzt bleibt.

Meine Schlussfolgerung lautet wie folgt: Wir alle stehen in der Verantwortung, diese Initiative zu unterstützen. Wir alle stehen in der Verantwortung dieses Recht zu erklären, das nun all unseren europäischen Bürgern zusteht, ihnen näherzubringen, dass sie persönlich Verfahren ohne sonstige Interventionen auf der Ebene der Institutionen der Union in Gang setzen können.

Vor allem müssen wir eine eindeutige Botschaft übermitteln, die in einem einfachen, nachvollziehbaren und umfassenden Verfahren enthalten sein muss, das nicht zuletzt für jeden funktioniert, das für die Bürgerinnen und Bürger funktioniert, das für das Parlament funktioniert und die Institutionen der Union, das für die Mitgliedstaaten und für alle Interessenvertreter im Verfahren funktioniert.

Carlos Coelho (PPE). – (PT) Vor nur wenigen Monaten waren einige der Meinung, dass der Vertrag von Lissabon niemals in Kraft treten würde. Nun sind wir jedoch an dem Punkt, darüber nachzudenken, wie wir den Vertrag umsetzen und einige seiner Bestimmungen erlassen werden.

Der Vertrag von Lissabon kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten, das Demokratiedefizit zu bekämpfen. Ich meine damit die Stärkung der Parlamente (sowohl des Europäischen Parlaments als auch der nationalen Parlamente). Darüber hinaus weise ich auf die wichtigere Investition in ein Europa für die Öffentlichkeit hin, das über Regeln im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, der Subsidiaritätsprüfung verfügt, und diese innovative Initiative, die von der Öffentlichkeit ausgeht, umsetzt.

Ich stimme in jeder Hinsicht den Ausführungen meiner Kolleginnen und Kollegen und insbesondere meines Kollegen, Herrn Méndez de Vigo zu. Ich möchte jedoch betonen, dass wir bei der Regulierung dieses Instruments sicherstellen müssen, dass es wirklich europaweit ist. Es ist natürlich wichtig, dass das Instrument nicht Ausdruck des öffentlichen Willens von nur einem Land oder einer begrenzten Anzahl von Staaten ist. Wir müssen jedoch nach einer Lösung suchen, um die öffentliche Mitsprache zu fördern und anzuregen. Wenn wir uns entscheiden müssen, ob wir uns streng und rigoros oder großzügiger zeigen wollen, würde ich zu mehr Großzügigkeit tendieren. Wenn wir Lösungen vorschlagen, die die Bürgerbeteiligung nicht fördern, begehen wir Verrat am Geist des Vertrages von Lissabon und sprechen uns gegen die europäische Öffentlichkeit aus, denn, meine Damen und Herren, wir brauchen mehr Europa und ein Europa, das mehr auf die Bürgerinnen und Bürger ausgerichtet ist. Es ist erforderlich, dass sich die europäische Öffentlichkeit vermehrt einbringt und ihre Bürgerschaft aktiv umsetzt.

Milan Zver (PPE). – (SL) Ich möchte meiner Zufriedenheit und meiner Freude darüber Ausdruck verleihen, dass wir heute diese Initiative erörtern, die mit Sicherheit das sogenannte Demokratiedefizit reduzieren oder teilweise beseitigen wird.

Es ist eine allgemeine Tatsache, dass die Demokratie aktuell auf dem Rückzug ist. Einige Untersuchungen weisen daraufhin, dass es weniger demokratischen Dialog gibt und sich die Vorstellung von Demokratie lediglich auf demokratische Wahlen beschränkt. Insgesamt wirkt sich dies auf die Stimmung unserer Bürgerinnen und Bürger aus, die zunehmend passiver werden, und zeigt sich in der niedrigen Wahlbeteiligung oder auch im fehlenden Vertrauen in die demokratischen Institutionen.

Es ist daher sehr wichtig, dass wir den Vertrag von Lissabon angenommen haben, weil mit ihm die Rolle des Parlaments, sowohl die Rolle der nationalen Parlamente als auch die Rolle des Europäischen Parlaments, weiter ausgebaut wird. Vor allem ermöglicht der Vertrag den Bürgerinnen und Bürgern, Initiativen voranzutreiben, und darüber bin ich sehr froh. Demzufolge wohnen wir derzeit etwas bei, was als europäisches Demokratieprojekt beschrieben werden kann und auf europäischer Ebene Form annimmt, und ich denke, dass wir in diesem Bereich bereits einen großen Sprung vorwärts getan haben.

Diese sogenannte europäische Demokratie muss jedoch natürlich noch ausgeweitet werden, um andere Bereiche, wie beispielsweise die Ernennung der Europäischen Kommission, abzudecken. Kurz gefasst gibt es eine Anzahl von Bereichen, in denen die beteiligten europäischen Institutionen im demokratischen Sinne erweitert werden könnten. Ich bin der festen Überzeugung, dass dieses Projekt, d. h. diese Initiative die europäische Demokratie in großem Maße stärken kann.

Salvatore Iacolino (PPE). – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, heute bietet sich uns eine herrliche Gelegenheit, nämlich die Möglichkeit, eine Wertvorstellung in Gestalt des Instruments für partizipative Demokratie geltend zu machen, das den Bürgerinnen und Bürgern mit dem Vertrag von Lissabon gewährt

wird. Die Tatsache, dass dieses Instrument nur wenige Monate später Gegenstand unserer Diskussionen ist, stellt meines Erachtens bereits einen absoluten Wert dar, der geschützt werden muss.

Mit Sicherheit wird es von entscheidender Wichtigkeit sein, deutlich und präzise zu bestimmen, was mit einer erheblichen Anzahl von Mitgliedstaaten gemeint ist. Es muss ein Kriterium angewandt werden, das einerseits die Motivation der Bürgerinnen und Bürger, sich an den Institutionen zu beteiligen, mit andererseits unserer Motivation, diesem Instrument demokratische Gültigkeit zu verleihen, verknüpft.

Selbstverständlich müssen die Verfahren einfach, unkompliziert und flexibel sein. Ich selbst habe in den letzten Wochen zahlreiche Schulen besucht und bin auf viel Bereitschaft zum Zuhören gestoßen. Vor allem aber wurde mir sehr deutlich, welche größere Rolle Kinder in einem Europa spielen wollen, das sich insbesondere mit dem Vertrag von Lissabon im Umbruch befindet. Daher ist Transparenz, Objektivität und Wandel gefragt, damit dieses Instrument der Gesellschaft, aber gleichzeitig auch den Institutionen dienen kann. In dieser Hinsicht ist das Parlament zusammen mit der Kommission und dem Rat aufgerufen, über die Einzelheiten zu vereinfachten Verfahren zu entscheiden.

Martin Kastler (PPE). - Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin einer derer, die ein erstes Bürgerinitiativbegehren kreiert haben, nämlich zum Sonntagsschutz. Wir haben heute die Freude, über eine Möglichkeit der Bürgerinnen und Bürger sich in den Prozess der politischen Arbeit in Europa einzubringen, zu sprechen und dann auch zu entscheiden. Und das ist eine Möglichkeit, für mehr Demokratie und gegen die Europamüdigkeit einzutreten.

Ich möchte aber nicht nur ein Lob aussprechen, sondern auch zwei Bitten an Sie richten, wenn Sie jetzt die Verordnung in die Endphase bringen: Zum einen sind wir als Europäer technologiefortschrittliche Leute. Ich würde Sie bitten, das Internet zum maßgeblichen Medium zu machen, sodass mittels einer elektronischen Signatur, die dann auch rechtlich verbindlich ist, eine Bürgerinitiative mit einer Million Unterschriften statthaft ist.

Und zum Zweiten möchte ich sagen: Es ist nur ein erster Schritt, den wir jetzt gehen. Ich möchte einen Schritt weitergehen. Wir haben jetzt ein Initiativrecht für die Bürger. Mein Wunsch wäre aber, dass wir in Zukunft Bürgerentscheide auch auf europäischer Ebene haben, so wie es in meiner Heimat, in Bayern, der Fall ist. Hier gibt es ein Volksbegehren und anschließend, wenn genügend Stimmen da sind, die Möglichkeit von Volksentscheiden. Mein Wunsch wäre, dass wir das auch in Europa hinbekommen.

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D). – (PL) Herr Präsident, die öffentlichen Anhörungen zur europäischen Bürgerinitiative wurden gerade abgeschlossen, und es zeigt sich, dass lediglich 323 Antworten auf die Anhörung eingegangen sind. Dieses Ergebnis zeigt, dass sich alle Institutionen der Europäischen Union für die Förderung dieses neuen Instruments stark machen sollten, weil es gegenwärtig ersichtlich wird, dass sehr wenige Menschen von dessen Existenz wissen. Die Ergebnisse der Aussprache weisen jedoch die Richtung auf, der die Kommission bei der Festlegung geeigneter Durchführungsvorschriften folgen sollte.

Zunächst ist es wichtig, gemeinsame Grundsätze aufzustellen, die in der gesamten Union beim Sammeln und der Beglaubigung von Unterschriften gelten. Zudem muss sichergestellt werden, dass an die Bürgerinnen und Bürger die gleichen Anforderungen, beispielsweise in Bezug auf Alter, gestellt werden.

Ein weiterer wichtiger Punkt besteht darin, eine bestimmte Evaluierungsart für die Zulässigkeit *ex ante* unter der Annahme einzuführen, dass Initiativen und Initiatoren sich darüber im Klaren sind, dass eine formale Anerkennung der Zulässigkeit nicht mit dem Einbringen eines Kommissionsvorschlags für einen Rechtsakt in Bezug auf einen bestimmten Sachbestand gleichgesetzt werden kann.

Ich bin mir sicher, dass die Europäische Bürgerinitiative zu einem wichtigen Instrument werden kann, mit dessen Hilfe in Zukunft Debatten, breite Debatten geführt werden, die für alle Europäer von Interesse sind. Ich erwarte daher mit Spannung eine geeignete Verordnung der Kommission.

Andrew Henry William Brons (NI). – Herr Präsident, die Nutzung des Referendums – direkte Demokratie – ist keine exotische Art der Demokratie, sondern dessen ursprüngliche Form: Regieren durch das Volk und nicht Regieren im Namen des Volkes.

Vielleicht sollten wir daher dankbar sein, dass die EU dies einführt. Ich glaube jedoch nicht daran. Die EU ist nämlich nur an Demokratie interessiert, wenn sie diese kontrollieren und das von ihr gewünschte Ergebnis dadurch veranlassen kann. Wie wir gehört haben, wird die Macht, ein solches Referendum durchführen zu können, durch nachteilige Bestimmungen beschnitten, zu denen unter anderem die Zuständigkeit der EU

und die EU-eigene Vorstellung von Menschenrechten gehören. In Wirklichkeit kommt dies einer politischen Unterdrückung, einer Einschränkung der Meinungsfreiheit und sogar der Gedankenfreiheit gleich.

Ein letzter Punkt ist, dass Demokratie das Regieren durch das Volk als eine identifizierbare und geschlossene Einheit bedeutet, und nicht etwa das Regieren durch eine willkürliche Ansammlung von Personen. Die massiven Migrationsbewegungen erschweren jedoch die Umsetzung. Insgesamt kann Europa noch weniger, als dies ansonsten hätte der Fall sein können, als ein einheitliches Volk erachtet werden. Trotzdem ist es besser als nichts, und wir sollten zumindest veranschaulichen, dass diese Initiative ein leeres Versprechen ist.

Elena Băsescu (PPE). – (RO) Meiner Ansicht nach ist die Miteinbeziehung der europäischen Bürgerinitiative in die Bestimmungen des Vertrages von Lissabon ein wichtiger Schritt, um die Demokratie in der Europäischen Union zu festigen.

Ein weiterer wichtiger Weg, um Demokratie auszuüben und zu konsolidieren, ist die Durchführung von Referenden. Ich möchte hierzu anfügen, dass in Rumänien seit 2004 drei Referenden abgehalten wurden, wobei sich das letzte auf den Wechsel zu einem Einkammersystem und eine Reduzierung der Zahl der Abgeordneten bezog. Mit einer Beteiligung von 51 % sprach sich die überwiegende Mehrheit zugunsten des Vorschlags aus.

Ich möchte die Initiative der Kommission begrüßen, eine breite öffentliche Anhörung zur Verordnung im Internet auf den Weg zu bringen. Auf diese Weise werden die Anzahl der Staaten, von denen Unterschriften gesammelt werden müssen, die Mindestanzahl der Unterschriften aus jedem Land und die diesbezüglichen Regeln zur Überprüfung festgelegt.

Ich möchte mit der Frage an die Kommission abschließen, wann sie mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung rechnet, die meiner Meinung nach so schnell wie möglich ausgefertigt werden sollte.

Olga Sehnalová (S&D). – (CS) Herr Kommissar, meine Damen und Herren, in den letzten Jahren hat die Europäische Union eine Vertrauenskrise seitens ihrer Bürgerinnen und Bürger durchlebt. Eines der Zeichen dafür ist die sehr niedrige Beteiligung an der Wahl zum Europäischen Parlament, was auf das weitverbreitete Gefühl zurückzuführen ist, dass Bürgerinnen und Bürger durch ihre Stimmabgabe die Vorgänge in der EU in keiner Weise beeinflussen können. Ich begrüße daher sehr die Möglichkeit von Bürgerinitiativen, die im Vertrag von Lissabon für EU-Bürgerinnen und Bürger vorgesehen ist, und in diesem Zusammenhang auch die öffentliche Anhörung der Kommission und das Grünbuch zum Thema, wie die Bürgerinitiative konkret und lebendig gestaltet werden kann. Ich stimme grundsätzlich mit den meisten Vorschlägen im Grünbuch überein.

Wenn wir jedoch eine helfende Hand reichen, dürfen wir nicht gleichzeitig befürchten, dass die Bürgerinnen und Bürger der EU die Hand ergreifen werden. Wenn wir also eine Maximierung des Dialogs mit den Bürgerinnen und Bürgern anstreben, erscheinen mir einige dieser einschränkenden Maßnahmen als zu streng. Vorwiegend betrifft das die Mindestanzahl von Mitgliedstaaten, aus denen die Bürgerinnen und Bürger kommen müssen, die eine Initiative unterzeichnen, sowie die Definition einer sogenannten erheblichen Anzahl von Staaten. Der Vorschlag, der ein Drittel der Staaten und somit gegenwärtig neun vorsieht, ist für meine Begriffe für die Umsetzung zukünftiger Initiativen entmutigend und unrealistisch. Diese Anzahl auf 20 % zu reduzieren erschien mir insgesamt für die Öffentlichkeit der EU, die beispielsweise auch die gestärkte Rolle der Makroregionen bei der Gestaltung der EU-Politik zur Kenntnis nehmen wird, als ein Schritt in die richtige Richtung. Und warum auch nicht?

Csaba Sógor (PPE). – (HU) Die Möglichkeit einer Europäischen Bürgerinitiative kann die Entwicklung von öffentlichen Debatten zu europäischen Themen unterstützen und einen echten europäischen öffentlichen Bereich schaffen. Die Vertreter der Zivilgesellschaft können sich mit den sozialen Fragen befassen, die die politischen Fraktionen, die gegenwärtig im Europäischen Parlament präsent sind, nicht stellen können oder wollen. Ich möchte insbesondere auf eine dieser Fragen eingehen. Ich halte es für wichtig, dass parallel zur Vorankündigung von Entschließungsvorschlägen und noch bevor mit dem Sammeln von Unterschriften begonnen wird oder vielleicht nachdem eine bestimmte Anzahl von Unterschriften gesammelt wurde, die Kommission basierend auf ihrer eigenen Zuständigkeit und dem Gemeinschaftsrecht zu der Frage Stellung beziehen sollte, ob der besagte Vorschlag annehmbar wäre. Eine Ablehnung aus formalen Gründen oder aufgrund einer fehlenden Rechtsgrundlage, nachdem eine Million Unterschriften gesammelt wurde, könnte nicht nur die Kommission, sondern die gesamte Europäische Union in einem sehr ungünstigen Licht erscheinen lassen.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D). – (LT) Der Vertrag von Lissabon sieht eine verstärkte Rolle der Zivilgesellschaft in den europäischen Institutionen vor und die Möglichkeit für europäische Bürgerinnen und Bürger, Vorschläge für Rechtsakte zu initiieren. Das Initiativrecht der Bürger würde nicht weniger als einer Million Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit geben, die Europäische Kommission zu Gesetzesinitiativen in einem bestimmten Bereich aufzufordern.

Es ist jedoch sehr schwierig, eine so große Anzahl an Unterschriften von Wählern zu sammeln. Um einen wirksamen Mechanismus für demokratische Mitsprache einzurichten und den Bürgerinnen und Bürgern die Zugänglichkeit dieser Initiative zu gewährleisten, muss es möglich sein, einen Vorschlag im Rahmen eindeutiger Leitlinien und eines vereinfachten und angemessenen Verfahrens einbringen zu können.

Bedauerlicherweise wurde das Initiativrecht der Bürger seit Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon nicht in die Praxis umgesetzt. Es wurde bisher keiner der Aspekte zur Bürgerinitiative erörtert, und es gibt keinen konkreten Maßnahmenplan darüber, wie die Transparenz von Initiativen und demokratische Verantwortung garantiert werden kann, damit Bürgerinnen und Bürger nicht der Vertretung der Interessen von Großunternehmen zum Opfer fallen.

Dabei ist der Dialog mit der Zivilgesellschaft das wichtigste Element des demokratischen europäischen Modells und meines Heimatlands Litauen und einer seiner wichtigsten Grundlagen. Ich fordere daher die Kommission auf, alle Maßnahmen zu ergreifen um sicherzustellen, dass das Initiativrecht der Bürgerinnen und Bürger ordnungsgemäß und schnellstmöglich implementiert wird.

Seán Kelly (PPE). – (GA) Herr Präsident, unsere Kolleginnen und Kollegen haben in diesem Bereich viele interessante Dinge auf den Weg gebracht und waren einstimmig der Meinung, dass dies ein ausgezeichnetes Instrument ist, das wir in die Hände unserer Bürgerinnen und Bürger legen müssen.

Die Bürgerinitiative war ein machtvolles und überzeugendes Argument gegen die Nein-Seite beim irischen Referendum zum Vertrag von Lissabon, vor allem diese behauptete, es würde sich bei dem Vertrag eher um ein Machtstreben der Europäischen Union handeln als einen echten demokratischen Versuch, die Bürgerinnen und Bürger mit einzubeziehen. Es besteht jedoch ein großer Unterschied dazwischen, etwas in einem Vertrag niederzulegen und es in die Praxis umzusetzen, und hierin besteht unsere große Herausforderung.

Auf der einen Seite gibt es die Gefahr – die reelle Gefahr –, dass das Verfahren von maßgeblichen Interessensgruppen und einflussreichen Lobbyisten in Beschlag genommen wird, die problemlos eine Million Unterschriften zusammentragen könnten. Daher sollte der Vorschlag meines Kollegen, Herrn De Rosa, in Bezug auf die Miteinbeziehung des Bürgerbeauftragten vielleicht in Erwägung gezogen werden.

Andererseits bieten sich hierbei für Bürgerinnen und Bürger echte Möglichkeiten. Die von meinem Kollegen, Herrn de Castro auf den Weg gebrachte Initiative, die darin besteht, den Sonntag als einen besonderen Tag zu behandeln und darüber abzustimmen, ob wir am siebten Tag wie unser Schöpfer ruhen oder diesen Tag wie jeden anderen Wochentag behandeln sollten, ist erwägenswert. Es handelt sich hierbei um eine wichtige Überlegung.

Meiner Ansicht nach besteht hier viel Spielraum, und ich freue mich auf die weitere Entwicklung.

Diego López Garrido, amtierender Ratspräsident. – (ES) Herr Präsident, ich möchte meiner großen Zufriedenheit mit der stattgefundenen Aussprache Ausdruck verleihen. Dies war zudem eine Aussprache, die ausgehend vom Parlament speziell zum Thema der Bürgerinitiative abgehalten werden sollte, und meiner Ansicht nach gab es eine Reihe von Beiträgen, in denen absolut einmütig unterstützt wurde, dass dies eine Priorität des spanischen EU-Ratsvorsitzes darstellen sollte. Außerdem sprach man sich für eine schnelle Umsetzung aus.

In dieser Hinsicht wurde von Ihnen allen auch mit großer Zufriedenheit begrüßt, dass Herr Šefčovič die Präsentation des Textes der Verordnung am 31. März ankündigte. Ich möchte noch einmal der Kommission für die Schnelligkeit, das Interesse und die Begeisterung danken, mit der sie diese Angelegenheit behandelt hat, und für die Tatsache, dass wir daher ab sofort mit dem Gesetzgebungsverfahren beginnen können. Ich hoffe, dass wir dies baldmöglichst mit der Durchführung dieser Gesetzgebungsinitiative zum Abschluss bringen können, die fast jeder der Redner für notwendig, dringend und unerlässlich hält.

Dies kann zudem als Unterstützung seitens aller parlamentarischen Fraktionen und aller Abgeordneten gewertet werden, wozu auch diejenigen gehören, die wie Herr Kamall in seiner ausgezeichneten Rede für die vom Volke ausgehende Gesetzgebungsinitiative eintreten, da sie in seinen Augen die Europäische Union schwächen wird.

Herr Kamall ist heute nicht hier... Ich bedauere, dass er nicht anwesend ist und dass ich schlechte Nachrichten für ihn habe, die ihn entmutigen werden, nämlich dass diese Initiative die Europäische Union stärken und in keiner Weise schwächen wird. Sie wird die Union stärken, weil es sich hierbei um eine Initiative handelt, die kurz gefasst die zwei grundlegenden Konzepte der Europäischen Union festigen wird: die Demokratie und das Bürgerrecht. Dies sind die zwei wichtigsten politischen Grundpfeiler der Europäischen Union: Die Demokratie und das Bürgerrecht.

Mit der Initiative wird bis zu einem gewissen Grad versucht, das Paradox, vor dem wir stehen, aufzuheben, nämlich einer Europäischen Union, die zunehmend mächtiger wird, wozu das Parlament als Beweis steht, die zunehmend an Einfluss gewinnt und immer stärker in das Leben der Bürger eingreift. Trotzdem ist die Europäische Union von der in jedem Land geführten Debatte ausgeschlossen.

Dieses Paradox beeinträchtigt die Demokratie selbst. Die Bürgerinitiative wird, wie Herr Méndez de Vigo ausführte, zu einer Ausweitung einer Reihe von Debatten führen, die für Europa von Wichtigkeit und deren Themen europäisch und nicht lokal sind. Sie wird daher den Kontakt zwischen den Völkern aus verschiedenen Ländern stärken und ist somit eindeutig europäisch. Sie ist zweifellos ein Weg, um die Demokratie und auch das Bürgerrecht oder europäische *Demos*, wie Herr Casini es bezeichnete, zu festigen. Herr Casini ist nebenbei Vorsitzender des Ausschusses für Recht und Bürgerrechte, der sich vorwiegend mit dieser Initiative befassen wird.

Dieses Bürgerrecht, das Herr Jáuregui in seiner Rede als so wichtig darstellte, steht in großem Maße für die Wurzeln der Europäischen Union. Auch Herr Sógor wies daraufhin. Oder Herr Häfner, der es auch erwähnte. Herr Kastler sprach sich auch für die Anwendung dieser Initiative aus. Dies ist eine Aufforderung an die Bürgerinnen und Bürger, weil sich die europäische Bürgeridentität entwickelt, sobald sie in die Praxis umgesetzt wird, nicht einfach nur, wenn ein Recht erworben wird, sondern wenn dieses Recht in die Praxis umgesetzt und ausgeübt wird. Dies ist für meine Begriffe das Wichtige, was sofort mit dem Inkrafttreten der Bürgerinitiative eintreten müsste.

Ich möchte noch einmal der Kommission und dem Parlament meinen Dank aussprechen und bin mir sicher, dass sie sich mit dieser Angelegenheit bis ins Detail, sorgfältig und rasch beschäftigen werden. Herr Iacolino wies auf ein besonders schnelles Verfahren hin, damit wir baldmöglichst über diese Initiative verfügen können, und Frau Băsescu forderte in ihrer Rede auch zu einer beschleunigten Durchführung der Initiative auf.

Maroš Šefčovič, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, ich möchte zunächst Diego für die ausgezeichnete Zusammenfassung der heutigen Aussprache danken. Zudem möchte ich Ihnen allen für Ihre Unterstützung und die mit der Bürgerinitiative verbundenen positiven Erwartungen danken. Seien Sie versichert, dass ich mich darauf freue, Ihnen den Vorschlag so bald wie möglich nach seiner Annahme vorzulegen.

Aufgrund zeitlicher Zwänge und der Tatsache, dass der Vorschlag noch nicht ausgefertigt ist, konnten wir heute nicht auf Detailfragen eingehen. Ich bin jedoch sehr dankbar für Ihre Ansichten und Meinungen, weil sie in allen Punkten die Art und die Qualität der Ansichten und Meinungen widerspiegeln, die wir bei den Vorbereitungen der europäischen Bürgerinitiative gesammelt haben.

Es gibt viele Dinge, in den wir uns alle einig sind. Als erstes ist da eindeutig die Transparenz. Ich kann Ihnen versichern, dass wir nach einer Lösung suchen, bei der die Registrierung der Initiative durch die Kommission garantiert, dass wir die Organisatoren kennen und wissen, wie sie finanziert werden. Wir würden somit einen deutlichen Hinweis erhalten, ob es sich wirklich um eine wichtige Initiative handelt, ob es eine echte Bürgerinitiative und ob es eine echte europäische Initiative ist. Für meine Begriffe müssen all diese Elemente mit einbezogen werden, um dieses neue Instrument nutzbringend und erfolgreich einsetzen zu können.

Wir sind uns alle einig über die Durchführbarkeit. Wir wünschen ein benutzerfreundliches System. Wir möchten ein System schaffen, das den Bürgerinnen und Bürgern nicht das Gefühl vermittelt, beim Sammeln oder der Abgabe ihrer Unterschriften ein sehr mühsames Verfahren durchlaufen zu müssen. Wir prüfen diese Möglichkeiten, und natürlich versuchen wir Wege aufzutun, um moderne IT-Technologie, die so kennzeichnend für unser Jahrhundert ist, einsetzen zu können.

Es existieren natürlich verschiedene Systeme, um die Unterschriften in den Mitgliedstaaten zu prüfen. Eine der eindeutigen Antworten, die wir aus der öffentlichen Anhörung ziehen konnten, war, dass die Bürgerinnen und Bürger bei der Überprüfung und dem Sammeln von Unterschriften eine gewisse Vereinheitlichung vorziehen würden. Zugleich erhielten wir von den Mitgliedstaaten die klare Botschaft, dass wir nach einem System suchen sollten, das für die nationalen Behörden nicht zu mühsam oder zu kompliziert ist, weil es

Aufgabe der Mitgliedstaaten sein dürfte, zu überprüfen, ob die für die Bürgerinitiative gesammelten Unterschriften echt sind.

Ich habe sehr deutlich Ihre Forderungen nach sehr klaren Verfahren für den Fall vernommen, dass eine Initiative erfolgreich und das Sammeln der Unterschriften abgeschlossen ist. Ich möchte Ihnen zusichern, dass dies genau unser Ziel ist. Der Vorschlag wird sehr klare Fristen darüber enthalten, wann, wie und in welchem Zeitrahmen die Kommission reagieren muss, wenn die Bürgerinitiative Erfolg hat.

Da Sie den hier vorgebrachten Meinungen zugehört haben, werden Sie mir zustimmen, dass die schwierigste Frage, die wir anzugehen haben, die Frage nach der Zugänglichkeit ist - wie wir eine Lösung finden können, die Frustration unter den Bürgerinnen und Bürgern ausschließt, wie wir die Werte der EU schützen können und wie wir die Einrichtung der Europäischen Bürgerinitiative auf Dauer seriös und reell gestalten können. Wie ich Ihnen versichern kann, gibt es keine einfachen Antworten auf diese Fragen und auf diese etwas widersprüchlichen Wünsche.

Die Kommission sucht nach einer Möglichkeit, um die europäischen Werte und Menschenrechte von Beginn an zu verfechten. Gleichzeitig wünschen wir einen klaren Beweis dafür, dass die Vorschläge für die Bürgerinitiative echtes Erfolgspotenzial aufweisen.

Wir möchten einen möglichen Missbrauch vermeiden und nicht jede zweite Woche Vorschläge für Initiativen zu unsinnigen Fragestellungen erhalten, zu denen wir im Hinblick auf die Zugänglichkeit die Pflicht hätten, uns zu äußern, und im Weiteren dafür das Gericht einschalten müssten – Initiativen also, die einzig zur Selbstinszenierung der potenziellen Organisatoren für eine negative politische Agenda eingebracht würden. Wir dürfen dies nicht außer Acht lassen. Ich hoffe, dass wir das richtige Gleichgewicht finden werden, um die Prüfung der Zugänglichkeit in angemessenem Verhältnis zu gestalten.

Um kurz auf die Frage des Vizepräsidenten Durant hinsichtlich der Kommunikation mit der Zivilgesellschaft zu antworten, scheint mir die Europäische Bürgerinitiative die beste Antwort zu sein. Wir verfügen über einen sehr gut strukturierten Dialog, der vom Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss organisiert wird, und ich hatte gerade vor zwei Wochen eine sehr ausgedehnte Debatte mit dem Ausschuss. Meiner Ansicht nach finden durch die klugen Gesetzesvorschläge gute Anhörungen in der gesamten Öffentlichkeit statt. Wir werden dies ausdehnen und in Zukunft sogar noch öfter davon Gebrauch machen.

Mit Blick auf die Uhr möchte ich abschließend sagen, dass ich mich sehr darauf freue, bald wieder mit einem Vorschlag zurückzukehren. Ich freue mich auf unsere gemeinsame Diskussion zu diesem Thema, und ich hoffe auf sehr dynamische und schnelle Verfahren, so dass wir dieses sehr wichtige Instrument baldmöglichst genehmigen können.

Der Präsident. – Damit ist die Aussprache geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Rareș-Lucian Niculescu (PPE), schriftlich. – (RO) Das neue rechtliche Rahmenwerk zur europäischen Bürgerinitiative ist ohne Zweifel begrüßenswert. Es wurde lange darüber nachgedacht, den Bürgerinnen und Bürgern ein solches Instrument zugänglich zu machen. Dagegen teile ich die Gefühle derjenigen, die heute das Wort ergriffen und gefordert haben, dass die Verordnungen, die als Grundlage für die Implementierung der Bürgerinitiative dienen, einfach, zugänglich und leicht nachvollziehbar sein müssen und so wenig bürokratischem Aufwand wie möglich erfordern dürfen. Nur auf diesem Weg kann die Bürgerinitiative tatsächlich zu einem den Europäern eigens zur Verfügung gestellten Instrument werden, das sie nutzen können, um ihrer Stimme Gehör zu verschaffen. Nur auf diesem Weg kann die EU erfolgreich an Bürgernähe und Demokratie gewinnen.

Joanna Senyszyn (S&D), schriftlich. – (PL) Der Vertrag von Lissabon gibt den Bürgerinnen und Bürgern der Europäischen Union das Recht, eine Gesetzgebungsinitiative anzustoßen. Dies ist einer der wichtigsten Schritte bei dem Aufbau einer bürgerlichen Demokratie und der direkten Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger der EU in den Entscheidungsfindungsprozess. Die Europäische Bürgerinitiative kann dazu beitragen, die Kluft zwischen den Institutionen und den Bürgerinnen und Bürgern zu verringern, und sie kann der Entwicklung einer europäischen Zivilgesellschaft förderlich sein. Daher ist eine rasche Annahme einer Verordnung wesentlich, um den Prozess, die Bedingungen und die Verfahren für die Einreichung einer solchen Initiative zu regeln. Die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union erwarten dies mit Ungeduld.

Die Europäische Bürgerinitiative bezieht sich vorwiegend auf eine größere Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger bei der Schaffung des europäischen Rechts. Aus diesem Grund möchte ich auf das Thema der digitalen

Unterschriften für die Bürgerinitiative als einen zusätzlichen Kanal hinweisen, um das Interesse an der europäischen Politik zu steigern. Da wir bereits über das Internet wählen und Bankgeschäfte online tätigen können, sind wir sicherlich in der Lage, ein Sicherheitssystem zu entwickeln, mit dem die digitalen Unterschriften identifiziert werden könnten.

Die Transparenz der Verfahren ist ebenfalls wichtig. Die Organisatoren von Initiativen müssen öffentlich für die Transparenz hinsichtlich der Finanzierung der Kampagne zur Sammlung von Unterschriften verantwortlich sein. Selbst die Festlegung von eindeutigen Kriterien für den Verlauf einer solchen Kampagne kann keinen Schutz gegen einen möglichen Missbrauch dieses Instruments durch Euroskeptiker gewähren, für die das Sammeln von einer Million Unterschriften unter Einsatz erheblicher finanzieller Mittel nicht unbedingt ein großes Problem darstellt, wie die letzte Wahlkampagne zum Europäischen Parlament gezeigt hat. Eine Lösung könnte darin bestehen, Initiatoren zur Einrichtung einer Website zu verpflichten, die Finanzinformationen wie Einkommensquellen, Ausgaben und Finanzberichte enthält.

Jarosław Leszek Wałęsa (PPE), schriftlich. – (PL) Die heutige Aussprache ist ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Festlegung der endgültigen Form der Europäischen Bürgerinitiative. Der Gedanke, ein Instrument zu schaffen, durch das die Bürgerinnen und Bürger stärker am demokratischen Leben in der Union teilnehmen können, kam viel früher, im Jahr 2005 zur Sprache, nach den gescheiterten Referenden zur Verfassung in Frankreich und in den Niederlanden. Die Wahlergebnisse spiegelten einen erheblichen Mangel an Kommunikation zwischen der Europäischen Union und ihren Bürgerinnen und Bürgern wider. Sogar die kürzlich veröffentlichten Ergebnisse der sozialen Aussprachen, die auf das Grünbuch zur Europäischen Bürgerinitiative zurückgehen, sind Abbild des geringen Interesses seitens der einzelnen Bürger. Die Kommission erhielt lediglich 159 Antworten von Privatpersonen.

Die Bürgerinitiative gibt uns die Möglichkeit, diese Situation zu verändern und unseren Bürgerinnen und Bürgern eine stärkere Stimme zu verleihen, indem ihnen das Recht eingeräumt wird, die Kommission direkt zur Einbringung neuer politischer Initiativen aufzufordern. Um zu gewährleisten, dass die Initiative nicht ein Instrument in einem politischen Spiel wird, müssen wir an unsere Bürgerinnen und Bürger keine zu strengen Anforderungen stellen. Es muss jedoch sichergestellt sein, dass Garantien gegen Missbrauch gegeben sind. Es ist wichtig, dass die Europäische Bürgerinitiative ein echtes supranationales Instrument ist, das bürgerfreundlich und einfach zu nutzen ist. Es sollte einfach, nachvollziehbar und einfach zugänglich sein. Wenn der Entwurf für eine Initiative nicht die Formvorschriften erfüllt, sollte der darin enthaltene Gedanke bestehen bleiben und in Form einer Petition eingereicht werden. Auf diesem Weg werden die in die Vorbereitung eingebrachte Arbeit und der Einsatz nicht vergeudet. Wird diesen Bedingungen entsprochen, werden die Europäer zum ersten Mal in der Geschichte unseres integrierten Europas einen echten und direkten Einfluss auf die Schaffung der europäischen Politik haben.

14. Lage in Tibet (Aussprache)

Der Präsident. – Der nächste Tagesordnungspunkt ist die Stellungnahme der Kommission zur Lage in Tibet.

Laima Liucija Andrikiienė (PPE). – Herr Präsident, wie ich sehe hat der spanische EU-Ratsvorsitz den Sitzungssaal verlassen. Ich möchte daher meiner tiefen Enttäuschung darüber Ausdruck verleihen, dass weder der spanische Ratsvorsitz, noch die Hohe Vertreterin während dieser Erörterung anwesend sind und ihre Plätze leer bleiben werden.

Dies ist ein unwürdiges Vorgehen gegen das Europäische Parlament, das als einziges Gemeinschaftsorgan von den Völkern in Europa gewählt wird, und schafft einen sehr nachteiligen Präzedenzfall, vor allem weil der Vertrag von Lissabon in Kraft ist.

Darf ich Sie auffordern, Herr Präsident, denjenigen, die abwesend sein werden, mitzuteilen, dass die Agenda für die Plenarsitzungen vom Parlament, und nicht etwa vom Rat oder vom spanischen EU-Ratsvorsitz entschieden wird, und dass zumindest einer von ihnen heute hier hätte anwesend sein sollen.

Der Präsident. – Ich war darüber informiert, dass der spanische Ratsvorsitz bereits früher, vor einem Monat, angekündigt hatte, dass er zu seinem größten Bedauern nicht über diesen Zeitrahmen hinaus anwesend sein kann.

Maroš Šefčovič, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, ich möchte dem Parlament dafür danken, dieses Thema heute zur Debatte gestellt zu haben, weil ich denke, dass es einer Diskussion wert ist und wir mit der Feststellung der Tatsache beginnen sollten, dass in unseren Beziehungen zu China, die wir als sehr wichtig

und strategisch erachten, in den vergangenen Jahren enorme Fortschritte gemacht wurden. Aufbauend auf eine so starke strategische Partnerschaft können und sollten wir definitiv in der Lage sein, alle Themenbereiche, auch die sensibelsten, angehen zu können.

Wir haben ein beeindruckendes Rahmenwerk für einen Austausch auf hohem Niveau aufgebaut, in dem wir regelmäßig die weltweiten Herausforderungen ansprechen, mit denen unsere Bürgerinnen und Bürger konfrontiert sind, ohne dabei die Fragestellungen außer Acht zu lassen, bei denen Meinungsunterschiede bestehen können. Und Tibet gehört definitiv dazu.

Natürlich existieren weiterhin Differenzen mit China zum Thema Tibet. Wir sind sehr über die Menschenrechtssituation in Tibet besorgt und insbesondere darüber, dass Tibet weiterhin nur sehr schwierig für internationale Medien, Diplomaten und Menschenrechtsorganisationen zugänglich ist und auch über die fehlenden Fortschritte bei den Gesprächen, die zwischen den Vertretern des Dalai Lama und den chinesischen Behörden geführt werden.

Die Haltung der EU lässt keinen Raum für Fehlinterpretationen. Daher möchte ich verstärkt auf Folgendes hinweisen: Die EU erkennt die Souveränität und territoriale Integrität von China, einschließlich Tibet, an. Wir respektieren die „Ein-China-Politik“.

Wir haben uns jedoch immer für eine friedliche Versöhnung durch den Dialog zwischen den chinesischen Behörden und den Vertretern des Dalai Lama ausgesprochen. Dieser Dialog muss konstruktiv und inhaltsreich sein und auf alle Kernfragen wie den Erhalt der einzigartigen Kultur, Religion und Tradition Tibets sowie auf die Erfordernis für ein System eingehen, das Tibet eine bedeutende Autonomie in der chinesischen Verfassung einräumt.

Der Dialog sollte auch die Teilnahme aller Tibeter an der Entscheidungsfindung zum Gegenstand haben. Für die EU ist Tibet ein Menschenrechtsproblem. Wir haben unseren chinesischen Amtskollegen diese Botschaft unablässig übermittelt und uns eingehend ihre Ansichten angehört. Und wir unternehmen jegliche Bemühungen, um ihre Haltung im Geiste eines gegenseitigen Respekts zu verstehen.

Menschenrechte haben jedoch universelle Gültigkeit, und die Situation in Tibet bietet der internationalen Gemeinschaft einen legitimen Anlass zur Besorgnis. Diesen Punkt bringen wir regelmäßig gegenüber unseren chinesischen Ansprechpartnern vor.

Im Sino-Tibetischen-Dialog hat die tibetische Seite vor Kurzem ein aktualisiertes Memorandum zur echten Autonomie für die Zukunft von Tibet eingebracht. Wir begrüßen, dass die tibetische Seite ihre feste Verpflichtung wiederholt hat, nicht nach Trennung oder Unabhängigkeit zu streben.

Wir freuen uns auch darüber, dass der Dalai Lama weiterhin dem Ansatz des Mittelwegs und des Dialogs als einzigem Mittel verschrieben bleibt, um eine für beide Seiten akzeptable und dauerhafte Lösung zu erzielen.

Die EU begrüßt die Tatsache, dass beide Seiten weiterhin an ihren Gesprächen festhalten, auch wenn wir mit Bedauern den Mangel an Ergebnissen und den Mangel an Dynamik feststellen müssen.

Ich möchte mit einem Appell an die Vertreter beider Seiten abschließen, den Dialog unvoreingenommen und im Hinblick auf das Erzielen einer dauerhaften Lösung für Tibet fortzusetzen und zu intensivieren. Von unserer Seite her kann ich die volle Unterstützung der EU für einen solchen Prozess garantieren.

Laima Liucija Andrikiienė, im Namen der PPE-Fraktion.– Herr Präsident, die neunte Runde der Sino-Tibetischen-Gespräche hat zu keinen konkreten Ergebnissen geführt und die Situation der tibetischen Bevölkerung nicht grundlegend verbessert. Wir bedauern, dass sich die EU nicht vor Ende der Gespräche geäußert hat, und hoffen darauf, dass die Europäische Union eine Stellungnahme zur Evaluierung des Ausgangs der Gespräche abgeben wird. Das Europäische Parlament möchte wissen, auf welche Art der Rat der EU dazu beitragen kann, eine für beide Seiten annehmbare Lösung zur tibetischen Frage zu schaffen und die grundlegenden Menschenrechte und eine echte Autonomie für die Tibeter zu gewährleisten.

Zweitens möchte ich Sie daran erinnern, dass das Europäische Parlament es für äußerst wichtig hält, dass die Europäische Kommission die Entwicklung und Projekte der Zivilgesellschaft zugunsten der tibetischen Bevölkerung in Tibet und von tibetischen Flüchtlingen im Exil – in Indien, Nepal, Bhutan – in den wirtschaftlichen und sozialen Bereichen wie Gesundheit und Ernährung, Lebensgrundlagen und Bildung, Zugang zu Beschäftigung, Gleichstellung von Frauen und Männern, Umwelt und Sanierung von Wohnsiedlungen unterstützt. Zu diesem letzten Punkt werden in dem tibetischen Sanierungsplan für Flüchtlingssiedlungen, der von der tibetischen Zentralverwaltung in Dharamsala entworfen wurde, die

Bedürfnisse der tibetischen Gemeinschaft aufgezeigt und könnten von der Europäischen Kommission berücksichtigt und unterstützt werden.

Präsident Obama ist kürzlich mit dem Dalai Lama im Weißen Haus zusammengetroffen. Wir freuen uns darauf, wenn Baroness Ashton den Dalai Lama zu einem Treffen nach Brüssel einlädt. Dies würde eine Gelegenheit sein, um die Koordinierung einzelstaatlicher Positionen zu Tibet einzuleiten und eine einheitliche und deutliche Haltung und Strategie der EU in dieser Frage festzulegen. Die Ernennung eines speziellen EU-Koordinators für Tibet, die im EU-Haushaltsplan vorgesehen ist, könnte ein nützliches Instrument darstellen, um eine gemeinsame europäische Haltung und Strategie zu Tibet zu bestimmen.

María Muñoz De Urquiza, im Namen der S&D-Fraktion. – (ES) Herr Präsident, vor zwei Jahren fanden die Geschehnisse, der Aufstand, in Tibet statt, und wir hoffen, dass sich nach den Demonstrationen zu diesem Jahrestag die Angriffe, Verhaftungen und Todesfälle von vor zwei Jahren nicht wiederholen werden.

Jedenfalls ist die Rechtzeitigkeit dieser Aussprache sehr fraglich, weil das Parlament sich zum Thema China in den vergangenen Monaten zu verschiedenen Anlässen geäußert hat und vor allem weil China international ein wichtiger Akteur ist, dessen Beziehungen zur Europäischen Union weit über die Tibet-Frage hinausreichen. Obwohl das Thema Menschenrechte sehr wichtig ist, hat das Parlament nur zu Tibet Stellung genommen, nicht jedoch zu den Menschenrechten. In dieser Aussprache ist unsere Position, die Position der Sozialisten, in jedem Fall sehr klar: Wir vertreten genau die gleiche Meinung wie die Europäische Union. Das heißt, wir verteidigen die Menschenrechte und setzen uns für Dialog, Treffen und Vereinbarungen ein. In dieser Hinsicht befürworten und begrüßen wir die Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen den chinesischen Behörden und den Vertretern Tibets. Wir fordern eine für beide Seiten annehmbare Lösung, die im Rahmen der territorialen Integrität der staatlichen Einheit von China auf der Achtung der religiösen und kulturellen Rechte von Minderheiten gründet.

Ich bedauere die Tatsache sehr, dass der Vizepräsident der Kommission und die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, die dem Rat für Auswärtige Angelegenheiten vorsitzt und Aussprachen zur Außenpolitik beiwohnen sollte, nicht anwesend sind.

Des Weiteren ist es äußerst unfair, zu kritisieren, dass der spanische Ratsvorsitz nicht bei dieser Aussprache anwesend ist, weil der spanische Ratsvorsitz unermüdlich ist. Die Anwesenheit von Herrn López Garrido in diesem Haus, der sich zu fast allen Themen äußert, ist eine fast übermenschliche Leistung.

Wir haben uns selbst eine Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik gegeben, die den Vorsitz führt über die Positionen von Ministern in Bezug auf auswärtige Angelegenheiten, und sie sollte diese Themenbereiche mit dem Parlament erörtern.

Niccolò Rinaldi, im Namen der ALDE-Fraktion. – (IT) Herr Präsident, Herr Kommissar, meine Damen und Herren, es scheint klar zu sein, dass China keinerlei Absichten hat, über Tibet zu verhandeln oder diesbezüglich einen Dialog aufzunehmen.

Chinas Teilnahme am internationalen Handel, die Olympischen Spiele und die letzten Umschichtungen der Führungsspitze in Peking haben keine wesentlichen politischen Veränderungen herbeigeführt. In der Zwischenzeit geht der Kampf David gegen Goliath weiter, wobei China insbesondere das demografische Gleichgewicht in Tibet verändert, was große Sorge bereitet, und gegebenenfalls sogar, wie vor zwei Jahren, militärischen Druck ausübt.

Insbesondere geht unserer Ansicht nach etwas verloren, das Teil des Erbes der Menschheit ist, nämlich die tibetische Kultur und Spiritualität. Anscheinend ist die kommunistische Partei Chinas wenig vertraut mit Spiritualität und kultureller Identität. Wenn wir also etwas akzeptieren, das als kultureller Genozid in Tibet bezeichnet werden könnte, müssen wir uns darauf gefasst machen, in Zukunft noch viele weitere Episoden dieser Art akzeptieren zu müssen.

Wir dürfen nicht aufgeben. Unsere erste und wichtigste Forderung an die Chinesen besteht darin, die tibetische Kultur so zu akzeptieren, wie sie ist. Sie haben die spezielle Eigenart von Hongkong als einem Land akzeptiert, das über zwei Systeme verfügt. Sie sollten daher auch akzeptieren, ein Land mit drei Systemen zu sein. Chinas Schultern sind für diese Möglichkeit breit genug.

Wir fordern die europäischen Institutionen, von Baroness Ashton bis zum Rat auf, die europäischen Bürgerinnen und Bürger nicht zu enttäuschen, die ihre Sympathie für die tibetische Sache auf vielerlei Weise zum Ausdruck gebracht haben. Wir unterstützen zudem, zusammen mit Frau Andriksen, die Ernennung eines Koordinators für Tibet.

Die ist ein Kampf für Freiheit, der daher die Identität unseres Kontinents betrifft. Wenn es darum geht, das Waffenembargo gegen China zu verlängern, sollten wir dieses Thema meiner Ansicht nach auch berücksichtigen.

Heidi Hautala (Verts/ALE). – (FI) Herr Präsident, auch ich verurteile auf das Schärfste, dass der spanische Ratsvorsitz dieses Haus verlassen hat. Sie haben nicht einmal angehört, was Frau Andriksen zu sagen hatte. Sie hat den Rat aufgefordert, den Mut zu haben, während dieser Aussprache anwesend zu sein und zur tibetischen Frage Stellung zu nehmen.

Herr Präsident, Sie haben einen Fehler gemacht: Sie haben gesagt, dass der spanische Ratsvorsitz angegeben hat, dass er bis 18.50 Uhr anwesend sein könnte. Das ist nicht wahr. Ursprünglich hatte er gesagt, er würde um 17.00 Uhr gehen, aber er war anscheinend jedoch in der Lage, fast zwei Stunden länger hier zu bleiben, als die Bürgerinitiative erörtert wurde.

Dies darf sich nicht wiederholen. Ich gehe davon aus, dass die Kommission und deren Vizepräsidentin Baroness Ashton aufrichtig sind und tun werden, was sie gerade gesagt haben. Unsere Beziehungen zu China sind nämlich so bedeutend, dass wir auch in der Lage sein sollten, schwierige Themen wie die tibetische Frage zu erörtern.

Meiner Überzeugung nach ist genau jetzt der richtige Zeitpunkt, um die Unterstützung der Europäischen Union für Tibet zu erneuern. Wir müssen etwas dagegen tun, dass die neuen Verhandlungsrunden zwischen China und der tibetischen Exilregierung nicht zu einem Ergebnis geführt haben, und ich stimme hierbei völlig mit Herrn Rinaldi überein. Wie es scheint, erwartet China nichts von den Gesprächen. China möchte weiterhin die kulturellen, religiösen und sprachlichen Rechte Tibets verletzen. Einen kulturellen Genozid dieser Art können wir nicht akzeptieren.

Vor einem Monat fuhr ich nach Dharamsala und traf den Dalai Lama. Ich sprach eine Stunde lang mit ihm, kurz bevor er in die Vereinigten Staaten flog, um sich mit Präsident Obama zu treffen. Ich war überzeugt davon, dass ich im Parlament den Vorschlag zur einer Erörterung der Lage in Tibet einbringen musste.

Der Dalai Lama ist eine ruhige, friedliche Person, und es ist nicht richtig von China, ihn kontinuierlich als einen gefährlichen Separatisten und den Verursacher der Unruhen und Krawalle darzustellen, die wir vor zwei Jahren in Tibet beobachten mussten. Ganz im Gegenteil führte der Dalai Lama aus, dass er chinesischen Vertretern angeboten hat, die Unterlagen in den Archiven seiner Exilregierung zu prüfen, um sicher davon ausgehen zu können, dass er keine Gewalt geschürt hat. Trotzdem wird an den Behauptungen festgehalten.

Ich fordere die Europäische Union auf, diese Äußerungen zu verurteilen und die Angelegenheit mit China zu erörtern. Wenn die Europäische Union nicht stark genug ist, sich für Tibet einzusetzen, werden dies auch nicht viele andere tun. Wir sollten uns das Verhalten von Präsident Obama zum Vorbild nehmen: Er war mutig genug, den Dalai Lama zu empfangen. Meiner Ansicht nach wäre es eine völlig normale Geste, wenn die Hohe Vertreterin der Europäischen Union etwas ähnliches tun würde, wie bereits in diesem Hause vorgeschlagen wurde.

Wir müssen diese Angelegenheit auch weiterhin im Europäischen Parlament erörtern. Es wurde außerdem auf die Tatsache Bezug genommen, dass wir einen Sonderbeauftragten für Tibet benötigen. Wir haben viele verschiedene Sonderbeauftragte. Warum können wir nicht auch einen Sonderbeauftragten für Tibet haben, für den sogar Mittel im diesjährigen Haushaltsplan eingeplant sind? Es ist völlig unhaltbar, dass der Rat dieser Aussprache nicht beigewohnt hat. Der Rat ist feige und hat nicht den Mut, sich diesem Problem, bei dem es sich um eine Frage der Verteidigung der Menschenrechte handelt, zu stellen.

Charles Tannock, im Namen der ECR-Fraktion. – Herr Präsident, das Schicksal des tibetischen Volks und die beeindruckende buddhistische Kultur beschäftigt vor allem diejenigen in diesem Plenum, die an die Menschenrechte glauben.

Seit dem Einmarsch der kommunistischen Kräfte der Volksrepublik China vor 61 Jahren sind die Tibeter einer systematischen Unterdrückung ihrer einzigartigen Lebensweise ausgesetzt. Die Massenmigration von Han Chinesen und der Bau einer hochgelegenen Eisenbahnstrecke in Lhasa haben den Einfluss Pekings in Tibet weiter gefestigt.

In der Zwischenzeit führt der Dalai Lama von seinem Exil in Indien aus seine friedvolle Kampagne weiter, um auf die Lage, in der sich sein Volk befindet, hinzuweisen. Die Dschihadkämpfer der Uiguren haben die jüngsten Unruhen in Tibet ebenfalls genutzt, um ihre eigene Gewalt gegen die chinesische Regierung zu schüren.

Tibet sollte die höchstmögliche Autonomie zugestanden werden, und wir wissen, dass dies unter dem Mantra „Ein Land, zwei Systeme“ möglich ist, das nicht nur auf Hongkong, sondern auch auf Macao angewandt wird. Warum also dann nicht auch auf Tibet?

Peking wird unsere Befürchtungen in diesem Parlament zweifellos als ungerechtfertigten Eingriff in die inneren Angelegenheiten des Landes abtun. Ein neues und entspannteres Vorgehen der Volksrepublik China in Bezug auf Tibet könnte sich für dessen innere Sicherheit sowie für das externe Image Chinas in der Welt auszahlen.

Ich möchte mich auch denjenigen anschließen, die heute zutiefst die Tatsache bedauern, dass weder der Rat noch der rotierende spanische Ratsvorsitz oder die Hohe Vertreterin für Auswärtige Angelegenheiten anwesend sind.

Oreste Rossi, *im Namen der EFD-Fraktion.* – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich war zutiefst über die Worte von Kommissar Šefčovič erstaunt, als er sagte, dass wir die territoriale Integrität Chinas respektieren. Dies ist eine schwerwiegende Angelegenheit, denn es bedeutet, dass die Kommission Chinas Recht auf die Besetzung Tibets anerkennt.

Während das tibetische Volk weiter bedroht wird, hat der Dalai Lama in seinem Memorandum 2008 und den diesbezüglichen Anmerkungen dazu in diesem Jahr sein Engagement bestätigt, nicht die Trennung und Unabhängigkeit Tibets zu suchen, sondern eine effektive Autonomie für das tibetische Volk im Rahmen der Verfassung der Volksrepublik China: eine Kompromisspolitik zum gegenseitigen Nutzen, deren Ziel darin besteht, die Kultur Tibets, die auf Mitgefühl und Gewaltlosigkeit gründet, zu erhalten.

Das tibetische Volk erwartet Antworten von der chinesischen Regierung, wie beispielsweise Gespräche mit den Vertretern des Dalai Lama und der Annahme des Gesuchs des Hochkommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte, eine Delegation auszusenden, um die grausame Wirklichkeit aufzudecken.

Das Europäische Parlament sollte auch der tibetischen Gemeinschaft Gehör schenken. Durch die Stärkung nationaler Synergien könnte es versuchen, ein europäisches Koordinationsnetzwerk für das tibetische Volk einzurichten, das ohne harte Maßnahmen seitens der internationalen Gemeinschaft in der Gefahr steht, ausgelöscht zu werden.

VORSITZ: SILVANA KOCH-MEHRIN

Vizepräsidentin

Edward McMillan-Scott (NI). – Frau Präsidentin! Tibet ist ein schönes Land und das tibetische Volk ist strenggläubig, geduldig und es wird unterdrückt. Es gehört zu den wahrscheinlich am meisten durch die Chinesen unterdrückten Völkern der gesamten Region. Ich denke, dass sich in der Aussprache heute Abend ein außergewöhnlicher Konsens im Parlament offenbart hat, zum Beispiel in Bezug auf die Ernennung eines Sonderkoordinators für Tibet durch die EU.

Die jüngsten Ereignisse zwingen uns in diesem Parlament dazu, einige Entscheidungen zu fällen. Diese Woche hat Google China verlassen. In China bestehen immer noch Probleme in Bezug auf die Menschenrechte, etwa im Zusammenhang mit dem Verschwinden des christlichen Menschenrechtsanwalts Gao Zhisheng.

All diese Tatsachen unterstreichen das Maß der Aufmerksamkeit, die wir China und Tibet schenken müssen. Ich möchte außerdem anmerken, dass im Hinblick auf die Weltausstellung, die im Mai in Shanghai eröffnet wird, alle Unternehmer, die in China tätig sind, das Global Compact der Vereinten Nationen, dem sich schon 4000 Unterzeichner angeschlossen haben, berücksichtigen sollten.

Schließlich möchte ich noch sagen, dass, falls die EU keinen Sonderkoordinator ernennen sollte, das Parlament einen Berichterstatter für Tibet ernennen sollte.

Filip Kaczmarek (PPE). – (PL) Frau Präsidentin! Das Thema Tibet und die Tibeter ist leider weiterhin ein wichtiges Problem. Die Situation ist zwar nicht so schlimm wie vor zwei Jahren, als der Jahrestag des tibetischen Aufstands von brutaler Verfolgung, Morden und Folterungen begleitet wurde. Andererseits können wir nicht sagen, dass die Situation gut ist. Vor einigen Tagen wurden Schüler festgenommen, die in Gansu und Kanlho versucht haben, den Jahrestag des Aufstands zu feiern. Den Tibetern ist es verboten, etwas für die Rettung ihrer eigenen Kultur, Identität und Religion zu tun.

Die chinesischen Behörden behaupten, dass der Dalai Lama eine Privatperson ist. Dies erinnert mich an die Anstrengungen der polnischen Kommunisten, die vor 25 Jahren das Gleiche über Lech Wałęsa gesagt haben. Ich hoffe, dass der Kampf der Tibeter mit dem gleichen Erfolg enden wird wie der Kampf der Polen, und dass die Wahrheit auch dieses Mal siegen wird. Heute beginnt das 21. Treffen der tibetischen Arbeitsgruppe für chinesisch-tibetische Verhandlungen in Dharamsala. Es handelt sich hierbei um eine Einrichtung, die unter Aufsicht der tibetischen Exilregierung tätig ist, und die in diesem Dialog helfen soll.

Ich denke, dass auch die Europäische Union etwas dafür tun sollte, um einen echten Dialog sicherzustellen. Manchmal beschwerten wir uns, dass nicht viel getan werden kann, aber in diesem Fall können wir konkrete Maßnahmen einleiten, von denen heute bereits die Rede war. Deswegen ist die Abwesenheit des Rates von so großer Bedeutung. Unsere Appelle sind an den Rat gerichtet, der die Sonderkoordinatoren ernennt. Ich schließe mich diesem Appell ebenfalls an, da es sich um eine Forderung handelt, die schon oft in den Entschlüssen des Europäischen Parlaments zu Tibet zum Ausdruck gekommen ist: die Forderung, einen Sonderkoordinator zu ernennen, der echten Einfluss auf den Dialog zwischen den Tibetern und den Chinesen haben wird.

Ich möchte noch etwas sagen: Ich kann nicht verstehen, wie es sein kann, dass China 2014 noch einmal Gastgeber der olympischen Spiele sein wird – diesmal sind es die Olympischen Spiele der Jugend – obwohl wir nicht in der Lage waren, China dazu zu zwingen, Fortschritte auf dem Gebiet der Menschenrechte zu machen. Das ist wirklich traurig.

Csaba Sándor Tabajdi (S&D). – (HU) Frau Präsidentin! Ich bin überzeugt, dass unser Bild von den Prozessen in Tibet stark vereinfacht ist. Das Gebiet durchläuft einen Prozess der Modernisierung, gleichzeitig ist jedoch die geäußerte Kritik gerechtfertigt. Es ist klar, dass die einzige dauerhafte Lösung eine Autonomie wäre, eine erweiterte, echte Autonomie. Wie ich während des Besuchs der Delegation des Europäischen Parlaments in Peking hervorgehoben habe, könnte diese Autonomie analog zum Ansatz „ein Land, zwei Gesellschaftssysteme“ nach dem Grundsatz „ein Land, zwei religiöse Systeme“ entwickelt werden.

Es reicht nicht aus, Kritik zu formulieren. China wäre offen für Dialog, offen für einen offiziellen Vertreter der Europäischen Union, sei es Romano Prodi oder Benita Ferrero-Waldner oder Margot Wallström, der als ein Vermittler zwischen dem Dalai Lama und der Peking-Führung fungieren würde. Es wäre gut, wenn die Kommission, Frau Catherine Ashton und der Rat darüber nachdenken würden. Wir sprechen zwar über die Beziehungen zu China, aber, meine Kolleginnen und Kollegen Abgeordneten, ist Ihnen klar, dass der Europäische Rat im Verlauf seiner ganzen Geschichte die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und China nie auf die Tagesordnung gesetzt hat? Und es wurde auch nie im Außenministerrat diskutiert. Wenn wir also Erfolg haben wollen, reicht es nicht aus, zum Thema Tibet Kritik zu üben. Wir brauchen außerdem ein Konzept und Vermittlung.

Ryszard Czarnecki (ECR). – (PL) Frau Präsidentin, ich finde es sehr bedauerlich, dass diese wichtige und notwendige Aussprache in der bedeutenden Abwesenheit oder auch in der unbedeutenden Abwesenheit von Frau Ashton stattfindet. Gerade sie sollte heute hier sein und sollte nicht nur an theatralischen Darbietungen teilnehmen, wie sie es gestern getan hat, als sie zu den Mitgliedern von sechs Ausschüssen über ihre Pläne in Bezug auf den Europäischen Auswärtigen Dienst gesprochen hat. Tibet ist schließlich auch eine wichtige Herausforderung. Wir können zwar geteilter Meinung über Tibet sein, aber Frau Ashton sollte wirklich hier sein.

Meiner Meinung nach zeigt dies, dass die Europäische Union ihre Hände in Unschuld waschen will, weil es auf diese Weise einfacher ist, weil tatsächlich viele Mitgliedstaaten, deren Repräsentanten in diesem Parlament sitzen, es vorziehen, Geschäfte mit Peking zu machen, und es wäre unbequem für sie, ihre Meinung kundzutun oder über China zu sprechen. Heute ist Frau Ashton wie Pontius Pilatus, der seine Hände in Unschuld gewaschen hat. Das ist peinlich.

Andreas Mölzer (NI). – Frau Präsidentin! In letzter Zeit hören wir immer wieder von schweren Menschenrechtsverletzungen in Tibet, von Folter, willkürlichen Festnahmen, Inhaftierungen ohne Prozess.

Wenn da anlässlich der 50-Jahr-Feier der chinesischen Herrschaft in Tibet von einer Befreiung der Himalaya-Region gesprochen wurde, ist das schon ein starkes Stück. Es zeigt einmal mehr, dass Geschichte von den Siegern geschrieben wird und dass man bei der Rechtfertigung von Kriegsakten immer wieder sehr erfinderisch ist. Eine Kunst, die übrigens auch im Irak und in Afghanistan angewandt wurde und bei der die USA auch bei einigen EU-Mitgliedstaaten Unterstützung gefunden hat.

Nichtsdestotrotz gilt es meines Erachtens, die Bemühungen für bessere Lebensbedingungen der unterdrückten Minderheiten wie Tibeter, Uiguren und Mongolen fortzusetzen. Minderheitenrechte auf rein folkloristische Darbietungen für ausländische Touristen zu reduzieren, reicht nicht.

Dass China in den vergangenen Jahren ca. 15 Milliarden Euro in die Entwicklung der Region gesteckt hat und sich im Vorfeld der Olympischen Spiele 2008 auch zu Gesprächen bereit erklärte, zeigt meines Erachtens, dass internationaler Druck durchaus fruchten kann.

Cristian Dan Preda (PPE). – (RO) Herr Kaczmarek hat zuvor über die Proteste 2008 gesprochen.

Zwei Jahre sind seitdem vergangen und wir wissen nicht einmal wie viele Menschen inhaftiert wurden, wie viele festgenommen worden sind und wie viele vielleicht anschließend frei gelassen worden sind.

Aber wir wissen, was diese Menschen getan haben: Sie haben an einer friedlichen Demonstration teilgenommen, haben tibetische Fahnen geschwenkt oder Flugblätter verteilt.

Es ist schockierend, dass wir zwei Jahre nach diesen Protesten nicht genau wissen, wie viele von diesen Menschen an der Aktion beteiligt gewesen und von der Kommunistischen Partei bestraft worden sind. Ich bin in der Tat besorgt über die Einmischung der chinesischen Kommunistischen Partei in die unabhängige Tätigkeit des Justizwesens durch die Forderung der Festnahme von bestimmten Personen und von schnellen Verurteilungen. Die nationale Sicherheit kann nicht als Vorwand für die Abschaffung von grundlegenden Bürgerrechten benutzt werden.

Ich möchte an dieser Stelle die Notwendigkeit betonen, einen gemeinsamen europäischen Standpunkt zu den Menschenrechten und zum Schutz von Minderheiten in China zu verabschieden.

Wir wissen, was passiert, wenn es uns nicht gelingt, solch einen Standpunkt zu verabschieden. Wir haben es in der Vergangenheit gesehen, als die kommunistischen Führer Chinas versucht haben, einzelne Mitgliedstaaten der EU einzuschüchtern.

Zum Schluss möchte ich noch einmal meine Position, die ich während der Plenarsitzung im Januar vertreten habe, wiederholen, die besagt, dass der Menschenrechtsdialog ein Instrument ist, das sich als unwirksam und unzulänglich erwiesen hat. Ich denke, dass diese Frage auf Gipfeltreffen behandelt werden muss. Tatsächlich hat Catherine Ashton auf dem gestrigen Treffen im Rahmen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten eingestanden, dass der auf den Menschenrechtsdialogen basierende Ansatz überprüft werden muss. Ich stimme mit der Hohen Vertreterin in dieser Beziehung überein.

Marek Henryk Migalski (ECR). – (PL) Frau Präsidentin! Ich kann verstehen, wieso Unternehmen und private Einrichtungen den Profit über die Achtung von Menschen- und Bürgerrechten stellen. Ich kann sogar verstehen, wieso einzelne Länder sich auf diese Weise verhalten, aber ich kann nicht verstehen, wieso die Europäische Union dies tut, weil die Europäische Union auf Werten begründet wurde, die wir heute als europäische Werte bezeichnen.

Und wie sieht die Reaktion der Europäischen Union auf eben die Ereignisse aus, über die wir gerade sprechen? Die Abwesenheit von Frau Ashton – wir haben darüber gesprochen – die Tatsache, dass die Vertreter des Rates exakt in dem Moment den Saal verlassen haben, als wir begannen, über Tibet zu sprechen, und schließlich der erste Redebeitrag des Herrn Kommissars.

Herr Šefčovič! Sie sagten, dass Sie an beide Seiten des Dialogs appellieren. War das ein Witz? Wollen Sie wirklich an die Vertreter Tibets für diesen Dialog appellieren? Ich hatte den Eindruck, dass sie zu diesem Dialog bereit sind. Wenn Sie den Mut dazu haben, dann appellieren Sie doch bitte vor allem an die chinesischen Behörden, weil sie es sind, die diesen Dialog unmöglich machen.

Tunne Kelam (PPE). – Frau Präsidentin! Tibet und sein kulturelles Erbe ist unser gemeinsamer Schatz. Es ist in unserem gemeinsamen Interesse, dass die tibetische Identität, Religion und Sprache unter den bestmöglichen Bedingungen erhalten und weiterentwickelt wird.

Leider ist dies nicht der Fall. Unter dem Deckmantel der industriellen Entwicklung findet ein kultureller Genozid statt, und die Tibeter stehen kurz davor, in ihrem eigenen Heimatland zu einer Minderheit zu werden. Dies kann nur verhindert werden, indem man ihnen einen echten Autonomiestatus verleiht. Die EU kann sich dafür einsetzen, indem sie zur Einleitung eines vorurteilsfreien und konstruktiven Dialogs beiträgt, der beide Seiten berücksichtigt.

Herr Kommissar, ich nehme Ihre Aussage zur Kenntnis, dass Tibet unser legitimes Anliegen ist. Durch einen solchen Dialog und durch die Öffnung Tibets gegenüber ausländischen Medien und den Menschenrechtsexperten der Vereinten Nationen kann die chinesische Regierung nur gewinnen, sowohl im Inland als auch auf internationaler Ebene. China kann nur dann ein wirklich großes Land werden, wenn es seine Minderheiten respektiert. Als eine Geste des guten Willens sollte dem Dalai Lama, dessen Autorität weltweit anerkannt wird, erlaubt werden, sein Heimatland zu besuchen.

Die EU sollte den Vertrag von Lissabon voll nutzen, indem sie durch konkrete Taten ihre aktive Solidarität mit dem Schicksal einer Nation zeigt, deren Existenz bedroht wird und deren natürliches Recht auf Autonomie und auf den Schutz ihrer Kultur auf rücksichtslose Weise unterdrückt wird. Ich befürworte die Idee, dass Baronin Ashton den Dalai Lama treffen sollte, und dass die EU endlich einen Sonderbeauftragten für Tibet ernennen sollte.

Peter Šťastný (PPE). – (SK) Am 10. März haben wir den 51. Jahrestag des Aufstands in Tibet begangen, aber auch den zweiten Jahrestag der Proteste, die beide von der chinesischen Armee niedergeschlagen worden sind.

Das Hauptproblem ist Chinas mangelnder Wille, einen Dialog mit den rechtmäßigen Vertretern der tibetischen Minderheit einzugehen, sowie seine Bestrebungen, eine schrittweise Assimilierung und die Zerstörung der Kultur und Religion in Tibet zu erreichen. Ich weiß aus persönlicher Erfahrung, wozu ein gottloses und materialistisches kommunistisches Regime fähig ist. Eine der ältesten Kulturen und eine der ältesten Religionen, die viele Jahrtausende überlebt haben, sind in großer Gefahr. Die globale Öffentlichkeit kann nicht weiter schweigen. Ich bin selbst ein Mitglied der Gruppe „Friends of Tibet“ im Europäischen Parlament. Solche Gruppen gibt es jetzt in vielen Parlamenten der Welt, zum Beispiel in den Vereinigten Staaten, in Deutschland, in Australien, in Indien und in der Tschechischen Republik.

Es macht mich stolz, verkünden zu können, dass ab dem 9. März eine Gruppe der „Friends of Tibet“ auch im Nationalrat der Slowakischen Republik ihre Arbeit aufnehmen wird. Ich denke, dass wir zusammen dazu beitragen können, das Tibet-Problem zu lösen, indem wir bei den Verhandlungen zwischen Spitzenvertretern der chinesischen Regierung und Seiner Heiligkeit dem 14. Dalai Lama vermittelnd auftreten. Dies ist auch ein möglicher Weg, um das Problem der tibetischen Flüchtlinge, von denen die Mehrzahl unter schwierigen Bedingungen in den Nachbarländern lebt, auf eine erfolgreiche Weise abzuschließen und zu lösen. Ich appelliere an die Kommission, diese stark bedrängte Gruppe von Menschen in ihren Programmen nicht zu vergessen.

Jarosław Leszek Wałęsa (PPE). – (PL) Frau Präsidentin! Die heutige Aussprache erfüllt uns mit Optimismus, weil es den Anschein hat, als ob eine große Einstimmigkeit vorherrschen würde. Andererseits hat es hier schon sehr viele solcher Aussprachen gegeben, und im Reden sind wir sehr gut. Ich will mich hier nicht in Rage reden, weil ich, wie jeder in diesem Plenarsaal, ein Heuchler bin. Ein Heuchler, der abhängig ist von eben diesen Billigprodukten aus China. Aber vielleicht sollten wir in diesem Moment genug Selbstachtung aufbringen, um uns gegen bestimmte Sachen kategorisch auszusprechen und uns ihnen entgegenzusetzen und die Ideale, die uns wichtig sind, zu respektieren.

Vielleicht ist der erste und wichtigste Schritt etwas, was bereits hier erwähnt worden ist, worüber wir bereits gesprochen haben. Ich meine die Ernennung eines Sonderkoordinators für Tibet. Jemand, der die Führung über diesen Prozess übernimmt, jemand, der in unserem Namen die Verantwortung für die mit dem Tibet-Problem verbundenen Herausforderungen übernimmt, damit wir nicht mehr außen vor sind und damit wir auf standhafte und resolute Weise sagen können, dass uns die bürgerlichen Freiheiten wichtig sind. Lassen Sie uns dies tun. Lassen Sie es uns jetzt tun.

Raül Romeva i Rueda (Verts/ALE). – (ES) Frau Präsidentin! Dass wir heute hier über Tibet sprechen, ist eine Frage der Gerechtigkeit und eine Frage der Verantwortung. Ich stimme daher nicht mit denjenigen überein, die denken, dass dieses Thema „nicht wichtig ist“.

Wir haben von dieser Angelegenheit jahrelang berichtet, und ich bin besorgt, dass trotz der enormen Anstrengungen der tibetischen Delegation und insbesondere des Dalai Lama, den Dialog zu fördern, sich den chinesischen Behörden anzunähern, eine faire und dauerhafte Lösung für diesen Konflikt zu finden, die chinesischen Behörden fortwährend eine Blockadesituation erzeugen.

Wir in der Europäischen Union können dieses Spielchen nicht weiter hinnehmen, geschweige denn fördern. Daher denke ich, dass es entscheidend ist, Sie nicht nur noch einmal an die Dringlichkeit und Wichtigkeit

dieser Aussprache zu erinnern, sondern Sie erneut daran zu erinnern, dass das Einzige, was einer Lösung im Weg steht, China ist.

Wir müssen uns außerdem in Bezug auf dieses Thema klar ausdrücken. Der einzige Weg, auf dem die Europäische Union bei ihrer Aussage, dass sie sich für die Menschenrechte einsetzt, konsequent sein kann, ist, wenn sie gleichzeitig akzeptiert, dass sie auch auf der Handels- und Wirtschaftsebene die Kosten dafür tragen muss. Ansonsten sind wir in Zukunft in Bezug auf Menschenrechtsfragen nicht mehr glaubwürdig.

László Tőkés (PPE). – Frau Präsidentin, am 10. März haben wir den 51. Jahrestag des Volksaufstandes in Tibet begangen. Seitdem war der Dalai Lama durch sein stetiges und beharrliches Engagement für eine echte Autonomie für sein Volk der Welt ein Vorbild dafür, wie man mit gewaltlosen Mitteln für Demokratie kämpfen kann.

Wir Europäer lernen immer noch von Seiner Heiligkeit dem Dalai Lama. Vor kurzem hat er seine Solidarität mit der ethnischen Minderheit der Uiguren verkündet und er hat sich auf die Seite von Aung San Suu Kyi und anderer demokratischer Dissidenten gestellt. Hier im Europäischen Parlament sind wir dem Schutz der Menschen- und Minderheitenrechte auf der ganzen Welt verpflichtet.

(Die Präsidentin unterbricht den Redner)

Franz Obermayr (NI). - Frau Präsidentin! Zur Klarstellung gleich an den Herrn Kommissar! Für mich ist Tibet ein besetztes Land. Und ich glaube, dass viele Kollegen hier in diesem Saal, quer durch alle Fraktionen diese Anschauung teilen. Und auch Sie können das Völkerrecht nicht außer Kraft setzen. Ich glaube, es ist ein Anliegen, das alle europäischen Bürger wirklich im Herzen trifft. Alle wissen Bescheid über die Sorgen, den kulturellen Genozid in Tibet, und alle leiden mit, und es ist wirklich richtig, die wichtige Frage zu stellen: Wo bleibt die EU? Wir sind sehr schnell bei der Verurteilung von kleinen Ländern, die Übertretungen begehen. Wir haben scharfe Reaktionen, wir verurteilen kleine Länder sehr schnell. Wir sind aber politisch sehr vorsichtig, wenn es darum geht, ein großes Land, ein wirtschaftlich wichtiges Land wie China zu verurteilen. Da geht man politisch und diplomatisch wie auf rohen Eiern. Es ist kein Zeichen von Mut und Rückgrat, wenn wir hier auf kleine Sünder einhauen, aber bei China beide Augen zudrücken. Wir können auch China nicht mit Millionen Entwicklungshilfe unter Druck setzen. Daher erwarte ich von der Hohen Vertreterin...

(Die Präsidentin entzieht dem Redner das Wort)

Ivo Vajgl (ALDE). – (SL) Ich gehöre zu den wenigen, die vor kurzem die Gelegenheit hatten, Tibet zu besuchen.

In Tibet ist ein gewisser Fortschritt angekommen, aber dieser Fortschritt hatte mehr negative als positive Folgen, weil durch ihn traditionelle kulturelle Werte zerstört wurden, die traditionelle tibetische Architektur an den Rand gedrängt und dem geistigen Leben Tibets ein modernisiertes Image übergestülpt wurde. Flüsse wurden verschmutzt, und es sind Autobahnen aufgetaucht, die die tibetische Landschaft verschandeln.

Auf jeden Fall findet ein gewisser Fortschritt in Tibet statt. Wir können dies nicht leugnen, und ich denke, dass unsere Forderungen und unsere Erwartungen gegenüber China Hand in Hand gehen sollten mit der Forderung, dass Tibet auch von diesem Fortschritt profitieren sollte, und dass das Leben dort nicht wie in einem Museum aussehen sollte.

Maroš Šefčovič, Mitglied der Kommission. – Frau Präsidentin! Ich denke, dass die heutige Debatte wieder einmal unsere große Sorge über die Lage in Tibet klar gezeigt hat. Ich denke, dass die Wortmeldungen unterstrichen haben, dass diese Sorge mehr als 50 Jahre nach dem tibetischen Aufstand vom 10. März 1959 immer noch real und berechtigt ist. Darüber hinaus hat unsere Diskussion die Notwendigkeit unterstrichen, dass beide Seiten wieder den Dialog aufnehmen.

Ich kann Ihnen sagen, dass die Europäische Union die Wiederaufnahme des Dialogs zwischen den Gesandten des Dalai Lama und der chinesischen Regierung im September 2002 begrüßt. Wir haben diesen Dialog seitdem nachdrücklich unterstützt und hoffen, dass dieser Prozess zu positiven Ergebnissen und zu einer friedlichen und für Tibet nachhaltigen Lösung der ausstehenden Probleme führt.

In ihrem politischen Dialog und in ihren weiteren Kontakten mit China bestärken die Vertreter der EU dieses Land darin, diesen Prozess auf pragmatische Weise zu nutzen, um alle ungelösten Probleme in Bezug auf Tibet zu behandeln. Auch wenn China dies als eine interne Angelegenheit ansieht, hat es die Ansichten und Sorgen der EU zur Kenntnis genommen und die EU über seine eigene Sichtweise in Bezug auf diese Angelegenheit informiert.

Ich möchte unterstreichen, dass die EU in ihrem politischen und in ihrem Menschenrechtsdialog mit China auch die Menschenrechtssituation in Tibet anspricht. Außerdem betont die EU immer wieder die Bedeutung, die sie der Achtung der Meinungs- und Religionsfreiheit in Tibet beimisst.

Wir haben die jüngsten Entwicklungen in diesem Dialog genau verfolgt, und der Dialog zwischen den chinesischen Behörden und den Vertretern des Dalai Lama nimmt langsam Gestalt an. Ich kann Ihnen berichten, dass wir im letzten Monat von beiden Seiten über die letzten Gesprächsrunden informiert wurden und dass wir sie wieder darin bestärkt haben, wesentliche Fortschritte zu erarbeiten.

Abschließend möchte ich sagen, dass ich glaube, dass die heutige Debatte außerdem unser beständiges Engagement in Bezug auf die Zusammenarbeit mit China in dieser Frage und in Bezug auf die Anstrengungen untermauert, die wir zusammen mit dem Ziel leisten werden, die Achtung der Menschenrechte und der Freiheiten in Tibet sicherzustellen.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D), schriftlich. – (PL) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Vor zwei Jahren haben einige Mönche auf friedliche Weise demonstriert. Die chinesischen Behörden haben darauf mit einer brutalen Intervention seitens der Polizei und Armee reagiert. Dutzende Zivilisten wurden getötet und einige hundert wurden verletzt. Seitdem haben die Tibeter über 200 friedliche Proteste organisiert, an denen sich verschiedene Gruppen der Gesellschaft beteiligt haben, darunter Lehrer, Studenten und Intellektuelle.

In der letzten Legislaturperiode hat das Europäische Parlament acht Entschlüsse über Tibet verabschiedet und hat viele Male über die Frage diskutiert. Die Ergebnisse dieser Anstrengungen sind immer noch nicht zufriedenstellend. Kürzlich haben die chinesischen Behörden 30 Schüler einer Schule in Machu festgenommen, die zum zweiten Jahrestag der Ereignisse in Lhasa Anfang März wieder ihren Überzeugungen Ausdruck verliehen und einen friedlichen Protest begonnen haben. Zweifellos gab es viele ähnliche Zwischenfälle, von denen wir noch nicht einmal gehört haben.

Daher schlage ich vor, dass dieses Problem dem Aufgabenbereich der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zugeordnet und in einen größeren Zusammenhang eingeordnet wird. Darauf würden konkrete Taten und hoffentlich sichtbare Ergebnisse folgen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Danuta Jazłowiecka (PPE), schriftlich. – (PL) Die Medien sind heutzutage voll mit Informationen über China. Berichte, Artikel und Bücher erzählen ununterbrochen von Chinas Entwicklung und Modernisierung, von dem dort stattfindenden Wirtschaftswunder. In diesem Zusammenhang haben die Medien auch über Tibet berichtet.

Die amerikanische Zeitschrift *Newsweek* hat vor kurzem in einem Bericht festgestellt, dass „China sehr viel Gutes für die Tibeter tut“, weil es einer der ärmsten Regionen der Welt aus ihrer Rückständigkeit hilft. Der Bericht weist auf die chinesischen Investitionen in die Verkehrs- und Telekommunikationsinfrastruktur, in Bildung, in Gesundheit und in den Zugang zu Wasser und Elektrizität hin. Es sieht also so aus, als ob der Plan von Präsident Hu Jintao, die Tibeter durch die Verbesserung ihres Lebensstandards dazu zu zwingen, auf Rede- und Religionsfreiheit und ihre Autonomiebestrebungen zu verzichten, umgesetzt würde. Kann seine Strategie jedoch erfolgreich sein?

Die Unruhen, die vor zwei Jahren am Jahrestag des anti-chinesischen Aufstands in Lhasa ausbrachen sowie die Ereignisse vor zwei Wochen haben klar gezeigt, dass die Tibeter sich in ihrem eigenen Land verfolgt fühlen. Die Geschichte meines eigenen Landes hat mich gelehrt, dass für die Freiheit und Würde kein Preis zu hoch ist. Man kann nicht im Namen von wirtschaftlichen Interessen die Verfolgten und die Leidenden vergessen.

Ich denke, dass das Europäische Parlament ein Organ ist, das sich besonders stark für das Recht der Tibeter, ihre eigene Identität zu bewahren, einsetzen sollte. Wir in diesem Parlament repräsentieren die Bevölkerung der Europäischen Union, und in ihrem Namen sollten wir die Tibeter unserer Solidarität versichern.

Csaba Sógor (PPE), schriftlich. – (HU) Am 10. März 1959 hat das tibetische Volk in einer revolutionären Stimmung seinen Anführer verteidigt, aber seine anfängliche Begeisterung wurde durch die „friedliche Befreiung“ des chinesischen kommunistischen Regimes, die einige tausend Zivilisten das Leben kostete, erbarmungslos zerstört. Seitdem hat der Dalai Lama, der gezwungen war, ins Exil zu gehen, seinen friedlichen

Protest für mehr als ein halbes Jahrhundert weitergeführt. Seit dieser Zeit war es den Tibetern nicht erlaubt, diesen Tag frei zu begehen. Wir in Osteuropa sind vertraut mit dieser Geschichte. Auch wenn wir ähnliche Praktiken des kommunistischen Systems bei uns abgeschafft haben, sollten wir die Lehren daraus nicht vergessen: In der Geschichte jedes Volkes gibt es Ereignisse, deren Gedenken nicht verboten sein sollte. Wir sprechen hier jedoch über noch mehr. Als Vertreter einer nationalen Minderheit kann ich die Notlage, in der sich das tibetische Volk befindet, nachfühlen und fordere meine Kolleginnen und Kollegen Abgeordneten auf, Tibet bei seinen friedlichen Anstrengungen auf dem Pfad hin zur Autonomie zu unterstützen.

15. Ausführungen von einer Minute zu wichtigen politischen Fragen

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt folgen die Ausführungen von einer Minute gemäß Artikel 150.

Nun ist es so, dass Artikel 150 vorsieht, dass wir maximal 30 Minuten für diesen Tagesordnungspunkt verwenden dürfen. Wir hatten mehr als 74 Anfragen, um zu diesem Tagesordnungspunkt zu sprechen. Dass das nicht funktioniert, liegt auf der Hand. 30 Minuten und 74 Redner für eine Minute, das klappt nicht.

Wir haben es deswegen zum ersten Mal so gemacht, dass es vorab eine Auswahl der Abgeordneten gab, die Redezeit erhalten können, und zwar nach klaren Kriterien, nämlich dass diejenigen, die schon einmal bei einer anderen Debatte bei den Ausführungen von einer Minute vergeblich um Redezeit gebeten haben, möglichst jetzt Redezeit erhalten, während diejenigen, die in anderen Debatten schon Redezeit erhalten haben, jetzt keine erhalten.

Alle diejenigen, die keine Redezeit erhalten haben, wurden vorab per E-mail davon informiert. Insofern muss man jetzt nicht hier anwesend sein und vergeblich auf seine Redezeit warten. Ich hoffe, Sie verstehen das. Das war das einzig mögliche Verfahren, um einen geordneten Ablauf der Debatte zu ermöglichen.

Deswegen gehen wir jetzt so vor, dass diejenigen, die Redezeit erhalten haben, dann auch sofort beginnen können.

Alf Svensson (PPE). – (SV) Frau Präsidentin! Am 11. April sollen im Sudan die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen sowie die Wahlen zu den regionalen Versammlungen stattfinden. Dies sind die ersten Wahlen in Sudan seit 24 Jahren, und wir verfolgen die Entwicklungen in diesem Land mit großem Interesse.

Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag hat gegen den sudanesischen Präsidenten Omar Hassan Ahmad al Bashir, der durch einen *Staatsstreich* an die Macht gekommen ist, einen Haftbefehl wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit erlassen. Wir alle wissen, wie der Sudan unter seiner Gewaltherrschaft gelitten hat. Allein in den ersten Monaten dieses Jahres wurden nicht weniger als 400 Menschen im Südsudan getötet. Es ist schwer zu sagen, wie frei die Wahlen sein werden. Am Montag hat al-Bashir gedroht, die internationalen Wahlbeobachter auszuweisen. Er sagte, dass, wenn sie sich in die Angelegenheiten Sudans einmischen würden, er ihre Finger abschneiden würde.

Wir wissen, dass Sudan ein Land in Not ist. Auf der internationalen Geberkonferenz, die letzten Sonntag in Kairo stattgefunden hat, hat der ägyptische Vertreter gesagt, dass die Länder der Welt etwas mehr als 1,4 Milliarden EUR für den Wiederaufbau der Darfur-Region in Sudan aufbringen werden müssen. Ich hoffe, dass die Wahlen in Sudan die Bedingungen schaffen werden für ein ...

(Die Präsidentin unterbricht den Redner)

Zigmantas Balčytis (S&D). – (LT) In letzter Zeit wird viel über die Erholung der Wirtschaft der EU gesprochen, aber für die Mehrheit der Mitgliedstaaten ist das Ende der Krise noch nicht in Sicht. In der Öffentlichkeit beschränkt sich die Diskussion über die Krise auf den Zustand der öffentlichen Finanzen, obwohl die schnell steigende Arbeitslosigkeit in einigen osteuropäischen Mitgliedstaaten der EU bereits ein kritisches Niveau erreicht hat. Es ist seltsam, dass einige hochrangige Beamte der EU und des Europäischen Parlaments einige Regierungen für ihre exzellente Arbeit loben, wenn die Zahl der Arbeitslosen in diesen Ländern von Monat zu Monat mit einer katastrophalen Geschwindigkeit wächst, Sozialleistungen reduziert werden und die Zahl der unter der Armutsgrenze lebenden Menschen ansteigt. Es fällt den Menschen in diesen Ländern sehr schwer nachzuvollziehen, ob die Europäische Union eine Politik der Armutsreduzierung umsetzt oder in Wahrheit die Armut im sozialen Bereich erhöht. Meiner Meinung nach sollten Regierungen, die nicht dazu in der Lage waren, Probleme im Hinblick auf die Stabilisierung der Arbeitslosigkeit zu lösen, nicht gelobt werden. Die Europäische Kommission sollte eine größere Verantwortung übernehmen und auf eine verantwortliche Weise die Umsetzung der Krisenpläne der nationalen Regierungen überwachen,

insbesondere auf dem Gebiet der Sozialreformen, und sie sollte die Auswirkungen dieser Reformen auf die Bevölkerung bewerten.

Sonia Alfano (ALDE). – (IT) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! 16 Personen, die wegen verschiedener Arten von Straftaten verurteilt worden sind, wurden in das italienische Parlament gewählt, und bei den letzten Europawahlen hat Italien drei Abgeordnete in das Europäische Parlament entsendet, die rechtskräftig verurteilt worden sind.

Es gibt in Europa kein Gesetz, dass es Menschen, die rechtskräftig verurteilt worden sind, oder deren Verfahren noch offen sind, verbietet, sich zur Wahl zu stellen; alles ist dem Ermessen der Mitgliedstaaten überlassen. Italienische Bürgerinnen und Bürger haben das Programm „Sauberes Parlament“ ins Leben gerufen. Wir fordern daher den Ausschuss für konstitutionelle Fragen auf, den Akt zur Einführung allgemeiner unmittelbarer Wahlen der Abgeordneten des Europäischen Parlaments zu ändern und es zu einer Bedingung für die Wählbarkeit eines Kandidaten für das Europäische Parlament zu machen, dass dieser Kandidat keinerlei Vorstrafen hat, einschließlich Verurteilungen, die noch nicht rechtskräftig sind.

Der Vorsitzende des Ausschusses für konstitutionelle Fragen des letzten Parlaments, Herr Leinen, hatte sich vorgenommen, dies zu tun, hat diese Aufgabe dann aber doch seinem Nachfolger, Herrn Casini, überlassen, der bereits erklärt hat, dass der Ausschuss für konstitutionelle Fragen dies nicht fortführen wird.

Wir möchten hervorheben, dass dies nicht nur die Pflicht des Ausschusses für konstitutionelle Fragen ist, sondern dass Artikel 223 (ehemals 190) des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union sogar fordert, dass das Europäische Parlament ein für die gesamte Europäische Union einheitliches Wahlverfahren einführt.

Catherine Grèze (Verts/ALE). – (FR) Frau Präsidentin! Der Flughafen Hondarribia wird von der Zivilluftfahrtbehörde als einer der gefährlichsten Flughäfen Spaniens eingestuft. Seine Landebahnen befinden sich über den Stadtzentren von Hendaye und Irún, und der Vertrag zwischen Frankreich und Spanien, in dem die Anzahl der erlaubten Flüge festgelegt wurde, wird wesentlich missachtet. Der Ausbau des Flughafens wird gegen den Rat der am Flussufer ansässigen Bevölkerung und der gewählten Vertreter auf beiden Seiten der Grenze geplant, die sich bereits gegen die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Verkehrsaufkommens ausgesprochen haben.

Ist die Europäische Kommission einverstanden mit der Zerstörung der geschützten Naturgebiete der Bucht von Chingoudy, einem unter der Ramsar-Konvention und unter Natura 2000 geschützten Gebiet, dessen Regenerierung sie selbst finanziert hat?

Außerdem hat die baskische Eurocity Bayonne-San Sebastián bereits einen internationalen Flughafen, dessen Kapazitäten nicht voll ausgeschöpft werden, und der weit weg von einem gefährdeten Naturgebiet ist. Wäre es nicht besser, die in Biarritz angebotenen Dienstleistungen durch die Einführung schadstoffarmer Transportmittel zu verbessern? Ich würde gerne wissen, welche Maßnahmen der Präsident im Hinblick auf den Ausbau ergreifen will.

Marek Henryk Migalski (ECR). – (PL) Frau Präsidentin, ich würde gerne die Ermordung des russischen Journalisten Maxim Sujew ansprechen. Herr Sujew wurde vor ungefähr einer Woche in Kaliningrad getötet. Er war ein bekannter Journalist und Blogger. Dies ist nicht das erste Mal, dass ein Journalist in Russland getötet wurde. Seit dem Jahr 2000 gab es mindestens ein Dutzend solcher Fälle. Dies ist ein beunruhigendes Phänomen, weil wir wissen, dass, wenn es keine Redefreiheit gibt und wenn Journalisten nicht arbeiten können, es überhaupt keine Freiheit, keine Demokratie gibt. In unserem Dialog mit Russland sollten wir immer darauf hinweisen.

Ich hoffe, noch dieses Jahr im Europäischen Parlament ein Seminar organisieren zu können, vorausgesetzt, dass ich das Einverständnis meiner Delegation für Russland und des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten erhalte. Ich denke, dass jeder von uns in Gesprächen mit unseren russischen Partnern, die auf verschiedenen Ebenen stattfinden, betonen sollte, dass die Pressefreiheit und die freie Berufsausübung für Journalisten die Grundlage für den Dialog und die Freiheit sowohl in Russland als auch in der Europäischen Union ist.

Nikolaos Chountis (GUE/NGL). – (EL) Frau Präsidentin! Ich würde Sie gerne darüber informieren, dass in kürzlich erschienen Artikeln behauptet wird, dass Staatsanwälte in den Vereinigten Staaten gegen das deutsche Unternehmen Daimler Anklage erhoben haben wegen der Bestechung von Angestellten des auswärtigen Dienstes in einer Ausschreibung für Regierungsaufträge. In der Anklageschrift wird dargelegt, dass das

Unternehmen über lange Zeit Bestechung praktiziert hat. Das gleiche Problem gab es auch mit Siemens, das die gleichen Praktiken angewendet und in Ausschreibungen für Aufträge von staatlichen Unternehmen die Regierungen von 30 Ländern bestochen hat. Ein Skandal, der Griechenland immer noch erschüttert.

Als Folge davon haben wir, abgesehen von der Finanzkrise, auch noch eine moralische Krise. Bis vor kurzem hat die deutsche Regierung Bestechung außerhalb ihrer Landesgrenzen nicht strafrechtlich verfolgt und hat vorgegeben, nichts von diesen Ereignissen zu wissen. Statt zu handeln, statt den Ausschuss für Betrugsbekämpfung einzuschalten, verteidigt die Europäische Kommission nicht die Rechtsstaatlichkeit und schützt in einer Vielzahl von Fällen nicht das Geld der europäischen Bürgerinnen und Bürger.

Nikolaos Salavrakos (EFD). – (EL) Frau Präsidentin! Ich muss dem Europäischen Parlament berichten, dass heute Morgen um 02.15 Uhr die türkische Korvette Bafra in griechische Hoheitsgewässer eingedrungen ist. Sie hat sich der Küste vor Athen auf 18 Seemeilen angenähert und ihre Besatzung wollte sogar an Bord eines griechischen Handelsschiffs gehen und es durchsuchen.

Dies beweist, dass alles, was im ersten Teil der Aussprache über das sogenannte wirtschaftliche Problem Griechenlands gesagt worden ist, nicht ganz zutreffend ist. Griechenlands Problem ist vor allem politischer Natur. Es rührt von der Tatsache her, dass dieses Nachbarland Griechenland mit einem *Casus Belli* bedroht und die griechischen Streitkräfte systematisch provoziert, nicht nur durch die Verletzung seiner Hoheitsgewässer, sondern auch seines Luftraums.

(Die Präsidentin stellt fest, dass es ein Problem mit dem Mikrophon gibt)

... ich muss Ihnen sagen, dass Griechenland strenge Maßnahmen eingeleitet hat, die die griechischen Haushalte buchstäblich ersticken und dazu führen, dass die Griechen am Ende ihrer Kräfte sind. Es hat die Widerstandskraft der griechischen Gesellschaft und die wirtschaftliche Stärke der Griechen mürbe gemacht.

Wie ich bereits sagte, sind die Probleme Griechenlands hauptsächlich politischer Natur. Wir bitten die europäischen Bürgerinnen und Bürger nicht um Geld. Wir bitten die Europäische Union als Ganzes um ihre Unterstützung, damit wir diese Unregelmäßigkeiten auf den Märkten, die den Euro angreifen, überwinden können.

Franz Obermayr (NI). – Frau Präsidentin! Vor rund 10 Jahren verhängten die damals 14 EU-Mitgliedstaaten die sogenannten „Sanktionen“ gegen mein Heimatland Österreich. Über sieben Monate herrschte Eiszeit, österreichische Minister durften an informellen Ratstagungen nicht mehr teilnehmen, aber dennoch durfte Österreich als Nettozahlerland weiterhin Abgaben leisten. Außer Sanktionen gab es auch ein Ergebnis. Der unabhängige Weisenbericht stellte eindeutig fest, dass die Regierungsbeteiligung der Freiheitlichen Partei keine Gefahr für Demokratie und Menschenrechte darstellte. Fazit: Die als bilaterale Maßnahme getarnte EU-Sanktion basierte auf keiner gültigen Rechtslage. Sie war ein unbegründeter Eingriff in die österreichische Souveränität. Ich glaube aber, dass die EU daraus lernte, Respekt vor der politischen Meinung anderer und Respekt vor der staatlichen Souveränität der Mitgliedstaaten und ihrer Bevölkerung zu haben, und das ist wohl gut so. Und in Anbetracht des österreichischen Friedens hoffe ich auch, dass einer der Hauptinquisitoren, der jetzige EU-Abgeordnete Louis Michel, sich doch nach zehn Jahren wieder nach Österreich traut, um dort Urlaub zu machen.

Véronique Mathieu (PPE). – (FR) Frau Präsidentin! Gestern hat Frankreich einem seiner Polizeibeamten, Jean-Serge Nérin, die letzte Ehre erwiesen. Einem französischen Polizeiwachtmeister, der am 16. März während einer Schießerei im Raum Paris auf feigste Weise von der ETA getötet wurde.

Auch wenn diese terroristische Organisation für den Tod von fast 830 Menschen innerhalb von 40 Jahren verantwortlich ist, ist dies das erste Mal, dass sie einen französischen Polizeibeamten angegriffen hat. Der Tod von Herrn Nérin erinnert uns an unsere Pflicht, im Kampf gegen den Terrorismus zusammenzuarbeiten.

Schon sehr früh hatte die Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Spanien innerhalb der Europäischen Union Vorbildcharakter. Frankreich und Spanien waren die ersten Mitgliedstaaten, die innerhalb des europäischen Rechtsraums gemeinsame Ermittlungsgruppen eingeführt haben. Die Einführung des europäischen Haftbefehls erwies sich auch als sehr wirkungsvoll.

Unglücklicherweise konnten diese gemeinsamen Anstrengungen unserer Polizeibeamten und Richter nicht verhindern, dass Herr Nérin getötet wurde. Wenn wir den Terrorismus wirksamer bekämpfen wollen, müssen wir daher unsere Zusammenarbeit verstärken.

Joe Higgins (GUE/NGL). – Frau Präsidentin! In Val di Susa im Nordwesten Italiens gibt es eine große Volkskampagne, durch die der Bau der als TAV bekannten Hochgeschwindigkeitsbahn verhindert werden soll.

Das wunderschöne Val di Susa erstreckt sich von der französischen Grenze bis nach Turin und ist nur ein bis zwei Kilometer breit, hat aber bereits eine große Autobahn, eine weitere Hauptstraße und eine Bahnstrecke.

Die „NO TAV“-Kampagne hat klar gezeigt, dass es keine Rechtfertigung für den TAV gibt. Nur 38 % der aktuellen Schienenkapazität werden genutzt. Der TAV wäre sehr schädlich für die Umwelt, er würde Wasserläufe zerstören oder verschmutzen und durch die Tunnelgrabungen Asbest und Uran in gefährlichen Konzentrationen freisetzen.

Nur große Unternehmen und große Baufirmen würden davon profitieren. Zehntausende Menschen haben sich gegen dieses Projekt eingesetzt und empörender Weise wird Polizeigewalt eingesetzt, um die Teilnehmer dieser Kampagne einzuschüchtern.

Ich fordere die EU auf, die gesamte finanzielle Unterstützung des TAV zu streichen und das Projekt einzustellen. Das Motto der „NO TAV“-Kampagne ist „Sarà dura“. Sie werden nicht zurückweichen. Ein Sieg der Macht des Volkes in Val di Susa wäre ein Sieg für den gesunden Menschenverstand und für die Umwelt.

Paul Nuttall (EFD). – Frau Präsidentin, die Art, auf die die Gemeinderäte in meinem Wahlkreis im Nordwesten Englands Parkgebühren benutzen, um ihre Einnahmen aufzustocken, bereitet mir immer größere Sorgen.

Nehmen Sie zum Beispiel die Kleinstadt Congleton, eine fast ländliche Gemeinde. Die Einführung von Parkgebühren wird der örtlichen Industrie schaden und ein Einbruch des Wirtschaftsverkehrs wird zu Einnahmeverlusten führen, durch den bereits unter Druck stehende KMU in die Insolvenz und möglicherweise zur Schließung ihrer Betriebe gezwungen werden.

Die Menschen geben der britischen Regierung die Schuld dafür, einige dem Unitary Council und andere zeigen mit dem Finger auf den Stadtrat, aber wie immer bleibt die dunkle Hand der Europäischen Union im Hintergrund, denn sie alle arbeiten innerhalb des Rahmens, der durch die europäische Verkehrspolitik bis 2010 vorgegeben ist.

Sehen Sie, das ist das Geniale an der EU: Sie zieht immer im Hintergrund die Fäden. Ob es um die Schließung von Postämtern geht oder um die alle zwei Wochen stattfindende Leerung der Mülltonnen: man zeigt immer mit dem Finger auf jemand anderen und der schädliche Einfluss von Brüssel erscheint nicht auf dem Radar.

Nicole Sinclaire (NI). – Frau Präsidentin! Ich komme aus den West Midlands und 20 % der West Midlands sind als Grüngürtel eingestuft.

Der Grüngürtel hat die Schönheit unserer Landschaft erfolgreich bewahrt und eine willkürliche Ausdehnung der Städte verhindert. Auf Anregung der Europäischen Union hat die Regierung des Vereinigten Königreichs den Wohnungsbau intensiviert, wodurch der Grüngürtel gefährdet wird, was mir besonders nahe geht, da er sich in der Nähe meines Wohnortes in der Meriden Gap befindet.

Dies zeigt einen mangelnden Respekt für unsere Kultur und Traditionen, aber was kümmert Sie das schon? Seitdem das Vereinigte Königreich der Europäischen Union beigetreten ist – oder davor der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft – haben Sie Ihre offenkundige Geringschätzung für unsere Kultur und Traditionen gezeigt, und wir erwarten gar nichts anderes von Ihnen.

Elena Oana Antonescu (PPE). – (RO) Ich stehe hier heute vor Ihnen und vor meinen Kolleginnen und Kollegen Abgeordneten, um Ihnen meine Ansicht darzulegen, dass Europa eine neue, viel besser integrierte Strategie zur Lösung des Problems der Gewalt gegen Frauen braucht.

In einer steigenden Zahl europäischer Länder haben sich Parteien, die sehr unterschiedliche Ansichten über die Gesellschaft im Allgemeinen vertreten, mit diesem Problem auf einer parteiübergreifenden Grundlage beschäftigt. Der Grund für diesen Vorschlag ist, dass das Problem der häuslichen Gewalt über das Gebiet der Ideologie hinausreicht und ein direkter und unmittelbarer Teil der menschlichen und politischen Vision einer gerechteren und ausgeglicheneren Gesellschaft ist.

Ich möchte die Notwendigkeit hervorheben, ebenso Maßnahmen einzuleiten, um psychische Gewalt gegen Frauen zu verhindern. Jüngste Studien haben gezeigt, dass diese Art der Gewalt körperlichen Gewalttaten immer vorausgeht.

Ich begrüße die Tatsache, dass der spanische Ratsvorsitz den Kampf gegen verschiedene Arten der Gewalt gegen Frauen im Zusammenhang mit den politischen Prioritäten der Europäischen Union aufgenommen hat. Diese Maßnahmen müssen jedoch weitergeführt werden. Die Schaffung einer europäischen Beobachtungsstelle für die Gewalt zwischen den Geschlechtern und die Einführung einer Schutzanordnung und einer Notrufnummer sollen das Auftreten dieses Phänomens in der Europäischen Union einschränken und gleichzeitig den Kampf gegen Gewalt außerhalb der EU unterstützen.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D). – (LT) Es freut mich, dass die Europäische Union und die Mitgliedstaaten sich dazu verpflichtet haben, die Armut zu bekämpfen, indem sie 2010 zum Jahr der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ausgerufen haben, da fast 80 Millionen europäische Bürger unterhalb der Armutsgrenze leben. Viele Europäer, sogar diejenigen mit Arbeit, kämpfen jeden Tag gegen die Armut und haben nicht die Möglichkeit, ein würdiges Leben zu führen. 17 Mio. EUR wurden für die Umsetzung der von der EU für 2010 geplanten Maßnahmen bereitgestellt, und dieses Budget wird für die Organisation von Informationsseminaren, Arbeitsgruppen und öffentliche Konsultationen verwendet werden, um armutsbezogene Stereotype abzubauen. Dies ist eine exzellente Initiative, aber wie können wir sicherstellen, dass diese Mittel effizient und auf transparente Weise genutzt werden und denjenigen Bürgern zugute kommen, die diese Hilfe am meisten brauchen? Ich möchte hervorheben, dass es unmöglich ist, die steigende Armut innerhalb eines Jahres einzudämmen. Daher möchte ich die EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten dazu auffordern, konkrete Maßnahmen einzuleiten und langfristige Verpflichtungen auf allen Ebenen der Verwaltung einzugehen, um eine transparente und zielgerichtete Bereitstellung der Mittel sicherzustellen, die von Armut betroffenen Menschen auf direkte Weise helfen sollen.

Georgios Toussas (GUE/NGL). – (EL) Die Entscheidung der israelischen Regierung, ihren Plan zum Bau von 1600 neuen Häusern in Ost-Jerusalem, zur Ausweitung der Siedlungen im Westjordanland, zur Fortsetzung der Isolation des Gazastreifens und zu einer allgemeinen Verstärkung der Angriffe der israelischen Armee in den besetzten palästinensischen Gebieten durchzusetzen, offenbart sogar dem größten Zweifler die kriminellen Pläne Israels und der Imperialisten im Allgemeinen gegen das palästinensische Volk und gegen die Bevölkerung der gesamten Region.

Israel eröffnet eine neue Runde von mörderischen Angriffen gegen das palästinensische Volk und hat sich, unter der Bedingung der Eskalation der internen Machtkämpfe innerhalb des imperialistischen Quartetts, die Unterstützung der Europäischen Union, der Vereinigten Staaten und der NATO gesichert und seine Beziehung zu ihnen verbessert. Diese Unterstützung wurde von den Vereinigten Staaten von Amerika während des jüngsten Besuchs des israelischen Ministerpräsidenten in den Vereinigten Staaten mit besonderem Nachdruck und mit Inbrunst wiederholt, wodurch hervorgehoben wird, dass Israel für die amerikanischen imperialistischen geostrategischen Pläne in der gesamten Region etwas mehr als eine Top-Priorität ist.

Wir kämpfen mit allen Arbeitern, um zu schaffen ...

(Die Präsidentin unterbricht den Redner)

Jaroslav Paška (EFD). – (SK) Nach dem Zweiten Weltkrieg und der Neuziehung der Grenzen blieben ungefähr 400 000 Slowaken in Ungarn und die gleiche Zahl Ungarn blieb in der Slowakei.

Die Größe der ungarischen Minderheit in der Slowakei hat sich bis heute nicht geändert, aber in Ungarn sieht die Situation anders aus. Die slowakische Minderheit sank von ursprünglich 400 000 Slowaken auf weniger als 33 000, anders gesagt auf nicht einmal ein Zehntel der ursprünglichen Bevölkerung. Dies ist deshalb so, weil die slowakische Regierung der ungarischen Minderheit an mehr als 700 Schulen Unterricht in ihrer Muttersprache anbietet, wogegen die ungarische Regierung den Slowaken in Ungarn nur eine einzige Grundschule ermöglicht.

Aus diesem Grund kann die kürzlich durch Präsident Sólyom, einen Mann, der weiterhin selbstgefällig und passiv ist, während seine Regierung die ethnischen Minderheiten in seinem eigenen Land unterdrückt, geäußerte Kritik an der Ausbildung ungarischer Minderheiten in Nachbarländern nur als eine widerwärtige, heuchlerisch und hinterhältige Provokation der Serben, Rumänen und Slowaken beschrieben werden, die sich im Gegensatz zu den Ungarn um die ethnischen Minderheiten in ihren eigenen Ländern kümmern. Schließlich hat auch der ungarische Bürgerbeauftragte für ethnische Minderheiten davor gewarnt, dass Ungarn weiterhin in Richtung einer vollständigen Assimilation der ethnischen Minderheiten arbeitet.

Rareș-Lucian Niculescu (PPE). – (RO) Die Europäische Union hat extrem strenge Vorschriften über Lebensmittelsicherheit, und die Produzenten müssen riesige Geldsummen investieren, um diesen Vorschriften zu entsprechen.

Dennoch sind laut einer kürzlich von der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit durchgeführten Studie mehr als 75 % aller in der Europäischen Union geschlachteten Hühner mit Bakterien kontaminiert.

Salmonellen und *Campylobacter*, zwei der toxischsten Bakteriengattungen, wurden in den Schlachtkörpern von drei Vierteln der in europäischen Betrieben gezüchteten Hühner nachgewiesen.

Sobald solche Studien in den Massenmedien thematisiert werden, wecken sie natürlich Sorgen bei den Verbrauchern. Vor diesem Hintergrund müssen wir uns zwei Fragen stellen. Erstens: Was können wir weiterhin tun, um sicherzustellen, dass die Europäer Zugang zu sicheren und qualitativ hochwertigen Lebensmitteln haben? Zweitens: Ist es möglich, dass die Vorschriften, die gegenwärtig in Kraft sind, obwohl sie sehr streng und übrigens auch sehr bürokratisch sind, nicht die am besten geeigneten Vorschriften sind?

Csaba Sándor Tabajdi (S&D). – (HU) Die neuen Mitgliedstaaten setzen gegenwärtig die Weinmarktordnung der Europäischen Union von 2007 um. Dabei handelte die Europäische Kommission rechtswidrig – schade, dass kein Kommissionsmitglied hier ist –, als sie auf Antrag der Slowakei unrechtmäßig die Bezeichnung Tokajer sowohl als geschützte Ursprungsbezeichnung als auch als geschützte geographische Angabe registrierte. Dies stellt einen Verstoß gegen EU-Vorschriften dar, weil dieser Wein entweder zu der einen oder zu der anderen Kategorie gehören kann. Die Anfrage der Slowakei befindet sich jetzt nicht mehr unter den geschützten Ursprungsbezeichnungen in der Datenbank der Gemeinschaft „E-Bacchus“. Die Kommission hat auf diese Weise einer widerrechtlichen Situation ein Ende gesetzt und ich danke ihr dafür. Es besteht jedoch noch eine andere irreguläre Situation, weil das slowakische Gesetz, auf dem die Registrierung basiert, nicht existiert, da die Slowakei es abgeschafft hat. Aus diesem Grund bitte ich die Kommission, gegen diese irreguläre Situation Abhilfe zu schaffen.

Zbigniew Ziobro (ECR). – (PL) Frau Präsidentin! Der Europäische Auswärtige Dienst soll der diplomatische Dienst werden, der die EU repräsentiert und die Hohe Vertreterin der Union für Auswärtige Angelegenheiten unterstützt. Bei der Tätigkeit dieses Dienstes müssen die kulturellen und nationalen Unterschiede, die innerhalb der EU bestehen, Berücksichtigung finden. Jedes Land muss das Gefühl haben, dass seine eigenen Interessen, seine eigene Kultur und seine eigenen Erfahrungen auf angemessene Weise im Dienst vertreten werden.

Zum Erreichen dieses Ziels ist die Beteiligung, die Partizipation jedes Landes auf einer gleichberechtigten Grundlage notwendig. Aber wie wird das Korps des Europäischen Auswärtigen Dienstes stattdessen aufgebaut? Es soll sich aus den Mitarbeitern der entsprechenden Dienste des Generalsekretariats des Rates und der Kommission zusammensetzen sowie aus Personal, das aus einzelstaatlichen diplomatischen Diensten entsendet wird. Von den Mitgliedstaaten vorgeschlagene Diplomaten sollen nur ein Drittel des gesamten Korps ausmachen. Ungeachtet des Hintergrunds der Beamten und der Weise, auf die sie in den Dienst gelangt sind, sollte das Prinzip der verhältnismäßigen Vertretung aller Bürgerinnen und Bürger der Mitgliedstaaten angewendet werden. Schließlich erfolgt in allen Institutionen der EU die Stellenbesetzung nach diesem Prinzip. Ich sehe keinen Grund, wieso dies in diesem Fall anders gehandhabt werden sollte.

Nuno Teixeira (PPE). – (PT) Vor kurzem hat die Europäische Union unter der Federführung der Welthandelsorganisation ein Abkommen mit den Staaten Lateinamerikas geschlossen, in dem sie sich dazu verpflichtet hat, die Einfuhrzölle für Bananen aus diesen Ländern beträchtlich und sukzessive zu reduzieren. Ich würde gerne Ihre Aufmerksamkeit auf die Tatsache lenken, dass dieses Abkommen unmittelbare negative Auswirkungen auf die europäischen Bananenerzeuger hat, insbesondere auf die Bananenerzeuger auf der zu Portugal gehörenden Insel Madeira. Es wird sich sogar noch schädlicher auf die Bananenerzeuger auf den zu Spanien gehörenden Kanarischen Inseln auswirken.

Ich möchte Sie daran erinnern, dass die Situation der Erzeuger in diesen Regionen bereits jetzt durch die physischen Charakteristika und das gebirgige Terrain der Inseln sowie durch die Größe ihres Besitzes ernsthaft erschwert wird, was bedeutet, dass sie vor permanenten Schwierigkeiten stehen, die ihre Entwicklung behindern.

Es müssen daher dringend Maßnahmen eingeleitet werden, um Bananenerzeuger aus Madeira und von den Kanarischen Inseln im Hinblick auf die ersten und unmittelbaren Auswirkungen, die das neue Genfer Übereinkommen auf den europäischen Importmarkt und demzufolge auch auf die Erzeugung und Vermarktung von Bananen aus diesen Regionen in äußerster Randlage haben wird, zu unterstützen.

Nessa Childers (S&D). – Frau Präsidentin! Es ist nun ein Jahr her, seitdem das Flugzeugwartungsunternehmen SR Technics verkündet hat, dass es seine Abteilung am Flughafen Dublin schließen würde, was den Verlust von über tausend Arbeitsplätzen bedeuten würde. Um diese Verluste zu kompensieren, wurde im Oktober 2009 im Namen der Angestellten von SR Technics ein Antrag an den Europäischen

Globalisierungsfonds (EGF) übermittelt. Dieser Antrag wurde jedoch von der Kommission mit der Begründung, er sei „unvollständig“, abgelehnt. Ich kann bestätigen, dass die irische Regierung fast fünf Monate später immer noch keinen vollständigen Antrag eingereicht hat.

Während die irische Regierung in den letzten Monaten mit einem wirtschaftlichen Zusammenbruch beschäftigt war, den sie selbst verursacht hat, und mit einer Flut von Rücktritten von Ministern, wurde ein Antrag, der hunderte von Leben verändern könnte, auf dem Schreibtisch eines Ministers liegen gelassen.

Diesem Parlament ist bekannt, dass die irische Staatskasse leer ist. Ein Zyniker könnte denken, dass die Tatenlosigkeit der Regierung darauf zurückzuführen ist, dass sie Schwierigkeiten hätte, ihren Teil der Abmachung zu erfüllen, wenn die Zahlungen des EGF schließlich sichergestellt wären. Wäre die irische Regierung bereit, etwas dagegen zu tun?

Artur Zasada (PPE). – (PL) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte mich an Sie und insbesondere an Herrn Potočnik in einer Sache richten, die Menschen, die sich mit Speedway beschäftigen, einem in vielen Mitgliedstaaten der EU beliebten Motorradrennsport, Sorgen macht. Diese Angelegenheit betrifft die Umsetzung der Richtlinie 2002/49/EG über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm.

Die Umsetzung dieser Richtlinie hat zur Folge, dass die Fahrer dazu gezwungen werden, an ihren Motorrädern neue Schalldämpfer zu installieren. Diese Schalldämpfer bedeuten einerseits eine geringere Attraktivität des Spektakels an sich, weil der Lärm ein untrennbarer Bestandteil des Sports ist. Andererseits stellen die Schalldämpfer eine große Gefahr, eine Gefahr für die Fahrer selbst dar, die Gefahr, ihrer Gesundheit zu schaden oder ihr Leben zu verlieren. In diesem Zusammenhang möchte ich Herrn Potočnik bitten, einen Änderungsantrag einzureichen, um den Sport Speedway aus Richtlinie 2002/49/EG auszugliedern.

László Tórkés (PPE). – (HU) Frau Präsidentin! Im Land von Slobodan Milošević, Serbien, werden in der Provinz Vojvodina immer noch Ungarn angegriffen. Die Täter werden entweder freigesprochen oder in manchen Fällen noch nicht einmal angeklagt. Vor einigen Jahrzehnten lebten ungefähr 400 000 Ungarn in der Vojvodina und stellten damit ein Drittel der Bevölkerung. Zwangsweise Abwanderung und die massive Ansiedlung von Angehörigen der Mehrheitsbevölkerung haben die ungarische Minderheit über die Jahre auf 290 000 Mitglieder reduziert und ihr Anteil an der Bevölkerung fiel auf 13 %. Die Methode, mit der massive Angriffe auf Minderheiten ausgeübt werden, wurde durch den berühmten serbischen Geheimdienst UDBA eingeführt, und war vor allem gegen ethnische Albaner gerichtet. Das mit dieser Praxis verbundene Erbe wird heute gegenüber den Ungarn fortgeführt. Frau Präsidentin! Das Europäische Parlament sollte entschiedene Maßnahmen einleiten, um den anti-ungarischen Terrorismus in Serbien zu stoppen. Eine Bedingung für den Beitritt Serbiens zur Europäischen Union sollte sein, den zehntausenden Opfern der Massenmorde seit dem Zweiten Weltkrieg Gerechtigkeit zuteil werden zu lassen, ebenso wie die Eindämmung der Gewalt, die bis heute gegen die Ungarn verübt wird.

Joanna Senyszyn (S&D). – (PL) Frau Präsidentin, Frauen sind sowohl in der Wissenschaft als auch in der wissenschaftlichen Forschung unterrepräsentiert. In Europa machen sie 30 % der Forscher und nur 18 % der Professoren aus. Sie machen 27 % der in der Wissenschaftsverwaltung Beschäftigten aus. Polen, wo der Anteil der weiblichen Vorstandsmitglieder in Hochschulen und in wissenschaftlichen Instituten 7 % beträgt, befindet sich unter den 27 EU-Mitgliedstaaten der Union auf dem vorletzten Platz.

Aus diesem Grund ist das Forschungsprojekt „Frauen in der Wissenschaft“, das durch die „Polnische Stiftung für akademisches Unternehmertum“ vorbereitet wird, so wichtig. Das Projekt beinhaltet die Untersuchung der Gründe für Diskriminierung und die Suche nach wirksamen Anti-Diskriminierungsmaßnahmen. Bürgerprojekte, die von den Bürgerinnen und Bürgern selbst gestaltet werden und an sie gerichtet sind, haben die größte Erfolgchance. Ich appelliere an die Europäische Kommission, sozialen Organisationen, die sich mit diesen Angelegenheiten befassen, besondere Unterstützung und praktische Hilfe zukommen zu lassen. Wenn die Bürgerinnen und Bürger der EU an die Kommission schreiben, dürfen ihre Briefe nicht unbeantwortet bleiben.

Jim Higgins (PPE). – (GA) Frau Präsidentin! Wie ich bereits gesagt habe, war ich sehr erfreut über die Feststellung der ehemaligen Kommissarin Kuneva, dass eine Überprüfung der Richtlinie 90/314/EWG des Rates notwendig ist. Und wieso? Weil sie viele Fehler hat.

Sie berücksichtigt nicht die Menschen, die ihren Urlaub selber ohne die Nutzung eines Reisebüros im Internet buchen. Die Richtlinie bietet Verbrauchern, die in einem Land ansässig sind und in einem anderen Land außerhalb der Europäischen Union ein Produkt kaufen oder einen Flug oder eine Unterkunft buchen, keinen Schutz.

Außerdem erwähnt die Richtlinie keine Linienflüge. Sie hat viele Fehler, und es freut mich sehr, sagen zu können, dass die ehemalige Kommissarin Kuneva Recht hatte, als sie sagte, dass eine echte Notwendigkeit für eine neue Richtlinie besteht.

Ioan Mircea Pașcu (S&D). – Frau Präsidentin! Vor 20 Jahren starben Rumänen für die Freiheit, auch für die Freiheit in der Bildung, die zu diesem Zeitpunkt einer strengen politischen Kontrolle unterlag. Durch ihr Opfer haben auch die Universitäten ihre Freiheit erlangt, die sie seitdem genießen.

Es wäre daher eine traurige Ironie, wenn der gegenwärtige Versuch des rumänischen Bildungsministeriums, schnell neue Rechtsvorschriften zu erlassen, die diese Freiheit praktisch auslöschen und einer erneuten Politisierung des Systems Tür und Tor öffnen würden, erfolgreich wäre.

Der Entwurf sieht zum Beispiel vor, dass die gewählten Rektoren vom Minister bestätigt werden müssen, der selbst nach politischen Kriterien ernannt wurde, und Universitäten würden aufgrund von willkürlichen Kriterien zu Zusammenschlüssen gezwungen oder könnten sogar geschlossen und ihr Besitz beschlagnahmt werden.

Als Hochschullehrer und als Abgeordneter des Europäischen Parlaments sehe ich es gegenüber meinen Kolleginnen und Kollegen Professoren in diesem Parlament als Pflicht an, diese geplanten undemokratischen Praktiken, die offen gegen die Strategie von Lissabon zur Bildung gerichtet sind und in einem Mitgliedstaat der EU nicht toleriert werden können, darzulegen.

Die Präsidentin. – Damit ist dieser Tagesordnungspunkt beendet.

Ich danke für Ihr Verständnis und für den disziplinierten Ablauf, und ich hoffe, dass alle diejenigen, die jetzt nicht die Möglichkeit hatten zu sprechen, dann beim nächsten Mal die Möglichkeit haben.

16. Prioritäten für den Haushaltsplan 2011, Einzelplan III – Kommission - Leitlinien für das Haushaltsverfahren: 2011 – sonstige Einzelpläne (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt folgt nun die gemeinsame Aussprache über

– den Bericht von Sidonia Elżbieta Jędrzejewska im Namen des Haushaltsausschusses über die Prioritäten für den Haushaltsplan 2011, Einzelplan III – Kommission [2010/2004(BUD)] (A7-0033/2010) und

– den Bericht von Helga Trüpel im Namen des Haushaltsausschusses über die Leitlinien für das Haushaltsverfahren 2011, Einzelplan I – Parlament, Einzelplan II – Rat, Einzelplan IV – Gerichtshof, Einzelplan V – Rechnungshof, Einzelplan VI – Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss, Einzelplan VII – Ausschuss der Regionen, Einzelplan VIII – Europäischer Bürgerbeauftragter, Einzelplan IX – Europäischer Datenschutzbeauftragter [2010/2003(BUD)] (A7-0036/2010)

Sidonia Elżbieta Jędrzejewska, Berichterstatterin. – (PL) Frau Präsidentin! Das Haushaltsverfahren für 2011 ist sehr spezifisch und außergewöhnlich, weil es hier um das erste Haushaltsjahr geht, das in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Vertrages von Lissabon begonnen und verabschiedet wird. Man könnte sagen, dass wir Pioniere in diesem Unterfangen sind, weshalb natürlich eine besondere Verantwortung auf uns lastet. Der Vertrag von Lissabon verleiht dem Parlament zusätzliche Befugnisse im Haushaltsbereich. Es liegt an uns, wie wir diese Befugnisse nutzen, und wir zählen auf einen konstruktiven Dialog sowohl mit der Europäischen Kommission als auch mit dem Rat, sodass die durch den Vertrag von Lissabon geschaffenen neuen Möglichkeiten auf die beste und wirksamste Art und Weise genutzt werden können.

Eine sehr bedeutende Neuerung, die durch den Vertrag von Lissabon eingeführt wurde, ist, dass es von nun an keine zwei Lesungen des Haushalts geben wird. Das bedeutet, dass sowohl das Parlament als auch der Rat nur eine einzige Lesung haben werden. Dies stellt uns selbstverständlich vor eine besondere Herausforderung in Bezug auf die notwendige Disziplin. Als Parlament müssen wir diszipliniert sein, weil wir – kurz gesagt – nur eine Chance haben werden. Es wird keine Wiederholung, keine zweite Chance geben. Wir müssen vieles auf der Konzertierungssitzung entscheiden. Damit das neue Haushaltsverfahren im Herbst reibungslos verläuft, müssen wir zusammenarbeiten und diszipliniert sein.

Dieses Jahr ist auch deshalb außergewöhnlich, weil die Europäische Kommission im Hinblick auf ihre späte Wahl nicht die Gelegenheit hatte, ihre jährliche Strategieplanung zu präsentieren. Es ist daher sehr außergewöhnlich und interessant, dass es das Europäische Parlament ist, das seine Ideen zuerst äußert, und

dass die ersten Meinungen zum Haushaltsplan für 2011 vom Europäischen Parlament in Form dieses Berichts kommen, und nicht von der Europäischen Kommission, wie es in jedem „normalen“ Jahr der Fall war.

Aus welchen Gründen ist 2011 sonst noch so besonders? Der Haushalt für 2011 ist der fünfte Haushalt des mehrjährigen Finanzrahmens. Wie Sie wissen, umfasst der mehrjährige Finanzrahmen die Jahre 2007-2013. Wir haben während der vier vorherigen Haushaltsverfahren bereits eine Menge gelernt. Auf Polnisch sagen wir, dass wir die Wand, die Mauer erreicht haben. Auf Englisch sagt man, dass man die Decke erreicht hat. Wie auch immer man es ausdrücken mag, wir sind in einer Situation, in der der mehrjährige Finanzrahmen langsam ausgeschöpft ist. Wir kommen tatsächlich an unsere Grenzen, bis zu dem Moment, dass unser Spielraum sehr klein ist und die Möglichkeiten des Parlaments stark eingeschränkt sind. Unser Spielraum ist sehr klein. Besonders besorgniserregend ist der finanzielle Spielraum für Rubrik 1b – ca. 1 Mio. EUR, und für Rubrik 3b – ca. 9 Mio. EUR. Aus diesem Grund sind unsere Möglichkeiten natürlich begrenzt, weshalb ich auch in dem von mir entworfenen Bericht zum Haushaltsausschuss so dringend fordere, erwarte und bitte, dass eine ehrgeizige Überprüfung und Änderung des mehrjährigen Finanzrahmens vorgenommen wird; nicht nur weil diese Spielräume langsam ausgeschöpft sind, sondern auch, weil es bei einer Änderung notwendig sein wird, die bedeutenden haushaltspolitischen Konsequenzen des Vertrages von Lissabon zu berücksichtigen.

Der Vertrag von Lissabon räumt der Europäischen Union neue Befugnisse in solchen Bereichen wie der Raumfahrt ein. Von Bedeutung ist auch, dass er den Europäischen Auswärtigen Dienst errichtet. Es ist auch äußerst wichtig, über den Haushalt nachzudenken, und darüber, wie wir die Strategie „EU 2020“ umsetzen wollen. Keines dieser Vorhaben war im mehrjährigen Finanzrahmen vorgesehen. Wir müssen jetzt eine Diskussion darüber beginnen, wie wir diese neuen Pläne und Ambitionen finanzieren wollen.

Ich würde es sehr gerne sehen – und der Bericht über den Haushaltsausschuss enthält diese Botschaft –, dass das Motto für den Haushalt für 2011 die Jugend ist. Junge Menschen sind bereits jetzt die treibende Kraft und die Zukunft Europas. Bildung und Investitionen in die jungen Menschen sind gleichzeitig Investitionen in die Gegenwart und in die Zukunft Europas, der Gesellschaft und der Wirtschaft. Ich möchte betonen, was für ein wichtiger Moment im Leben jedes Menschen der Übergang von der akademisch-schulischen Umgebung, also der Ausbildung, zur ersten Arbeit ist. Dies ist ein sehr schwieriger Moment, besonders in diesen Krisenzeiten. Ich möchte einige Zahlen nennen: 21 Personen im Alter zwischen 15 und 24 sind arbeitslos. Es ist sehr wichtig, dass die Europäische Union diesem schwierigen Aspekt auch nicht gleichgültig gegenübersteht, und dass wir zusammenarbeiten, damit der schwierige Moment des Übergangs aus der Ausbildung in den Arbeitsmarkt für junge Menschen einfacher gemacht wird.

Ich möchte betonen, dass wir in einer Zeit des schnell voranschreitenden technologischen Wandels und auch des demographischen Wandels eine wissensbasierte Gesellschaft schaffen müssen, mit Bürgerinnen und Bürgern, die dazu in der Lage sind, ihre Qualifikationen im Laufe ihres Lebens und ihrer beruflichen Laufbahn zu verändern, die die Möglichkeit für diese Veränderung bekommen und die während dieses Prozesses die Unterstützung der Europäischen Union erhalten. Die Unterstützung der Europäischen Union sollte internationale Austauschprogramme auf akademischem, auf praktischem sowie auf professionellem Niveau beinhalten. Gleichzeitig wird auf diese Weise das Niveau der sozialen Integration und der Wissenstransfer verbessert und die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union werden wirklich mobil sein können. Wie Sie wissen, ist der freie Personenverkehr zu Recht eine Grundfreiheit, die von den Verträgen garantiert wird sowie die Grundlage eines effektiven Binnenmarktes.

Ich werde jetzt auf Englisch weitermachen, weil ich in Vertretung für Frau Helga Trüpel sprechen werde. Ich übernehme jetzt also eine andere Rolle, in der ich mich nicht nur auf den Haushaltsplan der Europäischen Kommission, sondern auch auf die anderen Institutionen und auf den Haushalt des Parlaments beziehen werde. Der Grund für diesen Sprachwechsel ist, dass ich mich darauf vorbereitet habe, auf Englisch zu sprechen.

Zu diesem Zeitpunkt des Verfahrens ist der Zweck der Entschließung, einen allgemeinen Überblick zu verschaffen – insbesondere in einem haushaltspolitischen Kontext – und einige Leitlinien zu den Verwaltungshaushalten verschiedener Institutionen zu veröffentlichen, zu denen das Europäische Parlament, jedoch nicht die Kommission gehört, über die ich ja bereits gesprochen habe.

Der allgemeine Zusammenhang ist, dass die Umstände, unter denen der Haushalt für 2011 verabschiedet werden soll, sehr schwierig sind, weil der finanzielle Spielraum für Rubrik 5 sehr begrenzt ist, und weil die erfolgreiche Umsetzung des Vertrages von Lissabon die Priorität aller europäischen Institutionen ist. Das Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon verändert das Verfahren für die Annahme des Haushaltsplans und macht daher eine noch engere Zusammenarbeit und einen noch engeren Dialog zwischen den Institutionen

erforderlich. Die interinstitutionelle Zusammenarbeit umfasst mehrere Aspekte wie die Übersetzungskapazitäten und die Personalbeschaffung, und es könnte der Austausch bewährter Verfahren und die Verbesserung der Wirksamkeit in solchen Bereichen erreicht werden, die bis jetzt in diesem Kontext nicht berücksichtigt worden sind, wie EMAS, Antidiskriminierungsmaßnahmen und Telearbeit.

Die Entwicklung einer mittel- und langfristigen Gebäudestrategie ist seit langem ein Anliegen des Haushaltsausschusses gewesen, nicht nur in Bezug auf das Parlament, sondern auch in Bezug auf andere Institutionen. Unsicherheiten über die Größe und die Gestaltung des Haushalts für den Auswärtigen Dienst und über das Gerichtsurteil über die Anpassungen der Löhne und Gehälter haben zur Folge, dass in Rubrik 5 die Finanzsituation noch unvorhersehbarer ist.

Ich möchte mich jetzt speziell zum Haushalt des Europäischen Parlaments äußern. Das Leitliniendokument des Präsidiums beinhaltet die folgenden Ziele für den Haushalt des Parlaments: Die Weiterentwicklung der Fachkompetenzen der Abgeordneten in Bezug auf Forschungskapazitäten und den analytischen Dienst in der Bibliothek und die Anpassung der institutionellen Aspekte, die vom Vertrag von Lissabon herrühren. Daher betont der Ausschuss die Exzellenz der Legislative, die eine Top-Priorität ist.

VORSITZ: Edward McMILLAN-SCOTT

Vizepräsident

Janusz Lewandowski, *Mitglied der Kommission*. – Herr Präsident! Ich bin heute Abend in Zuhörstimmung. Ich höre mir die Prioritäten des Parlaments für 2011 an, so wie ich mir auch die vom Rat am 16. März angenommenen Leitlinien angehört habe. Ich kann den Hauptpunkten zustimmen und ich kann der Tatsache zustimmen, dass es sich hierbei, aus zwei vom Berichterstatter des Parlaments erwähnten Gründen, nicht um das jährliche Routineverfahren handelt.

Der erste Grund ist, dass wir uns gerade an die nach dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon entstandene Umgebung gewöhnen. Teilweise haben wir uns schon daran gewöhnt, aber einige Arbeiten stehen noch an. Eine gute Zusammenarbeit zwischen den Institutionen ist nun, aufgrund einer einzigen Lesung im Parlament, nötiger als je zuvor.

Bisher hat man sich im Vermittlungsausschuss im November auf einige Übergangsfristenabkommen geeinigt. Ein pragmatischer Zeitplan, der eine Berechenbarkeit des Haushaltsplans erlaubt, existiert seit 1975 und wurde ebenfalls bestätigt. Es verbleiben lediglich die Modalitäten im Vermittlungsausschuss. Dies ist nun, angesichts einer einzigen Lesung des Jahreshaushalts, äußerst wichtig. Daher wird die Kommission morgen, im Laufe eines Dreiergesprächs, die Modalitäten und die Art und Weise zur Diskussion stellen, auf die wir uns über die vermittlungstechnischen Formalitäten einigen können, bevor wir mit dem wirklichen Verfahren für 2011 beginnen.

Der zweite Grund, aus dem das jährliche Verfahren keine Routine ist, ist dass wir in einem Europa nach der Krise leben, in dem viele Mitgliedstaaten mit Haushaltsdefiziten und Verschuldung und viele mit noch viel schwierigeren Problemen zu kämpfen haben. Daher sollten wir einer wirtschaftlichen Haushaltsführung, genauen Prognosen und der vernünftigen Implementierung eines Haushaltsplans nun mehr denn je Bedeutung beimessen.

Die Kapitel des Haushaltsplans, die unterfinanziert zu sein scheinen, sind leicht auszumachen. Ich beziehe mich hier auf die Kapitel 1a und 4. Dank dieses Geistes der Zusammenarbeit sind wir in der Lage, die finanzielle Vorausschau im Laufe eines Verfahrens viermal zu modifizieren, das bedeutet vier jährliche Verfahren.

Unsere Schlussfolgerungen sollten im Rahmen eines Berichts über die Funktionsweise der interinstitutionellen Vereinbarung dargelegt werden, die am selben Tag wie der Entwurf des Haushaltsplans, nämlich am 27. April vorgelegt und an das Parlament weitergeleitet wird.

Unsere Berichterstatterin, nicht meine Berichterstatterin dieses Mal, sondern die parlamentarische Berichterstatterin, Sidonia Jędrzejewska (meine Dienste werden nun darin geschult, diesen Namen richtig auszusprechen), stellt Jugend und die Möglichkeiten für junge Leute zu Recht in den Mittelpunkt ihres Berichts. Mit anderen Worten, der Bericht über die Prioritäten verbessert Kapitel 3 eindeutig. Dieses befasst sich mit Bildung und dem Platz der Jugend auf dem Arbeitsmarkt und ist in dieser Hinsicht gerechtfertigt, wenn wir die Anzahl der Arbeitslosen betrachten.

Es ist jedoch ebenso wichtig, dass wir die Versprechen eines Rettungsplans einlösen. Dies ist auch für die Bürgerinnen und Bürger Europas wichtig.

Was wichtig ist, ist die Implementierung. Diese sollte bis 2011 im Gange sein. Effizienz in der Verwaltung ist ebenfalls wichtig und im Hinblick darauf muss ich betonen, dass die Kommission, trotz der Anpassung an den Vertrag von Lissabon, dieses Jahr keinerlei neue Posten fordern wird.

Wir werden den Entwurf des Haushaltsplans am 27. April im Kollegium feststellen und, wie dies üblich ist, ihn am selben Tag und umgehend den Mitgliedern des Haushaltsausschusses vorlegen.

Daher freue ich mich nun darauf, mit dem Verfahren für 2011 zu beginnen. Ich verspreche einen guten Geist der Zusammenarbeit, der dieses Mal, aufgrund der Prototyp-Verfahren, die dieses Jahr getestet werden sollen, wirklich nötig sein wird.

Thijs Berman, *Berichtersteller über die Stellungnahme des Entwicklungsausschusses.* – (NL) Herr Präsident, Herr Lewandowski! Während der Wirtschaftskrise gerät auch der EU-Haushaltsplan unweigerlich unter Druck. Dies ist nur natürlich. Auch Brüssel muss darauf achten, wofür es jeden einzelnen öffentlichen Euro ausgibt. Trotzdem - und ich spreche hier im Namen des Entwicklungsausschusses - müssen Investitionen in Entwicklungsländern Priorität beibehalten. Nachhaltiges Wachstum in armen Ländern wird Menschen Gelegenheiten bieten, die sie gegenwärtig nicht haben. Und nicht nur das, sondern deren Entwicklung ist Teil der Lösung für unsere Krise. Entwicklungsländer sind Märkte, und noch dazu schnell wachsende. Europa muss seine finanziellen Mittel lediglich geschickter einsetzen, indem es z. B. eine Kombination aus Subventionen und Darlehen für die Mikrofinanzierungsunterstützung verwendet. Ein besserer Zugang zu Finanzdienstleistungen in armen Ländern wird es den Menschen in diesen Ländern ermöglichen, ihre Ambitionen zu verwirklichen. Wir müssen den Haushalt für die Entwicklungszusammenarbeit schützen, wie mühsam das auch immer sein mag. Der europäische Kommissar für Entwicklung, Andris Piebalgs, muss weiterhin die Verantwortung für seinen eigenen Haushaltsplan übernehmen, statt dies der Hohen Vertreterin Ashton zu übertragen, wie dies gegenwärtig beabsichtigt zu sein scheint. Schließlich dürfen Entscheidungen zur Verringerung der Armut niemals von unseren diplomatischen Interessen abhängen.

José Manuel Fernandes, *im Namen der PPE-Fraktion.* – (PT) Ich begrüße die Tatsache, dass wir den Haushaltsplan 2011 als den „Jugend“-Haushaltsplan betrachten können. Als solcher trägt er zur Annahme der Vorschläge bei, die wir zur Unterstützung junger Leute vorgelegt haben, z. B. beim Zugang zu Beschäftigung, wie das auch bei der sogenannten Erasmus Erstjob-Initiative der Fall ist. Weitere Vorschläge, die zu einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung in Europa beitragen und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze führen werden, betreffen die Förderung von Unternehmerschaft unter jungen Leuten, die Schaffung von Anreizen und die Stärkung von Innovationen und der digitalen Agenda.

Im Hinblick auf den Haushaltsplan des Parlaments sollte angemerkt werden, dass die Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) einen Haushaltsplan unterstützt, der sowohl nachhaltig als auch rigoros ist, in dem jeder Ausgabenposten gerechtfertigt ist. Wir glauben und empfehlen, dass das Parlament sich von einem Haushaltsmodell verabschieden sollte, das rein auf Zuwachs bezogen ist. Stattdessen sollte es sich in Richtung eines bei Null beginnenden Haushaltsplans bewegen, der Effizienz und somit Einsparungen ermöglicht. Aus Dringlichkeitsgründen muss eine auf Langfristigkeit abzielende Politik festgelegt werden, um dieses Konzept der Nachhaltigkeit, Strenge und Effizienz in die Realität umzusetzen.

Wir müssen nach wie vor immer gründlicher herausfinden, wie hoch unsere festen Ausgaben sind. Darauf muss nach wie vor eine Kosten-Nutzen-Analyse der verschiedenen umgesetzten Strategien folgen. Wir sollten erneut betonen, dass die Hauptpriorität des Parlaments Vortrefflichkeit bei der Gesetzgebung sein sollte, und dass unsere Institution alle Ressourcen zur Verfügung haben muss, die nötig sind, um dies zu erreichen. Das Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon, der eine einzige Lesung des Haushaltsplans erfordert, wird mehr Zusammenarbeit und Dialog fordern. Für unseren Teil muss dieser Dialog ehrlich sein. Wir verpflichten uns dazu, darauf zu achten, dass dies der Fall ist.

Francesca Balzani, *im Namen der S&D-Fraktion.* – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Leitlinien für den Haushaltsplan 2011 sind der erste Schritt in Richtung des nächsten europäischen Haushaltsplans, ein sehr eindeutiger Schritt.

Im Haushaltsausschuss haben wir große Anstrengungen unternommen, die wichtigsten identifizierbaren Prioritäten festzulegen, die europäische Maßnahmen hervorheben. Die erste Priorität betrifft junge Leute, nicht nur weil sie die Ressource sind, auf die man sich für Innovationen, Forschung und Entwicklung konzentrieren muss, sondern auch weil sie den grundlegenden Ansatzpunkt für weitsichtige Sozialstrategien darstellen.

Die 2020-Strategie ist jedoch auch eine wichtige Priorität: Die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, der Klimawandel und vor allem die Notwendigkeit, diese neue Strategie für die Zukunft wirklich und zweckmäßig umzusetzen, genügend Ressourcen dafür zur Verfügung zu stellen, ohne Kompromisse und ohne Einschnitte.

Diese Leitlinien sind jedoch auch ein sehr realistischer erster Schritt. Bei der finanziellen Vorausschau besteht wesentlich weniger Spielraum und das bedeutet, dass nicht genügend Ressourcen zur Durchführung dessen zur Verfügung stehen, was am wichtigsten ist: Neue Maßnahmen. Dies ist in Bezug auf das erste Kapitel besonders heikel, das Kapitel über Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Beschäftigung.

Es gibt jedoch eine weitere wichtige Angelegenheit: Der Haushaltsplan muss auch äußerst flexibel und in der Lage sein, schnell auf die Bedürfnisse von Bürgerinnen und Bürgern zu reagieren, auf die Bedürfnisse der Menschen und auf sich ändernde Bedürfnisse. Es gibt also Prioritäten, es gibt aber auch unverzichtbare Bedingungen, damit der Haushaltsplan wirklich ein nützliches Instrument ist, um Europas Wachstum zu unterstützen.

Diese beinhalten genügend Ressourcen, eine klar umrissene Umsetzung zukünftiger Strategien, vor allem der 2020-Strategie, und schließlich eine maßgebliche Lösung für ein flexibles Instrument, das uns - alleine - dazu in die Lage versetzt, mit zukünftigen Herausforderungen fertig zu werden.

Ivars Godmanis, im Namen der ALDE-Fraktion. – Herr Präsident! Ich möchte drei Punkte hervorheben.

Erstens, bezüglich der Strukturfonds - ca. 35 % des Haushaltsplans. Wir schneiden nur halb so gut ab wie in 2000-2006. Die gegenwärtige Absorptionsrate aller Fonds beträgt 14 %. Zuvor betrug sie 25 %. Die Frage ist also, wie dieser Teil des Haushaltsplans berücksichtigt, wie er erbracht, wie er erfüllt werden kann. Ansonsten entsteht eine Situation, in der das Geld nicht genutzt wird. Andererseits könnte es als Reserve dienen.

Zweitens, wir müssen einige Forderungen aus der vorangegangenen Sitzungsperiode rückerstatten und die Kommission hat geplant, fünf Milliarden dafür zur Verfügung zu stellen. In einigen Ländern, die eine nicht mehr als sechs Monate Rückerstattung gefordert haben, glaube ich, dass nicht das ganze Geld in Anspruch genommen werden wird. Des Weiteren stellt sich die Frage, ob dieses Geld genutzt werden wird oder nicht.

Außerdem muss ich etwas über zwei sehr ernsthafte Angelegenheiten bezüglich der Roll-over-Haushaltspläne sagen, die von Jahr zu Jahr weiterlaufen. Im Agrarhaushalt 2009 wurden 2 Milliarden EUR weniger für ländliche Entwicklung ausgegeben als 2008. Nun soll viel mehr Geld ausgezahlt werden, aber es stellt sich die Frage, ob 2010 alle Projekte verwirklicht werden oder nicht.

Schließlich, bezüglich des siebten Rahmenprogramms. Wenn wir einen Blick auf Kapitel 1a bezüglich des siebten Programms für F&E werfen, wurde 2009 wesentlich weniger ausbezahlt als 2008. Es stellt sich also die Frage, ob die Erbringung zufriedenstellend sein wird. Anschließend können wir den Haushalt gemäß der Situation planen. In anderen Bereichen bestehen ebenfalls viele Bedürfnisse. Sind dies also Reserven oder nicht?

Zbigniew Ziobro, im Namen der ECR-Fraktion. – (PL) Herr Präsident! Der Entschließungsantrag des Europäischen Parlaments bezüglich der Prioritäten für den Haushaltsplan 2011 enthält einen Absatz, der uns daran erinnert, dass die Finanzierung von Prioritäten den elementaren Bereichen der Politik der Europäischen Union, wie z. B. der Kohäsions- oder Strukturpolitik oder der gemeinsamen Agrarpolitik, nicht abträglich sein darf. Dieser Absatz gleicht einer vertraglichen Vereinbarung, die angesichts der vorab festgelegten Haushaltsplanprioritäten nötig zu sein scheint. Genau genommen lassen diese Prioritäten viel zu wünschen übrig.

Das Allheilmittel für die Krankheit der Krise, die Europa langsam auffrisst, sollte vor allem Innovation sein. Die Entschließung übersieht jedoch die Tatsache, dass in den ärmsten Regionen der Union oftmals nicht die richtigen Bedingungen für die Entwicklung von Innovationen vorherrschen. Es gibt Länder, in denen die Grundlagen einer modernen Wirtschaft, nüchtern betrachtet, erst jetzt zum Vorschein kommen. Wenn Europa zu einem Kontinent der Chancengleichheit werden soll, lautet die Antwort auf diesen Zustand im Großen und Ganzen Kohäsionspolitik und Strukturpolitik. Wir sollten uns besonders während einer Krise an diesen Aspekt der EU-Politik erinnern, insbesondere an den Solidaritätsaspekt, um die Teilung des Kontinents in arme und reiche Teile nicht weiter fortzusetzen.

Miguel Portas, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – (PT) Heute beginnen wir mit der Aussprache über die umfassenden Leitlinien für den Haushaltsplan 2011 und die vorgeschlagene Priorität ist Jugend. Diese

Priorisierung ist besonders an dem Punkt oder während des Zeitraums im Leben wichtig, der den Übergang vom Studium zum Arbeitsmarkt kennzeichnet. An sich ist diese Prioritätswahl etwas, das zu begrüßen ist.

Ein Vorschlag betrifft z. B. die Schaffung eines Erasmus Erstjob-Programms. Das Problem ist, dass in der Politik der Teufel im Detail steckt. Worüber sprechen wir, wenn wir über einen „Erasmus Erstjob“ sprechen? Wie sollen wir das Programm umsetzen? Indem wir finanzielle Mittel für Erasmus für Studenten abzweigen, oder indem wir ein neues Programm mit zusätzlichen Geldmitteln ins Leben rufen? Dies ist kein bloßes Detail, genauso wenig wie die Angelegenheit, ob Erasmus eher auf unsichere oder aber auf anständige Arbeitsplätze abzielt, die eine wirkliche Zukunft für junge Leute darstellen. Ist dies letztendlich ein Programm, das die Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen wird, so wie es dies beabsichtigt zu tun? Oder wird es im Endeffekt nur ein Programm sein, das lediglich darauf abzielt, Arbeitslosigkeit zu vertuschen? Ich glaube, dass diese Fragen im absoluten Mittelpunkt der Aussprache stehen. Die wichtigste Angelegenheit wird 2011 nach wie vor die Arbeitslosigkeit sein, die in der EU steil ansteigt. Es liegt in unserer Verantwortlichkeit, die Arbeitslosigkeit zu bewältigen.

Dies sollte eine Herausforderung für den europäischen Haushalt darstellen, aber der Haushaltsplan 2011 wird von einem Finanzrahmen gefangen gehalten, der auf sieben Jahre beschlossen und trotz der Krise nicht verändert wurde. Ohne eine gründliche und rigorose Revision dieses Finanzrahmens, wird der Haushaltsplan, den wir Ende des Jahres billigen werden, zum Stillstand und zur Mittelmäßigkeit verdammt sein, selbst wenn wir die besten Prioritäten der Welt verabschieden. Sie werden nicht über bloße Absichten hinausgehen und werden lediglich geringfügigen Einfluss auf die Struktur des Haushaltsplans haben.

Marta Andreasen, im Namen der EFD-Fraktion. – Herr Präsident! Die vorgeschlagene 6,5 %ige Erhöhung des Haushaltsplans 2011 des Parlaments ist lediglich ein weiteres Indiz dafür, wie weit dieses Haus sich von der Realität und von den Interessen seiner Wählerinnen und Wähler entfernt hat.

Wie können wir es unserer Wählerschaft in normalen Zeiten, geschweige denn in Zeiten der Krise, erklären, dass die Gesamtkosten, die sie für jeden Einzelnen von uns zahlen, 2 Millionen GBP pro Jahr übersteigen? Wie können wir ihnen übermitteln, dass dies, wenn sie ein Parlament auf hoher Ebene haben möchten - auf das manche stolz sind - der Preis ist, den sie dafür bezahlen müssen? Wie erklären wir all jenen, die ihre Arbeitsplätze verlieren, dass wir, die Abgeordneten, aufgrund des Vertrages von Lissabon mehr Personal benötigen? Oder dass die Funktionäre in diesem Parlament eine Erhöhung ihrer Gehaltszulagen benötigen, da sie mehr arbeiten?

Die 15 % der Jugendlichen, die im Vereinigten Königreich arbeitslos sind, oder noch schlimmer, die 45 % der Jugendlichen, die in Spanien arbeitslos sind, werden nicht in der Lage sein zu verstehen, wie diese Erhöhung dazu beitragen wird, ihnen einen Arbeitsplatz zu verschaffen. Viele von ihnen sind recht gut ausgebildet. Es fehlen ihnen lediglich Stellenangebote. Ich wäre ehrlich gesagt nicht dazu in der Lage zu antworten, wenn sie diese Frage stellen würden.

Kann jemand meinen Wählerinnen und Wählern erklären, wie die Tatsache, dass dieses Parlament zwei Sitze hat, einen in Brüssel und einen in Straßburg, ihnen dabei helfen wird, ihre Hypothek zu bezahlen, ihre Kinder zu ernähren oder sie ausbilden zu lassen, da dies einen großen Teil der Kosten von 2 Millionen GBP ausmacht, über die ich vorhin gesprochen habe.

Was die Kommission betrifft, ist es recht und schön, über hehre Ziele, wie z. B. in die Jugend und in Bildung zu investieren, das Erlernen von Sprachen zu fördern und Innovationen für wirtschaftliche Entwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen in Europa zu unterstützen, zu sprechen, jedoch ermutigt der Bericht des Auditors hinsichtlich der Art und Weise, auf die europäische Mittel ausgegeben werden, nicht, noch weisen die noch offenen Verpflichtungen darauf hin, dass die EU bei der Planung sehr gut ist.

Kein Vorschlag zur Erhöhung des Haushaltsplans sollte toleriert werden ...

(Der Präsident unterbricht die Rednerin.)

Angelika Werthmann (NI). - Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Prioritäten für den Haushalt 2011 der Europäischen Union stehen im Zeichen der Wirtschafts- und Finanzkrise. Damit verbunden sind die gemeinsamen positiven Anstrengungen, einen möglichst umfassenden und sozial gerechten Ausweg umzusetzen.

Ich konzentriere mich auf zwei Aspekte. Erstens: Ein Kernstück des Budgets für 2011 ist die Fokussierung auf die Jugend. Ihr kommt definitiv eine Schlüsselrolle für Europas Zukunft zu. Investitionen in die Jugend bedeuten, bereits heute an das Europa von morgen zu denken.

Zweitens: Die gegenwärtige Situation führt ganz klar vor Augen, wie schnell auch in einem starken Wirtschaftsraum Jobs zerstört werden können. Die Strategie 2020 hat auch einen Fokus auf Innovation. Durch die damit berechtigterweise verbundenen Hoffnungen werden neue Arbeitsplätze geschaffen und die sozialen Klippen entschärft.

László Surján (PPE). – (HU) Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir alle wissen, dass der Haushaltsplan der Europäischen Union ernsthaften Reformen unterzogen werden muss. Wir wissen jedoch des Weiteren, dass diese Reformen innerhalb des Rahmens eines Einjahreshaushalts nicht durchgesetzt werden können. Was ist unser Problem? Unser großes Problem ist, dass dies ein äußerst unflexibler Haushaltsplan ist. Wir können uns den täglichen, oder gar den jährlichen Herausforderungen, außer mit großen Schwierigkeiten, nicht auf angemessene Art und Weise stellen. Und natürlich besteht nur wenig Handlungsspielraum, die Möglichkeiten sind begrenzt. Die Berichterstatterin hat einen ausgeglichenen Vorschlag vorgelegt. Sie hat die tatsächlichen Gegebenheiten der Situation berücksichtigt und gute Ziele formuliert. Ich hoffe, dass das Parlament folgen und den uns vorliegenden Text und Vorschlag unterstützen wird.

Es ist besonders gut für uns, dass wir uns jungen Leuten zuwenden, da die jungen Leute sich andernfalls von uns abwenden werden, vom Konzept Europa. Ich möchte noch ein paar Minuten über die Kohäsionspolitik sprechen. Die Kohäsionspolitik ist keine Form der Weltverbesserei. Es stimmt, es gibt enorme Diskrepanzen zwischen den entwickelten und den unterentwickelten Regionen. Wir streben danach, diese Unterschiede auszumerzen, oder sie zumindest zu verringern. Wenn wir jedoch eine Region fördern, erhöht sich die Wettbewerbsfähigkeit in ganz Europa und wir werden im Hinblick auf den globalen Wettbewerb stärker, natürlich davon ausgehend, dass die Mitgliedstaaten die Möglichkeiten nutzen, das Geld nicht ungenutzt bleibt und das ausgegebene Geld darüber hinaus Ergebnisse erzielt. Ansonsten könnte die Verschwendung nicht größer sein. Die Verschwendung aufgrund der Unterhaltung von Programmen, die nicht die nötigen Ergebnisse erzielen, ist noch größer als jene, die von der Tatsache verursacht wird, dass es zwei Sitze gibt. Ich hoffe, dass in dieser Hinsicht Fortschritte erzielt werden. Der Haushaltsausschuss ist sehr darauf aus zu sehen, dass das Preis-Leistungs-Verhältnis stimmt. Vielen Dank dafür, dass Sie mir so aufmerksam zugehört haben.

Derek Vaughan (S&D). – Herr Präsident! Ich begrüße diesen Bericht über die Haushaltsplanleitlinien des Parlaments und ich begrüße die Diskussion über unsere Prioritäten, um sicherzustellen, dass das Parlament seine Arbeit verrichten kann.

Der anfängliche Bericht war vielleicht verständlicherweise vage und allgemein. Die bei der Prüfung im Ausschuss vorgenommenen Änderungen haben jedoch sichergestellt, dass wir uns nun darüber im Klaren sind, was wichtig ist. Der Haushaltsausschuss hat versucht, die Notwendigkeit, unsere Verantwortlichkeiten in Folge Lissabons zu verstehen, mit der Notwendigkeit, die gestiegenen Ausgaben so gering wie möglich zu halten, auszubalancieren und dies ist besonders wichtig, da die Margen und die öffentlichen Finanzen so knapp sind. Ich bin mir sicher, dass alle Abgeordneten diesen Punkt berücksichtigen werden.

Deshalb ist es entscheidend, unsere Prioritäten in diesen Leitlinien festzulegen und natürlich geht es nicht nur darum, Geld auszugeben. Es geht auch darum, nach Einsparungen Ausschau zu halten und es geht darum, das Geld auf die bestmögliche Art und Weise auszugeben.

Deshalb freut es mich, dass z. B. die Notwendigkeit für ein integriertes Wissensmanagementsystem, dass die verschiedenen Informationsquellen für Abgeordnete und Bürgerinnen und Bürger zusammenbringen würde, weitgehend anerkannt wird.

Die Analyse von Europarl TV, um herauszufinden, ob es effektiv ist oder nicht, ist ebenso zu begrüßen. Eine Evaluierung einer Sekretariatszulage und der Gesamtkosten der Beschäftigung von mehr Mitarbeitern, einschließlich Unterbringung, ist meiner Meinung nach ebenfalls unerlässlich, ebenso wie die Entwicklung einer mittel- und langfristigen Strategie für das Parlament und andere Institutionen, mit denen wir unter Umständen wesentlich enger zusammenarbeiten sollten, als wir dies bereits tun.

Und natürlich verbleibt die schwierige Angelegenheit der 20 %-Schwelle, auf die man sich vor so vielen Jahren geeinigt hat. Ich und der Haushaltsausschuss sind der Meinung, dass jegliche Änderungen dieser 20 % zwischen dem Haushaltsausschuss und dem Präsidium und letztendlich zwischen all den verschiedenen Institutionen diskutiert werden sollten. Es sollte keine einseitige Entscheidung sein.

Die S&D-Fraktion hat noch einige weitere Änderungsanträge vorgelegt, über die morgen abgestimmt wird, von denen wir glauben, dass sie die Leitlinien noch weiter verbessern werden. Ein Änderungsantrag zeigt die Schwierigkeiten der Zusammenfassung aller Verwaltungsausgaben in Kapitel 5 auf. Ein weiterer

Änderungsantrag fordert die frühe Veröffentlichung der Leitlinien und Voranschläge, um sicherzustellen, dass wir unsere Entscheidungen richtig und zeitgemäß treffen können. Ich hoffe, dass meine Kolleginnen und Kollegen diesen und andere Änderungsanträge unterstützen werden, die darauf abzielen, die Leitlinien zu verbessern.

Ich hoffe des Weiteren, dass meine Kolleginnen und Kollegen verstehen werden, dass wir im Anschluss an die Einigung auf diese Leitlinien schwierige Diskussionen bezüglich der kürzlich vom Generalsekretär veröffentlichten Voranschläge werden führen müssen. Erst dann werden wir über unsere Prioritäten zu sprechen beginnen und erst dann werden wir die richtige Diskussion führen, um das Gleichgewicht zwischen dem Funktionieren als Parlament und darin zu finden, unsere Ausgaben so niedrig wie möglich zu halten.

Carl Haglund (ALDE). – (SV) Herr Präsident! In harten wirtschaftlichen Zeiten wie diesen, sind Haushaltsangelegenheiten schwierig und heikel. Die Leitlinien für den Haushaltsplan 2011 enthalten auch den Haushaltsplan des Europäischen Parlaments selbst. Die Ausgaben in Kapitel 5 sind traditionell bisher immer so aufgeteilt worden, dass das Parlament einen Anteil von weniger als 20 % erhält.

In Folge des Vertrages von Lissabon sagen die Leute nun, dass das Parlament einen größeren Anteil des Geldes verschlucken sollte. Eine Revision der gestiegenen Notwendigkeit für Ressourcen, die aufgrund der neuen Befugnisse des Parlaments nötig sein könnten, ist sicherlich gerechtfertigt, und wir haben gerade als Folge des Vertrages von Lissabon bereits jetzt mehr Geld für 2010 erhalten.

Gleichzeitig kann der Vertrag von Lissabon aber nicht als eine Art neuer Geldausgabemaschine für das Parlament benutzt werden. Wir müssen auch dazu in der Lage sein, unsere eigene Organisation effizienter zu gestalten und zu versuchen, nach Möglichkeit Einsparungen zu erzielen, um dadurch auch in der Lage zu sein, zusätzliche Erfordernisse zu finanzieren.

Nun fordern einige des Weiteren eine erhöhte Zuteilung von Mitteln für die Mitarbeiter, die Abgeordnete des Europäischen Parlaments bei ihrer Arbeit unterstützen. Es stecken sicherlich gute Absichten dahinter, aber es ist interessant, dass z. B. die Abgeordneten meiner Fraktion mehr oder weniger einstimmig der Meinung sind, dass keine dringende Notwendigkeit dafür besteht, und dass es in diesen wirtschaftlich mageren Zeiten nicht nötig ist.

Die Leitlinien, die wir heute verabschieden werden, sind gut, und ich denke, wir sollten sie als eine Herausforderung betrachten, unsere eigenen Ausgaben kritisch zu beäugen.

Peter van Dalen (ECR). – (NL) Herr Präsident! Wir leben in finanziell und wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Überall werden die Gürtel enger geschnallt, und auch öffentliche Einrichtungen müssen ihre Ausgaben überwachen und Einsparungen vornehmen. Darüber hinaus haben die Bürgerinnen und Bürger nur wenig Vertrauen in die europäische Politik, und das bereitet mir große Sorgen. Daher möchte ich zwei Vorschläge bezüglich der Überprüfung des nächsten Haushaltsplans einbringen. Zunächst einmal müssen wir Abgeordneten alle genauso für unsere Dienstaufwandsentschädigung von 4200 EUR pro Monat rechenschaftspflichtig sein, wie wir dies auch für all unsere anderen Entschädigungen sind. Dies ist momentan nicht der Fall, und ich würde dies nicht als transparent bezeichnen. Darüber hinaus werde ich diesbezüglich einen Änderungsantrag vorlegen, wenn wir während unserer Sitzungsperiode im April den Bericht von Herrn Staes besprechen.

Herr Präsident, mein zweiter Punkt betrifft die Haushaltspläne der nationalen Informationsbüros des Europäischen Parlaments. Ich betrachte diese als besonders großzügig und bin der Ansicht, dass sie im Laufe von drei Jahren um ein Drittel gekürzt werden müssen. Ich appelliere an meine Kolleginnen und Kollegen, diese Vorschläge zu unterstützen. Dies würde unserem Wunsch nach Transparenz sowie unserer Absicht, uns selbst keine Sonderbehandlung zukommen zu lassen, Ausdruck verleihen.

Bastiaan Belder (EFD). – (NL) Herr Präsident! Der Haushaltsplan 2011 führt uns die Prioritäten der Europäischen Union vor Augen. In dieser wirtschaftlich schwierigen Zeit muss sich die Union zunächst einmal darüber im Klaren sein, dass ihre finanziellen Ressourcen aus Mitgliedstaaten stammen, die mit der Durchführung drastischer Einsparungen konfrontiert werden. Aber nicht nur Mitgliedstaaten müssen sich nun einschränken. Die EU sollte ihre öffentlichen Mittel ebenfalls beschneiden und diese zielgerichteter ausgeben.

Ich habe eine substantielle Frage bezüglich der Priorität, die die Berichterstatterin der Jugend verleiht. In der Regel können Sozial- und Jugendangelegenheiten von den Mitgliedstaaten sehr gut bewältigt werden. Dennoch möchte ich die Aufmerksamkeit auf eine Angelegenheit lenken, bei der die Unterstützung der EU wirklich

unverzichtbar ist. Der Bericht erwähnt den Übergang junger Leute von der Ausbildung in den Arbeitsmarkt. Ich möchte von der Berichterstatterin wissen, ob sie speziellen Bedürfnissen gefährdeter junger Leute ebenfalls Aufmerksamkeit schenken möchte. Hierbei denke ich an junge Leute, die in Kinderheimen aufgewachsen sind und dringend eine Berufsberatung benötigen. Vergangenen Monat habe ich bei einem Besuch in Bulgarien ein beeindruckendes Beispiel dafür gesehen. Ich begrüße eine europäische Unterstützung für Initiativen solcher Mitgliedstaaten von ganzem Herzen, z. B. im Rahmen der Strukturfonds. Ich zähle auf Sie.

Nick Griffin (NI). – Herr Präsident! Die wichtigste Priorität jedes Haushaltsplans sollte es sein, nur das eigene Geld auszugeben. Das Geld anderer ohne deren Erlaubnis auszugeben hat nichts mit Haushaltsplanung zu tun, es ist Diebstahl.

Den britischen Steuerzahlern werden jährlich 6,4 Milliarden GBP Direktzahlungen an die EU aus der Tasche gezogen und trotzdem wird uns nach wie vor unser Referendum verwehrt. Dieses Geld ohne ein demokratisches Mandat abzuziehen, ist kein opferloses Verbrechen. Fünfundzwanzigtausend Rentner sind diesen Winter an der Kälte gestorben, da sie es sich nicht leisten konnten, ihre Häuser zu heizen. Unsere Soldaten werden von den Bomben der Taliban getötet, da wir uns keine bombensicheren Fahrzeuge leisten können. Tausenden an Krebs Erkrankten werden teure, lebensrettende Medikamente verwehrt. 6,4 Milliarden GBP könnten all dies richten und es würde sogar noch etwas Geld übrigbleiben, um acht neue Krankenhäuser und 50 Schulen zu bauen.

Es sollte lediglich eine Haushaltsplanpriorität geben - die Ausgaben drastisch zu senken und damit aufzuhören, Großbritannien auszurauben. Unsere Rentner, Soldaten und Krebserkrankten brauchen das Geld nötiger als die EU. Für Sie ist es nur ein Haushaltsplan. Für diese Menschen bedeutet es den Unterschied zwischen Leben und Tod.

Salvador Garriga Polledo (PPE). – (ES) Herr Präsident! Ich begrüße Herrn Lewandowski, einen alten Bekannten dieses Parlaments, der nun auf von den Abgeordneten getrennten Bänken sitzt.

Des Weiteren möchte ich die Rückkehr zum traditionellen System der Haushaltsleitlinien begrüßen. Ich bin der Meinung, dass dies eine gute Sache ist, da der Kommissar sich auf diese Art und Weise die Haushaltsprioritäten des Parlaments anhören kann, bevor er den Haushaltsentwurf erstellt.

Die Dinge, die der Kommissar heute hört oder hören wird, unterscheiden sich stark von denen, die er zweifelsohne jeden Tag von den verschiedenen allgemeinen Seiten zu hören bekommt, die Druck auf ihn ausüben, um einen größeren Haushaltsplan zu bekommen.

Wir hier im Parlament werden vorläufig noch keinen Druck auf ihn ausüben. Wie er weiß, werden wir das ab September tun. Fürs Erste wollen wir nur, dass Herr Lewandowski ganz genau darüber Bescheid weiß, was die Haushaltsprioritäten des Parlaments darstellen. Sie stellen unsere Vorschläge dar.

Neue Herausforderungen für den Haushaltsplan 2011 tauchen jeden Tag auf. Wir sind bereits jetzt neuem Druck in Kategorie vier ausgesetzt, in der wir nur einen sehr engen Spielraum zulassen, der durch die Notwendigkeit, die Ostseestrategie mit einzubeziehen, noch enger werden wird.

Wir werden im Agrarbereich Druck ausgesetzt sein, nicht nur weil wir zum ersten Mal das Mitentscheidungsverfahren anwenden, sondern vor allem, weil wir beabsichtigen, es durch das Parlament anzuwenden und wir werden keinerlei weiteren Kürzungen des Agrarhaushalts zustimmen, um andere Bereiche zu finanzieren. Des Weiteren müssen wir natürlich die fortwährend problematische Angelegenheit der Kategorie fünf klären: Verwaltungskosten und mehr Transparenz.

Ein letzter Punkt: Dieses Parlament steht der Einsparung von Geldern sowohl aus dem EU-Haushalt als auch aus dem Haushalt des Parlaments sehr offen gegenüber. Der Punkt, dem wir Fraktionen meiner Meinung nach nicht offen gegenüberstehen, ist die Toleranz gegenüber der Demagogie bestimmter Personen, die diese zur ihrer Art und Weise des Betreibens von Politik machen.

Göran Färm (S&D). – (SV) Meine Damen und Herren! Und insbesondere unser ehemaliger Kollege, Janusz Lewandowski, den ich erneut hier willkommen heißen möchte. Ich möchte beide Berichte kurz kommentieren.

Zunächst einmal möchte ich mich bei Frau Jędrzejewska bedanken, die einen hervorragenden Bericht erstellt hat. Wir von der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten & Demokraten im Europäischen Parlament haben jedoch Änderungsanträge hinsichtlich einer Reihe von Absätzen vorgelegt, die wir als wichtig betrachten.

Zunächst einmal müssen wir klarstellen, dass der Klimawandel nach wie vor von hoher Priorität ist. Wir dürfen den Druck in Bezug auf diese Angelegenheit nicht aufgrund des Scheiterns in Kopenhagen verringern, sondern müssen stattdessen hart daran arbeiten, unsere eigene Aufgabe zu erfüllen, nämlich Lösungen für das Problem der Finanzierung zu finden.

Zweitens, im Hinblick auf die Europa-2020-Strategie: Unsere Strategie erfordert, dass die Union ebenfalls in die Umsetzung der Strategie investiert und diese verbessert. Wir müssen vorausschauend um die Entwicklung der Wirtschaft und für eine ehrgeizige Sozialagenda kämpfen, und hierbei handelt es sich um politische Bereiche, die ganz einfach mehr Substanz erfordern.

Unter anderem müssen wir den Mitgliedstaaten und dem Rat die klare Botschaft übermitteln, dass es nötig sein wird, die Haushaltsobergrenzen für die nächsten drei Jahre erneut zu überprüfen, insbesondere in Kapitel 1 des Haushaltsplans, welches das Kapitel ist, das sich mit Wachstum und Beschäftigung befasst.

Was den eigenen Haushaltsplan des Parlaments betrifft, selbst wenn wir erhebliche Anforderungen haben, müssen wir die wirtschaftliche Situation berücksichtigen und uns selbst umfangreiche Einschränkungen auferlegen. Wir müssen das Parlament und insbesondere die Kompetenz der Fraktionen stärken, damit diese in der Lage sind, die Anforderungen des Vertrages von Lissabon zu erfüllen. In jeder anderen Hinsicht müssen wir jedoch nach Wegen suchen, um Einsparungen zu machen und die Effizienz zu erhöhen. Dies ist besonders relevant, da Kapitel 5 des Haushaltsplans, für die Verwaltung, äußerst ausgereizt ist. Vor kurzem haben wir z. B. den neuen Auswärtigen Dienst diskutiert, der sicherlich zusätzliche Ressourcen erfordern wird.

Wir müssen uns auf die Hauptaufgabe des Parlaments konzentrieren und in anderen Bereichen umfangreiche Einschränkungen vornehmen.

Geoffrey Van Orden (ECR). – Herr Präsident! In Zeiten wirtschaftlicher Knappheit, in denen wir mit Kürzungen öffentlicher Ausgaben in allen europäischen Ländern konfrontiert sind, sollten alle EU-Institutionen nach Wegen Ausschau halten, um Kosten einzusparen und Verschwendung zu vermeiden.

Das Parlament sollte dabei eine Führungsrolle übernehmen. Stattdessen zeigt es sich weiterhin maßlos, wobei die Kosten und die Anzahl der Beschäftigten ständig ansteigen und nicht an Einsparungen gedacht wird. In jeder anderen Organisation würden neue Prioritäten durch Kürzungen anderswo ausgeglichen werden, jedoch, wie es scheint, nicht in diesem Haus. Die Abgeordneten bekommen den Großteil der öffentlichen Anschuldigungen zu spüren, aber was wirklich Geld kostet sind die viel zu aufgeblasene Bürokratie, unnötige Überschüsse und die überflüssigen Gebäude.

Wie können Sie die den Selbstvermarktungshaushalt des Parlaments in Höhe von 94 Millionen GBP jährlich rechtfertigen, wobei acht Millionen für das überflüssige Europarl TV ausgegeben werden, sowie diesen bizarren Plan für ein 2 Millionen GBP teures Haus der Europäischen Geschichte? Es ist lächerlich, dass Sie weiterhin sogenannte Informationsbüros, mit jährlichen Kosten von 40 Millionen, in allen Mitgliedstaaten unterhalten, wenn es die Aufgabe von 736 Abgeordneten ist, jegliche Fragen ihrer Wählerschaft zu beantworten.

Es ist ein fortwährender Skandal, dass dieses Parlament von den Regierungen der Mitgliedstaaten nicht gefordert hat, den Straßburg-Zirkus ein für allemal zu beenden. Wir müssen diesbezüglich eine klare Botschaft an unsere Regierungen aussenden und pro Jahr 200 Millionen einsparen.

Ingeborg Gräßle (PPE). - Herr Präsident, Herr Kommissar, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zuerst zum Kommissionshaushalt sprechen. Der Europäische Auswärtige Dienst liegt mir sehr am Herzen. In dem Haushaltsplan, den der Kommissar bald vorlegen wird, wird er aber noch nicht etatisiert sein. Aber die Frage, wieviel er kostet, ist für uns eine Schlüsselfrage. Ich bin dafür, dass wir diesen Dienst in die Kommission einbinden, denn dort gehört er hin. Und eines ist auch klar: Das, was dort passiert, wird erhebliche budgetäre Auswirkungen haben, und zwar auch, was die Mehrjahresprogramme betrifft. Es kann nicht sein, dass es eine Verwaltung von Mehrjahresprogrammen außerhalb der Kommission gibt. Das können wir auf keinen Fall zulassen.

Es wird sehr wichtig sein, welche Rechtskonstruktion wir für diesen Dienst wählen, weil die budgetären Konsequenzen unmittelbar daran hängen. Deswegen ist bereits jetzt das Interessanteste an diesem Haushalt, was noch nicht drinsteht. Wir hoffen sehr, dass der Kommissar bald beziffern kann, was die ganze Sache kosten soll. 2011 – so viel ist jetzt schon klar – ist vor allem in der Verwaltungszeile, dort, wo wir die größten Ausgaben – auch für diesen Dienst – haben werden, am wenigsten Spielraum vorhanden. Es ist alles auf Kante genäht. Deswegen bin ich dafür, dass wir im Personalstatut dringend nach Einsparungsmöglichkeiten

suchen. Ich hätte auch schon einen Vorschlag, nämlich zum Sonderurlaub für Beamte und Mitarbeiter, die in den Mitgliedstaaten arbeiten und deren Sonderurlaub sich an der Eisenbahnfahrt in das Heimatland orientiert. Man sollte die Eisenbahnfahrt streichen und sich am Flugticket und an der Flugzeit orientieren.

Zum Parlamentshaushalt: Wer in diesem Parlament arbeitet – davon kann leider nicht bei allen Kollegen die Rede sein –, braucht Personal. Deswegen möchte ich ausdrücklich dafür plädieren, dass wir uns selbst geeignete Arbeitsmöglichkeiten verschaffen. Einen Zusammenhang mit den Gebäuden herzustellen, halte ich aber für nicht angebracht, weil wir auch Wahlkreise haben und Dienstleistungsverträge machen können. Deswegen möge sich das Präsidium des Hauses bitte nicht den Kopf der Abgeordneten zerbrechen.

Noch eine Bitte: Der Ratspräsident existiert haushaltsmäßig immer noch nicht. Es wäre schön, wenn wir dessen Existenz auch haushaltsmäßig herbeiführen könnten.

Martin Ehrenhauser (NI). – Herr Präsident! Wir brauchen eine andere EU, und wir brauchen auch ein anderes EU-Budget. Ich denke, wir brauchen Mut für große Entscheidungen. Wir sollten uns sicherlich nicht wegen kleiner technischer Details in die Haare bekommen.

Drei Dinge zum EU-Budget: Erstens brauchen wir Transparenz, was das EU-Budget betrifft. Wie hoch sind beispielsweise die Verwaltungsausgaben? Das derzeitige EU-Budget gibt dazu keine realistische Auskunft.

Zweitens: Einsparungen. Es ist ein Leichtes, Milliarden im EU-Haushalt einzusparen, ohne dass die Qualität der Leistung der EU-Institutionen sinkt. Ich denke da beispielsweise an die Schließung eines großen Teils der EU-Agenturen. Ich denke an den zweiten Sitz in Straßburg. Oder es sollte die Sinnhaftigkeit von kompetenzlosen Gremien diskutiert werden, wie z. B. der Ausschuss der Regionen oder der Wirtschafts- und Sozialausschuss.

Drittens: Wie verwendet man das Geld? Das Geld sollte man dort hingeben oder zurückgeben, wo es herkommt, nämlich den Steuerzahlern. Man sollte natürlich auch vernünftige Projekte damit fördern, da denke ich unter anderem an ein echtes Erasmus-Programm, beispielsweise für Lehrlinge. Ich denke, wir brauchen Mut. Das sollten wir uns alle hinter die Ohren schreiben.

Czesław Adam Siekierski (PPE). – (PL) In Folge des Inkrafttretens des Vertrages von Lissabon hat das Europäische Parlament bedeutende zusätzliche Befugnisse erlangt. Die Zeit für gemeinsame Entscheidungen bezüglich des Ausgebens von Geldern aus der Kasse der EU ist gekommen. Jedoch wird es auch eine Zeitlang dauern, bis dieser Mechanismus zu funktionieren beginnt. Es ist gewiss, dass dieses Jahr und die nächsten paar Jahre für die Etablierung der endgültigen Form des neuen Haushaltsverfahrens entscheidend sein werden. Nur wenn das Parlament, der Rat und die Kommission als Partner zusammenarbeiten, wird es möglich sein, ein Verfahren zu entwickeln, das die Vorschriften des neuen Vertrages zum höchstmöglichen Grad einhält.

Ich möchte meine Unterstützung für den Aufruf zur Erhöhung des Gemeinschaftshaushalts, angesichts der neuen Verantwortlichkeiten, mit denen das Parlament in Folge des Inkrafttretens des Vertrages von Lissabon konfrontiert wird, zum Ausdruck bringen. Es besteht kein Zweifel daran, dass das Parlament, um seinen Pflichten effektiv nachkommen zu können, die entsprechenden Mittel benötigt. Die Verantwortung des Parlaments wächst, weshalb wir als Abgeordnete mehr Ratschläge, Expertenmeinungen und Unterstützung von verschiedenen Fachleuten benötigen und jemand muss dafür bezahlen.

Eine weitere in dem Bericht dargelegte Priorität, die vollste Unterstützung verdient, ist die Notwendigkeit, mehr in die Jugend zu investieren und somit in Bildung, die das Fundament einer modernen und innovativen Gesellschaft darstellt. Europa hinkt im technologischen Wettrennen mit den USA, Japan und anderen neuen Weltmächten nach wie vor hinterher. Dies kann sicherlich geändert werden, wozu jedoch erhebliche Ausgaben nötig sind.

Als Teil des Kampfes gegen Armut, sollten wir Programme wie z. B. die kostenlose Verteilung von Nahrungsmitteln für die Ärmsten finanzieren. Wir sollten Programme wie jene entwickeln, die Schulen Milch und Obst zur Verfügung stellen. Wir dürfen, da wir so viel über Bildung und eine wissensbasierte Wirtschaft sprechen, die Unterernährung von Kindern und jungen Menschen nicht tolerieren.

Gegenwärtig wird an der Strategie für das Wirtschaftswachstum der Union im Laufe der nächsten 10 Jahre (Europa 2020) gearbeitet. In Bezug darauf ist es nötig, Ausgaben zu berücksichtigen, die als Folge der Strategie auftreten werden. Dies muss nun geschehen, in der Phase, in der wir am Haushaltsplan arbeiten. Damit die Strategie erfolgreich ist, muss mehr für die Kohäsion auf regionaler und europäischer Ebene, die Förderung der Beschäftigung sowie den Kampf gegen die Auswirkungen der Krise ausgegeben werden.

Zum Abschluss möchte ich meiner Kollegin, Frau Jędrzejewska, für eine sehr substantielle und innovative Aufbereitung der Prioritäten für den Haushaltsplan 2012 danken.

Maria Da Graça Carvalho (PPE). – (PT) Junge Leute, Wissenschaft und Innovation stehen im Mittelpunkt der Prioritäten des nächsten Haushaltsplans der Europäischen Union. In junge Leute zu investieren bedeutet, in die Zukunft zu investieren. Bildung, Berufsausbildung und der Übergang vom Bildungssystem zum Arbeitsmarkt sind die zentralen Anliegen dieses Haushaltsplans.

Junge Leute mit Hochschulabschlüssen sind mittlerweile immer öfter von Arbeitslosigkeit betroffen. Deshalb betrachte ich das Erasmus Erstjob-Mobilitätsprogramm als strategisches Engagement für die Zukunft, da es eine klare Verbindung zwischen dem Bildungssystem und dem Arbeitsmarkt herstellt. Der Vorschlag zur Schaffung des Erasmus Erstjob-Programms, den ich zusammen mit Herrn Fernandes eingebracht habe, basiert auf folgenden Prinzipien: Erstens, zusätzliche Geldmittel für existierende Programme in den Bereichen Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Innovation. Und zweitens, in jedem Fall wird es eine Weiterbildungskomponente und eine Komponente geben, bei der der Auszubildende einen Vertrag mit einem innovativen europäischen Unternehmen hat, und die mittels des europäischen Haushaltsplans kofinanziert wird.

Im Hinblick auf die anderen Prioritäten dieses Haushaltsplans möchte ich die Bereiche wissenschaftliche Forschung, Innovation und die digitale Agenda thematisieren. Dieser Haushaltsplan konzentriert sich des Weiteren auf die Unterstützung der Entwicklung grüner und innovativer Technologien und trägt so wesentlich zur wirtschaftlichen Erholung bei und verleiht Klein- und Mittelbetriebe Impulse. Sich jungen Leuten, Innovation und Wissenschaft zu verschreiben, ist der Schlüssel, um Europa erneut weltweit führend zu machen.

Piotr Borys (PPE). – (PL) Herr Präsident, Herr Lewandowski, Frau Jędrzejewska! Zunächst einmal möchte ich dem Berichterstatter zu einem großartigen Bericht gratulieren. Natürlich ist die wirtschaftliche Situation in der Europäischen Union nach wie vor nicht zufriedenstellend, aber der Bericht zeigt uns in verstärktem Maße, wie ein europäischer Mehrwert zu erzielen ist.

Ich bin der Meinung, dass es eine ausgezeichnete Idee zur Unterstützung der Lösung unserer Probleme ist, der Jugend bei den mittel- und langfristigen Prioritäten besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Ich bin der Meinung, dass die Aufrechterhaltung von Tendenzen in Bezug auf Innovation und die Betonung digitaler Technologie gute Beispiele für die schnelle Entwicklung der Europäischen Union sind. Die Unterstützung von Klein- und Mittelbetrieben, hauptsächlich in den schwächsten Regionen, ist ebenfalls interessant.

Es lohnt sich jedoch auch zu betonen, dass bezüglich der Frage der Mobilität, die Investitionspolitik für das transeuropäische Verkehrsnetzwerk und somit Fragen hinsichtlich des Transports auftreten werden. Ich bin der Meinung, dass Investitionen in die Jugend entscheidend sind und deshalb möchte ich meinen und auch den Dank des Ausschusses für Kultur und Bildung, für alle Bemühungen zum Ausdruck bringen, deren Ziel die Unterstützung von Maßnahmen in Bezug auf Investitionen in junge Menschen ist.

Silvia-Adriana Țicău (S&D). – (RO) Der Haushaltsplan 2011 muss sowohl die neuen Befugnisse der Europäischen Union als auch die Konsequenzen der Wirtschafts- und Finanzkrise berücksichtigen. Unsere Priorität muss es sein, bestehende Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen.

Ich bin der Meinung, dass die Europäische Union in eine vernünftige und ehrgeizige Industriepolitik investieren muss. Es ist inakzeptabel, dass die Industrie im Jahr 2010 in bedeutenden Mitgliedstaaten lediglich 14 % des BIP ausmacht.

Deshalb muss der Haushaltsplan 2011 in Betracht ziehen, Haushaltsprioritäten neu zu definieren, eine Aufgabe, die die Mitgliedstaaten nur 2010 während der Halbzeitbewertung der finanziellen Vorausschau für 2007-2013 ausführen können.

Diese Prioritäten müssen sich auf die Verkehrsinfrastruktur, Energieeffizienz, Industriepolitik und Forschung, Landwirtschaft, Bildung und Gesundheit konzentrieren. Wir erwarten, dass die Kommission dieses Jahr einen stabilen Vorschlag für die Einrichtung eines europäischen Fonds speziell für die Entwicklung der Transportinfrastruktur vorlegt und der Beitrag der EU dafür wird ebenfalls Teil des Haushaltsplans 2011 sein.

João Ferreira (GUE/NGL). – (PT) Die wirtschaftliche und soziale Lage in der EU verlangt danach, 2011 wesentliche Änderungen bei den Prioritäten vorzunehmen, denen vorangegangene Haushaltspläne, einschließlich des gegenwärtigen Haushaltsplans 2010, gefolgt sind. Der Haushaltsplan muss Strategien

dienen, die sich von denen unterscheiden, die dazu geführt haben, dass 23 Millionen Menschen ihren Arbeitsplatz verloren haben und die 85 Millionen Menschen dem Risiko der Armut ausgesetzt haben.

Die Ziele des mehrjährigen Finanzrahmens, die die Strukturfonds auf 0,37 % des Bruttonationaleinkommens der EU verringert haben, müssen neu bewertet werden, da diese zu Kürzungen bei Sozial- und Umweltschutzprogrammen und in den Bereichen Forschung, Bildung und Kultur geführt haben.

Zukünftige Haushaltspläne müssen Instrumente darstellen, die der wirtschaftlichen und sozialen Kohäsion dienen, statt lediglich die Verträge zu polstern. Sie müssen einer Vollbeschäftigung mit Rechten, Investitionen in öffentliche Dienste, dem Umweltschutz, der Zusammenarbeit und dem Frieden dienen. Sie sollten kein Instrument darstellen, das der Kommerzialisierung von immer mehr Aspekten des gesellschaftlichen Lebens, von Freiheiten, sowie einer fehlenden Arbeitsplatzsicherheit, einer strukturbedingten Arbeitslosigkeit, externem Interventionismus und Krieg dient. Der Nachdruck der von uns bezüglich des Berichts vorgelegten Änderungsanträge zeigt, dass es eine Alternative gibt, und eine, die nicht nur möglich sondern auch nötig ist.

Franz Obermayr (NI). - Herr Präsident, ich beziehe mich auf Rubrik 5, speziell auf die Gebäudestrategie. Eine mittel- und langfristige, gelungene Gebäudestrategie ist wichtig. Sie muss umweltfreundlich, energieeffizient und besonders kosteneffizient gestaltet sein. Es sollte auch offen über die Sinnhaftigkeit der drei Arbeitsorte des Europäischen Parlaments diskutiert werden. Die horrenden Ausgaben für die verschiedenen Standorte sind gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise gegenüber EU-Bürgern und Steuerzahlern kaum zu rechtfertigen. Es ist an der Zeit, eine genaue umfassende Kostenanalyse durchzuführen und sie jedem EU-Bürger zugänglich zu machen.

Das Europäische Parlament sollte daher auf einen Sitz konzentriert werden, wobei ich persönlich Straßburg aufgrund seiner historischen und soziokulturellen Brückenfunktion und nicht zuletzt aufgrund der Tatsache vorziehe, dass Brüssel in Kriminalität versinkt, Stadtteile in Anarchie verfallen, die Polizei resigniert hat und selbst Kommunalpolitiker, wie Bürgermeister Freddy Thielemans, dies auch zugeben.

Elena Băsescu (PPE). – (RO) Ich fordere dringend, dass der Haushaltsplan 2011 der Europäischen Union die Jugendpolitik besser widerspiegeln und unterstützen muss. Junge Leute müssen sowohl auf EU- als auch auf nationaler Ebene unterstützt werden.

Im Hinblick darauf ist eines der Projekte, das die rumänische Regierung zur Unterstützung junger Leute einsetzt, der Bau von 100 000 Wohnungen für diese in den nächsten drei Jahren.

Gleichzeitig begrüße ich das Ziel der Europäischen Kommission, Erasmus-Studenten bis 2012 3 Millionen Studienbeihilfen zukommen zu lassen. Es ist jedoch ebenfalls von entscheidender Bedeutung, mehr Mittel für Erasmus Mundus Beihilfen zu Verfügung zu stellen. So wird es noch mehr Studenten und Forschern aus Drittländern - und in diesem Fall denke ich insbesondere auch an die Republik Moldau - möglich sein, in der Europäischen Union zu studieren und zu arbeiten.

Als junge Abgeordnete unterstütze ich die Erasmus-Initiative, die jungen Leuten mittels eines ersten Arbeitsplatzes den Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglicht.

Abschließend möchte ich der Europäischen Kommission für ihre Unverzüglichkeit bei der Bewilligung der Finanzierung der vier Energieprojekte danken, an denen Rumänien ebenfalls beteiligt ist.

Zigmantas Balčytis (S&D). – (LT) Unter Berücksichtigung der komplizierten wirtschaftlichen Situation in den Mitgliedstaaten sollte der Haushaltsplan für nächstes Jahr sehr gut überlegt sein. Die meiste Aufmerksamkeit sollte der Arbeitsplatzhaltung und -schaffung gelten. Die Unterstützung und Förderung von Klein- und Mittelbetrieben wäre hier nützlich, da diese Unternehmen einen großen Teil der Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union beschäftigen. Finanzielle Unterstützungsmaßnahmen müssen flexibler gestaltet werden und besser zugänglich sein, wenn neu gegründete Unternehmen, oder jene, die mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, überleben sollen. Wir sollten des Weiteren jene Bereiche nicht vergessen, die nicht nur einzelnen Mitgliedstaaten, sondern der Gemeinschaft als Ganzes Mehrwert verleihen. Als einen dieser Bereiche könnten wir den Transport nennen, dessen Priorität die Schaffung eines nachhaltigen und sicheren Transportsystems und die Entwicklung eines transeuropäischen Netzwerks sein sollte. Eine geeignete Finanzierung von Energievernetzungsprojekten, die Energieunabhängigkeit gewährleisten, muss ebenfalls eine der Prioritäten des Haushaltsplans 2011 bleiben.

Janusz Lewandowski, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident! Ich möchte den Abgeordneten für ihre Anmerkungen danken, die mein Verständnis der Prioritäten des Parlaments für 2011 vertieft und bereichert

haben. Was mir beim Zuhören eindeutig aufgefallen ist - und ich bin heute Abend in Zuhörstimmung -, war, dass viele Redner betont haben, dass wir den Haushaltsplan für 2011 im außergewöhnlichen Umfeld Europas nach der Krise ausarbeiten, wobei viele Länder mit wirklichen finanzpolitischen Herausforderungen kämpfen. Dies übt wirklichen Druck auf die Haushaltszahlen und auch auf eine gute Verwaltung, auf die Transparenz im Haushaltsplan aus - wie dies von Herrn Van Orden, Herrn Berman, Herrn Fernandes und Herrn Haglund verdeutlicht wurde, aber wenn die Ressourcen knapp sind, ist das wirklich Nötige, die Prioritäten richtig zu setzen.

Ich habe nach dieser Aussprache das Gefühl, dass die Jugend, d.h. Kapitel 3b - das vom Berichterstatter aufbereitet wurde - die Unterstützung jüngerer und älterer Abgeordnete dieses Plenarsaals genießt, so dass es scheint, dass diese Priorität, einer Mehrheit hier in diesem Parlament zufolge, zu Recht gewählt wurde. Was des Weiteren nötig ist, ist Qualität und eine gute Implementierung und wir - z. B. Herr Goldmans und Herr Surján - denken umgehend an Kohäsion. Ja, diese war 2009-2010 niedrig eingestuft. Sie sollte 2011 voll in Fahrt kommen, ebenso wie die Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise. Aber wir geben des Weiteren nicht genug für die Forschung aus und dies verdient eine wesentlich benutzerfreundlichere finanzielle Regelung. Wir sollten diese Ende Mai-Juni diesen Jahres bekanntgeben.

Was mir beim Zuhören während Ihrer Aussprache ebenfalls klar war, ist, dass sich das Parlament des aufgrund der umfangreichen Einschränkungen begrenzten Handlungsspielraums bewusst ist. Herr Salvador Garriga Polledo, Herr Färm und weitere Abgeordnete haben den sehr begrenzten Handlungsspielraum betont, aber das Fazit könnte eine größere Flexibilität bei der Ausarbeitung und Implementierung des Haushaltsplans sein. Ich kann dieser Schlussfolgerung nur zustimmen.

Wie üblich hat Ingeborg Gräßle Recht, wenn sie sagt, dass bisher noch keine Finanzen für den Auswärtigen Dienst eingeplant wurden, aber um einen Haushaltsplan zu erstellen, braucht man Zahlen. Diese Zahlen liegen uns momentan noch nicht vor, und ohne Zahlen ist es sehr schwierig, den Haushaltsplan festzulegen. Dies sollte jedoch dieses Jahr geschehen, wenn der Auswärtige Dienst funktionsfähig sein soll.

Ich freue mich wirklich auf die morgigen Diskussionen im informellen Dreiergespräch und anschließend auf den Beginn der wirklichen Aussprache. Lassen Sie uns des Weiteren hoffen, dass wir uns erfolgreich auf die Zahlen für 2011 einigen können.

VORSITZ: Frau DURANT

Vizepräsidentin

Sidonia Elżbieta Jędrzejewska, *Berichterstatterin*. – (PL) Frau Präsidentin, Herr Lewandowski, meine Damen und Herren, ich habe Ihre Ausführungen mit großem Interesse verfolgt und möchte vor allem sagen, wie hoch erfreut ich bin, dass die Priorität in Bezug auf die Hauptänderung im Haushaltsplan 2010, die Priorität in Bezug auf die Jugend, die von mir vorgeschlagen und vom Haushaltsausschuss angenommen wurde, auch Ihre Unterstützung und Ihr Interesse gefunden hat. Dies hat mich sehr erfreut und motiviert.

Natürlich möchte ich nochmals unterstreichen, was Sie richtigerweise in der Aussprache angemerkt hatten, dass uns nur wenig Spielraum bleibt. Das bedeutet, dass es umso mehr Gründe gibt, die Europäische Kommission aufzufordern, Ehrgeiz, Vorstellungskraft und Mut zu zeigen und eine Überprüfung und mögliche Überarbeitung des Mehrjahres-Finanzrahmens vorzunehmen. Wie Sie wissen ist das Jahr 2011 das fünfte Jahr des mehrjährigen Finanzrahmens. Jetzt ist es sicherlich an der Zeit, dass wir aus diesen vier Jahren etwas gelernt haben. Das fünfte Jahr müsste entschieden besser werden.

Es ist natürlich klar, dass wir gegen eine Finanz- und Wirtschaftskrise kämpfen, die – und das ist offensichtlich – in den einzelnen Ländern unterschiedlich verläuft. Einige Länder scheinen aus der Krise herauszukommen, aber das ändert nichts an der Tatsache, dass wir Ehrgeiz an den Tag legen müssen, insbesondere weil, wenn wir uns den Haushaltsplan der Europäischen Gemeinschaft anschauen, Gelder für Innovation, Forschung, Jugend, Realisierung des gemeinsamen Marktes und Realisierung von Freiheiten des gemeinsamen Marktes tatsächlich nur einen kleinen Teil des Haushaltsplans der Europäischen Gemeinschaft ausmachen. Daher sollten geplante Einsparungen meiner Meinung nach nicht diesen Teil des Haushaltsplans der Europäischen Union treffen.

Viele von Ihnen sagten, und da stimme ich Ihnen zu, dass die Jugend die Zukunft der Europäischen Union ist. Jedoch möchte ich hinzufügen, dass diese jungen Menschen nicht nur die Zukunft sind, denn sie leben hier und heute. Sie befinden sich heute in der Ausbildung und suchen morgen Arbeit. Die Jugend ist nicht nur unsere Zukunft, sie ist auch unsere Gegenwart. Investitionen in junge Menschen sind nicht nur eine

Investition in das, was irgendwann einmal passiert, sondern in das, was hier und heute passiert. Daran sollten wir immer denken.

Ich möchte auch ein paar Worte zu diesen langfristigen Überlegungen über den Haushalt der Europäischen Union sagen. Es geht nicht nur um die Jugend, sondern auch um ein breiteres Verständnis, zu dem auch im weitesten Sinne Themen mit Bezug auf junge Leute gehören, Themen rund um Aus- und Weiterbildung. Ich glaube, dass hier die europäische Dimension, die europäische Dimension des Mehrwerts, ganz eindeutig ist. Wir sollten jedoch nicht vergessen, dass wir in einem vereinten Europa agieren, in dem die Mobilität der Gedanken und die Mobilität der Menschen tatsächlich zu unseren wichtigeren Werten gehören, und wir sollten uns kontinuierlich darum kümmern.

Ich möchte auch noch ein paar Worte zusammenfassend zur Aussprache über den Haushaltsplan des Europäischen Parlaments sagen. Es stimmt, ich bin zwar heute als Berichterstatterin hier, aber ich werde mir trotzdem ein paar Worte erlauben und auf etwas hinweisen, das sich mittlerweile im Bericht des Ausschusses zum Haushaltsplan befindet. Natürlich ist es wichtig, immerzu über Einsparungen nachzudenken und darüber, ob die Ausgaben, die gerade gemacht werden, gerechtfertigt sind, ob es keine sinnvoller Alternativen gibt. Dieser Denkprozess läuft kontinuierlich ab und sollte uns alle angehen. Diese Überlegungen sind sicherlich auch im Bericht zum Europäischen Parlament enthalten.

Ich hoffe sehr, dass diese Aussprache, die zu einer so späten Stunde stattgefunden hat, für niemanden von uns Zeitverschwendung war. Ich hoffe sehr, dass Herr Lewandowski allem, was hier gesagt wird, gut zuhört, und dass er nicht vergisst, dass er vor nicht allzu langer Zeit Abgeordneter dieses Parlaments war. Ich hoffe sehr, dass sich diese Aussprache im Haushaltsentwurf niederschlägt, den vorzulegen die Europäische Kommission für den 27. April 2010 versprochen hat. Ich werde dies alles freudig wieder und wieder und wieder sagen, den ganzen Frühling hindurch bis zum Herbst, aber ich wäre trotzdem froh, wenn einige der bereits hier gemachten Vorschläge nun in den Entwurf der Europäischen Kommission aufgenommen würden, damit ich mich endlich weniger wiederholen muss. Nochmals vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Die Präsidentin. – Die gemeinsame Aussprache wird geschlossen.

Die Abstimmung findet morgen statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Edit Herczog (S&D), schriftlich. – Zunächst möchte ich daran erinnern, dass, obwohl die EU in der Lage war, durch Annahme eines Europäischen Konjunkturprogramms gemeinschaftlich auf die Finanz- und Wirtschaftskrise zu reagieren, die gesamtwirtschaftliche Situation in der EU immer noch nicht zufriedenstellend ist. Es ist unvermeidbar, dass die folgenden Prioritäten für die Haushaltsleitlinien 2011 berücksichtigt werden: Die Umsetzung des RP7, das im Jahr 2011 ausläuft, sollte genau überwacht werden; Entwicklung der kürzlich erstellten europäischen Raumfahrtpolitik und Förderung des wissenschaftlichen und technologischen Fortschritts zur Unterstützung innovativer Technologien und nachhaltiger Entwicklung; die mit nachhaltiger Energie und der Bekämpfung des Klimawandels verbundenen Herausforderungen müssen Niederschlag in den Prioritäten des EU-Haushaltsplans finden; diese Prioritäten erfordern weitere Haushaltsmittel, insbesondere für die Finanzierung von ITER und des Europäischen Strategieplans für Energietechnologie sowie zur Förderung von Energieeffizienz; die Bedeutung des Galileo-Projekts, des GMES-Programms und des Europäischen Instituts für Innovation und Technologie; die ordnungsgemäße Umsetzung und Bewertung laufender Pilotprojekte und Vorbereitungsmaßnahmen sollten Priorität haben.

Ich vertraue darauf, dass diese Schlüsselbereiche in angemessener Weise im anstehenden Haushaltsverfahren für 2011 berücksichtigt werden.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), schriftlich. – (RO) In diesem Jahr wird das Haushaltsverfahren seiner größten Reform seit der Einführung des mehrjährigen Finanzrahmens im Jahr 1988 unterzogen. Während die Haushaltsverfahrensreform weiter geht, muss der gesamte Haushaltsrahmen streng genommen an die neuen institutionellen Realitäten angepasst werden, die der Vertrag von Lissabon primär für den Europäischen Auswärtigen Dienst geschaffen hat. Ich denke jedoch, dass das Hauptziel des zukünftigen Haushalts darin liegt, die Strategien der neuen Agenda Europa 2020 zu unterstützen. Dieses Projekt wird nur dann eine Chance auf Erfolg haben, wenn wir die notwendigen Geldmittel bereitstellen. Anderenfalls wird die Agenda genauso enden wie die vorherige, die Lissabon-Strategie, die weit davon entfernt ist, auch nur eines der festgelegten Ziele zu erreichen. In dieser Hinsicht teile ich die Gefühle der Berichterstatterin und möchte unterstreichen, wie wichtig die politischen Maßnahmen in den Bereichen Jugend, Bildung, Forschung und

Innovation sind. Meiner Ansicht nach bilden sie die Eckpfeiler, auf denen wir sowohl den Haushalt 2011 als auch unsere Vision der Zukunft aufbauen müssen.

Jarosław Kalinowski (PPE), schriftlich. – (PL) Der Haushaltsplan 2011 der Europäischen Union sollte eindeutig die wichtigsten Trends in der Strategie der Gemeinschaft für die nächsten zehn Jahre unterstützen. Dazu gehören technologische Innovation, nachhaltige Entwicklung, Bekämpfung des Klimawandels und die Sorge um die Artenvielfalt.

Es gibt ebenfalls starke Gründe für die Unterstützung der Entwicklung von Bildungssystemen mit Hilfe interdisziplinärer Investitionen. Das Geld muss in Unternehmen investiert werden, die garantieren, dass Hochschulabgänger einen Arbeitsplatz finden. Wenn wir unsere Jugend heute nicht unterstützen, werden wir einem düsteren Rückgang des Wirtschaftswachstums und möglicherweise sogar einer neuen Krise entgegen blicken.

Wir müssen nicht daran erinnert werden, dass wir eine intensive Entwicklung des Informationstechnologiesektors brauchen, und dass wir sicherstellen müssen, dass unsere Bürger Zugang zu digitaler Technologie erhalten. Das erleichtert die Ausbildung im Bereich Informationstechnologie und macht es einfacher, Informationen zu erhalten, insbesondere für Menschen, die in ländlichen Gegenden wohnen.

Petru Constantin Luhan (PPE), schriftlich. – (RO) Ich möchte meine Kommentare denen der Berichterstatterin und meiner Kolleginnen und Kollegen während der Aussprache über die Prioritäten des Haushaltsplans 2011 hinzufügen. Die Europäische Gemeinschaft hat im Januar außerdem angekündigt, dass ehrgeizige Pläne für das Galileo-Projekt ausgearbeitet werden. Die ersten Dienste dieses Systems werden im Frühjahr 2014 zur Verfügung stehen: Der offene Dienst, regulierter staatlicher Dienst sowie Such- und Rettungsdienste. Ebenfalls im Jahr 2014 beginnen die Tests mit dem Sicheren Dienst und dem Kommerziellen Dienst. Ich erinnere Sie daran, dass Galileo für die Zukunft der Hitech-Industrie in Europa äußerst wichtig ist. Es schafft neue Märkte und ermöglicht es Europa, zu einem globalen Wettbewerber auf technologischem Gebiet zu werden. Die TEN-T-Strategie hat die Vorbereitung dieses großen europäischen Projekts bis jetzt unterstützt, und wenn es erst betriebsbereit ist, kann die Transportinfrastruktur wesentlich effizienter genutzt werden. Abschließend glaube ich, dass Galileo zukünftig ausreichende Geldmittel aus dem Haushalt der Europäischen Union erhalten muss, damit dieses ehrgeizige Projekt Realität wird.

Marian-Jean Marinescu (PPE), schriftlich. – (RO) Die Umstände, unter denen die Haushaltspläne für 2010 und 2011 beschlossen werden, sind außergewöhnlich und stellen eine gewisse Herausforderung dar. Aus diesen Gründen muss eine ideale Lösung für die erfolgreiche Umsetzung des Vertrages von Lissabon gefunden werden, der schon selbst eine erhebliche finanzielle Herausforderung darstellt. Außerdem müssen Lösungen gefunden werden, um die Auswirkungen der Finanzkrise, die immer noch in vielen Mitgliedstaaten spürbar sind, zu mildern. Das Parlament muss sich an einer offenen Diskussion über die Obergrenze für Ausgaben in Kapitel 5 für das Jahr 2011 beteiligen. Wir müssen eine Balance finden zwischen der Beschaffung von Geldern für alle Anforderungen und der Aufrechterhaltung einer Haushaltsdisziplin, selbst wenn das ein Zurückfahren der Ausgaben bedeutet, um dem mehrjährigen Finanzrahmen zu entsprechen. Zunächst müssen wir die Verwaltungsausgaben standardisieren, indem wir sie vollständig in dieses Kapitel packen und eine geeignete, realistische Überprüfung der Obergrenze der Ausgaben durchführen. Es ist vor allem lebensnotwendig, dass die interinstitutionelle Zusammenarbeit eingerichtet wird, um den Austausch bewährter Praktiken zu fördern und dass weiterhin die Möglichkeiten erforscht werden, diese noch effizienter zu gestalten. Darüber hinaus muss der Überwachung und Analyse bestimmter Bereiche mit direkter Auswirkung auf den Haushaltsplan besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden, und jede Möglichkeit zur Verteilung und Einsparung von Ressourcen muss festgestellt werden.

Bogusław Sonik (PPE), schriftlich. – (PL) Die Arbeit am Haushaltsplan 2011 läuft. Ein Diskussionsthema ist, dass das Parlament Ergänzungen an der finanziellen Perspektive 2007/2013 in Bereichen wie „Wettbewerbsfähigkeit und Kohäsion für Wachstum und Beschäftigung“ vornehmen könnte. Darüber hinaus sind wir mit der Arbeit an der Europa-Strategie 2020 beschäftigt, die sich auf die Förderung von Innovation, die Unterstützung von Unternehmen und die Investition in Wissenschaft, neue Technologien und regionale Entwicklung konzentriert. Ich möchte ganz besonders auf die Frage der wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Kohäsion aufmerksam machen, die der Schlüssel für die Sicherstellung eines dauerhaften Wirtschaftswachstums in der EU und die vollständige Integration der Mitgliedstaaten ist. Artikel 174 des Vertrages von Lissabon erwähnt die Strategie in Bezug auf Bergregionen als eine besondere Art von Regionalpolitik, neben Inselregionen und grenzübergreifenden Regionen. Um eine harmonische Entwicklung zu fördern, muss die Union Maßnahmen verfolgen, die zu einer Stärkung ihrer wirtschaftlichen, sozialen

und territorialen Kohäsion führen. Der Schwerpunkt muss insbesondere auf die Verringerung des Gefälles zwischen den Entwicklungsstadien der Regionen, die sich durch besondere natürliche und geografische Bedingungen auszeichnen, gelegt werden. Gebirgs- und Vorgebirsregionen bedecken fast 40 % des Territoriums der EU und werden von nahezu 20 % der EU-Bürgerinnen und -Bürger bewohnt. Die speziellen wirtschaftlichen und räumlichen Probleme der Gebirgsregionen erfordern supranationale gesetzliche Bestimmungen, die zur Lenkung der Ziele und Prinzipien bei der Verfolgung einer spezifischen Gebirgspolitik in den Mitgliedstaaten eingeführt werden müssen, und, was noch wichtiger ist, sie erfordern die Sicherstellung eines geeigneten Finanzierungsniveaus für die Projekte und Programme insbesondere dieser Regionen. Ich denke, die finanzielle Unterstützung für Gebirgsregionen sollte in der neuen finanziellen Vorausschau und der Strategie Europa 2020 berücksichtigt werden.

Iuliu Winkler (PPE), schriftlich. – (HU) Das kommende Jahr wird das erste Jahr nach Umsetzung der Strategie Europa 2020 sein, das eine neue Phase in der Entwicklung der Europäischen Union einläuten kann. Infolgedessen wird das Haushaltsjahr 2011 aus der Perspektive der Finanzplanung für die kommenden Jahre extrem wichtig. Die Haushaltsprioritäten müssen die Reaktion der Europäischen Union auf die Herausforderungen der weltweiten Krise enthalten. Die Strategie Europa 2020 ist von diesem Standpunkt aus ein sehr wichtiger Faktor. Die im vorgeschlagenen Haushaltsplan für 2011 enthaltenen Prioritäten können jedoch nicht zu einer Änderung grundlegenden Strategien der EU führen. In Zukunft muss der Kohäsion und der Strukturpolitik sowie der Landwirtschaftspolitik starke Aufmerksamkeit zuteil werden, da die Fähigkeit Europas, zu einer nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Wirtschaft zu werden, genau davon abhängt. Gleiches gilt auch für die Unterstützung von KMU. Wir dürfen die Tatsache, dass die genannten Strategien Ausdruck der Solidarität sind, die zu den Grundwerten der europäischen Integration gehört, nicht einen Augenblick aus den Augen verlieren.

17. Antrag auf Schutz der parlamentarischen Immunität: siehe Protokoll

18. Qualitätspolitik für Agrarerzeugnisse: Welche Strategie ist anzuwenden? (Aussprache)

Die Präsidentin. – Der nächste Punkt ist der Bericht (A7-0029/2010) von Herrn Scottà im Namen des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung zum Thema Qualitätspolitik bei landwirtschaftlichen Produkten: Welche Strategie? (2009/2105(INI))

Giancarlo Scottà, Berichterstatter. – (IT) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, auf die Marktglobalisierung und die schwere Krise, die Europa und auch den Landwirtschaftssektor gegenwärtig beeinträchtigen, könnte eine mögliche Antwort seitens des Agrarmarktes die Hervorhebung der Produktqualität sein.

Ich glaube, dass eine gute EU-Qualitätspolitik die Wettbewerbsfähigkeit steigern und Mehrwert für die regionalen Wirtschaften Europas schaffen kann, da dies in vielen ländlichen Gebieten, in denen es nur wenige Produktionsalternativen gibt, die einzige Entwicklungsmöglichkeit ist. Durch Unterstützung von Nischenlandwirtschaft in diesen benachteiligten Gegenden können wir dort die Wirtschaft beleben und Arbeitsplätze schaffen.

Darüber hinaus muss eine zukünftige Qualitätspolitik auch die wichtigsten Möglichkeiten der Landwirtschaft berücksichtigen, die im Falle Europas modern, dynamisch, reich und vielfältig sind. Es können nicht nur qualitativ hochwertige Lebensmittel angeboten werden, sondern auch Dienstleistungen mit hohem Mehrwert für eine sich ständig weiter entwickelnde Gesellschaft.

In meinem Bericht habe ich die Bedeutung unterstrichen, die drei Systeme für die Registrierung geografischer Angaben getrennt zu halten. Sie sind die Verbindung zu den europäischen Regionen und repräsentieren deren im Laufe der Zeit weitergegebenen Traditionen, Geschichte, Kultur und einzigartiges Wissen.

Daher glaube ich, dass durch Beibehaltung der beiden Systeme zum Schutz von Ursprungsbezeichnungen und geografischen Angaben die spezifischen Besonderheiten je nach Art und Stärke der Verbindungen zwischen den Produkten und ihren geografischen Herstellungsregionen berücksichtigt werden. Verbraucher verwechseln oftmals die geografische Angabe, wo ein Lebensmittel erzeugt wird, mit dem Ursprungsort des landwirtschaftlichen Produkts an sich, und sie wissen oftmals nicht, wie die Nahrungsmittelkette funktioniert.

Daher gehe ich davon aus, dass nur die obligatorische Angabe des Herstellungsorts der Primärprodukte den Verbrauchern vollständige Informationen über die Qualität der von ihnen gekauften Produkte geben kann, da die Produkte einem Produktionskreislauf unterliegen, der erheblichen Einfluss auf die Eigenschaften hinsichtlich Qualität und Lebensmittelsicherheit ausübt. Wir sollten uns daran erinnern, dass es unsere Pflicht ist, das zu schützen, was unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger, die für uns gestimmt haben, erzeugen und essen.

Zwei weitere Themen halte ich für wichtig genug, um sie in meinen Bericht aufzunehmen: Die Bedeutung einer intensiven Kampagne zur Schulung und Information von Verbrauchern, durchgeführt von der Europäischen Union in Bezug auf die verschiedenen europäischen Etiketten und die von ihnen repräsentierten Garantien, und die Aufnahme der geografischen Angaben in internationale Register sowie deren internationale Anerkennung durch die WHO. Der letzte Punkt ist enorm wichtig, wenn wir uns vor Fälschungen unserer hochwertigen Produkte schützen wollen.

Ich möchte Kommissar Ciolos für seine Anwesenheit danken und ihn nochmals darauf aufmerksam machen, wie wichtig ein ausreichender Schutz der Qualitätssysteme ist, denn sie sind unsere Zukunft. Ich möchte ihn auch daran erinnern, dass die Wirtschaft benachteiligter ländlicher Gebiete über Landwirtschaftshilfen beschleunigt werden kann, damit all die Nischenprodukte geschützt werden, die für diese Gebiete typisch sind und die Menschen mit diesen Orten, die anderenfalls aufgegeben würden, verbunden halten. Damit würde auch der Respekt vor der Umwelt und für die Landschaft steigen und dort, wo es möglich ist, könnte eine touristische oder önologische Wirtschaft in Verbindung mit den verschiedenen regionalen, kulturellen und historischen Unterschieden in der Europäischen Union entstehen.

Ich möchte meinen Kolleginnen und Kollegen für die Unterstützung im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung danken und hoffe, dass das Europäische Parlament mich ebenfalls in der morgigen Abstimmung unterstützt.

Dacian Ciolos, Mitglied der Kommission. – (FR) Frau Präsidentin, Herr Scottà, meine Damen und Herren, ich glaube, das Hauptelement, das dem europäischen Landwirtschafts- und Lebensmittelmodell auf internationaler Ebene Gestalt verleiht, ist genau diese Strategie der Qualität und Vielfalt. Aus diesem Grund ist Qualitätspolitik auf dem Nahrungsgütersektor eine der Prioritäten meines Mandats, eine meiner Hauptprioritäten neben der gemeinsamen Landwirtschaftspolitik nach der Reform von 2013.

Qualitätspolitik für Nahrungsgüter ist nicht nur der Beweis dafür, dass die Landwirte Europas auf die Erwartungen der europäischen Verbraucher reagieren, sondern sie kann auch den Weg für den europäischen Nahrungsgütersektor bereiten, sich auf dem internationalen Markt zu behaupten.

Wenn Qualitätspolitik ihr Ziel erreichen soll, dann brauchen wir einen eindeutigen, verständlichen, gut strukturierten, vom Verbraucher leicht erkennbaren Rahmen, der außerdem so umfassend wie möglich und ausreichend ist. Ich möchte in der Lage sein, den Inhalt der Qualitätspolitik zu strukturieren und sie zugänglicher machen sowohl für die Landwirte, die davon profitieren müssen, als auch für die Verbraucher, allerdings allerdings ohne ihre Substanz zu opfern oder sie völlig ihres Inhalts zu berauben.

Qualitätspolitik ist eine Garantie für die Verbraucher, aber sie ist auch ein Mehrwert für die Landwirte; in dieser Hinsicht stimme ich Herrn Scottà voll zu. Sie kann dabei helfen, die Vielfalt unserer Landwirtschaft beizubehalten, und sie kann das auf wettbewerbsfähige Weise tun, weil nämlich landwirtschaftliche Betriebe, die ihre Produkte verkaufen können, wettbewerbsfähig sind. Wenn sie von dem, was sie produzieren, leben können, sind sie wettbewerbsfähig, und wenn sie Produkte mit hohem Mehrwert verkaufen können, sind sie sogar noch wettbewerbsfähiger, selbst dann, wenn sie bisweilen nur Kleinproduzenten sind.

Daher glaube ich, dass Qualitätspolitik in einigen Regionen auch dabei helfen kann, unsere landwirtschaftlichen Betriebe wettbewerbsfähiger zu machen. Auf diese Weise können wir mit Qualitätspolitik und der Entwicklung lokaler Märkte, der Verringerung der Lebensmitteltransporte und mit direktem und engerem Kontakt zwischen Verbrauchern und Produzenten gute Ergebnisse erzielen, gerade um die Wettbewerbsfähigkeit bestimmter Arten landwirtschaftlicher Produktionen zu verbessern, die aktuell einen relativen kleinen Marktanteil haben. Europäische Landwirte bemühen sich bereits, sichere Produkte zu liefern, und setzen dabei Technologien ein, die die Umwelt und den Tierschutz respektieren

Die Debatte darüber, wie dies mit Hilfe des Etikettiersystems deutlicher gemacht werden kann, ist sinnvoll und erwünscht, und der Bericht trägt bestimmte Elemente und gewisse Ideen in dieser Richtung bei. Ich glaube, dass diese Verbindungen zwischen den von den Landwirten aufrecht erhaltenen Standards und der

Qualitätspolitik mit Etiketten auch Gegenstand der Debatten sein sollten, die wir im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013 führen werden. Das ist jedenfalls meine Absicht.

Ich glaube, wir müssen unsere strategischen Instrumente für die Kommunikation sowohl mit den europäischen Landwirten als auch mit den europäischen Verbrauchern entwickeln und weiterentwickeln, aber vor allen Dingen die Kommunikation auf internationaler Ebene. Ich glaube fest daran, dass unser Qualitätssystem ein guter Botschafter für unser Ernährungsmodell und auch für unsere gemeinsame Agrarpolitik ist.

Zum Abschluss möchte ich noch sagen, dass Herrn Scottàs Bericht genau zur rechten Zeit vorgelegt wurde. Wie Sie wissen, beabsichtigt die Kommission ein Gesetzgebungspaket zur Qualitätspolitik bis Ende 2010 vorzulegen. Der Bericht, den Herr Scottà heute zur Diskussion vorgelegt hat, beinhaltet bestimmte Fragen, Vorstellungen und Vorschläge in dieser Richtung, und ich werde mich bemühen, diese Vorstellungen so weit wie möglich zu berücksichtigen, wenn ich Ihnen bei Gelegenheit die entsprechenden Gesetzesvorschläge vorstelle.

Ich möchte dem Berichterstatter und den Mitgliedern der Parlamentsausschüsse, die an diesem Bericht mitgearbeitet haben, gratulieren und ich würde mich freuen, Ihre Ansichten und Vorschläge zu hören.

Esther Herranz García, *Berichterstatterin für die Stellungnahme des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit.* – (ES) Frau Präsidentin, ehrlich gesagt, möchte ich heute Abend zunächst Herrn Scottà für seine außergewöhnliche Fähigkeit danken, diesen Bericht abzuschließen. Es war wirklich eine Freude, mit ihm und den anderen Sprechern der parlamentarischen Fraktionen zu arbeiten.

Wir sind stolz auf die Position, die sich morgen bei der Abstimmung im Parlament manifestieren wird, und auf einen solchen Bericht, der Qualität verteidigt und sich für die Entwicklung und Förderung ländlicher Gebiete einsetzt, und zwar nicht nur, weil sie ein Indiz für die traditionelle europäische Kultur sind, sondern echte Mittel zur Schaffung von Wohlstand und Arbeitsplätzen. Das sind Arbeitsplätze, die wir jetzt und zu diesem Zeitpunkt der Wirtschaftskrise angesichts einer so dramatischen Situation bei den Arbeitslosenzahlen in einigen Mitgliedstaaten dringend brauchen.

Darüber hinaus freuen wir uns über den Schutz seitens des Parlaments und über die bereits vom Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung eingenommene Position, die deutlich gemacht hat, dass man sich zu Qualität auf höchstem Niveau verpflichtet. Im Hinblick auf diesen höchsten Standard verpflichten wir uns darüber hinaus selbstverständlich, die Unterscheidung zwischen geschützter Ursprungsbezeichnung und geschützter geografischer Angabe beizubehalten. Natürlich lehnen wir Vorstellungen von einer Herabsetzung der Qualität ab und wollen, dass die EU-Produktion Aufmerksamkeit bekommt und wertgeschätzt wird.

Es hat mich gefreut zu hören, was Herr Ciolos zu sagen hatte. Es war natürlich sehr schön, ihn über Verpflichtungen für die Zukunft der europäischen Landwirtschaftsumgebung reden zu hören. Selbstverständlich hoffen wir, dass er der Stimme des Parlaments zuhört, dessen Meinung sich morgen in der Abstimmung zeigen wird.

Schließlich möchte ich noch der Hoffnung Ausdruck verleihen, dass die Europäische Kommission niemals wieder dem Parlament vorgreifen möge und Dinge wie beispielsweise Vermarktungsnormen für Obst und Gemüse verbietet, die dem freien Wettbewerb in Europa schwer geschadet haben.

Wir wollen, dass Ungleichgewichte im Markt korrigiert werden, und wir wollen auch eine Verpflichtung zu Qualität, Vielfalt, Lebensmittelsicherheit und bedarfsgerechter Produktion.

Darüber hinaus wollen wir, dass die EU-Produktion und die Qualität der EU-Agrar- und -Lebensmittelproduktion in der WHO verteidigt werden. Wir vertrauen diesbezüglich natürlich auf die Arbeit von Herrn Ciolos, weil weder unsere europäischen Produzenten noch unsere europäischen Verbraucher weiterhin schutzlos bleiben dürfen.

Giovanni La Via, *im Namen der PPE-Fraktion.* – (IT) Frau Präsidentin, Herr Kommissar, meine Damen und Herren, auch ich möchte dem Berichterstatter, Herrn Scottà, im Namen der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) für die außergewöhnliche Arbeit danken, die er geleistet hat, und ich möchte gerne betonen, dass Qualitätspolitik nicht nur von großem äußerem Wert dahingehend ist, was wir den Verbrauchern anbieten können, sie ist auch von großer Bedeutung dahingehend, was sie unseren Produzenten geben kann.

Wie Sie alle bemerkt haben, kann Wettbewerb in den Märkten viele Formen annehmen. Auf einem so großen und facettenreichen Kontinent wie Europa, der sich darüber hinaus dadurch auszeichnet, dass seine

Produktionskosten ein gutes Stück höher sind die seiner Wettbewerber, wird es schwierig, über Preise zu konkurrieren. Daher müssen wir in der Lage sein, nur über die Produktdifferenzierung zu konkurrieren.

Genau aus dieser Perspektive der Differenzierung müssen wir prüfen, ob wir mit unserer Qualitätspolitik ein Produkt anbieten und auf den Markt bringen können, das sich von der Konkurrenz unterscheidet, ein Produkt, das auch ohne genaue und spezifische Bezugnahme auf einen Preis verkauft werden kann, der im Vergleich zur Konkurrenz niedriger wäre.

Daher sind wir für die Fortsetzung der Praxis der bereits laufenden EG-Kennzeichnung und betonen dabei gleichzeitig die Notwendigkeit, die Unterscheidung zwischen geografischer Angabe und Ursprungsbezeichnung beizubehalten. Jedoch sollten wir immer noch unterstreichen, dass die Union international und auf der Ebene internationaler Handelsvereinbarungen ihren Teil dazu beitragen muss, die Ursprungsbezeichnung und die Strategien der Ursprungsbezeichnung zu verteidigen, um so eine unvermeidliche Politik des Austauschs von Kennzeichnungen zu verhindern, die unseren Produkten Schaden zufügen würde.

Bevor ich zum Schluss komme, nehme ich mir die Freiheit, noch einen letzten Punkt anzusprechen, der die Etikettierung betrifft. Wir haben es bereits gefordert und werden es morgen über einen besonderen Abänderungsantrag wieder fordern, dass nämlich das Parlament über die Möglichkeit abstimmt, den Ursprung der Rohstoffe anzugeben, und zwar nicht nur bei frischen und unverarbeiteten Produkten, sondern auch bei verarbeiteten Monoprodukten, d. h. bei Produkten, deren charakteristischer Bestandteil im Wesentlichen der Rohstoff ist.

Csaba Sándor Tabajdi, im Namen der S&D-Fraktion. – (HU) Herr Kommissar, liebe Mitglieder, im Namen der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten halten wir den von Herrn Scottà erstellten Bericht für außerordentlich wichtig und stimmen ihm grundsätzlich zu. Der Bericht enthielt vier oder besser gesagt fünf Diskussionspunkte. Erstens das gemeinsame Logo der EU. Viele Menschen verstehen nicht, dass das gemeinsame EU-Logo nicht etwa eine Art Schritt in Richtung Föderalismus ist, sondern dem Verbraucher zeigen soll, dass ein Produkt die besonderen Anforderungen der EU an die Lebensmittelsicherheit erfüllt und sich gleichzeitig von der Welt außerhalb der EU-Grenzen unterscheidet. Daher beantrage ich, dass wir das spezifische EU-Logo unterstützen.

Der zweite Punkt ist die Frage nach dem Ursprungsort. Es ist sehr gut, dass die EU jetzt mit der Person von Dacian Cioloș einen Agrarkommissar hat, der die Bedeutung lokaler Märkte verstanden hat und sie unterstützt, denn dies ist der einzige Weg, wie wir lokale Aromen, regionale Aromen und die Vielfalt von Lebensmitteln in Europa bewahren können, und es ist klar, dass im Hinblick auf die Lebensmittelqualitätspolitik der Ursprungsort und die Ursprungsbezeichnung eine Schlüsselrolle spielen. Es gab einen Streitpunkt mit der Kommission, und ich hoffe sehr, dass der neue Kommissar die frühere Position nicht weiter unterstützt, dass wir alle geschützten Ursprungsbezeichnungen mit den geschützten geografischen Angaben kombinieren sollten. Zwischendurch verursachte dies Befürchtungen, gerade erst im Falle des Tokajer-Weins. Ich danke dem Kommissar, dass die Probleme teilweise behoben wurden; andere warten noch auf eine Lösung.

Das vierte Element ist das Bio-Logo. Hier besteht volle Zustimmung. Und schließlich das fünfte Element: Einige Mitglieder des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung forderten die Wiedereinführung der früheren strengen Normen für Gemüse und Obst. Ich möchte hier auf den Originalbericht von Herrn Scottà zurückgreifen. Wir sollten die Tage der Überregulierung hinter uns lassen, als wir festlegten, welche Krümmung eine Gurke haben muss.

George Lyon, im Namen der ALDE-Fraktion. – Frau Präsidentin, auch ich möchte Herrn Scottà zu seinem Bericht gratulieren.

Darin gibt es vieles, was zu kommentieren wäre. Leider können ich und meine ALDE-Kollegen ihn in seiner jetzigen Form nicht unterstützen. Es müssten eine oder zwei Änderungen vorgenommen werden.

Wir können Absatz 19, den so genannten „Gurken-Paragrafen“, nicht unterstützen. Ich halte es für Unsinn, wenn Bürokraten in Brüssel den Verbrauchern erklären, dass sie nur gerade Bananen oder gerade Gurken kaufen können.

Natürlich ist es Sache der Verbraucher zu entscheiden, was sie kaufen wollen, und so hoffe ich, dass das Parlament seinen gesunden Menschenverstand gebraucht und den gemeinsamen Änderungsantrag unterstützt, der von den Grünen und der EKR-Fraktion eingereicht wurde, um die Vorschriften über gerade Bananen

umzustoßen und es den Verbrauchern zu überlassen, ob sie gebogene oder verdrehte Früchte und Gemüse essen wollen oder nicht. Diese Entscheidung muss einfach den Verbrauchern überlassen werden.

Marianne Fischer-Boel, die frühere Kommissarin, hatte entschieden, die Normen abzuschaffen, und ich würde mir wünschen, dass wir diese Entscheidung weiter unterstützen.

Ich würde auch gerne einige Änderungen in Absatz 16 einbringen. Ich verstehe den Ruf nach einem EU-Logo, aber in meinen Augen ist das vergebliche Liebesmüh', solange dieses Logo keine Bedeutung für die Verbraucher hat und den Landwirten keinen Mehrwert bringt. Es muss bei den Verbrauchern Anklang finden und der Landwirtschaft einen Gewinn bringen. Ansonsten ist es wertlos. Die Weiterverfolgung lohnt sich nicht und ich sehe keinen Hinweis für die Annahme, dass die europäischen Verbraucher sich ein EU-Logo wünschen.

Schließlich gibt es in Absatz 62 einige Kritik an den privaten Zertifizierungssystemen, die in Schottland sehr erfolgreich waren. Mir scheint es eine gute Sache zu sein, wenn Landwirte auf freiwilliger Basis ihren Produkten einen Mehrwert durch Qualitätssicherungssysteme hinzufügen, und wir sollten sie dabei unterstützen anstatt sie zu entmutigen.

Ich hoffe, wir werden in den morgigen Abstimmungen einige Änderungen des Berichts sehen. Falls das so ist, werden wir in der Lage sein, ihn morgen mit den Änderungen zu unterstützen.

Alyn Smith, *im Namen der Fraktion Verts/ALE*. – Frau Präsidentin, ich könnte viele Kommentare meines schottischen Kollegen – wenn auch nicht Fraktionskollegen – George Lyon wiederholen. Es gibt vieles in diesem Bericht zu bewundern und einige Dinge, die man meiner Meinung nach ein bisschen besser machen könnte. Wir haben eine Reihe von Punkten vorgetragen, und ich werde mich auf zwei von ihnen beschränken.

Ich und andere glauben, dass unsere Verbraucher wissen wollen, woher ihre Lebensmittel kommen. Wir glauben, dass die Vorschrift hinsichtlich dieser Informationen obligatorisch sein sollte, daher ersetzt Änderungsantrag 4 zu genau diesem Punkt einen relativ schwachen Wortlaut durch eine viel strengere Anforderung, dass, wo wir tatsächlich eine Information über den „Anbauort“ auf dem Etikett haben können, diese obligatorisch sein sollte, weil genau das von unseren Verbrauchern gewünscht wird.

Ich würde auch gerne – wie mein Kollege – auf den Änderungsantrag 3 zurückkommen, mit dem versucht wird, die Wiedereinführung hinderlicher und undurchführbarer Vorschriften über den Direktverkauf von Obst und Gemüse an den Verbraucher zu verhindern. Erst im letzten Jahr haben wir die Abschaffung solcher Vorschriften gebilligt, und während die Verbraucher kaum einen Unterschied bemerkt haben, ist es unseren Erzeugern durchaus aufgefallen und fällt ihnen immer noch auf. Jeder Versuch, diese Vorschriften wieder zum Leben zu erwecken, wäre ein weiterer Knüppel für die Verarbeiter, die Multiplikatoren und die Supermärkte, mit dem sie die Produzenten knechten könnten – und die Verbraucher hätten keinen direkten Gewinn davon.

Es gibt also viel Sinnvolles in diesem Bericht. Ich möchte auch die Kommentare von Herrn Lyon zum EU-Logo wiederholen. Ich denke, das hat mehr mit dem hier herrschenden Ehrgeiz zu tun als mit dem, was unsere Verbraucher wollen. Wenn das Logo beim Verbraucher keinen Anklang findet, sollten wir es nicht einführen, sondern es durch ein obligatorisches System zur Ursprungsetikettierung ersetzen, denn das wollen unsere Verbraucher.

Die Änderungsanträge sind konstruktiv; ich hoffe, sie haben Erfolg und meine Kolleginnen und Kollegen werden sie morgen unterstützen.

James Nicholson, *im Namen der ECR-Fraktion*. – Frau Präsidentin, ich darf auch meine Wertschätzung an den Berichtersteller für diesen sehr guten Bericht weitergeben.

Ich denke, dieser Bericht enthält sehr viele gute Ideen, und ich stimme vollkommen mit dem Berichtersteller, Herrn Scottà, überein, wenn er darüber spricht, wie wichtig es für die Produzenten in Europa ist, Mehrwert für ihre Produkte zu schaffen und das Potenzial ihrer Erzeugnisse zu maximieren. Wir müssen uns immerzu bemühen, das maximale Potenzial der europäischen Nahrungsgüterindustrie auszuschöpfen. Dies wird letztlich einer Erhöhung unserer Wettbewerbsfähigkeit dienen und die Wirtschaft in ländlichen Regionen stärken.

In dieser Hinsicht bin ich froh, dass Herr Scottà sich um die Zukunft der Systeme zum Schutz der geografischen Angaben und zum Schutz der Ursprungsbezeichnungen gekümmert hat. Diese Instrumente haben sich als beliebt herausgestellt, und zwar sowohl bei den Verbrauchern als auch bei den Erzeugern. Ich stimme jedoch dem Berichtersteller zu, dass die Handhabung und die Anwendung vereinfacht werden müssen. Wenn es

uns also ernst ist mit ihrem Wert im Ausland, dann müssen wir für einen besseren Schutz gegen Produkte aus Drittländern sorgen.

Ich würde gerne mehr Produkte aus meiner eigenen Region sehen, für die Anträge zum Schutz geografischer Angaben gestellt werden, und die Kommission wird hoffentlich einige der Vorschläge zur Vereinfachung des Antragsverfahrens aufgreifen, so dass mehr Anträge aus meiner eigenen Region, nämlich Nordirland, kommen werden.

Ich muss jedoch auch darauf hinweisen, dass es in diesem Bericht einige Elemente gibt, die ich nicht unterstütze. Ich bin gegen die Einführung eines EU-Qualitätslogos. Dagegen unterstütze ich eine Herkunftslandkennzeichnung. Ich finde nämlich, dass ein EU-Logo bedeutungslos, Zeit- und Geldverschwendung wäre, und genauso denke ich über ein EU-Logo für Bio-Produkte.

Weiter bekümmern mich die Änderungsanträge, die dem Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung vorgelegt wurden, und die die Wiedereinführung der Vermarktungsnormen für Obst und Gemüse fordern, für die sich einige Mitglieder des Parlaments verzweifelt stark machen. Tatsache ist, dass diese Vorschriften im vergangenen Jahr von der Kommission abgeschafft wurden. Ich habe diesem Schritt von ganzem Herzen zugestimmt, und wir können es jetzt dem Markt überlassen, eigene Normen zu setzen. In dieser Hinsicht fordere ich meine Kolleginnen und Kollegen dringend auf, die von meiner eigenen Fraktion und anderen Fraktionen im Plenum eingebrachten, sehr klaren und einfachen Änderungsanträge zu unterstützen und diese Elemente zu streichen.

Lorenzo Fontana, *im Namen der EFD-Fraktion.* – (IT) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Kommissar Ciołoş, ich danke Ihnen für die ermutigenden Worte von soeben und danke Herrn Scottà für die feinfühlige Arbeit, die er mit diesem wichtigen Bericht geleistet hat.

Ich gehe davon aus, dass dieser Bericht, der morgen zur Abstimmung ansteht, den Wert von Agrarerzeugnissen und die Produktionseigenheiten jeder Region und jedes Mitgliedstaats der Europäischen Union schützen und fördern soll. Unnötig zu sagen, dass ich aus einem Land, nämlich Italien, stamme, das über 4500 charakteristische Produkte verfügt. Das sind Aktiva für unser Land, die ich von ganzem Herzen bewahren möchte.

Wir haben voll und ganz verstanden, dass der Weg zur Exzellenz noch lang ist, aber die Botschaft, die es zu übermitteln gilt, lautet, dass unsere Landwirte nur über die Qualität europäischer Produkte die Chance haben, auf dem Weltmarkt sinnvoll konkurrieren zu können. Auch unter Berücksichtigung der weit verbreiteten Krise, die wir zurzeit leider durchmachen, können wir nichts anderes tun als Qualität, Rückverfolgbarkeit und Transparenz von Informationen im Zusammenhang mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu stärken.

Es ist wichtig zu wissen, wie die Agrarerzeugnisse verarbeitet werden und woher sie ursprünglich stammen. Es ist wichtig, weil es richtig ist, dass die Verbraucher wissen, ob sie einen Apfel essen, der beispielsweise aus meiner Gegend, aus Verona oder Venetien, stammt. Hier werden die EU-Vorschriften über die gesamte Produktionskette beachtet. Wenn Sie einen Apfel aus China essen, können wir aus einer Vielzahl von Gründen nur in einem Punkt sicher sein, nämlich dass China nicht einmal ansatzweise die Vorschriften und bewährten Verfahren einhält, wie sie von europäischen Landwirten beachtet werden.

Diane Dodds (NI). – Frau Präsidentin, vielen Dank für die Gelegenheit, zu diesem sehr wichtigen Punkt sprechen zu dürfen.

Verbraucher verlangen richtigerweise, dass die Lebensmittel, die sie kaufen, sicher und verfolgbar sind und nach hohen Standards erzeugt wurden. Ich würde ein Ursprungsland-Etikettiersystem unterstützen, das solche Standards fördert, und ich glaube, das wird von den meisten Verbrauchern und innerhalb der Industrie am ehesten akzeptiert. Es ist offensichtlich, dass Werbung und Marketing den Erfolg oder Misserfolg einer solchen Politik besiegeln. Wir müssen streng gegen mögliche Produktfälschungen durch falsche Etikettierung vorgehen.

Ich wäre, wie viele meiner Kolleginnen und Kollegen in diesem Plenarsaal, gegen ein EU-Logo. Für mich ist es weitgehend bedeutungslos und würde dem Verbraucher nicht helfen. Ein Ursprungslandetikett und sogar geografische Angaben sind wichtig, weil sie Ortschaften, Heimat und Pflege lokaler Techniken fördern, und sie schützen Gebiete, die auf die Erzeugung eines bestimmten Produkts angewiesen sind.

Ich komme aus Nordirland, einem Netto-Exportland von landwirtschaftlichen Produkten. Daher will ich, dass ein Etikettiersystem gleiche Voraussetzungen für alle schafft. Alles, was den Export von Produkten aus Ländern wie dem meinigen beeinflusst, könnte eine schädliche Auswirkung auf die Industrie haben. Wie

andere Kolleginnen und Kollegen würde ich die vorhandenen Qualitätssicherungssysteme unterstützen und sie als Teil der allgemeinen geografischen Angaben fördern.

Elisabeth Köstinger (PPE). - Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Für europäische Landwirtinnen und Landwirte ist die Produktion von qualitativ hochwertigen Produkten elementar. Dass es eine Verbindung zwischen der Qualität des Produkts und der Herkunft des Rohstoffes geben muss, steht für mich außer Frage. Daher sehe ich eine verpflichtende Qualitätskennzeichnung als eine bedeutende Chance für unsere Bäuerinnen und Bauern. Qualität als Schlüsselfaktor hat in der gesamten Lebensmittelkette maßgeblichen Einfluss auf die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Nahrungsmittelproduzenten in der Europäischen Union. Gerade die Erzeugung von hochqualitativen Lebensmitteln hat Tradition und ist in vielen ländlichen Gebieten mit begrenzten Produktionsalternativen häufig die einzige Erwerbs- und Absatzmöglichkeit.

Um diesen hohen Qualitätsstandard zu gewährleisten, braucht es mit Sicherheit auch Kontrollen und objektive Kriterien. Faktum ist aber auch, dass wirtschaftliche Überlegungen seitens der Konsumenten zum Tragen kommen. Qualität hat ihren Preis, und die Landwirtinnen und Landwirte brauchen ein faires Einkommen. Dennoch hat der Konsument die Freiheit, zu einem günstigen Produkt zu greifen, obwohl er sich damit oftmals für ein qualitativ nicht so hochwertiges Produkt entscheidet. Aber eines muss klar sein: Der Konsument muss die Freiheit haben und auch wirklich nach objektiven und offensichtlichen Kriterien entscheiden können.

Hier muss es auch um eine allgemeine Bewusstseinsbildung bei den Konsumenten gehen. Wir brauchen geschützte geografische Angaben und Ursprungskennzeichnungen. Wir brauchen eine Neueinführung einer geregelten und geschützten Bezeichnung für Erzeugnisse aus Berggebieten und aus gentechnikfreien Gebieten. Wir brauchen aber auch Hinweise auf garantiert traditionelle Spezialitäten und ökologischen Landbau. Diese müssen auf jeden Fall erhalten bleiben.

Paolo De Castro (S&D). - (IT) Frau Präsidentin, Herr Kommissar, meine Damen und Herren, im heutigen Europa hat sich eine neue Betrachtungsweise zum Thema Qualität entwickelt, die nicht nur als eine Garantie für die Verbraucher gedacht ist, sondern vor allen Dingen als ein Anreiz für unsere Erzeuger, wettbewerbsfähiger in einem Markt zu werden, der viel größer und konkurrenzbetonter ist.

Unsere Unternehmen müssen mit den unverwechselbaren und qualitätsbezogenen Aspekten ihrer Erzeugnisse für deren Wiedererkennung auf dem Markt sorgen. In diesem Sinne machen wir Fortschritte, indem wir als Erstes mehr Informationen über den Ursprung, die Zusammensetzung und die Eigenschaften der Erzeugungsverfahren garantieren. Das ist ja eben die Absicht des Berichts von Herrn Scottà ist, wofür auch ich ihm danke

Gleichzeitig, Herr Kommissar, ist es wichtig, dass die europäischen Vorschriften es den für den Schutz und die Förderung von Qualitätsprodukten zuständigen Organisationen ermöglichen, ihre Produktlieferung zu planen und ihr Erzeugungspotenzial an die Marktbedürfnisse anzupassen, und zwar auf der Grundlage fairer und nichtdiskriminierender Prinzipien.

Wir hoffen, dass die Annahme dieses Berichts das Signal für die endgültige Einrichtung von Qualität als Dreh- und Angelpunkt der europäischen Strategie für den Nahrungsgütersektor einläuten wird, und dass die Kommission ernsthaft die Vorschläge unseres Ausschusses berücksichtigt, damit eine der wichtigsten Stärken der europäischen Landwirtschaft in einen wertvollen Wettbewerbsvorteil verwandelt werden kann.

John Stuart Agnew (EFD). - Frau Präsidentin, darf ich zunächst ein persönliches Interesse anmelden? Ich bin Eierproduzent.

Vorschriften müssen gemäß einer allgemeinen Norm ehrlich umgesetzt werden. Das ist äußerst wichtig. Eine von der EU ausgehende Krise wird in Kürze die Eierindustrie des Vereinigten Königreichs treffen. Ab dem 1. Januar 2012 wird die Eierproduktion in Legebatterien verboten sein. Das Verbot betrifft keine Eier aus Rumänien oder Bulgarien oder möglicherweise anderen Ländern, die im Rahmen ihrer Beitrittsverträge eine vorübergehende Befreiung erhalten.

Für die Dauer der Befreiung können diese Länder legal Eier aus Käfighaltung exportieren, während das Verbot im Vereinigten Königreich bereits gilt.

Eierproduzenten im Vereinigten Königreich, die umfangreich in alternative Systeme investiert haben, sollen jetzt zu ihrem Nachteil gegen importierte Produkte antreten, die wesentlich preiswerter erzeugt werden können.

Ich muss erstens darauf bestehen, dass diese importierten Produkte deutlich gekennzeichnet werden, und zweitens, was noch wichtiger ist, dass wir mit sofortiger Wirkung eine zusätzliche Nummer „Vier“ für Eier einführen, die für Eier aus Legebatteriehaltung gilt. Nur dann können die Verbraucher eine sachkundige Wahl treffen.

Michel Dantin (PPE). – (FR) Frau Präsidentin, Herr Kommissar, Herr Scottà, ich finde es sehr symbolträchtig, Herr Kommissar, dass es bei Ihrer ersten Rede vor diesem Haus ausgerechnet um das Thema Qualitätspolitik geht.

Ich glaube, in Bezug auf diese Qualitätsprodukte verfolgen wir denselben Ansatz. Es stimmt, die Qualitätsprodukte stellen eine Chance für unsere schwächsten Regionen dar. Ja, sie sind ein Mittel zur Dynamisierung der Betreiber in einer Region und insbesondere der Landwirte. Ja, sie sind in Bezug auf unser Landwirtschaftsmodell ein starkes Signal für den europäischen Verbraucher, aber auch für Verbraucher in aller Welt. Burgunderwein, Parmaschinken, bestimmte spanische Fleischsorten – sie sind weit über die Grenzen unserer Länder und weit über die Grenzen Europas hinaus bekannt.

Der Beschluss, den wir morgen zweifelsohne fassen werden, bringt Ihnen, Herr Kommissar, ein höheres Maß an Ehrgeiz in Bezug auf diese Strategie der Qualitätsprodukte, also solcher Produkte, die sich an verschiedenen Zeichen erkennen lassen. Die europäische Politik muss eindeutiger werden; sie muss die Erzeuger davor schützen, von bestimmten Industriekonzernen oder Vertriebsgruppen übernommen zu werden, denn das würde die Erzeuger eindeutig von den Vorteilen des Mehrwerts, den diese Produkte ihnen bringen, abschneiden.

Während der Anhörung habe ich Sie darauf aufmerksam gemacht, dass den Organisationen, die insbesondere die Ursprungsbezeichnungen stützen, die volle Verantwortung für die Handhabung ihrer Produkte übergeben werden muss. Die Handhabung der Produktionsrechte ist ein grundlegender Teil der Qualitätsproduktspolitik. Außerdem hat fast unser gesamter Ausschuss für einen Änderungsantrag in diese Richtung gestimmt.

Ich würde gerne unseren Kolleginnen und Kollegen aus dem Vereinigten Königreich in Bezug auf Absatz 19 über den Obst- und Gemüsektor antworten. Ja, meine Damen und Herren, wir dürfen keinen Rückschritt machen, aber wir dürfen auch nicht das riesige Vakuum in der Obst- und Gemüsepolitik zulassen, damit bald nur noch der Vertrieb das Sagen hat. Lassen Sie uns diesen Änderungsantrag gemeinsam als einen Auftrag nehmen, einen neuen Mittelweg zu finden.

Herr Kommissar, Sie können uns sehr schnell von Ihrem Enthusiasmus für diese spezielle Politik überzeugen, die den Verbrauchern ein neues Bild der Landwirtschaft vermittelt. Jetzt legen Sie uns noch einen guten Text vor. Und tun Sie das schnellstens; wir vertrauen Ihnen.

Iratxe García Pérez (S&D). – (ES) Frau Präsidentin, Herr Kommissar, die Qualität der landwirtschaftlichen Erzeugung ist ein wichtiger Faktor in der Nahrungsmittelkette und stellt einen lebenswichtigen Aktivposten bei der Unterstützung der Wettbewerbsfähigkeit europäischer Produzenten dar. All das spiegelt sich im Scottà-Bericht wider, der aber auch andere Überlegungen ins Blickfeld rückt, die die Kommission bei der Umsetzung dieser Politik berücksichtigen muss.

Das EU-Qualitätslogo als Ausdruck der Übereinkunft mit unseren Produzenten über Produktionsanforderungen innerhalb der Union muss ausschließlich landwirtschaftlichen Erzeugnissen vorbehalten bleiben, die in der Europäischen Union produziert werden.

Es muss den geschützten geografischen Angaben besseren Schutz bieten, sowohl in der Welthandelsorganisation als auch in bilateralen Vertragsverhandlungen. Es muss eine europäische Gesetzgebung zur integrierten Produktion ausgearbeitet werden, die für eine bessere Wahrnehmung dieser nachhaltigeren Produktionsmethode sorgt und die vorhandenen Kriterien in allen Mitgliedstaaten vereinheitlicht.

Schließlich müssen wir die Ungleichheiten innerhalb der Vermarktungskette berücksichtigen. Wir müssen erkennen, wie wichtig es ist, auf die Vermarktungsnormen in den einzelnen Bereichen zu vertrauen, und dass wir EU-Richtlinien für empfehlenswerte Verfahren erlassen müssen, damit die Systeme für die Qualität landwirtschaftlicher Erzeugnisse und ihre gegenseitige Anerkennung funktionieren.

Ich beziehe mich hierbei insbesondere auf die Kontrolle privater Zertifizierungssysteme, die oftmals als eine Anforderung für den Zugang zu großen Vertriebs- und Verteilungseinrichtungen verwendet werden.

Timo Soini (EFD). – (FI) Frau Präsidentin, es ist sehr wichtig, zum Kern dieser Angelegenheit vorzudringen. Ich behaupte daher, eine Landwirtschaft auf der Grundlage von Bauernfamilien ist von Natur aus lokal, sorgt für Beschäftigung, stärkt die Regionen, ist human und berücksichtigt Tierschutzfragen. Das daraus entstehende individuelle Erzeugnis und die Qualität der Waren sind es, die in Europa und auf der ganzen Welt Erfolg haben.

Es ist wichtig, woher ein Erzeugnis kommt. Lokale Spezialitäten sind von unschätzbarem Wert. Die Region, aus der ich in Finnland komme, erzeugt einen köstlichen Ziegenmilchkäse. Den kann ich Ihnen allen nur empfehlen. Und solche besonderen Erzeugnisse gibt es überall in Europa. Wir müssen sicherstellen, dass sie ihren Weg auf die Märkte finden.

Da wir einen neuen Kommissar hier haben, würde ich ihm gerne sagen, dass es möglich sein muss, überall in Europa Landwirtschaft zu betreiben. Wenn wir das nicht vergessen, werden wir eine exzellente Zukunft mit sicheren und reinen und von hier stammenden Lebensmitteln haben.

Peter Jahr (PPE). – Frau Präsidentin! Vielen Dank noch einmal an den Berichterstatter für seinen guten Bericht. Hochwertige Agrarprodukte sind ein großer Standortvorteil der europäischen Landwirtschaft, um sich im internationalen Wettbewerb behaupten zu können. Sie tragen damit wesentlich zur Entwicklung des ländlichen Raums innerhalb der Europäischen Union bei. Landwirtschaftliche Erzeugnisse der Europäischen Union erfüllen bereits jetzt hohe Qualitätsnormen. Europäische Standards gelten weltweit als sehr anspruchsvoll. Dies ist leider noch nicht allen Verbrauchern bewusst. Deshalb ist es wichtig, dass die Europäische Union ihre Qualitätspolitik und gleichzeitig auch ihre Informationspolitik verbessert. Denn dies stellt einen Anreiz für Erzeuger dar, noch gezielter in den Bereichen Qualität und Lebensmittelsicherheit aktiv zu werden.

Der Verbraucher hat ein Recht darauf, dass er landwirtschaftliche Produkte in der EU unbeschwert und ohne Reue genießen kann. Eine freiwillige Kennzeichnung „Made in der Europäischen Union“ und eine verpflichtende regionale Kennzeichnung und im verpflichtenden Ursprungsnachweis schließen einander nicht aus.

Andererseits, wenn es um die Verpackungsgrößen und um die geometrische Form von Agrarprodukten geht, gilt es Maß zu halten. Die Europäische Union ist nicht dazu da, sich mit der Krümmung von Gurken zu beschäftigen. Gleiches gilt für die Größe von Pizza. Hier warne ich eindringlich vor einer Überregulierung. Wer regionale Wirtschaftskreisläufe will, setzt auf Qualität und nicht auf Krümmungsfaktoren. Wenn die Industrie die Einheitsgurke im Einheitsglas zum Einheitsgewicht haben will, ist das Sache der Industrie und nicht Sache der Europäischen Union bzw. des Europäischen Parlaments. Deshalb setzen wir auf Qualität und nicht auf Verpackungseinheiten.

Ich setze hier auf die Vernunft und die Klugheit des Europäischen Parlaments und auf unseren neuen Agrarkommissar, Herrn Ciolos.

Vasileica Viorica Dăncilă (S&D). – (RO) Lassen Sie mich zunächst dem Berichterstatter danken, dass er dieses Thema der Qualität landwirtschaftlicher Erzeugnisse aufgegriffen hat.

Die Anforderungen des Marktes sind vielfältig und steigen kontinuierlich. In der Europäischen Union bezieht sich die Mehrheit der Aspekte auf Lebensmittelhygiene und –sicherheit, Gesundheit und Nährwert sowie auf bestimmte soziale Anforderungen.

Darüber hinaus werden sich die Verbraucher immer mehr des Beitrags der Landwirtschaft zu Nachhaltigkeit, Klimawandel, Lebensmittelsicherheit, Artenvielfalt, Tierschutz und Wasserverknappung bewusst.

Angesichts dieser neuen wirtschaftlichen Herausforderungen ist der Haupttrumpf des europäischen Landwirts die Qualität. Die Europäische Union bietet den Vorteil der Qualität, die einem extrem hohen Sicherheitsniveau zu verdanken ist, das von der aktuellen Gesetzgebung über die gesamte Nahrungsmittelkette garantiert wird. Hierzu haben nicht nur die Landwirte, sondern auch die Erzeuger beigetragen.

Trotzdem gibt es einige Aspekte, die die Qualität noch verbessern können. Ich denke, es ist die Pflicht der Europäischen Union, gute Qualitätserzeugnisse zu fördern und sie gleichzeitig durch entsprechende Maßnahmen weltweit zu schützen. In diesem Zusammenhang denke ich, dass eine strengere Kontrolle im Hinblick auf Bioprodukte aus Drittländern ausgeübt werden muss, um einen fairen Wettbewerb zwischen Bioprodukten aus Europa und denen aus Drittländern zu gewährleisten.

Spyros Danellis (S&D). – (EL) Frau Präsidentin, Herr Kommissar, die Qualität landwirtschaftlicher Erzeugnisse stellt eine Priorität für Verbraucher dar, weil sie die Wettbewerbsfähigkeit der Erzeuger verbessert und die Region, in der sie erzeugt werden, stärkt. Darum werden Anstrengungen unternommen, sie zu schützen, und dazu gehört auch die Kennzeichnung.

Heute jedoch beschränkt die Gesetzgebung der Gemeinschaft die vorgeschriebene Kennzeichnung auf den Anbauort nur einiger Erzeugnisse und gewährt ihnen dadurch eine Sonderbehandlung. Andere landwirtschaftliche Erzeugnisse mit hohem Ernährungswert und Vorrang für die Verbraucher bleiben außen vor. Daher fordern wir das Parlament auf, einen einheitlicheren und logischeren Standpunkt anzunehmen, um die Interessen der Verbraucher zu schützen, indem es eine obligatorische Kennzeichnung mit dem Anbauort für alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse favorisiert. Dies sollte auch für verarbeitete Erzeugnisse gelten, die nur einen Bestandteil, beispielsweise Milch, enthalten.

Rareș-Lucian Niculescu (PPE). – (RO) Die Qualitätspolitik in Bezug auf landwirtschaftliche Erzeugnisse kann für viele Landwirte eine Lösung darstellen. Den Schwerpunkt eher auf Qualität statt auf Quantität zu legen, kann langfristig für viele Haushalte zu einem Vorteil werden. Darum braucht die Europäische Union in diesem Bereich kohärente Strategien, die gleichzeitig den europäischen Landwirten die Chance geben, auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig zu sein. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir den Scottà-Bericht wie auch das vom Kommissar Ciolos angekündigte Paket.

Gleichzeitig brauchen wir aber auch etwas, mit dem wir die Qualitätsziele erreichen können, nämlich eine starke, zukünftige, gemeinsame Agrarpolitik mit einem entsprechenden Budget. Eine Qualitätspolitik für landwirtschaftliche Erzeugnisse und eine Verringerung des europäischen Agrarhaushalts sind nicht miteinander vereinbar.

Wir müssen den Landwirten auch ausreichende Instrumente zur Verfügung stellen, damit sie ihre eigene Qualitätspolitik entwickeln können, und letztendlich müssen wir dafür sorgen, dass Landwirte aus den Mitgliedstaaten im Westen und Osten gleiche Chancen haben.

Britta Reimers (ALDE). - Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Kommissar! In der Diskussion um Qualitätslogos und die verpflichtende Herkunftskennzeichnung von Lebensmitteln dürfen wir nicht vergessen, dass unsere politischen Entscheidungen praktisch umsetzbar sein müssen. Bei den Änderungsanträgen 4 und 5 sehe ich diese praktische Umsetzbarkeit nicht und werde sie deshalb ablehnen.

Qualitätslogos sind grundsätzlich positiv zu bewerten, wenn sie freiwillig sind. Das gibt Erzeugern und Verarbeitern die Möglichkeit, auf Nischenmärkten erfolgreich zu sein. Wir müssen allerdings beachten, dass manche freiwillige private Logos durch die Marktbeherrschung einiger Handelsketten zum Quasi-Standard erklärt werden. Dadurch wird Erzeugern und Verarbeitern die unternehmerische Freiheit genommen und auch die Wahlmöglichkeit für die Verbraucher eingeschränkt.

Ähnliches gilt für eine obligatorische Angabe des Herkunftsortes von Agrarerzeugnissen, wie beispielsweise Milch. Die Umsetzung dieser Forderung wäre in der Landwirtschaft und der verarbeitenden Industrie kaum technisch machbar. Wir müssen aufpassen, dass guter Wille nicht in ausufernder Bürokratie versinkt.

Janusz Wojciechowski (ECR). – (PL) Frau Präsidentin, ich möchte die Aufmerksamkeit auf die Relevanz von Punkt 9 des Scottà-Berichts lenken, in dem hervorgehoben wird, dass die Kommission in den Verhandlungen mit der WHO versuchen muss, eine Vereinbarung über die „nichtgewerblichen Belange“ zu treffen. Damit soll sichergestellt werden, dass importierte landwirtschaftliche Erzeugnisse im Bereich Lebensmittelsicherheit, Tier- und Umweltschutz den gleichen Anforderungen entsprechen wie sie für innerhalb der Europäischen Union erzeugte Agrarprodukte gelten.

Das Problem ist, dass das Europäische Parlament wahrscheinlich schon 150 Mal gesagt hat, dass die gleichen Anforderungen wie für Erzeuger innerhalb der Europäischen Union auch für Importeure gelten sollten. Es gab keine Reaktion, und wir haben es immer noch mit einer Situation zu tun, in der unsere Erzeuger, Landwirte und Produzenten hohe und teure Normen einhalten müssen, während Importeure diese Normen nicht erfüllen. Das führt zu unlauterem Wettbewerb. Wie in dem Bericht richtigerweise hervorgehoben wurde, muss dies geändert werden.

Andreas Mölzer (NI). - Frau Präsidentin! Lebensmittelkontrolle ist eine Utopie. Kontrolldruck und Konsequenzen anscheinend aber auch. Damit haben wir ja den Salat! Bei Gesundheitsgefahren sollen die Ämter zwar Warnungen aussprechen, sie müssen aber nicht. Was dann rauskommt, haben wir erst jüngst

bei dem Listerien-Käseskandal gesehen. Häufig kämpfen die Lebensmittelkontrolleure mit mangelnder Kennzeichnung - und nicht nur sie, sondern auch die Konsumenten. Die sind nämlich absolut überfordert bei dem Dschungel an Kennzeichnungen. Da steht dann etwa „Bauer“ auf der Packung, obwohl das Produkt industriell verarbeitet wurde. Und es steht etwa „Original aus Österreich“ und dabei stammen die Zutaten von überall her.

Qualitätsbewusste Kunden sind bereit, für hochwertige Lebensmittel mehr zu bezahlen. Die Frage ist nur, wie lange noch, wenn auch hier schwarze Schafe tatkräftig mitmischen. Wenn Kontrollsysteme etwa auf kleine Betriebe zugeschnitten sind und Öko-Großbetrieben kaum auf die Finger geschaut wird, dann stimmt das gesamte System nicht.

Herbert Dorfmann (PPE). - Frau Präsidentin! Herr Kommissar, Sie haben heute gesagt, diese Produkte mit Ursprungsbezeichnung sind eine Speerspitze. Damit haben Sie Recht. Das gilt ganz besonders für Produkte, die unter schwierigen Bedingungen, z. B. in Berggebieten, produziert werden und höhere Margen brauchen. Deshalb ist die Kennzeichnung „aus dem Berggebiet“ ganz besonders wichtig.

Ich möchte zwei Punkte ansprechen: Ich denke, dass man bei solchen Produkten den Bauern auch die Chance geben sollte, sich in interprofessionellen Komitees und in Schutzkonsortien zu organisieren und dort auch Marktentscheidungen zu treffen. Das ist kein Verstoß gegen den Wettbewerb, und wenn es einer ist, dann ist es auf jeden Fall ein viel kleinerer Verstoß als die Konzentration der Handelsketten in den letzten Jahren.

Zur vieldebattierten Diskussion über die Qualitätsnormen: Ich kenne die Diskussion in der Presse und ich weiß um die Diskussion über die krummen Gurken. Aber die Produzenten wollen und brauchen diese Regeln. Das sollten wir bei der Diskussion und bei der Abstimmung morgen auch bedenken.

João Ferreira (GUE/NGL). - (PT) Zertifizierungsmechanismen könnten einen Beitrag darstellen, um den Wert landwirtschaftlicher Arbeit zu erhöhen, das Einkommen der Landwirte zu verbessern und die Qualität und Lebensmittelsicherheit zu fördern. Da aber die derzeitigen Zertifizierungsverfahren komplex, zeitaufwändig und vor allem teuer sind, waren ihre Auswirkungen eher negativ, speziell bei den kleinen und mittleren Landwirtschaftsbetrieben. Höhere Erzeugerkosten und die Verteilung des Einkommens über die gesamte Wertschöpfungskette werden durch die Aufnahme eines weiteren Vermittlers in diese Kette für die Erzeuger noch ungünstiger.

Angesichts dieser Tatsache muss die Zertifizierung als effiziente Garantie für Transparenz, Qualität und Verbrauchersicherheit von öffentlichen Institutionen durchgeführt werden, wobei sie nicht zu höheren Kosten für die Erzeuger führen darf.

Vor allem aber brauchen wir, wenn wir eine gute Politik machen wollen, eine andere Agrarpolitik, eine tiefgreifende Reform der gemeinschaftlichen Agrarpolitik, die lokalen Schutz, das Recht auf Erzeugung und das Recht auf Selbstverantwortung im Lebensmittelbereich unterstützt, damit die Landwirte und Verbraucher vor den Folgen der Deregulierung des Welthandels und der unkontrollierten Liberalisierung der Märkte geschützt werden, durch die sie entweder im Rahmen bilateraler Abkommen oder durch die Welthandelsorganisation blockiert werden.

Zigmantas Balčytis (S&D). - (LT) Die landwirtschaftlichen Erzeugnisse der Europäischen Union sind auf dem internationalen Markt sehr bekannt und wegen ihrer hohen Qualität sehr begehrt. Im Hinblick auf die Zukunftsperspektiven der gemeinschaftlichen Agrarpolitik bin ich davon überzeugt, dass die Produktqualität auch in Zukunft das wichtigste Ziel bleiben muss. Qualitativ hochwertige Agrarerzeugnisse sind nicht nur einfach unsere Visitenkarte auf internationaler Ebene, sie sind ebenfalls ein wichtiger Bestandteil des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens der EU-Region. Qualitätspolitik sollte durch mehr Klarheit bei der Produktzertifizierung und -kennzeichnung entwickelt werden, die für alle Verbraucher in der Europäischen Union einleuchtend ist. Um die Erzeugung landwirtschaftlicher Qualitätsprodukte zu sichern, müssen wir klare Vorschriften für die Kennzeichnung von Erzeugnissen festlegen, die genetisch veränderte Organismen enthalten. Dieses Problem ist seit der Entscheidung der Kommission, die Verwendung genetisch veränderter Kartoffeln in Tierfutter zu erlauben, besonders relevant geworden. Bis wir Kennzeichnungs- und Zertifizierungsnormen für derartige Erzeugnisse festlegen, sind sie eine Bedrohung für die zukünftige EU-Politik in Sachen Lebensmittelqualität und für unser aller Gesundheit.

Czesław Adam Siekierski (PPE). - (PL) Frau Präsidentin, dank der Instrumente der gemeinsamen Agrarpolitik zeichnet sich der Agrarmarkt der Europäischen Union durch die Lieferung von Agrar- und Lebensmittelprodukten von hoher Qualität aus. Hohe Standards, angemessene Lebensmittelqualität und ausreichende Versorgung sind Bestandteile der Lebensmittelsicherheit – und das ist enorm wichtig.

Es ist wichtig, dass Informationen über die Qualität von Waren beim Verbraucher ankommen. Wir wissen, dass jedes Erzeugnis, das auf dem Markt zugelassen wird, einem Mindeststandard entsprechen muss. Besondere Qualitäten, die über die Mindeststandards hinausgehen, müssen im Einzelnen auf dem Erzeugnis angegeben werden, um seine Wettbewerbsfähigkeit durch Hinweis auf diese zusätzlichen Qualitäten, für die der Verbraucher bezahlen muss, zu verbessern.

Andere wichtige Informationen, die auch auf den Erzeugnissen erscheinen sollten, sind der Ursprungsort und die Verarbeitung des Rohprodukts. Die Verbraucher müssen wissen, was sie kaufen und wofür sie bezahlen. Fehlende Informationen schwächen die Wettbewerbsfähigkeit von Agrar- und Lebensmittelprodukten, die in Europa erzeugt und verarbeitet werden, im Vergleich zu importierten Waren, die ohne Rücksicht auf den Tierschutz, Umweltschutzanforderungen oder soziale Standards für die Mitarbeiter hergestellt werden.

Franz Obermayr (NI). - Frau Präsidentin! Der gelungene Bericht des Abgeordneten Scott steht ganz im Sinne des Verbraucherschutzes. Tatsächlich müssen die Sicherheit und die gesundheitliche Unbedenklichkeit von landwirtschaftlichen Produkten oberste Priorität haben. Ich mache auf die zentrale Bedeutung der Verbesserung der Herkunftsbezeichnung von Lebensmitteln aufmerksam. Auf jedem landwirtschaftlichen Produkt der EU muss die Herkunft des Rohstoffes klar angegeben sein. Dem Verbraucher darf kein Etikettenschwindel vorgemacht werden. Zum Beispiel China: Importierte Kerne kommen nach Österreich, es wird dort so genanntes „gepresstes Kernöl“ verkauft. Oder schlimmer noch, gemästete Tiere werden unter unwürdigen Bedingungen quer durch Europa transportiert, um dann beispielsweise so genannten „Tiroler Speck“ zu erzeugen. Daher ist auf die regionale Versorgung zu setzen, und lokale Bauern und kleine Fleischhauer müssen im Sinne unserer Verbraucher und im Sinne unserer Landwirte unterstützt werden.

Mariya Nedelcheva (PPE). – (BG) Frau Präsidentin, Herr Kommissar, meine Damen und Herren, ich gratuliere Herrn Scottà zu diesem Bericht, der ein deutliches Zeichen ist für den Wunsch und die Entschlossenheit des Europäischen Parlaments, sich aktiv an der anstehenden Aussprache über die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik zu beteiligen. Ich begrüße den Vorschlag für ein Logo, das klar und deutlich zeigt, dass ein bestimmtes Erzeugnis ausschließlich in Europa erzeugt und verarbeitet wird. Ich glaube, dass damit ein weiteres Zeichen der Unterstützung und eine Ursprungsgarantie für die hohe Qualität unserer Erzeugnisse gegeben wird.

Meiner Ansicht nach müssen eine geschützte Ursprungsbezeichnung und ein geografisches Angabesystem eingeführt werden. Dadurch werden wir die unverwechselbare Natur der Regionen und ihren Charakter bewahren können. Außerdem wird es den Menschen das Gefühl geben, dass das, was sie erzeugt haben, erkennbar ist und auf dem Markt Wertschätzung erfährt. Darum glaube ich, dass wir das Instrument der „garantiert traditionellen Spezialität“ bewahren müssen und es als ein gutes Beispiel für Einigkeit in Vielfalt berücksichtigen sollten. Es ist nichts Falsches daran, wenn wir wissen, dass wir Fetakäse aus Griechenland, Salzlakenkäse aus Bulgarien oder Mozzarella aus Italien essen. Lebensmittelqualität und -sicherheit gehören zu den größten Herausforderungen, die wir in Zukunft meistern müssen. Lassen Sie uns die Qualität unserer Erzeugnisse und deren Wettbewerbsfähigkeit bewahren und lassen Sie uns unseren Erzeugern und Landwirten ein anständiges Einkommen und eine Lebensgrundlage sichern.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Dacian Cioloș, Mitglied der Kommission. – (FR) Frau Präsidentin, ich werde jetzt nicht auf alle Themen eingehen, die hier angesprochen wurden, besonders nicht, da es morgen eine Abstimmung geben wird, aber ich würde trotzdem gern gewisse Punkte hervorheben, die wiederholt in den Ausführungen angesprochen wurden.

Im Hinblick auf die Zusammenführung der verschiedenen geografischen Angabesysteme verstehe ich die Befürchtungen bestimmter Mitglieder voll und ganz. Ich kann Ihnen versichern, dass es nicht meine Absicht ist, etwas, das funktioniert und an das sich die Verbraucher gewöhnt haben, zu zerschlagen. Wir müssen einfach nur das Qualitätsschutzproblem eindeutiger und konsistenter gestalten; dies gilt umso mehr, als wir versuchen, im Zuge internationaler Verhandlungen Anerkennung für diese Systeme zu erhalten.

Daher ist es wichtig, dass diese Systeme von unseren Partnern eindeutig und einfach verstanden werden, damit sie anerkannt werden können. Es ist daher nicht meine Absicht, eine Zusammenführung um der Zusammenführung willen herbeizuführen. Herauskommen soll ein System, das uns Vereinfachungen beschert, ohne an Dinge zu rühren, die vom Verbraucher bereits eindeutig erkannt werden.

Was das europäische Qualitätslogo betrifft, müssen wir in diesem Plenarsaal auch darüber reden und entscheiden, welche Ziele wir damit erreichen wollen. Geht es uns nur darum, die Einhaltung der Grundnormen nachzuweisen, die von allen europäischen Landwirten eingehalten werden und auch von den importierten Waren eingehalten werden müssen? Es ist tatsächlich so – und darauf möchte ich hinweisen –, dass alle importierten Nahrungsgüter Mindestnormen in Sachen Lebensmittelhygiene und –sicherheit einhalten müssen, wie sie von unseren eigenen Erzeugnissen eingehalten werden.

Daher müssen wir schauen, welcher Weg der beste ist, um unsere Erzeugnisse von denen anderer erfolgreich zu unterscheiden. Brauchen wir ein Logo der Europäischen Union, oder sollten wir stattdessen auf den Ursprungsort, die Anbauorte hinweisen? Der beste Mechanismus muss ermittelt und dann auf alle Fälle berücksichtigt werden.

Im Hinblick auf die geografischen Angaben auf internationaler Ebene versichere ich Ihnen, dass es mein Anliegen ist, sicherzustellen, dass dieses System von unseren Partnern anerkannt wird. Wir versuchen, dies in den Verhandlungen der Internationalen Arbeitsorganisation zu gewährleisten, aber auch dann, wenn wir diese Gelegenheit beim Verhandeln bilateraler Verträge erhalten.

Daher werden wir diesen Ansatz weiterverfolgen. Ich möchte darüber hinaus in meiner Mandatszeit die Politik zur Kommunikation und Förderung dieser Qualitätszeichen international stärken können, da Qualität ein Aktivposten ist und uns als solcher größere Präsenz auf der internationalen Bühne verschaffen kann.

Was die vorbehaltenen Begriffe „Berg“, „Insel“ usw. betrifft, suchen wir nach Möglichkeiten zur Einführung solcher Systeme. Auch hier müssen wir entscheiden, wie wir vorgehen, um sicherzustellen, dass jenen Landwirten keine zusätzlichen Kosten entstehen, die diese Systeme einführen wollen.

Was berufsübergreifende Organisationen und ihre Rolle in der Verwaltung geschützter Ursprungsbezeichnungen (g. U.) betrifft, so ist es unsere Absicht, insbesondere im Hinblick auf Milch – denn die Mehrheit der g. U. und der geschützten geografischen Angaben (g. g. A.) konzentrieren sich in diesem Sektor – eine Studie durchzuführen, um zu sehen, welche Auswirkung die Beendigung der Milchquoten auf den reibungslosen Ablauf dieser Qualitätsschutzsysteme haben wird. Ich hoffe, dass wir auf der Grundlage dieses Berichts erkennen, welche Maßnahmen wir gegebenenfalls ergreifen müssen.

Giancarlo Scottà, Berichterstatter. – (IT) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren. Vielen Dank, Kommissar Ciolos. Ich möchte zunächst ganz kurz über Boden sprechen.

Aus dem Boden ernten wir unsere Erzeugnisse und ihn müssen wir für die Zukunft und diejenigen bewahren müssen, die nach uns dasselbe tun müssen. Darum möchte ich, wenn wir diesen einfachen Gedanken als Ausgangspunkt nehmen, mich an die Erzeuger wenden, an diejenigen, die den Boden bearbeiten, und die auch von denjenigen anerkannt werden müssen, die später die Handelsware genießen, die sie im Supermarkt oder einem anderen Geschäft vorfinden. Es ist daher nur richtig, wenn wir zuerst dem Boden Respekt zollen, der die Erzeugnisse hervorbringt, dann gegebenenfalls dem Verarbeiter und vor allem dem Verbraucher.

Ich möchte den einen für die Verbraucher vorteilhaften Vorschlag machen, aber ich bin mir nicht sicher, ob er gern gesehen wird oder nicht: Warum fragen wir nicht die Verbraucher, was sie wissen wollen? Auf diese Weise werden wir erfahren, welche potenziellen Etiketten die Verbraucher lesen und verstehen können, und so könnte alles viel einfacher werden als mit den komplizierten Etiketten, die wir heute haben. Warum dürfen Verbraucher nicht wissen, dass sie die Wahl haben, einen Liter Milch aus Europa oder einen Liter Milch aus Brasilien zu trinken? Es liegt an ihnen, ob sie einen Liter Milch aus Brasilien besser finden als einen Liter Milch, der in der Europäischen Union erzeugt wurde.

Wie immer dem auch sein mag, ich bin der Ansicht und hoffe, dass dieser Bericht für Kommissar Ciolos nützlich sein wird, denn er liefert weitere Einzelheiten, die dabei helfen, dass der von mir früher gesponnene Faden wieder aufgenommen werden kann: Boden, Erzeuger, gegebenenfalls Verarbeiter, Verbraucher, Sicherheit und vor allem Sicherheitsfragen, Qualität. Wir alle haben über Qualität gesprochen, und ich glaube, dass wir alle die Qualität unserer Erzeugnisse steigern wollen, umso mehr, wenn das bedeutet, dass wir gut essen und uns gesund ernähren.

Die Präsidentin. – Die Aussprache wird geschlossen.

Die Abstimmung findet morgen statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Paolo Bartolozzi (PPE), *schriftlich*. – (IT) Das Thema Qualitätspolitik in Bezug auf landwirtschaftliche Erzeugnisse hat eine maßgebliche und einstimmige Reaktion des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung des Europäischen Parlaments hervorgerufen und vervollständigt dadurch die vorhandenen Rechtsvorschriften. Die europäischen Agrarerzeuger haben endlich die Anerkennung der europäischen Rechtsvorschriften bezüglich der Qualität ihrer Erzeugnisse in Verbindung mit den Erzeugerregionen erhalten. Das ist mit einer Garantie gleichzusetzen, dass sie vor der Globalisierung der Märkte geschützt werden. Außerdem wird sichergestellt, dass der „informierte“ Verbraucher Erzeugnisse ablehnen kann, die nicht die obligatorische geografische Angabe des Ursprungsorts tragen, die nicht eindeutig zertifiziert sind, und die nicht den Marketing- und Fälschungsbekämpfungsvorschriften entsprechen. Die Verbraucher werden in der Lage sein, ihre Einkaufswahl in voller Kenntnis der Vorschriften für ihr gewünschtes Produkt zu treffen. Das Europäische Parlament wird weiter für den Schutz der Landwirte und Verbraucher kämpfen. Die Gesundheit der Letztgenannten hängt von der Qualität der Erzeugnisse der Erstgenannten ab. Mein Änderungsantrag zum Schutz von Produkteigenschaften, den der Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung angenommen hat, sieht vor, dass die Regionen eine wichtige Rolle als Erzeugerpartner und insbesondere als Erzeuger traditioneller Produkte und von Bioprodukten haben. Er fordert die Regionen auf, sich an der Anerkennung und Förderung von Erzeugnissen mit geografischen Angaben, traditionellen Produkten und Bioprodukten zu beteiligen. Ich habe erfreut Anerkennung dieser Angabe festgestellt.

Sergio Berlato (PPE), *schriftlich*. – (IT) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, das Thema Qualität landwirtschaftlicher Erzeugnisse ist von fundamentaler Bedeutung, wenn es um die Information der Käufer und Verbraucher über die Eigenschaften von Erzeugnissen geht und die weitere Garantie, dass der Erwerb von Erzeugnissen aus der Europäischen Union mit der hohen Qualität aus den verschiedenen regionalen Traditionen innerhalb der Union gleichzusetzen ist. Über die Jahre hat sich die Qualitätspolitik in Bezug auf landwirtschaftliche Erzeugnisse fragmentarisch entwickelt und zeichnet sich durch eine Aufeinanderfolge sektorieller Instrumente aus. Die Globalisierung des Marktes sowie die Wirtschafts- und Finanzkrise, die Europa getroffen haben, haben auch den Landwirtschaftssektor nicht verschont. Um da herauszukommen, müssen wir uns auf die Qualität und Sicherheit unserer Erzeugnisse konzentrieren. Die kontinuierliche Suche nach Qualität muss ein wesentlicher Bestandteil der vom Nahrungsgütersektor der EU verfolgten Strategie auf dem Weltmarkt werden. Ich glaube außerdem, dass wir den Vorschlag der Kommission über die Einführung eines europäischen Qualitätslogos für Erzeugnisse, die vollständig aus Europa stammen und dort verarbeitet wurden, ernsthaft berücksichtigen müssen. Dieses Logo würde nämlich eine formale Anerkennung der Bemühungen der europäischen Landwirte darstellen, hohe Produktionsstandards aufrecht zu erhalten. Schließlich ist es definitiv eine gute Idee, die Rechtsvorschriften zu vereinfachen, um die bürokratische Belastung von Unternehmen zu verringern und gleichzeitig zu garantieren, dass die von den europäischen Erzeugern erzielten Qualitätsstandards beibehalten werden.

Robert Dušek (S&D), *schriftlich*. – (CS) Die Qualitätspolitik in Bezug auf landwirtschaftliche Produkte ist keine statische Politik, die getrennt von der sonstigen mit der Landwirtschaft verbundenen Politik gesehen werden kann. Im Gegenteil, die Reform der gemeinschaftlichen Agrarpolitik sollte auch Strategien enthalten, bei denen es um die Anpassung an den Klimawandel geht, um den Schutz der Artenvielfalt, die sichere Versorgung mit Energie und Wasser, die Gewährleistung artgerechter Bedingungen für Tiere und das europäische Fischereiwesen. Die Produktqualitätspolitik kann dabei helfen, die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Landwirte zu steigern und wirtschaftliche Renditen in ländlichen Gebieten in Krisenzeiten beizubehalten, indem eben diese Qualität landwirtschaftlicher Erzeugnisse und eine hohe Qualität der Nahrungsmittel zum Ziel erklärt werden. Es muss ausnahmslos weiterhin gelten, dass der Kauf von Erzeugnissen aus der EU gleichzusetzen ist mit dem Kauf hochwertiger Produkte, die auf der Grundlage verschiedener europäischer regionaler Traditionen hergestellt wurden, wobei die höchsten Produktionsstandards im Bereich Lebensmittelsicherheit eingehalten wurden. Ich unterstütze den Vorschlag der Kommission bezüglich der Einführung eines Qualitätslogos, das für Erzeugnisse verwendet würde, die aus der EU stammen und ausschließlich dort verarbeitet werden. Verbraucher verwechseln die Bezeichnung des Ortes, an dem Lebensmittel verarbeitet werden, mit dem Ursprungsort des Agrarprodukts. Es muss mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, dass der Produktionsprozess an sich die Qualität und Eigenschaften eines Produkts negativ beeinflussen kann. Ich begrüße auch die Aufrechterhaltung der Systeme zur Registrierung geografischer Angaben und traditioneller Spezialitäten, da diese Angaben für die europäische Landwirtschaft nicht nur aus wirtschaftlicher Sicht von großer Bedeutung sind, sondern auch unter umweltpolitischen und gesellschaftlichen Gesichtspunkten.

19. Treffen der Arbeitsminister der G20-Länder (Washington, 20./21. April) (Aussprache)

Die Präsidentin. – Der nächste Punkt ist die Erklärung der Kommission zum G20-Treffen der Arbeits- und Beschäftigungsminister am 20./21. April in Washington.

László Andor, Mitglied der Kommission. – Frau Präsidentin, die neuesten Hochrechnungen der IAO und der OECD zeigen, dass die Arbeitslosenquoten in den Industrieländern immer weiter steigen und ihren Höhepunkt frühestens 2011 erreichen werden.

Auf der anderen Seite stehen über 200 Millionen Arbeitnehmer in den Entwicklungs- und Schwellenländern am Rande einer extremen Armut. Das Ergebnis wären fast 1,5 Milliarden Menschen in Erwerbsarmut weltweit. Diese Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache. Die gegenwärtige Krise hat nämlich die schlimmsten Schwächen unserer immer tiefer miteinander verwobenen globalen Wirtschaft zu Tage treten lassen. Nun gibt es einen eindeutigen Konsens, dass globale Maßnahmen notwendig sind, um die globalen Probleme zu lösen.

Führer der G20 haben im letzten Jahr in Pittsburgh versprochen, dafür zu sorgen, dass mit der Rückkehr des Wachstums auch wieder Arbeitsplätze geschaffen werden. Dementsprechend haben die G20-Führer vereinbart, ein beschäftigungsorientiertes Rahmenwerk für das zukünftige Wirtschaftswachstum aufzubauen.

Das alles begrüßen wir sehr. Die Kommission gibt jedem Rahmenwerk für Maßnahmen ihre volle Unterstützung, bei dem Qualitätsarbeitsplätze im Mittelpunkt der Erholung stehen und das den Menschen weltweit wieder zu Beschäftigung verhilft. Dieser Ansatz reflektiert die unmissverständliche Realität, dass Beschäftigung in der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise unter dem Strich das Entscheidende ist, und dass eine Erholung ohne Arbeitsplätze keine Option ist.

In Pittsburgh haben die Führer die US-Arbeitsministerin aufgefordert, eine gemeinsame Sitzung mit den Arbeits- und Beschäftigungsministern der G20 einzuberufen. Deren Aufgabe wird es sein, die weltweite Beschäftigungslage zu beurteilen und die Auswirkung der politischen Reaktionen auf die Krise sowie den möglichen Bedarf an weiteren Maßnahmen zu diskutieren. Darüber hinaus müssen die Minister mittelfristige Beschäftigungs- und Weiterbildungsstrategien, Sozialschutzprogramme und empfehlenswerte Verfahren berücksichtigen, damit Arbeitnehmer von Fortschritten in Wissenschaft und Technik profitieren können. Dieses noch nie dagewesene Treffen wird am 20. und 21. April in Washington DC stattfinden. Die Kommission und die spanische Präsidentschaft werden ebenfalls teilnehmen.

Die Kommission arbeitet eng mit der IAO bei den Vorbereitungen für dieses Treffen zusammen, das uns insbesondere eine gute Gelegenheit bieten wird, weltweit angemessene Arbeit im Namen der Europäischen Union zu fördern. Die Anwendung der international anerkannten Kernarbeitsrichtlinien der IAO und die Bemühungen, eine grundlegende fortlaufende soziale Sicherheit zu erzielen, sind hier entscheidend. Außerdem beinhaltet das Mandat der G20 die Entwicklung einer mittelfristigen weltweiten Ausbildungsstrategie durch die IAO und andere internationale Organisationen.

Die Kommission leistet mit der Initiative „Neue Kompetenzen für neue Beschäftigungen“ einen deutlichen Beitrag zu diesen Bemühungen. Dies ist Teil der Vorzeige-Initiative Europa 2020 auf der Agenda für neue Kompetenzen und Beschäftigungen. Die größte Herausforderung liegt hier darin, mit einer Strategie der Umschulung und Weiterbildung von Arbeitskräften aus aller Welt voranzukommen und die Übergänge bei einem Arbeitsplatzwechsel und von der Ausbildung zum Arbeitsplatz für junge Menschen zu erleichtern.

Die Beteiligung der Sozialpartner kann einen enormen Mehrwert bewirken. Wir alle hier wissen, wie effizient der europäische Soziale Dialog sein kann, wenn es darum geht, die Konzeption verschiedener Maßnahmen im Beschäftigungsbereich zu verbessern. Die Kommission ist bereit, diese Erfahrungen mit den internationalen Partnern der Europäischen Union zu teilen. Die Kommission wird das Parlament über die Fortschritte beim Treffen in Washington DC auf dem Laufenden halten.

Das Treffen der G20-Arbeitsminister wird für uns eine Gelegenheit sein, neue Maßnahmen zu entwickeln, die zur Gestaltung des Strategierahmens nach der Krise beitragen werden. Diese neuen Maßnahmen und Strategien können zu einem ausgeglichenen Ausstieg aus der Krise beitragen, indem Arbeitsplätze zum Mittelpunkt des Aufschwungs werden, und so die Nachwirkungen der Krise überwinden. Das Ziel ist, den G20-Führern genügend Informationen und Orientierung für die Gipfeltreffen in Kanada und später in diesem Jahr in Korea zu geben.

Elisabeth Morin-Chartier, *im Namen der PPE-Fraktion.* – (FR) Frau Präsidentin, Herr Kommissar, meine Damen und Herren, vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrise zwingt uns dieser G20-Gipfel zu folgern, dass das wichtigste Ziel, das wir erreichen müssen, darin besteht, Arbeitnehmer beschäftigungsfähiger zu machen.

Das ist eine Notwendigkeit, weil es keine soziale Integration ohne Integration über den Arbeitsplatz geben kann. Daher bereiten wir heute diesen G20-Gipfel vor, und unsere einzige Devise und unser einziges Ziel, das wir teilen können, ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Wie Sie gerade sagten, Herr Kommissar, hat die Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union und auf der ganzen Welt deutlich zugenommen. Dabei steht fest, dass Ungleichheiten wachsen und sich unter jungen Menschen, Zeitarbeitern, Migranten und Frauen noch weiter verschärfen.

Heute sind 21,4 % der Jugendlichen ohne Beschäftigung. Im Vergleich zu den bereits beachtlichen 14,7 % arbeitsloser Jugendliche vor zwei Jahren muss uns die Geschwindigkeit des Anstiegs sehr beunruhigen.

Daher müssen wir zusammen in Europa und weltweit – denn die Reaktion kann nur weltweit sein – Konvergenz- und Integrationsstrategien aufbauen, die explizit die Tatsache anerkennen, dass dynamische Sozial- und Kohäsionspolitik die Grundlage für die Entwicklung unserer Gesellschaft sind.

Ich möchte Sie auch an den Globalen Pakt für Beschäftigung der Welthandelsorganisation erinnern, der eine geeignete Reihe strategischer Optionen anbietet, mit deren Hilfe wir uns aus der Krise lösen könnten.

Wo stehen wir hinsichtlich des Vorschlags der Europäischen Kommission, als Grundlage für das Rahmenwerk der neuen Strategie für die Zeit nach 2010 die soziale Marktwirtschaft, Integration und Transparenz zu nehmen?

Ich hoffe, dass unsere europäischen Arbeits- und Beschäftigungsminister während dieses Gipfels nicht vergessen, dass sie für die steigende Arbeitslosigkeit von Millionen von Menschen verantwortlich sind, die einer nach dem anderen in den letzten Monaten ihre Arbeitsplätze verloren haben.

Kommissar Andor, die Europäische Union erwartet daher von Ihnen, dass Sie so handeln, dass wir unseren Mitbürgern versichern können, dass sie wieder Arbeit finden.

Alejandro Cercas, *im Namen der S&D-Fraktion.* – (ES) Frau Präsidentin, Herr Kommissar, meine Damen und Herren, auch ich freue mich, dass wir die Gelegenheit zur heutigen Aussprache als Vorbereitung für den Gipfel haben, der Sie alle am 20. und 21. April in Washington zusammenführt.

Das heutige Treffen verdanken wir in erster Linie der Vorsitzenden des Beschäftigungsausschusses, Frau Berès. Höhere Gewalt hindert sie leider heute an der Teilnahme.

Deswegen werde ich in unser beider Namen sprechen. Ich werde in ihrer Sprache, Französisch, sprechen und dabei die Unterlagen verwenden, die sie vorbereitet hat, denn ich bin sicher, Sie sind daran interessiert, ihre eigenen Worte zu hören:

(FR) In einer Zeit, in der die Arbeitslosenquote in Europa bald die 10 %-Marke übersteigt, in der es weltweit über eineinhalb Milliarden Erwerbsarme gibt, und in der die Krise weitere 200 Millionen Erwerbsarme trifft, wird es Zeit für die Führer, sich auf die sozialen Konsequenzen der Krise zu konzentrieren und der Beschäftigung Priorität einzuräumen.

Wir loben die vorbereitenden Arbeiten, die Sie in enger Zusammenarbeit und im Geiste des Dialogs mit den Sozialpartnern durchgeführt haben.

Das von den Staatsoberhäuptern oder Regierungen angestrebte Zusammentreffen in Pittsburgh hat den Sinn, makro-ökonomische Themen und soziale Dimensionen unter einen Hut zu bringen. Um eine Wiederholung der Fehler, die zu der Krise geführt haben, zu vermeiden, müssen wir absolut gewährleisten, dass die Krise die sozialen Ungleichheiten in unseren Ländern, zwischen den EU-Mitgliedstaaten und auf internationaler Ebene nicht weiter vertieft.

Wir müssen gewährleisten, dass eine voreilige Strategie zur Beendigung der Krise nicht zum Abbau unseres sozialen Modells führt, da die Ursprünge dieser Krise, mit der wir seit nunmehr drei Jahren leben, wahrhaftig sozialer Natur sind. Es reicht nicht aus, Finanzprodukte zu regulieren; wir müssen zum Grund des Fehlverhaltens vordringen.

Leider befürchten wir, dass trotz der zahlreichen Berichte von Organisationen wie der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), in denen die sich verschlechternden sozialen Ungleichheiten hervorgehoben werden, es immer noch am politischen Willen mangelt, wenn die soziale Dimension betroffen ist. Der Beweis hierfür ist die sehr geringe Sichtbarkeit sozialer Themen, die auf der offiziellen Website der G20 noch nicht einmal erwähnt werden. Auch die jüngste Entscheidung des ECOFIN-Rates, den außergewöhnlichen Maßnahmen zur Unterstützung der Beschäftigung zwecks rascher Wiederherstellung öffentlicher Finanzen ein Ende zu bereiten, kann nicht akzeptiert werden.

Zwischen den Ministern für Finanzen und den Ministern für Beschäftigung und Sozialangelegenheiten ist ein gefährliches Spiel im Gange.

Herr Kommissar, wir zählen auf Sie und auf die spanische Präsidentschaft, gegen diesen kurzsichtigen Ansatz vorzugehen und soziale Themen in den Mittelpunkt europäischer und internationaler Maßnahmen zu stellen.

Marian Harkin, *im Namen der ALDE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, es ist absolut erforderlich, dass die Beschäftigungs- und Arbeitsminister der G20 Qualitätsarbeitsplätze in den Mittelpunkt ihrer Wirtschaftserholungspläne stellen.

Vielen Arbeitnehmer bietet sich, wie Sie, Herr Kommissar, wissen, ein düsteres Bild: steigende Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, erhebliche Lohnseinbußen, die von Ihnen angesprochene Erwerbsarmut und ungeeignete beziehungsweise fehlende Weiterbildungschancen. Gleichzeitig sehen die Arbeitnehmer, dass die Banken neues Kapital erhalten, während kleine und mittlere Unternehmen – die Antriebskräfte des Wirtschaftswachstums – keine Geldmittel erhalten und Arbeitsplätze verloren gehen.

Ausgabendisziplin und Ausgabenkürzungen dürfen nicht den Platz eines Arbeitsplatzbeschaffungsprogramms einnehmen, aber genau das passiert in vielen Ländern, darunter auch in meinem Land, Irland. Die Kommission lobt die Ausgabendisziplin, aber unsere Arbeitsplätze bluten aus. Wir stimmen die Bücher ab, aber unsere Arbeitnehmer müssen den Preis dafür bezahlen. Die Minister der G20 müssen sich fest verpflichten, neben einem Mindesteinkommen, sozialem Schutz und Weiterbildung oder Umschulung für diejenigen, die keine Arbeit haben, für angemessene Arbeit zu sorgen und die Arbeitsplatzbeschaffung vorrangig zu behandeln.

Schlussendlich stimme ich Ihnen zu, dass sie sich zur Umsetzung von Strategien verpflichten müssen, die im Einklang mit den Grundprinzipien und –rechten der IAO stehen, und dass sie nicht erlauben dürfen, dass die derzeitige Wirtschaftskrise als eine Entschuldigung für die Schwächung oder Missachtung international anerkannter Arbeitsnormen herhalten kann.

Ilda Figueiredo, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – (PT) Es ist höchste Zeit, dass die Führer der Europäischen Union die Rolle anerkennen, die auch sie in der schweren Gesellschaftskrise gespielt haben, die ganz Europa und die Welt erfasst hat. Sie ist die Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise, der sie durch die Deregulierung der Finanz- und Handelsmärkte und durch das Durchdrücken freier Handelsverträge mit Drittländern Vorschub geleistet haben, ohne die Interessen der Arbeitnehmer oder der Öffentlichkeit zu berücksichtigen.

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit sowie der unsicheren und schlecht bezahlten Arbeit steigert die Armut und ist die direkte Folge der neoliberalen Politik und der Krise des Kapitalismus. Die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) und die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung glauben, dass die Arbeitslosigkeit ihren Höhepunkt in den Industrieländern noch nicht erreicht hat, und dass bald über 200 Millionen Arbeitnehmer am Rande einer extremen Armut stehen. Das bedeutet, dass die Anzahl der Erwerbsarmen 1,5 Milliarden erreichen könnte, wobei Frauen und Jugendliche am meisten betroffen sind.

Es ist Zeit, dem derzeitigen Abbau sozialer und Arbeitsrechte ein Ende zu bereiten. Arbeitsplätze von guter Qualität mit entsprechenden Rechten müssen Priorität haben, und sie müssen zumindest den IAO-Konventionen entsprechen. Ohne die Schaffung neuer Arbeitsplätze mit Rechten wird es keinen Weg aus dieser Krise geben.

Kinga Göncz (S&D). – (HU) Ich denke, wir sind alle erfreut, dass die Minister für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten sich nun auf der G20-Versammlung treffen und so auf einer Stufe mit den Finanzministern stehen, was bisher nicht der Fall war. Es scheint, dass erst eine Wirtschaftskrise notwendig war, bevor weltweite Wirtschaftsmaßnahmen besprochen werden konnten, und zwar nicht nur im Hinblick auf Wirtschaft und Finanzen, sondern auch in Bezug auf soziale und Beschäftigungsprobleme. Das ist jetzt äußerst wichtig, wo es scheint, dass der wirtschaftliche Druck der Krise zurückgeht, während Arbeitslosigkeit und Armut

kontinuierlich ansteigen. Wir wissen, dass dies langfristige soziale und auch politische Konsequenzen haben wird. Dies geht auf der ganzen Welt Hand in Hand mit Extremismus, der ebenfalls eine langfristige Bedrohung darstellt.

Die Minister für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten müssen für jeden Sektor eine Strategie entwickeln, mit der der Beschäftigungssituation beigegeben und die Armut gesenkt werden kann. Lassen Sie mich ein konkretes Beispiel geben, das auf dem G20-Gipfel erwähnt wurde. Es geht um das Instrument der Mikrofinanzen, das nicht nur die gesellschaftliche Kohäsion, sondern auch die Eigenversorgung verbessert und so auch aus diesem Grund sehr wichtig sein kann. Es ist jedoch bedauerlich, dass das Parlament keine Position einnehmen und diese auf dem G20-Treffen vortragen kann, sondern nur unsere verbalen Botschaften übermitteln kann. Ich glaube jedoch, dass auch das schon mehr ist, als wir in der Vergangenheit getan haben.

Elizabeth Lynne (ALDE). – Frau Präsidentin, wie wir alle sagen, hat die Finanzkrise die einfache Bevölkerung sehr hart getroffen.

Aus diesem Grunde müssen wir sicherstellen, dass das allererste Treffen der G20-Beschäftigungsminister, wie schon erwähnt, positive Ergebnisse bringt. Ich hoffe einfach, dass wir diese positiven Ergebnisse bekommen. Ich freue mich, dass sie sich nicht nur auf den Finanzsektor konzentrieren, sondern auch auf die gesellschaftliche Auswirkung auf die Menschen achten.

Wir wissen, dass es in vielen Ländern der Welt Rekordzahlen bei der Arbeitslosigkeit gibt. Wir müssen nach einem wirklichen Weg suchen, wie wir Arbeit für die Menschen finden – richtige Arbeit. Ausbildungsprogramme beispielsweise müssen geeignet sein, den momentanen Bedarf tatsächlich zu decken. Wir sollten versuchen, empfehlenswerte Verfahren aus Ländern zu erkennen, die bereits verschiedene Maßnahmen ergriffen haben, und versuchen, diese Verfahren auch auf andere Länder zu übertragen, und so zu versuchen, denjenigen am Rande der Gesellschaft zu helfen. Das Programm wurde in diesen anderen Ländern durchgeführt, also warum sollten wir nicht von ihnen lernen?

Wir müssen sicherstellen, dass die wichtigsten IAO-Übereinkommen tatsächlich umgesetzt werden. Wir müssen sicherstellen, dass die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen umgesetzt wird. Wir müssen sicherstellen, dass diejenigen, die im Augenblick nicht geschützt sind, dies in Zukunft sein werden.

Thomas Händel (GUE/NGL). - Frau Präsidentin, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der G20-Gipfel in Pittsburgh hat eine gute Vorlage geliefert. Er hat Konjunkturerholungspläne gefordert, um menschenwürdige Arbeit zu fördern, die zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen, und er hat dem Beschäftigungswachstum Priorität gegeben.

Die Arbeitsminister Europas sind deshalb aufgefordert, die G20-Mitglieder zu drängen, erstens Konjunkturpakete nicht zurückzufahren, sondern in größerem Umfang und stärker zur Schaffung von Arbeitsplätzen einzusetzen, zweitens finanziell abgesicherte Kurzarbeit gegen den Verlust von Arbeitsplätzen einzusetzen, drittens öffentliche Investitionen für die Schaffung von Arbeitsplätzen und nachhaltigem ökologischen Wachstum einzusetzen und viertens soziale Sicherungsmaßnahmen zu stärken und auszubauen, den Zugang dazu zu ermöglichen. Das sichert auch die Kaufkraft im Binnenmarkt und die Beschäftigung und dient der Armutsbekämpfung. Die Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern sei den Arbeitsministern Europas besonders ans Herz gelegt, um den sozialen Dialog noch kräftiger zu stärken, als ihn der Kommissar gerne stärken möchte.

Sylvana Rapti (S&D). – (EL) Frau Präsidentin, liebe Kommission, am 20. April wird es in Washington zu einer Premiere kommen: Zum ersten Mal werden die Beschäftigungsminister der 20 reichsten Regionen auf der Erde eine Konferenz abhalten. Die Stimme Europas muss dort laut und deutlich zu vernehmen sein. Viereinhalb Millionen Arbeitsplätze laufen Gefahr, in den nächsten drei Jahren in Europa verloren zu gehen, und das wird Auswirkungen auf das Wachstum haben, die gesellschaftliche Kohäsion schädigen und soziale Unruhen verursachen.

Die Schaffung von Arbeitsplätzen muss für Europa Priorität haben. Es müssen sowohl langfristige als auch sofortige realistische, besondere, quantifizierbare Zielvorgaben gesetzt werden. Wir müssen unbedingt in die Lage versetzt werden, angemessene Arbeit für die Bürger in Europa zu sichern. Wir müssen unbedingt in die Lage versetzt werden, die Beschäftigungs- und Pensionsrechte der Arbeitnehmer zu sichern.

Wir stehen kurz davor, das Offensichtliche zu vergessen, dass nämlich Arbeit ein Hebel für Wachstum ist. Ich denke, wir müssen endlich verstehen, dass wir nicht über Wirtschaftspolitik reden können, ohne dabei immerzu die Beschäftigungsparameter im Kopf zu behalten.

Ich möchte mit den Worten schließen, dass wir ansonsten, statt über einen Ministerrat für Beschäftigung bald über einen Ministerrat für Arbeitslosigkeit sprechen werden.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL). – (FR) Frau Präsidentin, meiner Ansicht nach gibt es keine dauerhafte Lösung für Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung, wenn wir den gegenwärtigen Ansatz, der Kapital vor Arbeit stellt, nicht umdrehen und eine neue Form der Verteilung des Wohlstands einführen, wozu eine Erhöhung der Löhne und Gehälter, der sozialen Absicherung und der Mindestzulagen gehören. Damit werden Bedingungen für einen nachhaltigen Aufschwung geschaffen, der jede Menge Arbeitsplätze schafft. Sozialer Fortschritt ist die Vorbedingung für die Beendigung der Wirtschaftskrise und nicht anders herum.

Die G20 sollten Anreiz für die Mobilisierung des internationalen Bankensektors zugunsten selektiver Kredite sein, die bei der Beschäftigung, Investitionen zur Schaffung von Arbeitsplätzen und der Förderung einer neuen, umweltfreundlichen Wirtschaft helfen würden.

Gleichzeitig sollte spekulativer Kapitalfluss besteuert werden, so dass er für die Bekämpfung von Armut weitergeleitet werden kann.

Ich schlage vor, dass wir ein berufs- und ausbildungsbezogenes Sozialversicherungssystem für die zukünftigen Arbeitsplätze prüfen und versuchsweise einführen und gleichzeitig die öffentliche Forschung weiterentwickeln, was für eine neue, andauernde und nachhaltige Wirtschaft äußerst wichtig ist.

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

Silvia-Adriana Țicău (S&D). – (RO) Die Führer der G20-Staaten stellten im September 2009 in Pittsburgh fest, dass der Erhalt der bestehenden und die Schaffung neuer Arbeitsplätze in allen Plänen zur Sanierung der Wirtschaft oberste Priorität genießen muss.

Trotz des vom Internationalen Währungsfonds prognostizierten Wirtschaftswachstums von 3 % geht aus den Prognosen von OECD und ILO hervor, dass die Arbeitslosenzahlen bis in die erste Jahreshälfte 2011 weiterhin stark ansteigen werden.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat die europäische Wirtschaft und damit natürlich auch die Haushalte der Mitgliedstaaten schwer getroffen.

Die Arbeits- und Sozialminister der G20-Staaten sollten beantragen, dass die Unterstützung für Unternehmen, die als Folge der Wirtschaftskrise in Schwierigkeiten geraten sind, verlängert wird, bis die Arbeitslosenzahlen wieder sinken.

Darüber hinaus denke ich, dass diese Minister nach geeigneten Maßnahmen suchen müssen, um Beamten und öffentlich Bediensteten wie Lehrern und Ärzten, die ihre Arbeit aufgrund von Budgetkürzungen für staatliche Einrichtungen verlieren, zu helfen.

Zigmantas Balčytis (S&D). – (LT) Wir müssen es begrüßen, dass die Minister für Arbeit und Beschäftigung erstmals anlässlich des G20-Gipfels tagen. Auf dem G20-Gipfel 2009 in Pittsburgh vereinbarten die Führer der Mitgliedstaaten, dass in den nationalen Plänen zur Sanierung der Wirtschaft der Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen im Mittelpunkt stehen müssen. Seit diesem Gipfel hat sich die Lage jedoch sowohl in der Europäischen Union als auch weltweit verschlechtert. In einigen Mitgliedstaaten haben die täglich wachsenden Arbeitslosenzahlen ein kritisches Stadium erreicht und die Krisenmanagementpläne einiger Regierungen verschlimmern die Lage der Menschen noch durch Kürzungen bei Renten und anderen Sozialleistungen. Klein- und Mittelbetriebe schließen massenhaft. Ich glaube, dass im Mittelpunkt des G20-Gipfels die Vereinbarung konkreter Maßnahmen zur Stabilisierung der Arbeitslosenzahlen stehen muss, da Enttäuschung und Angst der Menschen nicht zu einem raschen Wiederaufschwung unserer Volkswirtschaften beitragen werden.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D). – (LT) Zunächst begrüße ich es wirklich, dass erstmals anlässlich des G20-Gipfels die Minister für Arbeit und Beschäftigung der leistungsstärksten Länder der Welt gemeinsam über die dringendsten Probleme sprechen werden, nämlich über den Abbau der Arbeitslosigkeit und die Schaffung

von Arbeitsplätzen. Dieses Treffen findet in einem sehr schwierigen Umfeld statt, da allein in der EU etwa 5,5 Millionen junge Menschen ohne Arbeit sind. Auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen steigt stetig an. In dieser Woche waren in meinem Heimatland Litauen 300 000 Menschen arbeitslos gemeldet. In den 20 Jahren seit seiner Unabhängigkeit hat mein Land so etwas noch nie erlebt. Es ist daher sehr wichtig, dass die Minister dieser starken Länder bei ihrem Treffen konkrete Maßnahmen vereinbaren, die dafür sorgen, dass die Menschen in der EU nicht nur irgendeine, sondern eine angemessene Arbeit haben, gute Arbeit mit fairer Bezahlung, von der sie leben können und nicht in Armut dahinvegetieren. Ich hoffe daher sehr, dass bei diesem Treffen konkrete Entscheidungen getroffen werden.

László Andor, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, ich freue mich, dass diese Diskussion zum Treffen der Arbeits- und Beschäftigungsminister in Washington DC heute stattfindet, denn dies wird nicht der einzige Gipfel sein, bei dem die Stimme der Parlamentarier zu einem derart wichtigen Thema gehört wird. Bald findet ein weiterer Gipfel statt, bei dem Ihre Meinungen, die heute geäußert wurden, ebenfalls gehört werden sollten: Ich meine den Gipfel morgen in Brüssel, der die Möglichkeit bietet, die Europa 2020 Agenda mit einem weiteren starken Pfeiler und Richtungweisenden Initiativen für die Förderung von Beschäftigung und die Armutsminderung sowie mit ernsthaften Zielsetzungen zu unterstützen.

Es muss anerkannt werden, wie schwer die Krise ist, die die Weltwirtschaft in den letzten beiden Jahren getroffen hat, und dabei geht es nicht nur um schlechtere Statistiken. Ich stimme mit Frau Göncz völlig überein, dass wir auch das politische Risiko betrachten müssen, das diese Krise für die europäische Zivilisation bedeutet.

Und ich hoffe, dass die Führer, die sich morgen treffen, dies verstehen und verantwortungsvolle Schlüsse aus dieser Situation ziehen werden. Sonst würde es sehr schwer werden, europäische Werte weltweit zu vertreten; es würde sehr schwer werden, unsere Entschlossenheit zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Armut in den G20-Staaten zu vermitteln.

Das Treffen der Arbeitsminister anlässlich des G20-Gipfels ist ein wichtiger Schritt nach vorn. Ob wir es schaffen, auch die Finanzminister einzubinden, bleibt abzuwarten, es ist aber wichtig, dass dieser Schritt getan wurde und eine Gelegenheit zum Erfahrungs- und Meinungsaustausch geboten wird.

Natürlich war es zuerst Sache der Regierungen, auf die Finanzkrise zu reagieren, und die staatliche Finanzkraft konzentrierte sich zunächst auf die Stabilisierung des Bankensektors. Die Banken erhielten finanzielle Unterstützung, und die Finanzstabilität hatte oberste Priorität.

Jetzt muss jedoch die Schaffung von Arbeitsplätzen im Mittelpunkt stehen. Wir müssen eine Ausstiegsstrategie finden, die bestehende Arbeitsplätze nicht gefährdet und die Investitionskraft nicht schädigt. Daher müssen wir uns vorrangig auf die Schaffung einer neuen Finanzordnung und die Wiederherstellung der Stabilität konzentrieren und die Mitgliedstaaten von dem Druck entlasten, unsinnige Einschnitte, die den sozialen Frieden und die Beschäftigung gefährden, vornehmen zu müssen.

Ich bin auch der Meinung, dass die Schaffung von ILO-Standards, die eine verbindliche Grundlage für die internationale Diskussion bilden müssen, von der ILO ausgehen muss. Dies ist für uns die Grundlage auf dem Weg zu Beschäftigung und sozialem Wohlstand.

Der G20-Gipfel ist eine gute Gelegenheit zu Gesprächen mit Nicht-EU-Staaten, und sie wollen mit uns nicht nur über den Arbeitsmarkt, sondern auch über die Regulierung der Finanzmärkte und über Themen wie die Transaktionssteuer sprechen, die in anderen Ländern der Welt mutiger diskutiert werden und teilweise auch innerhalb der EU verstärkte Aufmerksamkeit verdienen.

Ich bin daher dankbar für die Kommentare, die ich gehört habe, und für die Aussagen, die ich anderen Partnern der G20-Gruppe vermitteln kann.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Ádám Kósa (PPE), schriftlich. – (HU) Meiner Meinung nach sollten wir uns klarmachen, dass die Entscheidungsträger von heute nicht mit den weltweiten Entwicklungen in Wirtschaft und Technologie Schritt halten: Bald wird sogar ein Energieunternehmen in der Lage sein, weiter in die Zukunft zu planen als internationale Politiker. Leider zeigt sich auch in der aktuellen Strategie EU 2020, dass diese Realität verkannt wird. Die Europäische Union sollte weiter vorausschauen und auch bereit sein, Opfer im Interesse einer nachhaltigeren Gesellschaft zu bringen. Wir müssen uns verstärkt auf Infrastrukturen und die Schaffung

von Arbeitsplätzen statt auf das Wachstum des importabhängigen Verbrauchs konzentrieren. Der ungezügelte freie Handel vernichtet Arbeitsplätze, schädigt die Umwelt, gefährdet die Gesundheit der Verbraucher und erschwert die Zugänglichkeit, einzig und allein, um Preise für bestimmte Waren oder Leistungen hoch zu halten. Wir können nicht in die Tage des zügellosen Kapitalismus mit seinen Extremen – in die Welt des Oliver Twist – zurückkehren! Sonst wird die Strategie EU 2020 ebenso wie die Strategie von Lissabon letztlich scheitern.

20. Bekämpfung der Tuberkulose (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt folgt die Erklärung der Kommission zur Bekämpfung der Tuberkulose.

John Dalli, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, ich freue mich über diese Gelegenheit, anlässlich des Welttuberkulosetags das Engagement der Kommission zur Bekämpfung dieser Krankheit zu betonen.

Wir hatten geglaubt, dass die Erfolge der letzten Jahrzehnte die Bedrohung durch diese schlimme Gefahr für die Volksgesundheit beseitigt hätten. Aber wir haben den Fehler begangen, den Schutz vor Tuberkulose zu lange zu vernachlässigen. Laut Bericht des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) wurden 2008 etwa 83 000 Fälle und fast 6000 Todesfälle durch Tuberkulose in den Ländern der EU und der EFTA verzeichnet. Das sind fast 16 Tote täglich. Diese Zahl ist nicht akzeptabel und erfordert Maßnahmen durch alle betroffenen Sektoren und Akteure. Sie ist vor allem nicht akzeptabel, weil Tuberkulose eine Krankheit ist, die verhindert und geheilt werden kann, und die nicht derart dramatische Folgen haben muss.

Tuberkulose ist als Querschnittsthema mit vielen Themen des öffentlichen Gesundheitswesens verknüpft, die sich uns in der EU heute stellen, wie zum Beispiel der zunehmenden Resistenz der Erreger, dem Fehlen wirksamer Instrumente für die Diagnose und Behandlung der Tuberkulose, der massiven Zunahme von Koinfektionen wie HIV, und des gesellschaftlichen Gefälles, denn Tuberkulose tritt unverhältnismäßig häufig in den besonders benachteiligten Gruppen auf.

Die Kommission hat in den letzten Jahren mehrere Initiativen für die Kapazitätenstärkung im Kampf gegen Tuberkulose gestartet. Im Jahr 2000 wurde Tuberkulose in die Liste der Krankheiten aufgenommen, die EU-weit besonders überwacht werden. Die Kommission hat in diesem Zusammenhang mehrere Projekte unterstützt, die die Koordination der Tuberkulose-Überwachung in den 53 Ländern der europäischen WHO-Region erleichtern sollen. Dadurch konnten wir unseren Wissensstand und die Überwachung der epidemiologischen Situation verbessern. Außerdem unterstützt die Kommission durch ihre Forschungsrahmenprogramme die Entwicklung neuer Behandlungen, Impfstoffe, Medikamente und Diagnoseinstrumente gegen Tuberkulose. Seit 2002 wurden für diese Arbeit mehr als 124 Mio. EUR aufgewendet. Aber da die Tuberkulose sich nicht an Ländergrenzen hält, müssen wir auch die Länder außerhalb der EU unterstützen.

Die Kommission unterstützt über das europäische Aktionsprogramm zur Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und Tuberkulose durch Außenmaßnahmen (2007–2011) Entwicklungsländer in ihren Programmen zur Tuberkulosebekämpfung. Die Finanzierung dieser Unterstützung läuft hauptsächlich über den Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria, in den die Kommission seit 2002 insgesamt 870 Mio. EUR eingezahlt hat, bei einem Jahresbeitrag von 100 Mio. EUR seit 2008. Sie unterstützt ferner klinische Studien und Capacity-Building-Maßnahmen in den afrikanischen Ländern der Subsahara-Zone über die European and Developing Countries Clinical Trials Partnership (EDCTP). Schließlich haben durch die Einrichtung des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten unsere Bemühungen im Kampf gegen Tuberkulose eine neue Dimension angenommen.

Im März 2007 hat das Zentrum auf einen Antrag der Kommission einen Aktionsplan für die Tuberkulosebekämpfung in der EU entworfen. Darin werden die wichtigsten Querschnittsthemen, die sich uns heute in Prävention und Bekämpfung der Tuberkulose und in der Stärkung der epidemiologischen Überwachung stellen, behandelt: die Sicherstellung schneller und hochwertiger TB-Behandlung für alle, die Entwicklung neuer Instrumente für die Diagnose und Behandlung, die Eindämmung von Tuberkulose-/HIV-Koinfektionen und die zunehmende Resistenz der Erreger gegen Medikamente.

Die Kommission kann diesen Kampf jedoch nicht alleine gewinnen. Der Beitrag der Zivilgesellschaft, um gerade benachteiligte Gruppen zu erreichen, und das Engagement der Mitgliedstaaten sind wesentliche Voraussetzungen, wenn wir unser Ziel – die Unterstützung des weltweiten Kampfes gegen diese Krankheit – erreichen wollen.

Elena Oana Antonescu, im Namen der PPE-Fraktion. – (RO) Als „Die Todesursache im Zeitalter der Antibiotika“ bezeichnete eine Forschergruppe die Tuberkulose, eine Krankheit, von der viele glaubten, sie sei endgültig ausgerottet, die aber nach wie vor viele Menschen tötet.

Tuberkulose ist die siebthäufigste Ursache aller Todesfälle weltweit. Leider wird die aktuelle Situation verschärft durch die zunehmende Zahl von Tuberkulose-Fällen, bei denen der Erreger resistent gegen die herkömmliche medikamentöse Behandlung ist.

2008 gab es weltweit 9,4 Millionen neue Tuberkulosefälle und 1,8 Millionen Tote. In jeder Sekunde wird irgendwo in der Welt ein Mensch mit Tuberkulose infiziert.

Es ist wichtig, dass diese Zahlen so klar und eindeutig in einem wichtigen Forum der Europäischen Union vorgetragen werden, damit wir alle erkennen, dass diese Krankheit immer noch unsere Gesellschaften bedroht und viele EU-Bürger tötet.

Ich komme aus einem Land, das leider in der EU zu den am stärksten von Tuberkulose betroffenen Ländern gehört.

Zwar konnten wir in den letzten Jahren einen leicht rückläufigen Trend und einen prozentualen Anstieg der Menschen, die von medikamentenresistenter Tuberkulose geheilt wurden, verzeichnen, die absoluten Zahlen bleiben aber trotzdem alarmierend und sind Ausdruck einer tragischen Realität.

Wir müssen einen konsequenten, integrierten Kampf führen, der auf bestmöglicher Planung beruht, um diese Geißel einzudämmen. Wir müssen auf EU-Ebene die bisher geleistete Arbeit fortsetzen, damit sichergestellt ist, dass in allen Mitgliedstaaten die Erkennung der Krankheit, der Zugang zu geeigneter Behandlung, die Qualität der Behandlungskontrolle und der ärztlichen Versorgung von Patienten erhöht werden.

Ferner müssen alle Regierungen erkennen, wie wichtig dieser Kampf ist und gemeinsam mit den Sozialpartnern möglichst wirksame Maßnahmen ergreifen, um die Zahl der Menschen, die in Europa von dieser Krankheit betroffen sind, die wir im letzten Jahrhundert bereits für ausgerottet hielten, zu verringern.

Aber vor allem müssen wir diesen Kampf gemeinsam, als eine Familie, führen, ungeachtet aller Differenzen zwischen uns und mit gegenseitiger Unterstützung bei der Bewältigung dieses Problems.

Schließlich sind wir die Europäische Union und unsere Stärke liegt in unserer Einheit.

Åsa Westlund, im Namen der S&D-Fraktion. – Herr Präsident, heutzutage sollte eigentlich niemand mehr an TB sterben.

(SV) Das sagte Ban Ki Moon heute anlässlich des Welttuberkulosetags.

Und natürlich hat er recht. Dennoch sterben weltweit auch heute noch viele Menschen an Tuberkulose, vor allem Junge und Arme. Wir müssen daher unsere Hilfe für den globalen Fonds verstärken, der einen wesentlichen Teil des Beitrags zur Bekämpfung von Tuberkulose, Malaria und HIV/AIDS in den ärmeren Gegenden der Welt leistet.

Wie die Kommission bereits dargelegt hat, sterben aber auch in Europa Menschen an Tuberkulose. Wir müssen daher durch verstärkte Kooperation die Ausbreitung resistenter TB-Erreger aufhalten und wirksame Behandlungsansätze finden, die alle gefährdeten gesellschaftlichen Gruppen erreichen.

Das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten in Solna, Schweden, spielt hierbei eine wichtige Rolle, und ich freue mich, dass die Kommission darauf gedrängt hat, heute hier anwesend zu sein und über dieses wichtige Thema zu diskutieren.

Charles Goerens, im Namen der ALDE-Fraktion. – (FR) Herr Präsident, der medizinische Fortschritt hat die Tuberkulose noch nicht ausgerottet. Es ist daher falsch, sie als eine Krankheit zu sehen, die nur arme Länder betrifft. Damit wird ihre Ausbreitung, vor allem in Mittel- und Osteuropa, völlig unterschätzt.

Tatsächlich ist kein Land vor dieser schrecklichen Krankheit geschützt, die seit vielen Tausend Jahren die Menschheit bedroht. Mehrfach resistente Erregerstämme machen darüber hinaus wenig Hoffnung auf eine baldige Ausrottung dieser Plage. Da die Bekämpfung nur von mehreren Seiten durch Prävention, medizinische Überwachung, Forschung und die Verbreitung von Vorkehrungs- und Hygienemaßnahmen erfolgreich sein

kann, müssen wir koordiniert und entschlossen vorgehen. Kurz, wir müssen jederzeit auf die bestmöglichen Strategien zurückgreifen können.

Hinsichtlich der Finanzierung der Maßnahmen sollte zwischen zwei Szenarien unterschieden werden. Zunächst sollten die sozialen Sicherungssysteme in unseren Ländern grundsätzlich in der Lage sein, eine ausreichende medizinische Betreuung zu gewährleisten. Patienten in den Entwicklungsländern verlassen sich jedoch immer noch auf die Solidarität, die seit 2002 auf beispielhafte Weise im Globalen Fonds für die Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria gebündelt ist.

Soll tatsächlich die Zahl der Tuberkulosefälle zwischen 2000 und 2015 halbiert werden, muss eines der drei Szenarien, die der Präsident des Globalen Fonds, Michel Kazatchkine entworfen hat, unterstützt werden.

Ich möchte die Kommission fragen, auf welches der drei Szenarien sie sich als Grundlage für ihre Vorschläge an die Mitgliedstaaten in Bezug auf die künftige Finanzierung des Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria stützen wird.

Maria Da Graça Carvalho (PPE). – (PT) Der Welttuberkulosetag, den wir heute begehen, ist eine gute Gelegenheit, um zu einer Stärkung des politischen Dialogs und zur Einbindung von Regierungen und Zivilgesellschaft aufzurufen.

Innerhalb der EU ist die Zahl der Tuberkulosefälle rückläufig. Auch in Portugal ist ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen, jedoch liegt die Inzidenzrate immer noch über dem EU-Durchschnitt. Die rückläufigen Zahlen sind ein Erfolg des Nationalen Plans für die Tuberkulosebekämpfung. In manchen Ländern wird jedoch ein erneutes Aufflammen dieser Krankheit verzeichnet.

Die von der Europäischen Kommission geförderten Aktionspläne sind Schritte in die richtige Richtung. Ich möchte hier auf die Partnerschaft zwischen Europa und den Entwicklungsländern für die Durchführung klinischer Untersuchungen hinweisen. Die Unterstützung des Rahmenprogramms für Forschung und Technologische Entwicklung ist auch auf dem Gebiet der Biowissenschaften wichtig. Die Stärkung der Rolle der klinischen und wissenschaftlichen Forschung ist eine wesentliche Voraussetzung für den erfolgreichen Kampf gegen Tuberkulose. Daher muss die Erforschung neuer und besserer Instrumente für die Tuberkulosebekämpfung und innovativer Diagnosetechniken ebenso nachdrücklich fortgesetzt werden wie die Entwicklung neuer Medikamente und Impfstoffe.

Ich fordere daher die Kommission und die Mitgliedstaaten zur gemeinsamen Aktion und zur Bündelung des Kampfs gegen Tuberkulose auf, um diese Krankheit endlich kontrollieren und letztlich ausrotten zu können.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D). – (LT) Wir müssen die Tuberkulose bekämpfen, denn jedes Jahr sterben an dieser Krankheit viele Menschen weltweit und fast jeder dritte Mensch auf der Welt ist damit infiziert. Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass Tuberkulose die am weitesten verbreitete Krankheit weltweit und eng mit sozialen und wirtschaftlichen Problemen verknüpft ist, also Armut, Arbeitslosigkeit, Alkohol- und Drogenmissbrauch und HIV/AIDS sowie unzureichende Gesundheitssysteme in den armen Ländern und verspätete Diagnosen. Um diese Ursachen für die Ausbreitung der Tuberkulose zu beseitigen, müssen die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten der EU konkrete, rasche Maßnahmen ergreifen, damit diese schreckliche Krankheit gemeinsam bekämpft, der politische Dialog über Finanzhilfen gesucht und ein gemeinsamer Aktionsplan für den Kampf gegen Tuberkulose verabschiedet werden kann.

Obwohl Tuberkulose zu den vorrangig zu bekämpfenden Krankheiten gehört, werden immer noch zu wenige Finanzmittel bereitgestellt, sodass wir die Haushaltsmittel der EU, die für dieses Aktionsprogramm freigegeben sind, überprüfen müssen. Ich bitte Sie ferner, erhöhte Investitionen in die wissenschaftliche Forschung für die Tuberkulosebekämpfung zu fördern.

Olga Sehnalová (S&D). – (CS) Heute begehen wir den Welttuberkulosetag und dies ist eine gute Gelegenheit, um darauf hinzuweisen, dass trotz aller bisherigen Erfolge im Kampf gegen diese Krankheit Tuberkulose immer noch ein ernstes globales Problem ist. Über zwei Milliarden Menschen sind mit dem Tuberkulose-Erreger infiziert, und einer von zehn Infizierten erkrankt an der aktiven Verlaufsform.

Die Inzidenz der Tuberkulose und vor allem die unterschiedlichen Formen von Behandlung und Überwachung der Krankheit sind von den unterschiedlichen sozioökonomischen Bedingungen in den verschiedenen Regionen und Gesellschaftsgruppen abhängig. Die frühzeitige Diagnose der Tuberkulose und die sorgfältige und streng überwachte Behandlung der Krankheit, das heißt eine ununterbrochene und ausreichend lange Behandlung, sind Voraussetzungen, wenn wir die Risiken zunehmender Behandlungsresistenz und die Entstehung mehrfach resistenter Formen der TBC, deren Behandlung extrem teuer und in vielen Ländern

schwer verfügbar ist, senken wollen. Ebenso wichtig ist die Anpassung der Gesundheitssysteme und der alltäglichen Praxis, zu der die Überwachung der Krankheit in den Hochrisikogruppen und die Bereitstellung qualifizierter Gesundheitsarbeiter und geeigneter Ausrüstung gehören muss.

Nach Schätzungen der WHO werden in den nächsten 10 Jahren für den Kampf gegen Tuberkulose 44,3 Mrd. USD auf nationaler Ebene erforderlich sein, jedoch steht kaum die Hälfte der erforderlichen Ressourcen zur Verfügung. Aufgabe der EU ist es daher, ihre Kräfte mit der WHO und den einzelnen Ländern und deren nationalen Gesundheitssystemen zu bündeln und aus dem Kampf gegen Tuberkulose eine der Prioritäten der Entwicklungshilfe für Drittländer zu machen.

John Dalli, Mitglied der Kommission. – (MT) Mit großer Freude und viel Interesse habe ich die Reden der Abgeordneten gehört. Ich möchte ihnen versichern, dass die Kommission diese Krankheit sehr ernsthaft beobachtet und auch den heutigen Aussagen große Aufmerksamkeit schenkt. Wir sind entschlossen, unsere Ziele zu erreichen und den Kampf gegen Tuberkulose zu gewinnen. Diese Diskussionen sind wichtig, um unsere gesamte Aufmerksamkeit und Anstrengungen auf diese Krankheit zu konzentrieren. Der Beitrag und die Unterstützung des Parlaments sind wesentliche Voraussetzungen für unsere Anstrengungen im Kampf gegen diese Krankheit innerhalb und außerhalb der EU.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Nessa Childers (S&D), schriftlich. – Zwar wird Tuberkulose häufig als eine Krankheit der Vergangenheit und des 19. Jahrhunderts gesehen, sie hat jedoch nach wie vor jedes Jahr schwere direkte und indirekte Auswirkungen auf das Leben Hunderttausender Bauern in der EU. Zwar ist die TB beim Menschen in den meisten EU-Ländern seit Mitte des 20. Jahrhunderts unter Kontrolle, beim Vieh breitet sie sich aber weiterhin aggressiv aus und befällt jedes Jahr 5 % aller Viehherden in meinem ostirischen Wahlkreis.

Kürzlich habe ich ein Schreiben eines Milchbauern im County Westmeath erhalten, dessen Herde preisgekrönter Milchkühe fast ausgelöscht wurde, seit er vor weniger als einem Jahr erstmals TB auf seinem Hof festgestellt hat. Die durch Dachse übertragene Krankheit wurde erstmals im Juni letzten Jahres entdeckt, an dem Tag, an dem er einen zweiwöchigen Urlaub antreten wollte, seither hat er 64 seiner 82 Tiere verloren.

Zwar wurde TB beim Menschen in der letzten Zeit von der EU mit voller Kraft bekämpft, die bovine Form der Krankheit, die alljährlich Verluste in Millionenhöhe verursacht, muss jedoch in unseren künftigen Gesetzentwürfen zum Thema TB ebenfalls Berücksichtigung finden.

21. Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Entwicklungsländer und auf die Entwicklungszusammenarbeit (kurze Darstellung)

Der Präsident. – Als nächster Punkt folgt eine kurze Darstellung des Berichts von Enrique Guerrero Salom im Namen des Entwicklungsausschusses über die Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Entwicklungsländer und auf die Entwicklungszusammenarbeit (KOM(2009)0160 – 2009/2150(INI)) (A7-0034/2010)

Enrique Guerrero Salom, Berichterstatter. – (ES) Herr Präsident, Herr Kommissar, die Wirtschafts- und Finanzkrise zeigt ihre schlimmsten und bittersten Auswirkungen in den Entwicklungsländern, vor allem den besonders armen. Diese Krise hat das stetige Wachstum, das in vielen dieser Länder während des letzten Jahrzehnts zu beobachten war, verlangsamt: ein Wirtschaftswachstum, das Arbeitsplätze schuf, mit dem die Staatshaushalte stabilisiert und die Auslandsverschuldung gesenkt werden konnten, die Expansion der Volkswirtschaften gefördert und diesen Ländern ermöglicht wurde, mehr offizielle Entwicklungshilfe zu erhalten.

Diese Länder hatten jedoch auch in den Jahren vor der Krise schon genug gelitten: zuerst die Lebensmittelkrise, die das Überleben Hunderter Millionen Menschen bedrohte; und dann die Energiekrise, die viele Ressourcen der Länder verschlang, die nicht über eigenes Öl oder Gas verfügen; und schließlich die Klimakrise, deren Folgen für Ernten und Infrastruktur die ärmsten Länder am meisten treffen.

Die Finanzkrise hat die schwierige Lage, in der sich diese Länder ohnehin schon befanden, noch verschärft. Wie die Europäische Kommission selbst erklärt, hat die dritte Welle der Finanzkrise, nachdem bereits die Entwicklungs- und Schwellenländer getroffen waren, vor allem die ärmsten Länder geschädigt und aus dieser ursprünglichen Wirtschaftskrise eine Entwicklungs-, soziale und humanitäre Krise gemacht.

Tatsächlich sind in diesen Ländern alle Wirtschaftstätigkeiten betroffen. Das Wirtschaftswachstum, das 2009 viel niedriger als in den Vorjahren sein wird, wurde gehemmt. Der Handel ist zurückgegangen, dadurch werden die Staatshaushalte dieser Länder geschwächt. Es gibt weniger Auslandsinvestitionen, und der Zugang zu internationalen Finanzmitteln ist für diese Länder schwerer geworden, während in den Industrienationen zunehmende protektionistische Tendenzen zu beobachten sind.

Gleichzeitig sind die Überweisungen durch Emigranten zurückgegangen und auch die offizielle Entwicklungshilfe (ODA) wurde zurückgefahren. Als Folge davon hat sich die Zahl der Ärmsten um Hunderte Millionen Menschen erhöht und Hunderttausende Kinder werden in Kontinenten wie Afrika früher sterben.

In Anbetracht dieser Realitäten muss Europa seine Stimme erheben und die Fortsetzung der offiziellen Entwicklungshilfeprojekte fordern; neue Quellen für zusätzliche Ressourcen finden, um diesen Ländern zu helfen; die Senkung von Abgaben und Steuern für Emigranten verlangen; den Verzicht auf protektionistische Maßnahmen und die Unterstützung für die Veranstaltung einer Doha-Entwicklungsrunde fordern; Maßnahmen gegen Steuerparadiese und Steuerhinterziehung fordern; und an einem Schuldenmoratorium oder einem Schuldenerlass für die ärmsten Länder arbeiten.

Als Berichterstatter wollte ich den größtmöglichen Konsens erreichen, und ich habe in den Verhandlungen den Änderungsanträgen aller Parlamentsfraktionen zugestimmt, bin aber immer noch entschlossen, morgen einen mündlichen Änderungsantrag zu Teil 34 dieses Berichts einzubringen, um weitere Stimmen zu erhalten. Dies wäre eine weitere Bekräftigung für etwas, das ich für wesentlich halte: nämlich dass Europa bei der Hilfe für die Entwicklungsländer mit einer einigen und starken Stimme sprechen muss.

John Dalli, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, ich möchte zunächst den Berichterstatter zu seinem sehr ausführlichen Bericht beglückwünschen.

Dieser Bericht hat zu Recht festgestellt, dass die Entwicklungsländer von der Krise viel schlimmer als anfangs erwartet getroffen wurden. Sie wurden tatsächlich auf mehrfache Art getroffen, zum Beispiel durch stark schwankende Preise für ihre Waren, rückläufige Einnahmen aus Export und Tourismus sowie dem Rückgang von Kapitelflüssen und Überweisungen. Vielen Ländern gemeinsam ist der Anstieg des Finanzierungsbedarfs.

Viele Entwicklungsländer waren gezwungen, ihre Sozialausgaben (vor allem für Ernährung, Gesundheit und Bildung) zu drosseln; dies hatte oft schwere soziale und politische Folgen und gefährdete nicht nur das Erreichen der MDGs für 2015, sondern machte auch die Erfolge der vergangenen Jahre zunichte. Trotz erster Anzeichen für eine globale Erholung werden die Entwicklungsländer, vor allem in der Subsahara-Zone Afrikas, diesen Rückstand noch lange nicht aufholen.

Die EU hat durch eine gemeinsame Reaktion auf die Krise innerhalb der Staatengemeinschaft, vor allem innerhalb der Vereinten Nationen, der G20 und der G8, Führung gezeigt. Wir haben schnell und wirksam gehandelt und aus Versprechungen konkrete Zusagen gemacht, um den Entwicklungsländern die Bewältigung der Krise zu erleichtern.

Im letzten Frühjahr hat die EU eine Reihe umfassender, zeitnaher, gezielter und koordinierter Maßnahmen ergriffen, um die humanitären Folgen der Krise zu dämpfen, das Wirtschaftswachstum in den Entwicklungsländern zu fördern und die besonders gefährdeten Gruppen zu schützen.

Die Reaktion der EU umfasst nicht nur die Maßnahmen der Gemeinschaft, sondern auch die der EU-Mitgliedstaaten (bilaterale Maßnahmen und Beiträge zu den internationalen Finanzinstitutionen, die von den G20 gefordert werden). Durch die enge Zusammenarbeit mit Weltbank und IWF konnten wir ferner die Konsistenz unserer Analysen und die Komplementarität unserer Hilfe gewährleisten.

Wie im Bericht dargelegt hat, die Kommission einen sehr konkreten kurzfristigen Ad-hoc-Mechanismus mit der Bezeichnung Vulnerability FLEX entworfen und eingerichtet, mit dem die besonders benachteiligten Länder mit begrenztem Anpassungsvermögen unterstützt und in die Lage versetzt werden sollen, die wichtigsten Ausgaben, vor allem im sozialen Sektor, beizubehalten.

Weitere Maßnahmen umfassen Umschichtungen nach Ad-hoc-Überprüfungen der Länder und eine erweiterte mittelfristige Überprüfung des derzeit laufenden 10. Europäischen Entwicklungsfonds, die Unterstützung im Rahmen des traditionellen FLEX-Instruments, Frontloading der Hilfe, sofern realisierbar, usw.

Die offizielle Entwicklungshilfe (ODA) spielt eine wichtige Rolle in der Unterstützung unserer Partner bei der Bewältigung der Krise und wird dies auch weiterhin tun. Die Kommission begrüßt in diesem Zusammenhang Ihre Unterstützung bei der Forderung an die Mitgliedstaaten, bis 2015 0,7 % des BIP für

ODA aufzuwenden. Auch andere Geber sollten sich ähnlich ehrgeizige Ziele für die Erhöhung der ODA-Leistungen setzen, und wir müssen die gesamte Gebergemeinschaft aufrufen, ihre Zusagen hinsichtlich Volumen und Wirksamkeit der Hilfe zu erfüllen.

Am 21. April wird die Kommission wie in jedem Frühjahr ihr alljährliches Entwicklungspaket mit Vorschlägen für die Mitgliedstaaten veröffentlichen. In diesem Jahr werden vor allem die erforderlichen Maßnahmen zum Erreichen der MDG im Mittelpunkt stehen. Dieses Paket wird ein umfassendes Konzept enthalten und einen Aktionsplan für das schnellere Erreichen der MDG festlegen. Es wird ferner eine Chance bieten, um bei der nächsten UN High-Level MDG Review im September einen eindrucksvollen Beitrag der EU einzubringen. Die EU wird dadurch ein glaubhafter Partner in Bezug auf ihre Zusagen bleiben und weiter eine führende Rolle in der internationalen Entwicklung spielen.

Elena Băsescu (PPE). – (RO) Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat auch das Entwicklungsland Moldawien schwer getroffen. Die Wirtschaftsleistung des Landes ist im letzten Jahr nach IWF-Schätzungen um 9 % gesunken, und die Arbeitslosigkeit hat die 6-Prozent-Marke überschritten. Es ist wichtig, dass direkte Investitionen gefördert werden.

Ich sollte erwähnen, dass Moldawien seit einem Jahr neun europäische Berater beschäftigt, die die wichtigsten Ministerien in Chişinău unterstützen sollen.

Da wir die gleiche Sprache sprechen, können auch unsere Nachbarn jenseits des Prut-Flusses vom Know-how Rumäniens in allen Bereichen profitieren.

Die Kosten für Geldüberweisungen von Emigranten aus den Ländern, in denen diese arbeiten, müssen verringert werden. Das Versprechen der Führer der G8-Staaten, diese Kosten in den nächsten fünf Jahren von 10 % auf 5 % zu senken, ist ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Ich begrüße heute auch die beträchtliche Finanzhilfe in Höhe von 2,6 Mrd. USD, die Moldawien für den Zeitraum 2011–2013 gewährt wurde. Die entsprechende Vereinbarung wurde heute von Ministerpräsident Vlad Filat anlässlich der Geberkonferenz erzielt.

Antolín Sánchez Presedo (S&D). – (ES) Herr Präsident, das Epizentrum der Krise lag zwar nicht in den Entwicklungsländern, dennoch sind sie es, die besonders schwer von ihren Auswirkungen betroffen sind.

Kreditverknappung, Unsicherheit aufgrund der Depression und der Rückgang des internationalen Handels, von Investitionen und der Überweisungen von Emigranten sind die Hauptursachen für die Ausweitung der Krise, in deren Vorfeld bereits starke Preisschwankungen für Grundprodukte und Nahrungsmittel zu verzeichnen waren und die in einem Umfeld massiven globalen Ungleichgewichts auftrat.

Eine konzertierte Reaktion auf die Krise muss die Entwicklungsländer berücksichtigen und deren Agenda muss eine wesentliche Komponente der globalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit sein.

Über den Ausschuss für Wirtschaft und Währung haben wir beantragt, dass der Internationale Währungsfonds in seinem Bericht für das nächste G20-Treffen die Last, die die Krise für die öffentlichen Finanzen der Entwicklungsländer verursacht, berücksichtigen möge und dass die Kommission eine Mitteilung verfassen möge, in der geprüft wird, inwiefern die Besteuerung von Finanztransaktionen zum Erreichen der Millennium-Entwicklungsziele beitragen, das globale Ungleichgewicht beseitigen und nachhaltige Entwicklung fördern kann.

Ich freue mich, dass Herr Guerrero diese Vorschläge aufgegriffen hat, und ich beglückwünsche ihn zu seinem ausgezeichneten Bericht.

Olle Schmidt (ALDE). – (SV) Herr Präsident, ich möchte dem Berichterstatter für seinen wichtigen Bericht danken.

Ich bin davon überzeugt, dass man die Krise am besten mit mehr Freihandel und Globalisierung, nicht mit Protektionismus bewältigen kann. Europa muss daher seine Märkte offen halten, um die Rezession zu bekämpfen, Wachstum in Europa und weltweit zu fördern und damit auch die Armut zu bekämpfen.

In wenigen Tagen trifft sich die gemeinsame Parlamentarische Versammlung von AKP und EU in Teneriffa. Meine Kolleginnen und Kollegen aus den AKP-Staaten weisen immer gerne auf die Probleme hin, die die subventionierten Agrarerzeugnisse der EU auf ihren Märkten verursachen. Sie brauchen Handel, aber unsere Politik verhindert das Entstehen gesunder Märkte für landwirtschaftliche Produkte in den Entwicklungsländern.

Die EU hat Führung gezeigt, sagt der Kommissar, aber wir können viel mehr. Es geht um fairen Handel, Herr Kommissar.

João Ferreira (GUE/NGL). – (PT) Die Nahrungsmittel-, Energie-, Klima-, Finanz-, Wirtschafts- und soziale Krise, die der Bericht erwähnt, sind lediglich unterschiedliche Erscheinungsformen einer grundlegenden strukturellen Krise, die seit Jahrzehnten besteht. In einigen Regionen, zum Beispiel in den afrikanischen Ländern der Subsahara-Zone, ist das Pro-Kopf-Einkommen seit Jahrzehnten niedriger als in anderen Regionen der Welt. Trotz der bestehenden Unterschiede haben die Entwicklungsländer bestimmte gemeinsame Merkmale: die Abhängigkeit von den Exporten einer weniger Rohstoffe, fehlende wirtschaftliche Diversifizierung, starke Prägung auf Landwirtschaft, Energie und Grundstoffindustrien oder Tourismus sowie ein hohes Maß an Fremdkapital.

Diesen Ländern wurde, teils mit erpresserischen Methoden, ein modernes Export- und Liberalisierungsmodell aufgezwungen. In den Verhandlungen über wirtschaftliche Partnerschaftsverträge zeigt sich, dass die Abhängigkeit dieser Länder damit nur verstärkt und jede Eigenentwicklung unterbunden wurde. Am stärksten werden die Mittel der Entwicklungsländer aber immer noch durch ihre Auslandsverschuldung belastet. Sie wird vielfach überbezahlt, steigt aber immer weiter an und hat mittlerweile eine enorme Höhe erreicht; die Ausbeutung dieser Länder setzt sich somit immer weiter fort und prägt ihre Beziehungen zu den Ländern der nördlichen Hemisphäre. Der Erlass dieser Schulden ist einfach eine Frage der Gerechtigkeit.

Der Präsident. – Es hat auch etwas mit Gerechtigkeit zu tun, dass man die Redezeit einhält

Andreas Mölzer (NI). – Die größte Finanz- und Wirtschaftskrise seit den dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts hat ja bekanntlich nicht nur Europa schwer getroffen. Die Entwicklungsländer leiden besonders an ihren Auswirkungen. Dabei können sie am allerwenigsten dafür. Unverantwortliche Spekulation, die Gier nach schnellen und von der Realwirtschaft losgelösten Gewinnen, vor allem im angelsächsischen Raum, und ein aus den Fugen geratenes Finanzsystem haben die Welt an den Rand des finanziellen Abgrunds gebracht.

Begünstigt wurde dies durch ein Globalisierungskonzept, das die vollständige Deregulierung zur obersten Maxime erklärt hat. Während sich in Europa die Staaten massiv verschulden, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln, ist dies den Entwicklungsländern aufgrund ihrer schwachen finanziellen Ausstattung vielfach gar nicht möglich. Ihnen muss man daher wieder die Möglichkeit geben, ihre eigenen Volkswirtschaften stärker vor den Importen von Waren zu schützen, deren Dumpingpreise die lokalen Märkte zerstören und die Lebensgrundlagen der Menschen vernichten.

Wir müssen den Entwicklungsländern die Möglichkeit geben, sich selbst aus der Krise zu befreien. Die klassische Entwicklungshilfe kann da wohl als gescheitert betrachtet werden. Schließlich muss man das Übel an der Wurzel bekämpfen und die Finanzmärkte streng regulieren, spekulative Praktiken verbieten und rasch eine Finanztransaktionssteuer einführen.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet am Donnerstag, 25.03.2010, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), schriftlich. – (LT) Die EU hat die Pflicht, den Entwicklungsländern bei der Bewältigung der durch die globale Wirtschaftskrise und durch Armut verursachten Probleme, die sie unverschuldet getroffen haben, zu helfen.

Es ist sehr wichtig, dass die Europäische Kommission entschlossen eine Reform der internationalen Entwicklungszusammenarbeit anstrebt und zusammen mit dem Rat die Koordination der bi- und multilateralen Entwicklungszusammenarbeit verbessert, da Mängel in diesem Bereich ein Hauptgrund für eine eingeschränkte Wirksamkeit der Entwicklungshilfe sein können.

Die Entwicklungsländer brauchen Hilfe, um Armut und Isolation abzubauen, sie benötigen Maßnahmen, die ihre Entwicklung fördern und ihnen die Bewältigung der Krise erleichtern, vor allem jetzt, in dieser schwierigen Zeit.

Wir werden die übernommenen Verpflichtungen durch bessere Koordination und wirksames, transparentes Handeln umsetzen und uns gleichzeitig darum bemühen, die breite Zustimmung der wichtigsten Geber, Partnerländer, Finanzinstitutionen und der Zivilgesellschaft zu erhalten.

Die EU muss bei der Umsetzung dieser Aktionen Führung und Entschlossenheit beweisen. Zu diesem Zweck müssen sich alle EU-Institutionen noch stärker engagieren, und das Parlament hat seine Meinung hierzu sehr klar gemacht.

Sebastian Valentin Bodu (PPE), schriftlich. – (RO) Die Entwicklungsländer sind zu den Hauptopfern der Finanzkrise geworden, trotz der anfänglichen Prognosen, dass die Industrieländer am stärksten betroffen sein würden. Die These, dass die Entwicklungsländer nicht stark genug in die globale Wirtschaft eingebunden seien, um ernsthaft unter der Krise der Finanzmärkte zu leiden, wurde durch die Realität widerlegt. Wir erleben, dass die Krise sich in vielen Entwicklungsländern weiter verschärft, mit nie gekannten Arbeitslosenzahlen und exponentiellem Anwachsen der Staatsschulden und der Haushaltsdefizite. Gleichzeitig verzeichnen die Industrieländer, die von der Krise nicht so stark getroffen wurden oder die über wirksame Instrumente verfügten, um ihre Folgen einzudämmen, ein – wenn auch zaghaftes – Wirtschaftswachstum. Die Wirtschaftskrise trifft die Bevölkerung bereits direkt, indem die Arbeitslosigkeit in den Entwicklungsländern zunimmt. Die Bemühungen um eine wirtschaftliche Erholung in den Ländern, die unter den Folgen der Krise leiden, könnten ganze Gesellschaftsgruppen betreffen, denn die Maßnahmen für den Wirtschaftsaufschwung können nur schmerzhaft sein. Die EU-Hilfsprogramme sind von den weltweit bereitgestellten Finanzhilfen am umfassendsten und weitreichendsten. Die betroffenen Mitgliedstaaten müssen möglichst angemessen von den Geldmitteln profitieren, die für den Wiederaufschwung der Wirtschaft und die Linderung sozialer Folgen bereitgestellt werden.

Proinsias De Rossa (S&D), schriftlich. – Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise hat die Industrieländer so schwer getroffen, dass wir jetzt mit einer sozialen Krise und einer Krise der Arbeitsmärkte zu kämpfen haben. In den weniger entwickelten Ländern werden diese Probleme, für die sie nicht verantwortlich sind, jedoch noch verschärft durch die Folgen der Nahrungsmittel- und Klimakrise; die Auswirkungen für ein Sechstel der Weltbevölkerung, das unter Hunger leidet, sind dramatisch. Die EU-Mitgliedstaaten als größte Geber für kombinierte Hilfe müssen ihre Zusagen in Bezug auf die offizielle Entwicklungshilfe (ODA) erfüllen, die Wirksamkeit und Koordination der Hilfe verbessern und sich verstärkt um das Erreichen der Millennium-Entwicklungsziele bis 2015 bemühen. Die großen Schäden, die durch Spekulanten im Finanzsektor angerichtet wurden, zeigen, wie wichtig vorbeugende Maßnahmen wie etwa die Besteuerung von Finanztransaktionen und Garantien für den Ausgleich der durch die Krise entstehenden Kosten durch den Sektor sind. Da den Entwicklungsländern durch Steuerparadiese und Offshore-Geschäfte ein Mehrfaches der durch ODA bereitgestellten Beträge verlorengeht, sind hier dringend Maßnahmen gefordert.

Siiri Oviir (ALDE), schriftlich. – (ET) Zwar können wir heute bereits von einer Abschwächung der Wirtschafts- und Finanzkrise in einigen EU-Mitgliedstaaten sprechen, es ist aber auch klar, dass für die Entwicklungsländer die Krise mit all ihren Auswirkungen noch in vollem Gang ist. Natürlich ist die wirtschaftliche Entwicklung der Schlüssel zur Bewältigung der aktuellen weltweiten Krise. Aber bei all unseren Bemühungen um einen Aufschwung unserer eigenen Wirtschaft dürfen wir nicht vergessen, dass das Andauern der Krise in den Entwicklungsländern auch das globale Wirtschaftswachstum und damit auch unsere eigene Entwicklung massiv hemmt. Ich denke, dass die EU-Mitgliedstaaten die Entwicklungsländer weiterhin im Kampf gegen Armut und Unterentwicklung unterstützen und ihre Hilfe ständig an neue Bedingungen und Gegebenheiten anpassen müssen. In Anbetracht der schweren Auswirkungen der globalen Krise auf die Entwicklungsländer befürworte ich die Forderung, dass alle EU-Mitgliedstaaten trotz der Krise die gemeinsame Entwicklungshilfe bis 2015 auf 0,7 % ihres BIP erhöhen können. Es ist wichtig, dass Maßnahmen zur Entwicklungsförderung und zur Bewältigung der Krise heute – im Jahr 2010 – getroffen werden. Daher unterstütze ich auch die Forderung, dass in der aktuellen Situation die hoch entwickelten Länder innerhalb und außerhalb der EU geeignete Schritte für eine Reform der internationalen Entwicklungszusammenarbeit einleiten sollten. Wir dürfen nicht zulassen, dass durch ein Nachlassen unserer Hilfe die bisherigen Erfolge im Kampf gegen Armut und Unterentwicklung zunichte gemacht werden und eine Situation entsteht, in der statt der heutigen Hundert Millionen Menschen, die in extremer Armut leben, bald Milliarden Menschen in diese Lage geraten.

22. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

23. Schluss der Sitzung

(Die Sitzung wird um 23.15 Uhr geschlossen)